Der ukrainische Hunger-Holocaust

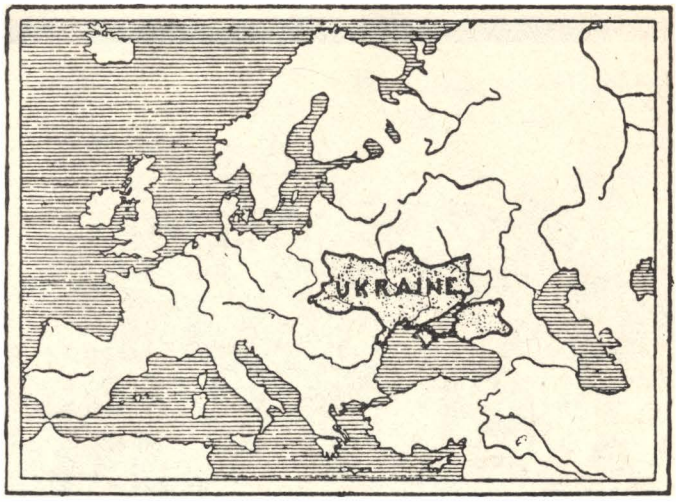
Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimgehaltener Akten des deutschen Auswärtigen Amtes



Eine Dokumentation, herausgegeben und eingeleitet von

Dr. Dmytro Zlepko

Verlag Helmut Wild


UKRAINE



Die Ukraine – Land natürlichen Überflusses
und Kornkammer Europas

Der ukrainische Hunger-Holocaust

Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33
an 7 Millionen ukrainischen Bauern
im Spiegel geheimgehaltener Akten
des deutschen Auswärtigen Amtes

Eine Dokumentation, herausgegeben und eingeleitet von
Dr. D. Zlepko

Aus den Beständen des Politischen Archivs
im Auswärtigen Amt, Bonn

1988
VERLAG HELMUT WILD, SONNENBÜHL

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der **ukrainische Hunger-Holocaust:** Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimgehaltener Akten d. dt. Auswärtigen Amtes; e. Dokumentation; aus d. Beständen d. Polit. Archivs im Auswärtigen Amt, Bonn / hrsg. u. eingeleitet von D. Zlepko. – Sonnenbühl: Wild, 1988

ISBN 3-925848-03-7
NE: Zlepko, Dmytro [Hrsg.]

WG: 63 DBN 88.045095.9 88.03.17
1359 gb

Die Landkarte und die drei Lichtbilder in diesem Buch wurden entnommen der Veröffentlichung: Stephen Oleskiw: *The Agony of a Nation,* Ukrainian Publishers Ltd., 200 Liverpool Rd., London N1 1LF, Großbritannien.

Alle Rechte vorbehalten
© 1988 Verlag Helmut Wild
7419 Sonnenbühl 3

Satz: Knipp Textverarbeitungen, Wetter 2
Druck: Bäuerliche Druckerei, Hattstedt

ISBN 3-925848-03-7

„Der Stoff der Geschichte sind nicht die Ansichten, sondern die Quellen"

Solschenizyn „August 14."

„. . . Denn ich wagte nicht, schwach zu werden und Mitleid zu empfinden. Wir vollbrachten doch eine historisch notwendige Tat. Wir erfüllten eine revolutionäre Pflicht. Wir versorgten das sozialistische Vaterland mit Brot. . . ."

Lew Kopelew

Inhaltsverzeichnis

Prolog 8
Verzeichnis des benutzten Bestandes 9
Verzeichnis der Einzelakten 10
Einführung 13
Historischer Hintergrund 15
Kurzbiographien 22
Dokumententeil 23
Auswahl weiterführenden Schrifttums 311

Prolog

Wenn irgendeine Regierung der Welt, gleich durch welche ihrer Instanzen, Behörden oder Organe, gleich wann und wo, befiehlt, verordnet oder zuläßt, Menschen zu töten, so sehen wir sie als aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen an. Es kann keine Begründung für die Vernichtung eines Menschenlebens geben.

Das heutige Europa lebt noch mit Opfern und Tätern mindestens zweier Holocauste. Verdammen wir das 'Fingerkrümmen' des auf dem Rande des Massengrabes sitzenden Maschinenpistolenschützen, so dürfen wir nicht zögern, ihm den danebenzustellen, der das letzte Kilo Getreide geraubt hat. Das Tun beider produziert Sterben, den Holocaust.

Das Tun der 'Schützen' wurde öfters beschrieben. Damit auch der 'Raub' nicht vergessen wird, wurde diese Teildokumentation zusammengestellt.

Dmytro Zlepko, Bonn, Februar 1988

Verzeichnis des Bestandes

Aufgezählt werden Bestände aus dem Politischen Archiv, Auswärtiges Amt, Bonn, aus denen Einzelakten entnommen wurden. Auf Anmerkungen im Text, die nicht aus dem angeführten Bestand stammen, wird gesondert verwiesen.

a) **Abt. IV Ru.** Geheimakten betr.:
Allgemeine wirtschaftliche Lage in Rußland vom Juli 1928 bis September 1933, Bd. 2

b) **Botschaft Moskau**
- Jahres- und Halbjahresberichte (politisch, wirtschaftlich, sozialpolitisch) der deutschen konsularischen Vertretungen.
  Generalkonsulat Charkow 1930-1937

- Jahres- und Halbjahresberichte (politisch, wirtschaftlich, sozialpolitisch) der deutschen konsularischen Vertretung.
  Konsulat Kiew 1930-1934

- A 3 Frankreich b. Reise Herriots in die UdSSR

- A 2I Charkow. Kurze Mitteilungen wirtschaftlichen und sonstigen Inhalts. Angefangen: Februar 1931

- A 2I Kiew. Kurze Meldungen wirtschaftlichen und sonstigen Inhalts. Vom Oktober 1933.

Verzeichnis der Einzelakten

1) Deutsche Botschaft Moskau, den 30. September 1930. D/2284. 4 Durchschläge. V e r t r a u l i c h. Inhalt: Zur Wirtschaftslage der Sowjetunion am Ende des 2. Jahres des Fünfjahresplans. An das Auswärtige Amt in Berlin.

Wirtschaftslage der Sowjetunion; schlechte Ernährungslage; Mangel täglicher Bedarfsartikel; Abwanderung der Arbeiter; Inflation; gute Getreideernte, schlechte Einholung; Infrastruktur. S. 24

2) Auswärtiges Amt. Berlin, den 18. Oktober 1930. Nr. IV Ru 6290. Im Umlauf dem Reichswirtschaftsministerium, Reichsbankdirektorium zur streng vertraulichen Kenntnisnahme übersandt. (Anlagen) Die Wirtschaftslage der Sowjetunion. Berlin, den 14.3.1931.

Wirtschaftsanalyse seit 1922; Hungersnot 1922; NEP; Privatwirtschaft; Industrialisierung gegen 'Kollektivisierung'; sowjetischer Export. S. 37

3) Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. Nr. 287. Charkow, den 6. November 1931. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.

Ukraine droht Abfall zum Verwaltungsbezirk Moskaus; Partei, GPU, Armee der Ukraine; Selbständigkeitsbestrebungen; Minderheiten und Reichsdeutsche; Landwirtschaftsstatistiken; Kollektivisierung; Wirtschafts- und Industriepotential der Ukr. in Statistiken. S. 50

4) Deutsches Generalkonsulat Charkow, den 12. März 1932. Tgb. Nr. 70. Zur allgemeinen Lage. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.

Verschlechterung d. allg. Lage; Brotkartensystem; Preissteigerungen; Kriegsangst; Abschiebung von Ausländern und Fachleuten; Selbstmorde v. Kommunisten. S. 95

5) Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. Nr. 282. Charkow, den 30. September 1932. Jahresbericht (Die allgemeine Lage in der Ukraine). 3 Durchschläge. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.

Ernteergebnisse; Auswirkung des Gesetzes zum 'Schutz sozialistischen Eigentums'; Viehbestände; Durchführung der Kollektivisierung; Entlassungen deutsch. Ingenieure; Kürzung der Lebensmittelnormen. S. 102

6) Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. Nr. 316. Charkow, den 24. November 1932. 2 Durchschläge. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u. S. 123

Herbstaussaat; Parteiumbesetzungen; Typhusepidemien; Senkung der Brotrationen.

7) Deutsches Konsulat. II. 4. Kiew, den 5. Januar 1933. Inhalt: Politischer Jahresbericht für 1932. 1 Durchdruck. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.

Hungeraufstände in Wolhynien; Zusammenbruch der Landwirtschaft; Angst der Sowjetfunktionäre; Epidemien. S. 128

8) Deutsche Botschaft Moskau, den 20. Januar 1933, A/136, in Anschluß an Bericht A/70 vom 11. Januar 1933. V e r t r a u l i c h. Politischer Bericht. An das Auswärtige Amt B e r l i n.

Bericht des Parteitages vom 7.-12. Jan. 1933; Zuckerbrot und Peitsche der Partei; Errichtung politischer Abteilungen auf dem Dorf; Mahnungen an 'Wachsamkeit der Partei'; Bestätigung Stalins als Diktator. S. 149

9) Bericht über „Die Notlage in der Ukraine" von einem Vertrauensmann in Charkow, 18. Mai 1933.
Menschenfleisch wird gegessen, die Toten können nicht mehr begraben werden; Selbstmorde bekannter Schriftsteller. S. 160

10) B e r i c h t über die Hungersnot in der Westukraine eines an besonderer Stelle stehenden Vertrauensmannes aus Kiew vom 26. Mai 1933.
Hungertote auf Straßen Kiews; Hunger unter den Deutschen der Ukraine. S. 164

11) Deutsche Gesandtschaft Riga, den 15. Juni 1933. Nr. A-675. Inhalt: Zustände in Sowjetrußland. G a n z g e h e i m ! An das Auswärtige Amt B e r l i n. Anlage zum Bericht vom 15.6.33. – A 675 –
Bericht des ital. Geschäftsträgers in Moskau; Atoliko über 'fürchterliche Hungerszenen', Kannibalismus, gesehen auf Reise durch Kaukasus, Ukraine. S. 167

12) Moskau, den 29. August 1933. Tgb. A/1780. An das AA. Durchschläge. Inhalt: Die Sowjetpresse zum Besuche Herriot.
Zusammenfassung der Sowjetpresse über Besuch Herriot's in SU; Ehrungen, Begeisterung des Franzosen. S. 170

13) Deutsches Konsulat Odessa. Po 1. Odessa, den 31. August 1933. Betrifft: Herriot in Odessa. An die Deutsche B o t s c h a f t (Durchschläge für das Auswärtige Amt Berlin)
Herriot in Odessa; Vorbereitung des Besuchs durch GPU. S. 173

14) Deutsches Konsulat. . . . II.5. Kiew, den 31. August K 1933. Inhalt: Besuch des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot in Kiew. 2. Anlagen. 1 Durchdruck. An die Deutsche Botschaft M o s k a u. Anlage 1 zum Bericht II.5. vom 31.8.33.
Besuch Herriot's in Kiew; Potemkinsche Dörfer und Generalprobe der GPU zum 'Brottragen'; sowjet. Darstellung der Reise Herriot's. S. 175

15) Deutsche Botschaft. Moskau, den 12. September 1933. A/1925. Betrifft: Besuch Herriot's in der Sowjetunion. Durchschläge. Anlage dreifach. An das Auswärtige Amt B e r l i n.
Notiz des Attaché Herwarth zum Moskaubesuch Herriot's; Blindgläubigkeit Herriot's gegenüber den Potemkinschen Dörfern. S. 181

16) Landwirtschaftlicher Sachverständiger bei der Deutschen Botschaft. Moskau, den 19. September 1933. An das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft B e r l i n W8. (Anlage) G e h e i m ! Nicht zur Veröffentlichung. Die Hungersnot in der Sowjetunion. (Anlage 2) G e h e i m ! Nicht zur Veröffentlichung geeignet! Die Getreidebereitstellung in der Sowjetunion.
Anlage 1: Hungergebiete, Ursachen, Kollektivisierung und Bauernschaft, Hungersterben, Todesziffern von 10 Millionen. Anlage 2: Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft; Einzelwirtschaft und Kolchosen; Mißtrauen der Bauernschaft. S. 188

17) Deutsches Konsulat. II.9.b. Kiew, den 2. November 1933. Inhalt: Kurze Nachrichten. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Flecktyphus in Kiew; günstigere städtische Ernährungslage. S. 205

18) Deutsches Konsulat. II.9.b. Kiew, den 11. November 1933. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Brennstoff- und Elektrizitätsmangel in Kiew. S. 209

19) Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. 312. Charkow, den 11. Dezember 1933. Jahresbericht (Die allgemeine Lage in der Ukraine.) 3 Durchschläge. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Hungersnot; Kollektivwirtschaften; Getreideaufbringung; Ernteerträge; 7 Millionen Todesopfer; Statistik ukr. Industrie; Ukrainisierung; 'Lösungsbestrebungen der Ukr.'; UWO-Zellen; Säuberungen; Beziehungen Ukraine zur Union. S. 210

20) Deutsches Konsulat. II.4./J.Nr. 348. Kiew, den 15. Januar 1934. 3 Durchdrucke. Mit sicherer Gelegenheit! Inhalt: Politischer Jahresbericht 1933. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Ukr. Frage und Deutschland; Deutschtum in Ukraine; ca 2 1/2 Millionen Hungertote in Gebieten Kiew, Tschernigow, Winnitza; schwierige Ernährungslage; Ukr. Frage und 'Nationalisten'; Säuberungen; Bildungs- und Gesundheitswesen. S. 245

21) Deutsches Konsulat Kiew, 3. Juli 1934, II. 4/J.Nr. 3879. Vertrauliche Aufzeichnung an die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Katastrophale Ernährungslage; totale Ablehnung des Kollektivsystems durch die Bevölkerung; sowjetfeindliche Stimmung in der Bevölkerung. S. 271

22) Deutsches Generalkonsulat. Tgb. 147. Charkow, den 10. Juli 1934. Politischer Halbjahresbericht. 3 Durchschläge. 1 Druckanlage. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Unterdrückung der ukrainischen nationalen Bewegung; Säuberungsprozesse; Verlegung der Hauptstadt nach Kiew; Partei; Passystem; Ukraine und Deutschland. S. 277

23) Deutsches Generalkonsulat Charkow. Tgb. 251. Charkow, den 30. November 1934. Politischer Jahresbericht. 1 Druckanlage. 3 Durchschläge. An die Deutsche Botschaft in M o s k a u.
Verlegung der Hauptstadt von Charkow nach Kiew; Plan Teilung der Ukraine; 'Ukr. Nationalismus'; Säuberungen in d. Ukraine; Frage der Ukrainisierung; Deutschtum in der Ukr.; deutsches Hilfswerk 'Brüder in Not'; evangelische Kirche in Ukraine; Außenpolitik. S. 291

Einführung

Die vorliegenden Dokumente zum Hungerholocaust der Sowjetukraine sprechen für sich. Ihre diplomatische Umschreibung verbirgt bei näherem Hinsehen wenig von den erschütternden Vorgängen der damaligen Zeit. Eine etwas breitere, aber ebenso diplomatische Deutung gibt der Verfasser eines Teiles dieser Dokumente, der ehemalige Konsul in Kiew Andor Hencke in seinen Lebenserinnerungen (1). Politiker wie der italienische Konsul Gradenico oder der hier angeführte Bericht von Atolico sind da schon deutlicher (2). Auch der deutsche Sachverständige für Landwirtschaftsfragen an der Deutschen Botschaft in Moskau Otto Schiller (3) wußte von dem Hungerholocaust. An dieser Stelle sei das Schweigen der deutschen amtlichen Stellen unberücksichtigt gelassen. Es erfordert eine eigene Deutung.

Die Gründe werden in dem Versuch der Verbesserung der deutsch–sowjetischen Beziehungen, wie sie Gustav Hilger, damals in Moskau, in seinen Lebenserinnerungen beschreibt (4), zu suchen sein. Aber es gab die deutsche Hilfe *„Brüder in Not"*, auch den Kreis der Limburger Theologiestudenten um Wilhelm Pabst, ebenso das Wiener Kommitee um Kardinal Innitzer, die ohne zu fragen halfen. Amtliche Stellen legten diesen Hilfsorganisationen mehr Hindernisse in den Weg, als sich diesen Aktionen anzuschließen. Der ganze Bereich der privaten Hilfsmaßnahmen bedarf einer eigenen Bearbeitung. Die Unterlagen dazu sind noch in Privatbesitz, bzw. schlummern in Lokalarchiven.
Es gab auch andere, wie den Franzosen Herriot (5), dem die GPU Potemkinsche Dörfer baute und der die inszenierten öffentlichen Auftritte, bei denen ihm selbst die Rolle des Hauptdarstellers und Hauptentlastungszeugen zugedacht war, als Realitäten auffaßte. Diese perfekte Potemkin–Schau von 1933 wird heute noch als Realität ausgegeben, der Hungerholocaust wird zur 'Vertreibung der Kulaken' oder schlicht zum dörflichen Klassenkampf (6) verniedlicht.

Schon Stalin hatte alles mit dem *„Sieg der Sozialisierung des Dorfes"*, später die *Zweite Revolution von oben* genannt, begründet und verteidigt. Bei der Verwirklichung aller Beglückungs–Ideologien, seien sie braun oder rot (hier kann jede andere Farbe eingesetzt werden), zählen keine Menschleben. Es sind selbstberuhigende, vorurteilshätschelnde Dreschphrasen, die zur Beruhigung des eigenen Gewissens benützt werden, wenn angefangen wird, Leichen in Klassenopfer, Rassenopfer oder nur Opfer aufzuteilen. Es klingt nach Zynismus und Schönfärberei, wenn der Vorgang der Getreide–Requirierung von Lew Kopelew, der damals als Jungkommunist die Aktionen mitmachte, so beschrieben wird: *„. . . Ich hörte, wie die Kinder schrien, sich dabei verschluckten, kreischten. Ich sah die Blicke der Männer: Eingeschüchterte, flehende, haßerfüllte, stumpfergebene, verzweifelte oder in halbirrer böser Wut blitzende... Es war quälend und bedrückend, all dies zu sehen und zu hören, und noch bedrückender war es, selbst dabei mitzumachen. Nein, falsch: Untätig zuzusehen, wäre noch schwerer gewesen als mitzumachen, zu versuchen, andere zu überzeugen, ihnen zu erklären, und dabei sich selbst zu überreden. Denn ich wagte nicht, schwach zu werden und Mitleid zu empfinden. Wir vollbrachten doch eine historisch notwendige Tat. Wir erfüllten eine revolutionäre Pflicht. Wir versorgten das sozialistische Vaterland mit Brot . . ."* (7).

Und all diese 'Pflicht' auf Kosten der Bauernkinder. Unwissend waren die Jungkommunisten nicht. Sie sahen die Folgen ihres Tuns. Dieser neue Typ von Held, Herrenmensch oder Kommunistenaktivist schläfert nur sein Gewissen mittels der angeblich heren Ziele ein. Im Schutze seines Geheimdienstes, im Glanz und Wohlwollen seines Herren, stiefelt er auf Leichenbergen zur Neuen Welt, zur besseren Gesellschaft. Er gibt vor, für die bessere Zukunft zu bauen, er ist aber der einzige, der sie erleben wird: er opfert andere für seine Zukunftsvorstellungen.

Nach diesem Muster vollzogen sich in unserem, so kultivierten 20. Jahrhundert mehrere Genozide: der an Armeniern 1915, der an Ukrainern 1932/33 und der an Juden. Die Völkermorde an den Armeniern und speziell an den Juden sind weithin bekannt. Von den Hungertoten in der Kornkammer Osteuropas, den Ukrainern und den Reichsdeutschen in der Sowjetukraine spricht niemand. Nicht einmal die Zahl der Opfer kann eindeutig festgestellt werden. Sie schwankt zwischen 3 und 10 Millionen. Auch in der Sowjetunion Gorbatschows und in der Glasnost–Debatte bleibt dieses Thema tabu. Die angeblich für die Ewigkeit festgezurrten imperialen Grundsätze einer Großmacht lassen Diskussionen nicht zu.

Aber davon sollte gesprochen werden. Die vorliegende Aktenveröffentlichung hat das Ziel, nur einen kleinen Teilbereich dieses Holocaustes auszuleuchten. Den Begriff des Holocaustes benutzen wir nach der Definition der Vereinten Nationen von 1947/48.

Zu der laufenden großen Auseinandersetzung um dieses Thema in Amerika und Kanada kann nur eine kleine Ergänzung gebracht werden. Dort ist hauptsächlich die Darstellung von Robert Conquest im Gespräch (8). Der Hungerholocaust wird nur von wenigen bestritten. Die vorliegenden Akten beschreiben diesen Vorgang aus der Sicht des Konsulats in Kiew und des Generalkonsulats in Charkow, der damaligen Hauptstadt der Sowjetukraine. Deutlich wird das Ziel der Moskauer Politik: das Herunterdrücken der Ukraine von einem gleichberechtigten Staat zu einer lokalen administrativen Einheit der Russischen Förderation.

Mit allen Mitteln wurde gegen jede ukrainische Eigenart, gegen die Sprache, selbst gegen den ukrainischen Kommunismus vorgegangen. Da die Ukraine zu 80% bäuerlich ausgerichtet war, verwundert nicht, daß die Bauern die ersten und die schwersten Opfer zu tragen hatten. Es war der Kampf um die Macht in der Ukraine: den Einzelbauern klassifizierte man als Kulaken und gab ihn als Klassenfeind zur Vernichtung frei. Nur, ca 80 % der Bevölkerung sind schwer zu vernichten. Bekanntlich wollte Stalin die Ukrainer umsiedeln, wie er es später mit den Krimtataren machte. Nur wer sollte die Kontingente an Getreide für den Export liefern? Hier benutzte man den Hunger als Disziplinierungsmittel und gleichzeitig als Machtmittel für den Erhalt des Imperiums. Die Industrie mit ihrem Proletariat und die Großstädte waren – je weiter im Osten der Ukraine gelegen – um so stärker russifiziert. Weder in Rußland, noch in der Ostukraine gab es so eine starke Hungersnot, wie sie in der rechtsufrigen Ukraine mit ihrem bäuerlichen Mittelstand erzeugt wurde. In der sowjetischen Einheitshistoriographie heißt diese Periode die *Sozialisierung der Landwirtschaft* oder *Kampf gegen das Kulakentum.* Zum Verständnis des geschichtlichen Ablaufs sei hier ein kurzer historischer Abriß der Geschichte der Ukraine von 1922 bis 1932 gegeben.

Historische Hintergründe der Kollektivisierung der Sowjetukraine

Die Jahre 1923 bis 1929 gestalteten sich für die Ukraine als mit die besten in den letzten Jahrhunderten. Nach dem sinnlos zerstörenden primitiven Kriegskommunismus konnte die ukrainische Bauernschaft bis 1929 eine relativ gute ökonomische Ausgangsbasis schaffen. Trotz Bevorzugung der Industrie und des Proletariats blieb die Ukraine bäuerlich. Im Dorf und im ukrainischen bäuerlichen Mittelstand kam trotz der drakonischen Besteuerung bescheidener Wohlstand auf. In Kultur und Politik erfolgte die Ukrainizacija–Ukrainisierung. Sie basierte auf den Beschlüssen des X. Parteitages von 1921 (9). Dort proklamierte man den Aufbau der Sowjetstaaten in regionaler nationaler Anpassung, die Einführung der Muttersprachen der Völker in Justiz, Verwaltung und Regionalorganen; schrieb die Einführung dieser Sprachen in Presse, Schule, allen Kultur- und Wissenschaftsanstalten fest. Ukrainizacija wurde Synonym für die Realisierung der Beschlüsse des X. Parteitages. So gesehen kann die KPdSU als Initiator der Ukrainizacija angesehen werden. Gleichzeitig diente diese Nationalisierungkampagne der Partei als Ventil für die aufgestauten Nationalitätenprobleme nach der gewaltsamen Eingliederung der Völker nach 1918 in die Union der Sowjetrepubliken. Mit der Einführung der NEP – Neue Ökonomische Politik – bekamen die einzelnen Republiken die Regenerierungsphase ihrer Nationalwirtschaften. Durch den X. Parteitag sollte das Nationalitätenproblem eingedämmt werden.

Um 1925 existierte in der Sowjetukraine ein kommunistisch kontrollierter Pluralismus. Das Ineinandergehen der NEP und der Ukrainizacija schuf den neuen Ukrainer, der sich durch den zugelassenen bescheidenen Privatbesitz auf den Weg begab, seine nationale (von der Partei verordnete) Identität wiederzufinden. Der ukrainische Mittelstand, Ärtzte, Ingenieure, Intellektuelle, aber auch das vermögende Bauerntum lernten schnell ihr kommunistisches Glaubensbekenntnis, die obligatorischen Kommunisten-Väterzitate, und ließen sich ansonsten von der eigenen rationalen Notwendigkeit ihres Berufes bzw. Beschäftigung leiten.

Hervorgehoben werden muß, daß die Ukraine bis in die 30er Jahre immer noch ein bäuerliches Land darstellte. Das echte Proletariat existierte nur in größeren Städten und war in nationaler Zusammensetzung mehrheitlich russisch. Daher ist nicht verwunderlich, daß die Ukrainisierung insbesondere das Dorf erfaßte, die ukrainischen Kommunisten hier ihre Machtbasis gewannen. Durch die NEP, die Privatbesitz erlaubte, erlangte das Bauerntum auch Macht als eigenständiger Faktor.

Der Marxismus, auch in Verbindung mit dem Leninismus, stellt zuallererst eine Buchtherorie dar, die sich in der Alltagsrealität bewähren muß. Kriegskommunismus, NEP, Stalins Kampf um die Macht, die Liquidierung der Weggefährten Lenins, der Aufbau der Terrorherrschaft der Geheimdienste hatten und haben wenig mit dem Marx im Bücherregal gemein. Sich ihrer zu bedienen und sie zu kontrollieren garantiert die Macht. Auch die kommunistische. Solange diese aber nicht gesichert war, mußte den einzelnen Völkern, hier den Ukrainern, ihre Ukrainisierung gewährt werden. Stalin hatte relativ schnell zumindest die erste Runde um die Macht gewonnen. Rasch konnte er sich mit der Ukraine befassen. Vorsichtig schrieb er noch 1925: „ . . . *Das Fundament der nationalen Frage, ihr inneres Wesen basiert auf der Bauernfrage. Schon dadurch erklärt sich, daß das Bauerntum die Hauptarmee der nationalistischen Bewegung darstellt* . . . " (10). Dadurch war die Verbindung zwischen Nationalismus und Bauerntum hergestellt. Noch war nicht ausgesprochen wie das Problem gelöst, der Hauptarmee der nationalistischen Bewegung

entgegengetreten werden sollte. Daß das ukrainische Bauerntum zumindest mitberücksichtigt war, bezeugt der Umstand, daß Stalin schon 1921 speziell die ukrainischen Städte und Dörfer angesprochen hatte. In seiner Rede auf dem X. Parteitag sagte er, daß die Städte der Ukraine russisch seien. Aber „ . . . *sie werden ukrainisiert, weil alle Städte auf Kosten des Dorfes wachsen. Das Dorf ist Repräsentant der ukrainischen Sprache, und diese Sprache wird als herrschende in alle Städte der Ukraine Einzug halten* . . . " (11).

Auf diese Grundthese kann nicht genug hingewiesen werden. Es sind nicht mehr die *narodniki* des 19. Jahrhunderts, die das Dorf ukrainisieren sollten, sondern die Ukrainisierung erfolgt aus dem Dorf und wird die Stadt erobern. Nicht das Dorf bedarf der Ukrainisierung, sondern die Stadt. Deutlich sah Stalin die Ursachen dafür. Das Ukrainische Bauerntum hatte sich in der NEP eine reale Basis ökonomischer Unabhängigkeit geschaffen und stand im Begriff, der Parteikontrolle zu entgleiten. Es befand sich nicht außerhalb der sowjetischen Gesellschaft, aber es folgte den ukrainischen Kommunisten, nicht Moskau.

Hier mußte vorsichtig vorgegangen werden. Ein Streit, gar eine Auseinandersetzung zwischen russischen und ukrainischen Kommunisten war inopportun. Aber die Macht sollte schon nach Moskau zurückkommen. Die Ukrainisierung hatte den ukrainischen Kommunisten einen Auftrieb gegeben, wie sie ihn selber nicht erwartet hatten. Der Ausbau der ostukrainischen Gebiete zu Industriegebieten mit lokalen Bodenschätzen erhöhte die Wirtschaftsbedeutung der Ukraine innerhalb der Union. Kein kommunistischer Ukrainer dachte an Trennung, gar Ausstieg aus der Union. In der kommunistischen Lehre sahen sie die Zukunft der neuen Gesellschaft, ein Bruch mit der russischen Mutterpartei hatte keine Aussicht auf Erfolg. Man glaubte an seinen ukrainischen Weg zum Aufbau des Sozialismus. Mykola Chwylowyj formulierte dies so, daß uns „. . . *die Ideen des Proletariats auch ohne Moskauer Kunst bekannt sind* . . . " oder einfacher gesagt, auch die ukrainischen Kommunisten konnten Marx nicht nur in ukrainischer Sprache lesen, sondern ihn auch für sich, für die ukrainischen Verhältnisse interpretieren (12). Die Belehrung aus Moskau lehnte man ab.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß die Ukrainer eigene Wege zum Sozialismus beschritten. Er war weder antikommunistisch noch antisowjetisch; er war nur ukrainisch. Aus Moskauer Sicht sah dies alles freilich ganz anders aus. Denn was bedeutete ein ukrainischer Staat, wenn auch ein sozialistischer, neben Moskau, neben der Russischen Föderation? Und was bedeutete eine von Moskau unabhängige kommunistische Ukraine als wirtschaftlicher, ökonomischer und militärischer Faktor?

Von 17 ständig in der Ukraine stehenden Divisionen waren Ende der 20er Jahre 8 Divisionen vollständig ukrainisiert. In den restlichen liefen die Kampagnen der Ukrainisierung. Unter dem Bildungskommissar H. Hrynko entstand das ukrainische Bildungssystem, das sich sehr vom russischen unterschied. Die ukrainische Kunst orientierte sich nach Westen, nicht auf die russischen Klassiker. Nach der von Wolobujew entwickelten Wirtschaftskonzeption sollte die Ukraine eine eigene Wirtschaftseinheit darstellen, mit der Russischen Föderation nach den Regeln des Marktes konkurrieren.
In kürzester Zeit hatte sich aus der Ukraine ein kommunistischer Staat entwickelt, der die politische Union mit Moskau bejahte, ansonsten seinen eigenen Weg zum Kommunismus/Sozialismus zu suchen gewillt war.

Beide kommunistische Seiten, Ukrainer und Russen, waren nicht gewillt nachzugeben. Es kam zum ideologischen Streit, der sich in den Jahren 1927 bis 1929 auf alle Ebenen übertrug. Mit der Einführung der Kollektivisierung 1929 kam ein neuer Streitpunkt hinzu. Auch die ukrainischen Kommunisten bejahten die Kollektivisierung, strittig war das **Tempo** der Einführung.
Nach den Beschlüßen der ukrainischen Kommunisten vom 25. Dezember 1929 sollten bis Oktober 1930 nur 21,6 % der Landwirtschaften kollektivisiert werden. Die Entscheidung der Moskauer Zentrale, die 10 Tage später getroffen wurde, sah den 100 % Abschluß der Kollektivisierung in der Ukraine bis 1932 vor. Ukrainische Proteste nützten nichts. Auf Befehl Moskaus kamen an die 112 000 Funktionäre, überwiegend aus anderen Republiken, in die Ukraine. Bis zum Jahresumschwung 1930/31 war der Plan der ukrainischen Kollektivierung übererfüllt: 70 % der Ackerfläche standen unter Kolchosverwaltung. Aus der Sowjetukraine verschickte die Kremlführung 1930 an die 7,7 Millionen Tonnen Getreide, das in den Export ging. Das entsprach 33 % der ukrainischen Ernte insgesamt. Im Vergleich zur SU betrug das Ernteaufkommen der Ukraine 1930 noch 27 %, sie hatte aber die Verpflichtung, 38 % des Aufkommens der gesamten Getreidereserven der SU zu stellen. Die Bestände des Saatgutes in der Ukraine für die Aussaat 1932 schätze man im Herbst 1931 als sehr knapp.

Der Plan für 1931 sah 7,7 Millionen Tonnen Getreideabgabe der Ukraine an die SU vor. Die Ernte 1931 erbrachte aber nur 5,5 Millionen Tonnen. Für den Einzelbauern, den Kulaken, blieben für das Jahr 1931 nur 112 Kilogramm Brot d.h. nur 300 Gramm Brot pro Person für jeden Tag des Jahres (13).
In der amtlichen Parteigeschichte der KP der Ukraine heißt es dazu lapidar: Bis Ende 1931 „. . . *konfiszierte man annähernd 200 000 Kulakengüter. Den Besitz übergab man dem Sozialfond der Kolchosen. Den schlimmsten und aktivsten Teil des Kulakentums verschickte man in andere Gebiete des Landes* . . . "(14). Auch so kann Verschickung und Tod von ca. 1,2 Millionen ukrainischer Bauern 1931 umschrieben werden. Die Verschickten landeten in Sibirien und Kasachstan, die zurückgebliebenen Familienmitglieder, insbesondere Frauen, Kinder und Alte starben. Hinzu kam, **wie** kollektivisiert wurde. Der heute im Westen lebende Lew Kopelew nahm an diesen Getreiderequirierungen teil. Er beschreibt die Vorgänge in seinem Buch '. . . *und schuf mir einen Götzen*'. Bewaffnete Jungkommunisten unter GPU-Schutz raubten das letzte Kilo Getreide aus der Bauernkate. Ihnen folgte der Hungertod, mit Epidemien, Bauch- und Magenkrankheiten, das Tod-Umfallen auf offener Straße. Die Vorgänge selbst waren staatlich sanktioniert und angeordnet, die Jungkommunisten waren nur die Gehilfen des Todes.

Im Frühjahr 1932 wurde das Getreide knapp, es begann der Hunger. Freilich nicht für alle. Die Parteibrigaden hungerten nicht. Da Bauern da und dort Wiederstand geleistet hatten, begleiteten jetzt GPU-Abteilungen die Eintreiber. Es entstand die paradoxe Situation, daß der Geheimdienst die raubenden Parteibrigaden, Diebe vor den Eigentümern schützte. Auch die Geheimdienstler waren wohlgenährt. Nur die Bauern verstanden nicht, warum gerade sie als einzige hungern und mit ihren Familien zu Grunde gehen sollten. Paradox klingt es, wenn der Bauer sein letztes Saatgut zu Brot macht. Aber es ist sehr logisch, wenn er es heute ißt, um nicht morgen zuzusehen, wie Jungkommunisten unter GPU-Schutz es ihm gewaltsam wegnehmen.
Es verwundert nicht, daß die ukrainischen Felder im Frühjahr 1932 nur zu 10 % bestellt wurden. Die Kolchosen waren da besser dran: der Staat schoß ihnen 550.000 Tonnen Saatgut als Vorschuß zu. Aber auf die Ernte mußte noch gewartet werden. Es häuften sich Meldungen von Hungernden und Toten auf den Straßen. Kannibalismus wurde gemeldet.

Die ukrainischen Kommunisten protestierten: Moskau ließ die Einwände nicht gelten. Nur der Plan mußte erfüllt werden. Die III. Allukrainische Konferenz der KP der Ukraine, die im Juni 1932 tagte, hatte nur ein Thema: die kritische Situation des ukrainischen Bauerntums. Auf alle Einwände der Ukrainer hatten die zwei anwesenden Stalindelegierten nur eine Antwort: „. . . *Konzessionen oder Zugeständnisse irgendwelcher Art im Bezug auf die Erfüllung der von Partei und Sowjetregierung der Ukraine gestellten Aufgaben wird es nicht geben . . .*" (15).

Die Umstände und die Lage der Bauern in der Ukraine waren allen bekannt. Freilich, nicht alle zogen daraus die Konsequenz, wie es der (schon oben erwähnte) ukrainische Kommunist Mykola Chwylowyj tat: er erschoß sich am 13. Mai 1932.
Viele ehrliche Kommunisten folgten ihm. Sie hatten in ihrem Kommunistendasein die Empfindsamkeit des Menschen bewahrt.

Mit dem Beginn des Hungers in der Ukraine wurde das Gesetz zum 'Schutz des sozialistischen Eigentums' erlassen. Für die Ukraine galt es seit dem 7. August 1932.
Die amtliche Begründung lautete, das Gesetz richte sich gegen Diebstähle im Transportwesen zu Lande und zu Wasser. Freilich, das Gesetz wandte man auch gegen die Bauern an, die die festgesetzten Angaben von Getreidemengen nicht abliefern konnten (16). Verschickung und Haft waren die normalen Fälle, sehr oft vollzogen die GPU-Abteilungen das 'Urteil' selbst an Ort und Stelle. Das war insbesondere dann der Fall, wenn Hungernde sich liegengebliebene Ähren von abgeernteten Kolchosfeldern holten. Die Dörfer begannen sich zu leeren, Verurteilte füllten die Gefängnisse, Bauern füllten die Viehwagons gen Osten.
Am 17. November 1932 verabschiedete das ZK der KP der Ukraine die Resolution in der festgestellt wurde, daß:

> „. . . *direkte Beziehungen ganzer kommunistischer Gruppen und einzelner Leiter der Parteistellen mit Kulaken (kurkuli) und Petluraanhängern [bestünden]. Infolgedessen stünden verschiedene Parteiorganisationen im feindlichen Klassenlager . . .*" (17).

Den ukrainischen Bauern und den Kommunisten (Ukrainern, die nicht unter Leitung Moskaus stehen wollten) konnte nichts schlimmeres passieren, denn als Petluraanhänger abgestempelt zu werden. Petlurivec – nach Symon Petlura (18) – galt als Synonym für den national bewußten und den ukrainischen selbständigen Staat bejahenden Ukrainer der 20er Jahre. Hier wurden die Ukrainer als Volk zu angeblichen Klassenfeinden (diese waren ja zu liquidieren) erklärt. Es gab kein Zurück.
Gleichzeitig konnte die Kremlführung nicht deutlicher machen, daß es hier nicht um irgendeinen Kommunismus/Sozialismus in der Ukraine, sondern um die Wahrung des alten imperialen Einheitsstaates unter russischer Federführung im neuen revolutionären Gewande ging.
'Ukrainische Kommunisten' und NEP-Bauern der Sowjetukraine bedrohten das neue Imperium. Sie mußten schnellstens wieder unter Kontrolle des Kremls gebracht werden. Dazu waren alle Mittel, auch der des Hungers recht. Noch zu Ende 1932 bestand ja die Möglichkeit, daß der Staat der Bauernschaft, den Kolchosbauern wie den Einzelbauern, helfen konnte. Es gab noch Reserven an Getreide.
Im Spätherbst 1932 begann man mit dem Aufstellen von 'schwarzen Listen', Proskriptionslisten der Landkreise, in denen die Vorgaben der Getreideaufbringungskampagne nicht erfüllt wurde. Bekanntlich folgen solchen Abmahnungen Taten. Sie ließen nicht lange auf sich warten. Am 6. Dezember 1932 entschied das ZK der KP der Ukraine, daß die staatlichen Organe der Ukraine gegen den Versuch der Bauern, die Getreideablieferungskampagne zu sabotieren, Repressionen anwenden würden. Daher sollte in den Kreisen, die auf die Proskriptionslisten gerieten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1) Die Versorgung mit Bedarfsartikeln wurde gestoppt; der Staatshandel, nachdem die staatlichen und genossenschaftlichen Geschäfte ihren Warenbestand abgeliefert hätten, mußte eingestellt werden;
2) Der Warenhandel für den täglichen Bedarf, der bis dahin von den Kolchosen und den Einzelbauern betrieben wurde, wurde verboten;
3) Kredite wurden gesperrt, alle früher gewährten waren zurückzuverlangen;
4) Säuberungen in den örtlichen Administrationen und Wirtschaftsbetrieben wurden durchgeführt und
5) aus den Kolchosen wurden alle unzuverlässigen Elemente entfernt (19).

Die Maßnahmen galten für alle 86 Kreise der Sowjetukraine, die auf die Proskriptionsliste gerieten.

Es war die berühmte *Zweite russische Revolution von oben*,wie Stalin die Kollektivisierung später nannte.

Verwirklicht wurde sie durch 'Krieg', wie es der deutsche Diplomat in Moskau, Gustav Hilger, in seinen Memoiren nannte. „. . . *Krieg gegen die Bauern, die ihren Lebensstandard während der NEP verbessert hatten, Krieg gegen die Händler, die kleinen Unternehmen, die bürgerlichen Spezialisten, Krieg gegen alles, was der früheren herrschenden Klasse angehört hatte, und schließlich auch gegen den noch verbliebenen Einfluß der Gewerkschaften . . . Um diesen Kurs (der forcierten Industrialisierung und Kollektivisierung – D.Z) in einem halsbrecherischen Tempo durchführen zu können, wurde jede Opposition zerschmettert. Mehr noch: jeder, der es an Bemühung, Begeisterung und blinden Gehorsam gegenüber der Führung fehlen ließ, wurde zunächst mundtod gemacht und dann physisch ausgeschaltet . . .*" (4).

Nach diesem 'Krieg' gegen alles, der Einstellung der Versorgung mit Gebrauchs- und Nahrungsmitteln in der Ukraine durch den Staat, begann die Abwanderung der Dorfbewohner in die Stadt. Hier hofften sie, bessere Bedingungen vorzufinden.

Auf diese Abwanderungsbewegung reagierte der Staat sofort: am 27. Dezember 1932 erfolgte die Einführung des Paßsystems. Niemand durfte ohne Erlaubnis seinen Ort verlassen. Diese erzwungene stabilitas loci wurde jedoch nicht befolgt. Im Winter 1932/33 gehorchte der ukrainische Bauer dem Hunger, nicht staatlichen Gesetzen. Zusätzlich stoppte die GPU die einsetzende Landflucht. Die Grenzen zur Russischen Föderativen Republik wurden gesperrt: wer in die Ukraine fahren wollte, mußte bestimmte Auflagen einhalten. Der Versuch, die Ukraine illegal zu verlassen, wurde mit Erschießung an der Grenze beantwortet. So entstanden zum Jahreswechsel 1932/33 die ersten von Ukrainern entvölkerten Gebiete. Es häuften sich Meldungen von Kannibalismus. Hungertote lagen unbeachtet auf den Straßen größerer Städte. Nachts karrten Spezialtrupps die Hungerleichen hinter die Stadtgrenzen. In dieser Zeit werden an die 25.000 Hungertote pro Tag geschätzt.

Stalin-Intimus Postyschew antwortete bei seiner Ankunft im Januar 1933 in der Ukraine auf die 'Getreidefrage':

> „. . . *Es kann keine Rede von staatlicher Hilfe bei Zuwendungen von Saatgut geben. Das Saatkorn muß von den Kolchosen, Kolchosbauern und Einzelbauern aufgebracht und gesäht werden . . .*" (20).

An die geschwächten Bauern, die Verhungernden (insbesondere Kinder) und auf die Realitäten wurde keine Rücksicht genommen. Im Frühjahr 1933 setzte der Hunger voll ein. Bis zum Sommer waren an die 10 Millionen ukrainischer Bauern dahingerafft. Diese Zahl gibt der Landwirtschaftsexperte der Deutschen Botschaft in Moskau Otto Schiller in seinen Berichten an. Er selbst bereiste die Ukraine, das Kaukasusgebiet und das Wolgadelta 1933 mit dem eigenen Wagen. Freilich, nach Intervention der sowjetischen Stellen mußte er bald die Sowjetunion verlassen; Zeugen sind immer lästig.

Im Mai 1933 kam das Gerücht auf, Stalin habe eine Amnestie für alle Vergehen, die im Zusammenhang mit der Getreideablieferungskampagne begannen worden seien, erlassen. Die Verhungerten der Ukraine und die Bauern in ihren gen Osten rollenden Viehwagen hatten von der Milde des Diktators nichts erfahren.

Anmerkungen

1. HENCKE, ANDOR, Erinnerungen als deutscher Konsul in Kiew 1933-1936. München 1979. Vgl. auch: Polit. Archiv. Bonn. Handakte Hencke 2/6. Akten betr.: Privatkorrespondenz innerhalb Rußlands und mit Kollegen in Rußland. 1933-1936.

2. Berichte des italienischen Konsuls Gradenico, der 1933 die Ukraine bereiste und den Hunger sehr deutlich beschrieb, sind bisher nicht veröffentlicht. Die Aufzeichnungen sind im Archiv, Rom zugänglich. Vgl. auch hier den Bericht Atolico's: Deutsche Botschaft. Riga, den 15. Juni 1933. Siehe Dokumententeil.

3. SCHILLER, OTTO, Sachverständiger für Landwirtschaftsfragen an der Deutschen Botschaft Moskau. Mußte auf sowjetischen Druck, wegen seiner Kenntnisse der Landwirtschaft der SU, Moskau verlassen. Er hatte den Spitznamen 'Kolchosnik'. Seine Berichte sind noch nicht veröffentlicht.

4. HILGER, GUSTAV, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. II. Auflage Frankfurt/M., Berlin 1956. (Ursprüngliche amerikanische Ausgabe unter den Titel: The incompatible allies). Siehe seine Begründung S. 269-273.

5. HERRIOT, Edouard, ehemaliger französischer Ministerpräsident; 1933 Bürgermeister von Lyon. Zur Reise in die SU 1933 siehe: Polit. Archiv, Bonn. Bestand: Botschaft Moskau, A 3 Frankreich b. Reise Herriot's in die UdSSR. Im Dokumententeil sind nur ein Teil der Dokumente veröffentlicht.

6. Vgl. u.a. die Behandlung dieses Aspekts im deutschen Historikerstreit, in: 'Historikerstreit' Die Dokumentation der Kontroverse . . . Texte von . . . Piper Aktuell. Nr. 816. München 1987. Zur allgemeinen Literatur siehe STÖKL, G. Russische Geschichte. 2. erw. Aufl. Stuttgart 1965. S. 717, Literatur S. 825. Neuestens auch NOLTE, ERNST Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Berlin 1987, und die Rezension darauf AUGSTEIN, RUDOLF, in: Der Spiegel, 4.1.1988, S. 141-144.

7. Zitiert nach der Spiegel-Rezension vom 4. Jan. 42 (1988). Der Vorgang wird im Buch von Kopelew '. . . und schuf mir einen Götzen' wiedergegeben.

8. Insbesondere das Buch von CONQUEST, R. **The harvest of sorrow** erregte viel Aufsehen in der amerikanischen und kanadischen Öffentlichkeit. Selbst die sowjetischen Botschafter in Amerika und Kanada nahmen in seriösen Blättern Stellung. Die Diskussion über den 'Hunger-Holocaust' wird in der amerikanischen Presse heute noch weitergeführt.

9. KPSS v rezoluzijach i postanovlenijach zjezdow, konferenzij i plenumov ZK. Moskva 1954. Hier Bd. l. S. 559 ff.

10. STALIN, J. W., Werke. Bd. 7. S. 71.

11. X. zjezd RKP(b). Stenografičeskij otčet. Moskva 1963. Hier S. 213.

12. CHWYLOWYJ, MYKOLA (Selbstmord 13.05.1932) Ukr. Kommunist, Politiker, Schriftsteller.

13. Siehe PRAVDA, 2. červnja 1930; VISTI VUZVK. 3. ljutsho 1932.

14. Očerki istorii komunističeskoj partii Ukrainy. Kiev 1961. S. 388.

15. Siehe: Visti VUZVK. ll. lypnja 1932; und Pravda 14. Lypnja 1932; wie Visti VUZVK. 20. lypnja 1932.

16. Dieses Gesetz wandte man insbesondere gegen die Reichsdeutschen in der Ukraine an. Gegen sie konnte die GPU nicht so vorgehen, weil sie unter dem Schutz der Deutschen Konsulate standen. Vgl. hierzu das umfangreiche Material im Pol. Archiv, Bonn., insbesondere die 'Haftlisten der Konsulate' Charkow und Kiew.

17. Kommunist. 18. November 1932.

18. Petlura, Symon (1879 – ermordert 1926), Vorsitzender des Direktoriums der ukr. Volksrepublik 1919.

19. Vollständig aufgeführt in: Visti VUZVK. 8. Dezember 1932.

Kurzbiographien

von DIRKSEN, Herbert (2.04.1882-19.12.1955) – Generalkonsul in Danzig; Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt; 1928 bis 1933 Botschafter in Moskau, danach in Tokio. Autor: Erinnerungen 'Moskau – Tokio – London'. 1949.

HENCKE, Andor (1914) – von 1922 bis 1929 an der Deutschen Botschaft in Moskau; 1929-1933 im Auswärtigen Amt; 1933 bis 1936 Deutscher Konsul in Kiew. Verfasser 'Erinnerungen als Deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933-1936'. 1979.

von HERWARTH, Hans (1904-) – seit 1927 im diplomatischen Dienst; 1931-1939 Attachè und Legationssekretär bei der Deutschen Botschaft in Moskau. Autor: 'Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931-1945'. 1985.

ROTH, Friedrich R. P. (5.9.1885) – seit 1919 im Dienst des Auswärtigen Amtes, Konsul in Odessa.

WALTHER, Karl – Deutscher Generalkonsul in Charkow.

Politisches Archiv

Auswärtiges Amt

Abt. IV Ru

Geheim-

Akten

368/6

betreffend:

Allgemeine wirtschaftliche Lage in Russland

vom Juli 1928.

bis September 1933.

Russland

Bd. 2

s. Bd. —

Wirtschaft 1

Deutsche Botschaft

Moskau, den 30. September 1930.

D/2284

4 Durchschläge

Inhalt: Zur Wirtschaftslage der Sowjetunion am Ende des 2. Jahres des Fünfjahresplans.

Allgemeines.
Nahrungsmittelversorgung.
Versorgung mit Bedarfsartikeln.
Wanderbewegung der Arbeiter.
Getreidebereitstellung.
Industrie.
Verkehrswesen.
Export.
Gesamtbeurteilung.

Vertraulich.

Auswärtiges Amt
IV Ru 6290
Eing. -6. OKT. 1930
5 Durchschl.
1 Anl. arb. Erfl.

Allgemeines.

Die großen Erwartungen, die in der Sowjetunion an den Fünfjahresplan geknüpft wurden, hatten sich in der ersten Periode nicht nur erfüllt, sondern auf vielen Produktionsgebieten waren im Gegensatz zu allen trüben Prophezeiungen doch solche Mehrleistungen erreicht, daß der Erfolg die kühnsten Erwartungen übertraf. Die Folgerung, die die Partei zog, war die Parole: „Fünfjahresplan in vier Jahren". Dem verschärften Tempo der Industrialisierung und der gleichzeitigen revolutionären Änderung der Grundlagen der Landwirtschaft sind aber anscheinend selbst die Kräfte des russischen Volkes nicht gewachsen. In letzter Zeit sind in der russischen Volkswirtschaft Erscheinungen hervorgetreten, die viele Beobachter von einer schweren Wirtschaftskrise sprechen läßt. Bei der Beurteilung der Lage darf allerdings nicht vergessen werden, daß kein Ausländer über wirklich umfassendes zuverlässiges Material verfügt, daß man vielmehr gezwungen ist, aus einer Reihe von Indizien seine Schlüsse zu ziehen, und daß bei Auswertung pessimistischer Äußerungen der Sowjetpresse die

An
das Auswärtige Amt
in Berlin.

H118263

die „Selbstkritik" in Betracht zu ziehen ist, die oft allzu schwarz malt, um alle Energien zur Überwindung der Schwierigkeiten wachzurufen. Bestehen aber bleiben auf jeden Fall für die Beurteilung der Wirtschaftslage folgende Tatsachen:

Nahrungsmittelversorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln außer Getreide ist denkbar schlecht. Fleisch, Eier, Gemüse, Obst, Fette, Kartoffeln, sind auch für den Fabrikarbeiter so stark rationiert, daß von einer mangelhaften Ernährung der Bevölkerung gesprochen werden muß. Die Preise auf dem freien Markte sind so hoch, die dort angebotenen Mengen so klein, daß sie für die große Menge der Bevölkerung kaum in Betracht kommen. Die Folgen der nicht ausreichenden Ernährung sind Rückgang der Arbeitsleistung trotz aller Aufpeitschung der Energien und eine zunehmende Lethargie in weiten Bevölkerungsschichten.

Partei und Regierung, denen ein recht feines Gefühl für die Stimmung der Schichten, auf die es ihnen ankommt, eigen ist, haben sich daher dazu entschlossen, die Ausfuhr von Fleisch, Eiern, Butter einzustellen. Ferner soll angeblich der Import von Speisefetten aus dem Auslande vorbereitet werden (die Mittel sollen durch vermehrte Getreideausfuhr beschafft werden).

Die Schuld an der Ernährungslage versucht man in der Öffentlichkeit einer Schädlingsorganisation zuzuschreiben. Ungewöhnlich viel Verhaftungen von Angehörigen der

H1182264

Intelligenz

Intelligenz in leitenden Stellungen, die administrative Hinrichtung von 48 Saboteuren - das größte bekanntgegebene „Blutopfer" seit der Revolution - alles dies soll die Massen von der Energie und Wachsamkeit der Regierung überzeugen, die ständige Bedrohung des Systems durch Sabotage beweisen und allen, die ihre Unzufriedenheit zu äußern wagen, ein Menetekel sein. Andererseits läßt die Größe des Blutopfers und die Tatsache, daß man eine Gerichtsverhandlung nicht mehr abwarten wollte, gewisse Schlußfolgerungen auf die Erregung und die Unzufriedenheit der Massen zu.

Daß wirklich große Sabotageakte im europäischen Sinne vorgekommen sein sollten, ist nicht anzunehmen. Natürlich sind Faulheit und Nachlässigkeit an der Tagesordnung und verursachen viele Schäden. Aber die Ursachen der schlechten Ernährungslage liegen auf anderem Gebiete. Schuld ist wesentlich die überstürzte Durchführung der Kollektivierung im vorigen Jahre, die die Viehbestände des Landes stark reduzierte und u.a. viele Gemüse-und Obstbauern zur Einstellung ihrer Tätigkeit veranlaßte.

Versorgung mit Bedarfsartikeln.

Mindestens ebenso schlecht wie die Ernährungslage ist die V e r s o r g u n g d e r B e v ö l k e r u n g m i t a l l e n B e d a r f s a r t i k e l n des täglichen Lebens, Wäsche, Kleider, Stiefel, Seife etc. Die Läden sind buchstäblich leer. Bezugsscheine geben zwar ein Anrecht auf Ware, aber die Waren selbst fehlen. Beson-

H118265

ders

ders schlecht scheint die Versorgung mit Schuhwerk zu sein. Hinzukommt, daß der Verteilungsapparat nicht funktioniert, sodaß vor den Kooperativläden - auch in den Dörfern - lange Schlangen stehen, sobald sich das Gerücht verbreitet, daß Waren angekommen seien. Daß das stundenlange Anstehen, besonders bei schlechtem Wetter und im Winter Folgen für die Stimmung und die Arbeitsleistung der Bevölkerung haben muß, bedarf keiner Worte. Die augenblicklich ganz besonders schlechte Versorgungslage der Städte ist u.a. darauf zurückzuführen, daß alle verfügbaren Warenmengen auf's flache Land geworfen sind, um auf diese Weise die Getreideaufbringungskampagne zu unterstützen. Ferner wird jeder irgendwie exportfähige Artikel ins Ausland geschafft, um Valuten zu schaffen.

Wie die unbedingt notwendige Versorgung wenigstens der Industriearbeiter sichergestellt werden soll, ist noch nicht erkennbar. Eine Erleichterung könnte durch Einstellung des Exportes von Bedarfsartikeln erzielt werden; eine ausreichende Versorgung allein durch die jetzige Eigenproduktion wäre aber auch dann wohl nicht möglich.

H118266

Wanderbewegung der Arbeiter.

Die Versorgungsfrage in Verbindung mit der Wohnungsknappheit hat sehr dazu beigetragen, eine große Wanderungsbewegung unter den Industriearbeitern hervorzurufen, die besonders im Donbass bemerkbar ist. Jeder versucht in den Betrieben anzukommen, deren Leiter es verstehen, für ihre Arbeiter zu sorgen, sei es durch den Verhältnissen entsprechend

entsprechend gutes Essen, Wohnung oder durch höhere Löhne. Diese Wanderungsbewegung hat in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß die Produktion schwer gestört wurde und Regierung und Partei sich zum Eingreifen gezwungen sahen.

Man hat zu einem sehr drastischen Mittel gegriffen, zur „B e f e s t i g u n g d e s A r b e i t e r s a n d e n B e t r i e b". Durch Aufruf der Partei und durch öffentlichen Druck soll jeder Kopf- und Handarbeiter gezwungen werden, seine Arbeitsstelle bis zum Ende des Fünfjahresplans nicht zu verlassen. Den „D e s e r t e u r v o n d e r W i r t s c h a f t s f r o n t", d.h. den, der sich „freiwillig" nicht entschließt, dem Aufruf der Partei zu folgen, drohen Maßregelungen (Boykott, Streichung von der Arbeitsbörse etc.), die seine Existenz bedrohen.

Die Schärfe dieser Maßnahmen, die die Freizügigkeit praktisch aufhebt und letzten Endes eine Art moderner Leibeigenschaft darstellt, zeigt, wie ernst in den leitenden Kreisen die Bedrohung der Produktion durch die Wanderungsbewegung angesehen wird.

H118267

Finanzielle Lage. Die finanzielle Lage der Sowjetunion hat sich ungünstig entwickelt. Die Finanzierung des Fünfjahresplans war „auf dem Marsch" gedacht, d.h. die Neuinvestitionen jeden Jahres sollten in erster Linie aus den Gewinnen der bestehenden Produktionsfaktoren im vergangenen Jahre bestritten

stritten werden. Voraussetzung hierfür waren:

stabile Löhne

Senkung der Lebenshaltungskosten

Senkung der Selbstkosten der Produktion.

Die planmäßig vorgesehenen Ziffern, besonders für den letzten Faktor, sind in 2 Jahren des Fünfjahresplans bei weitem nicht erreicht worden, wodurch ein Ausfall an verfügbaren Mitteln in Höhe von annähernd 1 Milliarde Rubel eintrat.

Die Agrarrevolution des vergangenen Jahres hat die Steuerkraft der ländlichen Bevölkerung außerordentlich herabgesetzt, die umfangreichen Steuererleichterungen für die Kollektivwirtschaften, die man gewähren mußte um die Frühjahrsaussaat sicherzustellen, haben große Ausfälle in den vorgesehenen Einnahmen gebracht.

Die innere Anleihe „Fünfjahresplan in vier Jahren" hat bisher bei weitem nicht die Summe ergeben, die man erwartete.

Endlich hat die Forderung der Partei: „Fünfjahresplan in vier Jahren" die plötzliche Bereitstellung von Mitteln erforderlich gemacht, die einfach nicht vorhanden waren.

H1118268

Man hat sich zunächst anscheinend damit geholfen, die N o t e n p r e s s e in Gang zu setzen. Was die Tscher-onzenausgabe anbelangt, so hat man sich - jedenfalls nach den nicht nachprüfbaren Staatsbankausweisen - im Rahmen der gesetzmäßigen Golddeckung gehalten. Sicher hat man

in

in größtem Umfange Staatskassenscheine (1,3,5 Rbl.) ausgegeben, deren Emissionsnorm auf 75 % des Tscherwonzennotenumlaufes festgelegt war. Dabei hat man vor dem recht bedenklichen Mittel nicht zurückgeschreckt, auf eine Nummer viele Exemplare auszugeben. Der Botschaft haben verschiedentlich 5 Rbl.Scheine in Paketen zu 100 Stück vorgelegen, die alle die gleiche Nummer trugen. Der Notendruck hat anscheinend einen besonders großen Umfang angenommen, als die Bereitstellung und der Ankauf der Ernte im Juli und August gewaltige Mittel erforderten.

In jüngster Zeit ist man sich aber wohl über die Gefahren einer Inflation klar geworden und versucht jetzt zu bremsen. Zunächst sind laut letztem Staatsbankausweis 15 Millionen Rbl. Tscherwonzen aus dem Verkehr gezogen; sodann ist der Umlauf der Staatskassenscheine auf 100 % des Tscherwonzennotenumlaufes begrenzt worden.

Man nimmt die hierdurch zwangsläufig auftretende Geldknappheit in Kauf, die z.T. groteske Formen annimmt; z.B. sind heute noch mehrfach die Augustgehälter nicht ausgezahlt; die Einlösung von Schecks über 1000 Rbl. dauert besonders in der Provinz, mangels verfügbarer Kassenbestände, häufig 2-3 Tage. Die Botschaft hat letzthin 4 Tage gebraucht, ehe ihr ein Scheck über 15000 Rbl. bei der Staatsbank eingelöst wurde.

H118269

Getreidebereitstellung.

Die G e t r e i d e b e r e i t s t e l l u n g auf dem Lande nimmt trotz oder vielleicht gerade wegen der

der ungewöhnlich guten Getreideernte nicht den vorgesehenen Verlauf. Die Ablieferungen erfolgen nur stockend, einmal weil die Kollektivwirtschaften häufig nicht bereit sind, den von der Regierung festgelegten Prozentsatz der Ernte abzuliefern, und dann, weil es an Arbeitskräften fehlt, das Getreide einzubringen und zu bearbeiten. Der Landarbeiter in der Kollektivwirtschaft arbeitet eben nach Tarifvertrag. Freilich muß hier berücksichtigt werden, daß die Ablieferungen in diesem Jahre wesentlich höher sind als im Vorjahr, wenn sie auch hinter den Planziffern zurückbleiben.

Industrie. Die I n d u s t r i e in ihrer Gesamtheit weist nach den veröffentlichten Zahlen, besonders bei Kohle und Eisen, schwere, kaum mehr einzuholende Fehlausführungen für das 2.Jahr des Fünfjahresplanes auf. Der Jahresplan für Kohle wird z.B. nur zu etwa 90 % erfüllt werden; gegenüber dem Vorjahre ergibt sich dabei aber immer noch eine Steigerung um etwa 20 %. Die Ursachen für das Zurückbleiben der Leistungen sind mannigfaltig:

überspannte Anforderungen,

Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge schlechter Ernährung,

H118270

Fehlen von Stammpersonal (Wanderungsbewegung),

mangelhafte Leistung der Leitung infolge ungenügender Vorbildung und häufigen Wechsel („Reinigung" (Tschistka),

ungenügende Versorgung der Betriebe mit Material,

nicht ausreichendes Ineinandergreifen des gesamten Produktionsapparates,

Versagen des Verkehrsapparates.

Diesen

Diesen wirtschaftlichen Tatsachen gegenüber hat sich der Sowjetapparat mit seinen Mitteln:

sozialistischer Wettbewerb,

Bildung von Stoßtrupps,

Anprangerung schlechter Betriebe und Belobigung guter Betriebe,

nicht durchsetzen können. Trotz der Nichterreichung des Planes blieben aber die erzielten Leistungen im Neuaufbau und in der Menge der Produktion erstaunlich genug.

Verkehrswesen. Das V e r k e h r s w e s e n , unter dem man in Rußland bei dem mangelhaften Ausbau der Wasserstraßen und dem völligen Fehlen eines Straßennetzes für Autolastverkehr nur die Eisenbahn verstehen kann, zeigte sich gegen Ende des 2.Jahres des Fünfjahresplanes den gesteigerten Anforderungen nicht mehr gewachsen. Mangelhafte Wagengestellung, unverhältnismäßig hoher Reparaturstand der Lokomotiven, starkes Anwachsen der Eisenbahnunfälle und stundenlange Zugverspätungen als Regel zeigen das Durcheinander auf der Eisenbahn, die ein Dsershinski vor wenigen Jahren zu einer erstaunlichen Leistungsfähigkeit gebracht hatte. Die Folgen eines nicht einwandfrei arbeitenden Verkehrsapparates für eine Planwirtschaft bei den Entfernungen in der UdSSR bedürfen keiner Schilderung.

H118271

Export. Auch der Export besonders an Rohstoffen hat die Planziffern nicht erreichen können. Die Hauptursachen bilden das

das Fehlen von Arbeitskräften und das Versagen des Verkehrswesens. Ein schwerer Schlag für den Sowjetexport war das rapide Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Damit war die vorsichtig ausgeklügelte Außenhandelsbilanz über den Haufen geworfen. Denn die für die Industrialisierung notwendigen Importe an Fertigfabrikaten können von der Sowjetunion mangels anderer Möglichkeiten der Valutenbeschaffung nur direkt aus dem Erlös der Exporte bezahlt werden. Um also den ausländischen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, um vor allem Wechsel nicht notleidend werden zu lassen, ist die Sowjetunion - falls sie ihr forciertes Industrialisierungsprogramm nicht fallen lassen will - gezwungen, in forciertem Tempo zu exportieren und ihre Exporte zu jedem Preise loszuschlagen. Je mehr also sich die Preisspanne zwischen Rohstoffen und Fertigfabrikaten steigert, desto mehr wird die Sowjetunion zum Losschlagen ihrer Rohstoffexporte zu jedem Preise gezwungen sein - es sei denn, daß man ihr durch große Kredite oder Anleihen die Beschaffung der nötigen Valuten ermöglicht. Politische Motive dürften der „Sowjetdumping" wohl kaum zu Grunde liegen.

H118272

Gesamtbeurteilung. In jedem westlichen Lande würde man aus diesem trüben Bilde der Wirtschaft die Folgerung ziehen, daß das System versagt habe und daß ein völliges Fiasko drohe. In der Sowjetunion liegen die Dinge aber grundsätzlich anders: Die Erhaltung des Lebensstandard der Bevölkerung ist nicht

der

der Regulator für die Entschließungen der Regierung. Hier fühlt man sich im Kriege und man fragt sich nur, ob der Lebensstandard bereits ein so unerträglich niedriges Niveau erreicht hat, daß ein Einlenken zur zwingenden Notwendigkeit wird. Das politische System ist unerschüttert. Die Machtmittel, Rote Armee und G.P.U., sind gut genährt, gut gekleidet, empfinden den allgemeinen Mangel nicht am eigenen Leibe und sind daher absolut zuverlässig. Die Fabrikarbeiterschaft murrt zwar und ist unzufrieden, sieht aber täglich, daß sie die privilegierte Klasse ist, der es immer noch am besten geht. Wie es dem Arbeiter im Auslande geht, weiss sie nicht, Vorstellungen hiervon erhält sie nur durch den sowjetischen Propagandaapparat und die ausländischen kommunistischen Arbeiterdelegationen, die natürlich nur in dem von „oben" gewünschten Sinne sprechen.

Die übrige Bevölkerung ist lethargisch und durch rücksichtslosesten Terror eingeschüchtert.

Natürlich gibt es innerhalb der Partei starke Auseinandersetzungen. Diese betreffen aber nur das Tempo des sozialistischen Aufbaues, nicht das System.

Zweifellos sind trotz der vielen Fehler von unserem Standpunkte aus überraschend große Leistungen sowohl auf dem Gebiete der Industrialisierung wie bei der Landwirtschaft erreicht worden. Die Bautätigkeit auf dem ganzen weiten Gebiete der U.d.SSR ist außerordentlich, wie alle Reisenden übereinstimmend berichten. Daß die überspannten Anforderungen des Planes nicht geleistet werden

H118273

konnten

konnten, war vorauszusehen. Entscheidend für die weitere Entwicklung des Landes ist jetzt, ob die Führer aus den Erfahrungen dieses Jahres die notwendigen Folgerungen ziehen und sich über die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Landes einigermaßen klar werden können. Geschieht dies, d.h. entschließt man sich, den Fünfjahresplan zusammenzustutzen, so wird die Krise dieses Jahres mit Wahrscheinlichkeit überwunden werden können.

Die Frage ist nun, hat die Sowjetregierung überhaupt die Möglichkeit, den von ihr beschrittenen Weg zu verlassen und kann sie aus eigenen Kräften einlenken ? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Die Kürzung des Fünfjahresplanes ist möglich, weil der Plan seiner Natur nach nicht starr sondern elastisch ist, wie die zahlreichen fast auf allen Gebieten dauernd vorgenommenen Änderungen zeigen. Der Plan kann gekürzt werden, ohne daß dies nach außen hin besonders erkennbar zu werden braucht. Dies wird man aus propagandistischen Gründen natürlich nach Möglichkeit vermeiden. Wahrscheinlich aber dürfte die plötzlich und überraschend angeordnete Verlegung des Wirtschaftsjahres vom 1. Oktober auf den 1. Januar in dem Sinne zu deuten sein, als wolle man sich in diesem Vierteljahr über das bisher Geleistete klar werden und auf Grund dieser Erkenntnis versuchen, das augenblickliche Durcheinander wieder in eine „planvolle Wirtschaft" zu verwandeln. Die im Zusammenhang mit der Verlegung stehende Pressekampagne, wonach

H118274

wonach die Pläne für das Quartal Oktober-Dezember nicht nur die volle Leistung, sondern auch die Ausfüllung der Lücken des vorigen Jahres vorsehen, dient nach außen hin als eine wirkungsvolle Propaganda für die Aufrechterhaltung des bisherigen Planes. Dafür, daß die Sowjetregierung aber tatsächlich bemüht ist, aus der Krise des Fünfjahresplans herauszukommen, zeugen die Urteile zuverlässiger Spezialisten, wonach auf ihren Arbeitsgebieten zahlreiche Projektierungen gestrichen und vielfache Einschränkungen der Bauvorhaben angeordnet worden sind.

H118275

A.A. eing. 10 DEZ 1930 Nm.

Auswärtiges Amt

Berlin, den 18. Oktober 1930.

Nr. IV Ru 6290

II 22486 30

R. Wi. Min.
24. OKT. 1930

Im Umlauf

dem

Reichswirtschaftsministerium

Reichsbankdirektorium

zur streng vertraulichen Kenntnisnahme ergebenst übersandt.

Es wird gebeten, von einer auch auszugsweisen Weitergabe des Berichts abzusehen.

Im Auftrag

II 22486.

Gesehen.
Berlin, den 21. November 1930.
Reichswirtschaftsministerium.

Gesehen
im Reichsbank-Direktorium
Berlin, den 1. Dezember 1930

REICHSBANK-DIREKTORIUM BERLIN

Zoll.

H118278

Auswärtiges Amt
IV Bd 1434
Bd. 16.
Durchschl.

(A. 680)

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftslage der Sowjetunion ist ein kurzer Rückblick auf die volkswirtschaftliche Entwicklung der Union im letzten Jahrzehnt erforderlich. Als 1922 infolge der Mißernte und Hungersnot der „Kriegskommunismus" zusammenbrach und an seine Stelle die „neue ökonomische Politik" trat, war der industrielle Produktionsapparat zwar sehr heruntergewirtschaftet, durch Zusammenlegen von Fabriken und die Einfuhr neuer Maschinen gelang es aber doch in verhältnismäßig kurzer Frist eine große Anzahl von Werken wieder in Gang zu setzen. Außerdem war der Privatinitiative ein weiter Spielraum gelassen, ausländische Konzessionen entstanden und viele Privaten gehörige Kleinbetriebe wurden wieder in Gang gesetzt. Dieser Erfolg verleitete die Sowjetregierung, die ständig das Damoklesschwert einer Intervention der kapitalistischen Mächte gegen den „verhaßten Proletarierstaat" über sich fühlt, die Industrialisierung des Landes in einem Ausmaße zu betreiben, der weit über ihre Kräfte ging. Die Kosten dieses Unternehmens hatte die Landwirtschaft zu tragen, in der 85% der Bevölkerung beschäftigt sind und die in unglaublicher Weise ausgebeutet wurde. Während nämlich die Preise für Industrieprodukte sich etwa auf das Drei- bis Fünffache der Vorkriegspreise stellten, mußte der Bauer dem Staat sein Getreide zu Preisen abliefern, die etwa denen der Vorkriegszeit entsprachen

H118279

sprachen. Hinzu kamen Landwirtschaftssteuern, Selbstbesteuerung, Zwangsanleihen und dgl. Die Folge dieses Zustandes war, daß der Bauer immer extensiver sein Land bestellte und große Flächen brach liegen ließ. Einerseits lag hierin ein gewisser passiver Widerstand gegen die Politik der Regierung, von der er sich betrogen fühlte, andererseits war es bei den ständig steigenden Industriepreisen dem Bauern aber auch gar nicht mehr möglich, das notwendige Inventar und seine sonstigen Bedarfsgüter einzukaufen, zumal der Kleinbetrieb die Anschaffung hochwertiger Maschinen schon von selbst verbot.

So war ein Niedergang der Landwirtschaft zu verzeichnen, dem aber eine immer mehr gesteigerte Industrialisierung gegenüberstand. Diese verschlang ungeheure Summen, erstens wegen der Größe des durchzuführenden Programms, zweitens, weil infolge eines alle Vorstellungen übersteigenden bürokratischen Apparates, der Zusammenfassung der Industrien in großen Trusts, die von ganz unzulänglichen Personen geleitet wurden, des Schlendrians der verhätschelten Arbeiter die Bau- und industriellen Produktionskosten das normale Maß weit überschritten.

Es mußte somit der Augenblick kommen, in dem die Landwirtschaft nicht mehr diejenigen Überschüsse abwarf, deren man zur Durchführung des Industrialisierungsprogramms bedurfte. Dieser Zeitpunkt trat 1927/28 ein, als die Sowjetregierung nach einer guten Mittelernte sogar Getreide einführen mußte.

Die daraufhin einsetzende Politik ist durch folgende Momente

H118280

Momente gekennzeichnet: Man begann, die kleinen bäuerlichen Wirtschaften in Großbetrieben zusammenzufassen, die mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen ausgerüstet werden sollten; die gesamte Oberschicht der Bauernbevölkerung wurde enteignet und in die Wälder geschickt, wo sie als politische Verschickte Holzfällarbeiten zu verrichten haben. Das Industrialisierungsprogramm wurde weiter ausgebaut, ein „Fünfjahresplan" verlangt eine von Jahr zu Jahr sich gewaltigsteigernde Produktion. Privatwirtschaftliche Kleinbetriebe und Privathandel wurden derartig mit Steuern belegt, daß sie völlig zum Erliegen kamen.

Die „Kollektivierung" der Landwirtschaft, an und für sich schon eine Maßnahme, die große Investitionen erfordert, wurde im Winter 1929/30 in einem derart überstürzten Tempo durchgeführt, ohne jede organisatorische Vorbereitung und ohne genügende Instruktion der durchführenden Instanzen, daß der Landwirtschaft ungeheure Werte verloren gegangen sind. Es wird angenommen, daß in großen Gebieten bis zu 60% des Viehs incl. Pferde und Kamele von den in die Kollektive gehetzten Bauern abgeschlachtet worden sind.

Daß bei diesen Verhältnissen die natürlichen Quellen zur Beschaffung von Geldmitteln nicht ausreichten, liegt auf der Hand, und es ist es nicht verwunderlich, daß 1930 die Notenpresse das Defizit ausgleichen mußte. Eine Inflation von Geldzeichen, die vielfach zu Millionen mit ein und derselben

Nummer

H118281

Hunger gedruckt wurden, erschütterten die Wirtschaft. Die Warenpreise erlebten phantastische Steigerungen, deren Auswirkungen die Regierung nur dadurch begegnen konnte, daß sie ihren Schützlingen, Parteileuten, Arbeitern und Rotarmisten in den Kooperativen wenigstens hinreichend mit Brot zu normierten Preisen versorgte. An allen anderen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs herrscht seit dem vergangenen Jahr ein kaum zu überbietender Mangel. Das Bezugskartensystem ist auf fast alle Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgedehnt, wobei aber das Buch zu den Bezuge der meisten Waren nur insoweit berechtigt, als diese Waren vorhanden sind.

Die gegenwärtige Situation ist daher die folgende: Die Landwirtschaft, die früher die Mittel für die Industrialisierung abwarf, befindet sich in einen Zustand der Reorganisation, die selbst große Mittel erfordert. Die Kollektivierung geht viel schneller voran, als es der Industrie möglich ist, die Kollektive mit landwirtschaftlichen Maschinen zu versorgen. Die Kollektive werden daher in den nächsten Jahren noch überwiegend Zuschußbetriebe sein. Zustatten kamen der Landwirtschaft in Vorjahre außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse, die selbst den schlecht bestellten Boden noch eine verhältnismäßig günstige Ernte abtrotzten. Nicht abzusehen sind aber die Schwierigkeiten, in die die Sowjetregierung geraten würde, wenn eine Mißernte in diesen Jahren

der

H118282

der wirtschaftlichen Rekonstruktion weite gebiete des Landes heimsuchen sollte. Andererseits ist aber nicht zu unterschätzen, daß die Zusammenfassung der Bauern in den staatlich geleiteten Kollektiven der Regierung die Möglichkeit gibt, aus den zum Zwangsarbeiter degradierten Bauern eine höhere Produktion zu erpressen. Die Viehwirtschaft bedarf zur Auffüllung ihrer dezimierten Bestände mehrerer Jahre, sodaß mit einer ausreichenden Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung noch lange nicht zu rechnen ist.

Die Industrie weist ganz erhebliche Produktionssteigerungen auf. Hierbei ist aber nicht außer Acht zu lassen, daß der industrielle Aufbau im wesentlichen ein schwerindustrieller Aufbau ist, während die Konsumgüterindustrie über aus vernachlässigt wird. Zweitens ist der Prozentsatz der Ausschußware ein ungewöhnlich hoher, was vor allem auf den Mangel an gelernten Arbeitskräften zurückzuführen ist. Drittens ist bei der geringen Erfahrung der Russen in der Handhabung und Wartung moderner Maschinen der Verschleiß im Gebrauch ein ganz ungeheurer. Die Reparaturwerkstätten sind ständig überfüllt. Man hört häufig, daß bis zu 75% der Traktoren einer Traktorenstation sich in Reparatur befinden. Viertens ist parallel mit dem Aufbau der Staatsindustrie ein völliger Zusammenbruch der privaten Kleinindustrie gegangen. Die vielen kleinen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken, die Gießereien, Dreherein, Schmieden usw., die für die Ver-

sorgung

H118283

sorgung der Landbevölkerung eine sehr bedeutende Rolle spielten, sind fast sämtlich zum Erliegen gekommen. Von den russischen Statistiken werden aber nur die Staatsbetriebe erfaßt. Aus all diesem ergibt sich die Lösung für das Rätsel, daß die Statistiken mit ständig zunehmenden Produktionsziffern aufwarten, der Mangel der Bevölkerung an allen Gegenständen des täglichen Bedarfs aber gleichfalls eine ständige Zunahme erfährt.

Das gewaltige Industrialisierungsprogramm, das sich die Regierung für das Jahr 1931 gestellt hat, muß die gegenwärtige Lage noch mehr verschärfen; denn das Programm bedarf zu seiner Durchführung außerordentlicher Mittel, deren Aufbringung umso problematischer ist, als ja auch große Teile der Landwirtschaft in dem gegenwärtigen Reorganisationsstadium staatlicher Zuschüsse bedürfen, deren Höhe allein für 1931 auf 3,8 Milliarden Rubel veranschlagt ist. Es ist zwar auch für 1931 ein balanciertes Staatsbudget aufgestellt worden, aber schon in den ersten beiden Monaten sind die Einnahmen nicht unbeträchtlich hinter den Planziffern zurückgeblieben. Bedenklich ist, daß die industriellen Selbstkosten, auf denen der Finanzplan für die Durchführung der Industrialisierung aufgebaut ist, weit höher sind, als im Plan vorgesehen und auf manchen wichtigen Gebieten, z.B. im Kohlenbergbau, statt der verlangten Senkung sogar steigende Tendenz aufweisen. Ohne eine erneute Inanspruchnahme der Notenpresse

mit

H118284

mit einer Verschärfung der inflationistischen Erscheinungen wird man daher nicht auskommen, falls das industrielle Programm durchgeführt werden soll. Größere Abstriche von diesem sind aber auch nützlich, da dadurch der ganze Industrieapparat in Unordnung geraten könnte, der schon dadurch so teuer arbeitet, daß der Aufbau vielfach unorganisch durchgeführt wird, sodaß häufig ein Trust feiern muß, weil ihn der andere nicht genügend beliefert. Bei der bis ins Letzte durchgeführten Vertrustung der einzelnen Wirtschaftszweige kann ja ein Konkurrent nicht einspringen, und das Herausfallen eines Rädchens aus diesem gewaltigen Uhrwerk muß unweigerlich zu Störungen des gesamten Wirtschaftsorganismus führen.

In der letzten Zeit sind es hauptsächlich Bergbau und Verkehr, die die größten Sorgen bereiten. Die Kohleproduktion erreichte in den letzten Monaten nicht mehr als 55 bis 75 % des Programms, und das Verkehrswesen befindet sich in einem so desolaten Zustande, daß nicht nur die tägliche Verladenenge weit hinter den stark gesteigerten Planziffern zurückbleibt, sondern auch absolut genommen einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr aufweist.

Es ist bekannt, daß weite Parteikreise diese Gefahren der überstürzten Industrialisierung durchaus einsehen, aber gegen den unbeugsamen Willen der Parteileitung sich nicht durchzusetzen vermochten. Jedoch ist die „Rechtsopposition", der Männer wie Rykoff, Bucharin, Tomski, Syrzow usw. angehören

H118285

ren, keineswegs niedergekämpft, und sie tritt jedesmal erneut in die Erscheinung, wenn auf Grund der Überstürzung des Aufbautempos die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Grenze des Erträglichen erreichen. Somit liegen neue innerparteiliche Zwistigkeiten, deren Ausgang und Auswirkungen auf die gesamte Struktur des Landes völlig ungewiß sind, auch in Zukunft durchaus im Bereich der Möglichkeit. Der Lebensstandard der Bevölkerung hat heute bereits einen Tiefstand erreicht, der kaum noch zu unterbieten ist; trotzdem erscheint eine Durchführung des wirtschaftlichen Programms ohne weitere Opfer der Bevölkerung kaum möglich. Im letzten Jahr ist auch bereits in der Industrie die Zwangsarbeit vielfach an die Stelle der freien Arbeit getreten. Denn was bedeutet es anderes, wenn die Gewerkschaften ihrer Funktion der Vertretung der Arbeiterinteressen entkleidet werden, Arbeiter, die ihre Arbeitsstätte verlassen, sechs Monate lang keine Arbeit und keine Bezugsbücher erhalten dürfen, die Betriebe für mobilisiert oder als Stoßbetriebe erklärt werden, mit der Wirkung, daß der Werksleiter die freien Tage der Arbeiter aufheben und die Arbeitszeit willkürlich verlängern kann.

Bergen alle diese Erscheinungen ohne Zweifel die Gefahr innerer Erschütterungen in sich, der nur der eiserne Wille der Parteileitung und eine rücksichtslose Unterdrückung aller gegenteiligen Meinungen und Strömungen entgegensteht, so sind für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Landes

H118286 dogh

doch in erster Linie andere Faktoren maßgebend.

Solange die Sowjetregierung auf das Ausland angewiesen ist, (Export von Waren, technische Hülfe), und solange sie sich nicht stark genug fühlt, einer ausländischen Intervention oder wenigstens einer Blockade zu trotzen, wird sie ihren Auslandsverpflichtungen gewissenhaft nachzukommen suchen. Das ist das Hauptaktivum im russischen Geschäft. Zum Willen muß sich aber das Können gesellen; und da haben sich die Verhältnisse für die Sowjetregierung in der letzten Zeit nicht unerheblich verschlechtert. Das große Industrialisierungsprogramm hat auch einen stark gesteigerten Importbedarf, vor allem an Halbfabrikaten und Maschinen aller Art zur Folge. Diesen Import kann die Sowjetregierung mangels anderer ins Gewicht fallenden Deviseneinnahmen fast nur durch den Export ihrer Waren bezahlen. Die Weltwirtschaftskrise hat aber zu einer stark verminderten Aufnahmefähigkeit der auswärtigen Märkte, sowie zu einem starken Abgleiten der Preise für Rohstoffe aller Art geführt, und zwar gerade für die hauptsächlichsten russischen Exportartikel Naphta, Holz, Getreide und Flachs. Die Folge hiervon war, daß einer mengenmäßigen Exportsteigerung von 57% im vergangenen Jahr nur eine wertmäßige von 14,5% statt der benötigten 40% gegenüberstand. Die Bestellungen der Sowjetregierung im Ausland haben aber weiter stark steigende Tendenz, sodaß auch eine weitere Exportsteigerung unumgänglich notwendig sein wird. In ihrer

Zwangs-

H118287

Zwangslage, Devisen um jeden Preis zu beschaffen, nehmen die Russen naturgemäß bei den Auslandsverkäufen ihrer Waren auf eigene Rubel-Selbstkosten keinerlei Rücksicht, sodaß sie über all unterbieten können. Die Folge war, dass eine Anzahl von Ländern, deren Wirtschaftskreise den Schutz ihrer Regierung für die einheimische Industrie gegen den russischen Schleuderverkauf anriefen, Maßnahmen gegen den Import russischer Waren getroffen hat. Das gegenwärtige Bild ist in dieser Hinsicht das folgende:

Ungarn und Rumänien haben die Einfuhr russischer Waren generell verboten.

Frankreich, Belgien, Luxemburg und Italien haben das Lizenzsystem für die hauptsächlichsten russischen Importwaren eingeführt. Noch schärfere Maßnahmen sollen in Erwägung gezogen werden. Die Bestrebungen Frankreichs zur Bildung einer „Antidumpingfront" gegen Rußland sind bekannt.

Kanada hat die Einfuhr russischer Kohle, Holz, Asbest und Rauchwaren untersagt.

Die USA halten in vier russischen Gebieten die Anwendung von Zwangsarbeit in den Forsten als erwiesen und verlangen daher von jedem Importeur russischen Holzes den Nachweis, daß das betreffende Holz nicht aus Zwangsarbeit herrühre. Die Kreditbedingungen für Bestellungen in Amerika haben sich für die Russen nicht unerheblich verschlechtert.

Die

H118288

Die englischen konservativen Kreise führen eine scharfe Kampagne gegen den Schleuderimport russischer Waren und würden, zur Macht gelangt, ohne Zweifel Maßnahmen dagegen ergreifen. Aber auch in den Kreisen der gegenwärtigen Regierung soll der Gedanke mehr und mehr Raum gewinnen, daß eine hemmungslose Einfuhr russischer Waren auf die Dauer unerträglich sei. Die von England bisher in großem Umfange betriebene Bevorschussung von Importwaren aus Rußland soll stark eingeschränkt worden sein.

Auch aus einer Reihe von anderen Ländern, z.B. Schweden, Finnland, Oesterreich, Irland und Japan, liegen Nachrichten vor, daß die dortigen Wirtschaftskreise mit der Absicht umgehen, Sondermaßnahmen gegen den Import russischer Waren zu beantragen.

Je mehr Länder sich nun dem Import russischer Waren verschließen, in desto größerem Umfange werden die übrigen Ländermit diesen Waren überschwemmt werden. Das dürfte aber bald zu unerträglichen Zuständen und damit zu Gegenmaßnahmen führen. Wie schwierig bereits heute für die Sowjetregierung die ~~Lage~~ Beschaffung von Devisen geworden ist, geht daraus hervor, daß sie seit Anfang Februar ~~bereits~~ ihre Goldreserven anbrechen mußte, um ihren Auslandsverpflichtungen nachzukommen. Für ca. 80 Millionen Mark Gold sind seitdem an die Reichsbank verkauft worden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und damit die Zahlungsfähigkeit und

Kredit

H11S289

Kreditwürdigkeit der Sowjetunion für die nächsten Jahre schwer abzusehen ist. Mit der Möglichkeit einer noch größeren Verschärfung der Wirtschaftskrise in der Sowjetunion, größeren Schwierigkeiten des Exports und damit der Beschaffung der zur Abdeckung der eingegangenen Auslandsverpflichtungen benötigten Devisen muß gerechnet werden. Andererseits scheut die Parteileitung vor nichts zurück, auch nicht vor einer rücksichtslosen Ausbeutung des von ihr beherrschten 160. Millionen-Volkes, um ihre Ziele zu erreichen.

Berlin, den 14. März 1931.

Kaufmann

H118290

Deutsches Generalkonsulat

Charkow, den 6.November 1931.

Tgb.Nr. 287.

3 Durchschläge.

Jahresbericht

(Politische Fragen: Partei. Gewerkschaften. Staatspolizei. Rote Armee. Selbstständigkeitsbestrebungen. Nationale Minderheiten. Deutschtum. Reichsdeutsche. Fachleute.

Wirtschaftsfragen: Anteil der Ukraine an der Sowjetwirtschaft.

Landwirtschaft: Anbaufläche. Ernte. Getreideaufkauf. Viehabgabe. Kollektivierung.

Industrie: Produktion. Bergbau. Hüttenwerke. Maschinenbau. Ergebnisse und Mängel. Neue Werke.

Handel. Aussenhandel).

Die Sowjetukraine gleitet immer mehr aus der Stellung eines in gewissem Umfange selbständigen B u n d e s s t a a t e s in die eines grossen Verwaltungsbezirks, die Zentrale in Moskau hält alle politischen und wirtschaftlichen Kommandohöhen fest in der Hand. Von Bevollmächtigten der Moskauer

An die

Deutsche Botschaft

in M o s k a u.

Moskauer Volkskommissariate werden geleitet ausser den Ressorts für die auswärtigen Angelegenheiten, Verkehr, Post- und Telegrafie, Krieg und Staatspolizei, seit einem Jahre der Aussenhandel und seit zwei Jahren die Landwirtschaft. Selbständig sind nur noch die Volkskommissariate für Justiz, Arbeit, Gesundheitswesen und Volksbildung, letzteres seit langen Jahren geleitet von Skrypnik, der einstmals die Selbständigkeit der ukrainischen Bundesrepublik verteidigte. Der bisherige stellvertretende Volksbildungskommissar Polotzky soll seinen Posten aufgeben und zur Bearbeitung kultureller Fragen nach Paris gehen; gerüchtweise verlautet, dass der Stellvertreter des Bevollmächtigten des Aussenkommissariats, Fuhr, aus bisher unbekannten Gründen vor kurzem verhaftet sei. Die Bedeutung der einzelnen p o l i t i s c h e n F a k t o r e n und ihr Verhältnis zueinander ergeben sich schon aus dem äusseren Bild der Hauptstadt Charkow. In dem repräsentativsten Gebäude, dem früheren Adelshause, das im letzten Jahre durch einen kleinen Aufbau seine beschränkten Verwaltungsräume erweitert hat, residiert der Allukrainische Zentralvollzugsausschuss (WUZIK) als höchste Legislative und Exekutive des Landes. Das grösste Verwaltungsgebäude der Zarenzeit, die frühere Gouvernementsverwaltung, war der Sitz der Charkower Kreis- und Stadtbehörden, ist jetzt jedoch von dem städtischen Parteikomitee mit seinen anscheinend grossen Verwaltungsfunktionen in Anspruch genommen, während die Stadtverwaltung sich mit einem früheren Bankgebäude begnügt. Die kommunistische Partei der Ukraine schafft sich in dem früheren Hause der Landschaftsverwaltung durch grosse Aufstockungen ein erheblich erweitertes

Heim

Heimfür einen umfangreichen Verwaltungsapparat. Ebenso wie dieser Umbau wird auch der eine ganze Strassenlänge in Anspruch nehmende Erweiterungsbau der GPU der Ukraine, für deren Tätigkeit bisher ein Häuserblock nicht ausgereicht hat, in überraschend kurzer Zeit mit Tag-und Nachtschichten zu Ende geführt, während andere dringend benötigten Bauten wegen des Mangels an Materialien zurückstehen müssen. In den Industriegebäude haben neben den grossen Trusts, für die diese Hochbauanlage bestimmt war, die offizielle Regierung des Landes, der Rat der Volkskommissare, dessen Vorsitzender Tschubarj zur Zeit schwer erkrankt in Berlin weilt, und einige Volkskommissariate Unterkunft gefunden. Der Platz vor den Industriegebäude wird durch zwei weitere Hochbauanlagen für die Verwaltung der Kooperative und für die Projektierung von Industriebauten sowie durch den Neubau eines Hotels für Ausländer ausgebaut; von dem Bau eines Regierungsgebäudes verlautet z.Zt.nichts. Diese Hochhäuser und das gegenüber liegende Parteigebäude bezeichnen als Sitze der die Politik und Wirtschaft bestimmenden Faktoren das neue Zentrum der Hauptstadt.

rtei.

Die P a r t e i ist die eigentliche Regierung des Landes und die feste Klammer, die die ukrainische Republik in dem Gefüge des Sowjetbundes hält, dauerhafter und zuverlässiger als die Bundesverfassung, die bekanntlich die Möglichkeit eines freiwilligen Ausscheidens aus der Union vorsieht. Ihre tatsächliche Herrschaft ist gesichert dadurch, dass alle massgebenden Stellen der Regierung, Verwaltung und Wirtschaft mit Mitgliedern der Partei besetzt sind, der Einfluss der Partei und ihre Führung der Regierung werden immer offensichtlicher. Alle sich

tigen

wichtigen Massnahmen gehen von dem Zentralkomitee der Partei aus, das auf bestehende Mängel hinweist, Abhilfe verlangt und durch den Zentralvollzugsausschuss und den Rat der Volkskommissare Verordnungen erlässt. Der Stellung Stalins entspricht in der Ukraine die Stellung Kossiors, des Generalsekretärs der Ukrainischen Partei und Mitgliedes des Politbüros der Gesamtpartei.

Nachdem im Vorjahre 118 000 Mitglieder neu aufgenommen wurden, zählte zu Anfang dieses Jahres die kommunistische Partei der Ukraine etwa 350 000 Mitglieder. 72% sind der Herkunft nach Arbeiter, etwa 50% werktätige Arbeiter. Dieser Prozentsatz wird, auch nachdem im ersten Viertel dieses Jahres 43 000 neue Mitglieder aufgenommen sind, als zu gering angesehen, da durch die Parteimitglieder an der Werkbank eine Steigerung der Arbeitsdisziplin und der Produktion erhofft wird. Bezeichnenderweise ist die Zahl der Mitglieder des kommunistischen Jugendbundes in der Partei in den letzten drei Jahren von 17,2 auf 14,6% zurückgegangen, sodass gefordert wird, den Komsomol in stärkerem Masse zum Aufbau des sozialistischen Staates heranzuziehen. Der Prozentsatz der Bauern ist in den letzten drei Jahren durch die Aufnahme zahlreicher Kollektivmitglieder von 17,4 auf 20% gestiegen. Der Anteil der Angestellten ist in drei Jahren von 13,2 auf 8% gesunken. Nur 56% der Parteimitglieder sind Ukrainer. Da die Bevölkerung der Ukraine 80% Ukrainer zählt und etwa 20% der der Sowjetunion beträgt und die ukrainische kommunistische Partei nur zu etwa 15% an der Bundespartei beteiligt ist, ist das ukrainische Element nicht seiner zahlenmässigen

zahlenmässigen Stärke entsprechend in der Partei vertreten.

Gewerkschaften.

Die Bedeutung der G e w e r k s c h a f t e n scheint zu sinken. Sie dienen in der Hauptsache als Sprachrohr der Partei für die Forderungen grösserer Arbeitsdisziplin und Produktionssteigerung; eigene Initiative oder gar Opposition aus der Vertretung der Sonderinteressen der Arbeiter sind nicht festzustellen. Das gleichseitig gedachte Dreieck, Regierung, Gewerkschaften und Partei, hat sich verschoben, letztere ist die tragende Basis.

Staatspolizei.

Der starke Arm der Partei und zugleich Regierungsorgan ist die S t a a t s p o l i z e i, in der Ukraine bisher geleitet von dem energischen Balitzky, der in diesem Jahre als einer der Stellvertreter Menshinskys nach Moskau versetzt worden ist. Sein Nachfolger Redens, aus Galizien stammend, ist bisher weniger hervorgetreten. Mit unverminderten Eifer hat die GPU auch im letzten Jahre sich bemüht, mit den von ihr für richtig und bewährt befundenen Methoden die Sicherheit des Staates zu schützen, und in erster Linie alle des Umsturzes verdächtigen Bestrebungen rücksichtslos verfolgt. In grosser Zahl wurden Ingenieure der Sabotage beschuldigt und verhaftet, bis nach der bekannten Rede Stalins in dieser Beziehung der Eifer nachließ. Nachdem vor einem Jahre das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, das von dem Chef der GPU in Personalunion geleitet wurde, aufgelöst worden ist, sind dessen Aufgaben von der Staatspolizei und dem Zentralvollzugsausschuss übernommen. Die Abhängigkeit von den Moskauer Zentralbehörden zeigt sich darin, dass diesen auch Fälle zur Entscheidung vorgelegt werden, die die ukrainischen Behörden verfassungsrechtlich selbständig entscheiden könnten.

Die

Die Armee.

Die R o t e A r m e e kann als durchaus zuverlässige Stütze des Sowjetregimes angesehen werden, dank der dauernden sorgfältigen Beobachtung aller gefährlichen Stimmungen und Strömungen. Ueber die Verhaftung hoher Offiziere des ukrainischen Stabes wurde s.Zt.berichtet; die Nachricht über die Erschiessung von 23 Offizieren muss nach allem, was hier bekannt geworden ist, keineswegs aus der Luft gegriffen sein. Die häufigen Veränderungen in den hohen Kommandostellen deuten darauf hin, dass ein längeres Verweilen auf wichtigen Posten als gefährlich angesehen wird. Die neue Offiziersgeneration, die immer mehr in die höheren Kommandostellen einrückt, oft in sehr jungen Jahren, ist dem Sowjetregime schon weil sie ihm solche Aufstiegsmöglichkeiten verdankt, durchaus ergeben und die Erziehung und Heranbildung dieses Nachwuchses sorgen dafür, dass die politischen Anschauungen und Bestrebungen nicht über die Partei und den Dienst hinausgehen. Bei der sehr gedrückten Lage auf dem Lande und da die Aussiedlungen, Verschickungen und Steuerauflagen auch in der Armee Widerhall finden, müssen die politischen Kommissare die Stimmung dauernd kontrollieren, obwohl die Heeresangehörigen in der Lebensmittelversorgung und sonst in jeder Weise bevorzugt werden.

Nach den Kriegsgerüchten im Frühjahr war im Sommer die Stimmung ruhiger. Neuerdings scheint die Charkower Garnison verstärkt zu werden. Im Westen der Stadt werden Kasernen für Artillerie erbaut, andere bisher als solche nicht benutzte Kasernen werden wieder instandgesetzt, da, wie es scheint heisst, zwei Moskauer Regimenter hierher verlegt werden sollen; ob solche Massnahmen eine grössere Sicherung der Hauptstadt für den Kriegsfall bedeuten oder einen Austausch ukrainischer Truppenteile

Truppenteile gegen solche aus der übrigen Sowjetunion einleiten sollen, steht dahin. Nachdem Charkow als Sitz einer Fliegerbrigade ein starker Stützpunkt der Luftstreitkräfte geworden ist und auf dem Gelände des Flugplatzes bereits eine Fabrik für Zivilflugzeuge besteht, wird geplant, östlich der Stadt, hinter dem Traktorenwerk, eine grosse Fabrik für Militärflugzeuge zu errichten.

Selbständigkeitsbestrebungen.

Die S e l b s t ä n d i g k e i t s b e s t r e b u n g e n der Ukraine haben, da das Sowjetregime über alle Machtmittel, besonders die GPU und die Rote Armee, verfügt, keine Aussicht auf Verwirklichung. Der Strafprozess gegen den Bund zur Befreiung der Ukraine wirkt nach, nicht nur als abschreckendes, sondern als ein, durch das bei diesem Prozess gezeigte Geschick der Anklagebehörde lächerlich gemachtes Beispiel, dass derartige Umsturzbestrebungen mit unzulänglichen Mitteln erfolglos sind. Es fehlt für solche Ziele, ihre Propagierung und Verwirklichung, die tragende Schicht. Das gebildete Bürgertum ist dezimiert und verschüchtert, von den Sorgen um die eigene ständig bedrohte Existenz in Anspruch genommen. Vereinigungen und Versammlungen sind nur unter dem Einflusse der Partei möglich und kein Boden für eine ernste Kritik der Verhältnisse oder gar weitergehende Bestrebungen. Die einzige Hoffnung für manche mag die rote Armee sein, da diese über eine straffe Organisation mit den nötigen Machtmitteln verfügt, doch müsste dann ein entscheidender Schritt eines zielbewussten und tatkräftigen Heerführers unterstützt werden durch eine weitgehende Unzufriedenheit mit den Verhältnissen und durch Truppen, die unbedingt mitgehen. Dass diese bei ihrer ständigen Beobachtung, dem Propagandadruck und

und der Durchsetzung mit Parteimitgliedern sich finden werden, kann zur Zeit nicht angenommen werden.

Die Möglichkeit ein freier Staat zu werden, hatte die Ukraine im letzten Kriegsjahr, wobei es dahingestellt bleiben kann, ob ein anderer Ausgang die Vereinigung mit der Westukraine gebracht haben würde. Wie der Prozess gegen den Bund zur Befreiung der Ukraine zeigte, lebt in manchen Köpfen noch die Hoffnung, dass ausländische Staaten die Befreiung wenigstens von den Sowjetregime bringen könnten. Es ist weiter das Schicksal der beiden Teile der Ukraine, sie in den letzten Jahrhunderten getrennt zu bleiben, sie im Mittelalter sind sie zwischen Russen und Polen aufgeteilt und von ihnen beherrscht. Die Aussicht, dass sie sich noch mehr wie bisher auseinanderleben und auch innerlich mehr trennen, ist grösser geworden, da sich in den herrschenden beiden Völkern nicht nur zwei Reiche, die die Wahrung ihres Besitzstandes verteidigen, gegenüberstehen, sondern zwei verschiedene Weltanschauungen. Je mehr in der Sowjetukraine die kommunistische Lehre sich durchsetzt, desto mehr treten die nationalen, auf die Verbindung mit den übrigen ukrainischen Teilen gerichteten Bestrebungen hinter denen der kommunistischen Internationale und der Weltrevolution zurück. Das Nationalgefühl wird zwar noch gern und mit Erfolg von den Sowjetregime als Mittel benutzt, wenn in aussenpolitisch kritischen Zeiten die Kriegsbereitschaft der Massen gegenüber der Antisowjetfront gehoben und betont werden soll. Ein Krieg gegen einen äusseren Feind wird alle Kreise zur Verteidigung heranziehen, auch Gegner der Sowjetherrschaft und des Kommunismus.

Die

Die in solchen Zeiten ausgegebene Parole: „Wir wollen keinen Krieg und keine Eroberungen, aber wir werden keinen Fuss breit unseres Landes abgeben" wird vom ganzen Volke gebilligt und bleiben, solange die Sowjetunion sich nicht unbedingt stark genug fühlt, ihr Ziel, die Weltrevolution, weiterzutragen. Für dieses Ziel brauchen aber die kommunistisch erzogenen Massen nicht mehr national eingestellt zu sein. Den Nationalgefühl in der Sowjetukraine bleiben also höchstens Aussichten nach der Richtung, dass ein Fortschreiten der revolutionären Bewegung über die jetzigen Grenzen hinaus die Verbindung mit der polnischen Westukraine und damit die Bildung einer Gesamtukraine als Bundesrepublik in der Sowjetunion ermöglichen könnte. Abgesehen davon, dass zumal bei dem aussenpolitischen Ruhebedürfnis der Sowjetunion das Interesse für die Westukraine selbst bei den Verfolgungen der Ukrainer in Galizien auffallend gering ist, würden vielleicht die Bundes-und Kominterngewalten gegen eine solche Erstarkung eines Bundesmitgliedes Bedenken haben, wie ja auch innerhalb der Sowjetunion nicht einmal alle ukrainischen Teile vereinigt sind und 10 Mill. ukrainische Sowjetbürger ausserhalb der Sowjetukraine leben. Dass die Trennung von diesen angrenzenden ukrainischen Teilen keineswegs als unerwünscht oder gar als unerträglich angesehen wird, ist bezeichnend dafür, wie wenig entwickelt das ukrainische Nationalbewusstsein ist. Von der Sowjetukraine aus gesehen scheint es, dass das Nationalgefühl der ausserhalb der Sowjetunion lebenden ukrainischen Emigranten erheblich lebendiger ist. Die lange russische Herrschaft, die den übrigen Reichsgebieten analoge frühere Einteilung in

in Gouvernements und das Verbot der ukrainischen Sprache haben im Laufe der Zeit dem ukrainischen Staats-und Nationalbewusstsein grossen Abbruch getan. Da ihm auch jetzt keine ausreichende politische und wirtschaftliche Grundlage gegeben ist, kann es sich lediglich in der Pflege der Kultur und Sprache in sehr beschränkten Masse entfalten. Von der Ukrainisierung im engeren Sinne, der Verbreitung der ukrainischen Sprache, verlautete im letzten Jahre verhältnismässig wenig. Nachdem die Presse zum grössten Teil die ukrainische Sprache benutzt, in den Schulen ukrainisch gelehrt wird und auch sonst offiziell die ukrainische Sprache gesichert erscheint, sind weitere Fortschritte im praktischen Gebrauch kaum festzustellen.

Minderheiten. Nach einem Bericht der ukrainischen Regierung hat der Nationalitätenrat der Union festgestellt, dass in der Ukraine die Interessen der n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t e n am weitgehendsten wahrgenommen werden, mehr als in den anderen Bundesrepubliken. Nach der Aufhebung der Kreisverwaltungen bestehen unter den 380 Rayons der Ukraine 25 nationale Rayons und zwar 7 deutsche, 8 russische, je drei bulgarische, griechische und jüdische und ein polnischer Rayon, zu den 11 000 Dorfräten gehören 251 deutsche. In diesen Rayons sollen die Verwaltungsbehörden, Gerichte und Kooperative die Sprache der nationalen Minderheit benutzen, es soll jedoch keine „klein bürgerliche Kultur" aufgebaut, sondern unter Hebung des kulturellen Niveaus der nationalen Minderheiten eine neue, der Form nach nationale, dem Inhalt nach proletarisch-bolschewistische Kultur geschaffen werden. Minderheitenpolitik im

Sowjetsinne

Sowjetsinne bedeutet also unter Zurückdrängung „grossrussisch-chauvinistischer Tendenzen" den nationalen Minderheiten soviel eigenes kulturelles Leben zu gewähren, dass sie gegenüber den zentralistischen Bestrebungen der Zarenherrschaft als „befreite Völker" sich fühlen und für die Stammesverwandten ausserhalb der Sowjetgrenzen einen Anreiz zum Anschluss geben; oberstes Ziel aber ist die Erziehung zu klassenbewussten Angehörigen des internationalen Sowjetbundes.

Deutschtum. Dies gilt für das ukrainische Volk in der Sowjetunion ebenso wie für die d e u t s c h e M i n d e r h e i t in der Ukraine, die nicht, wie etwa die mittelasiatischen Völker, dem Sowjetregime erst eine kulturelle Selbständigkeit zu verdanken hat. Die ansässigen Deutschen laufen jetzt grössere Gefahr, ihr Deutschtum zu verlieren als vor der Revolution. Die deutschen Schulen kennen nur die staatlichen Lehrpläne der kommunistischen Weltanschauung. Da ein Interesse höchstens an der Erhaltung, nicht aber an der Ausbreitung der Kultur und Sprache der nationalen Minderheiten besteht, sind nach einer Bestimmung des Volksbildungskommissariats die Kinder in der Sprache zu unterrichten, die sie selbst sprechen, ohne Rücksicht auf ihre Abstammung und den Wunsch ihrer Eltern. Es wurde insbesondere als nicht erwünscht bezeichnet, dass die Charkower deutsche Schule zu 30% von nichtdeutschen Kindern besucht wird, da bei der Bevorzugung dieser Schule anscheinend ein gewisser Einfluss der deutschen bourgeoisen Kultur erhofft werde. Die deutsche Presse, wie die in Charkow erscheinende, auf dem Lande verbreitete Zeitung „Das neue Dorf" kann keineswegs als Pflegestätte deutscher Kultur und Sprache bezeichnet

bezeichnet werden. Die Verwaltungsbeamten in den deutschen Rayons sind deutsche oder nichtdeutsche Kommunisten, die in jeder Weise sich der Sowjetpolitik anpassen. Die Schwierigkeiten, die ihnen der Gebrauch der deutschen Sprache bereitet, werden im Laufe der Zeit immer mehr zur Zurückdrängung der deutschen Amtssprache führen. Die Ersuchen des Generalkonsulats werden von den deutschen Rayonverwaltungen durchgängig russisch oder ukrainisch beantwortet. Von den Aussiedlungen und Verschickungen sind die deutschen Kolonisten mindestens ebenso wie die Russen betroffen. Aus dem grossen Kolonienkomplex an der Molotschnaja wurden z.B., nachdem die Männer nachts arretiert und die Dörfer vom Militär umstellt waren, etwa 1000 Familien auf 264 Fuhrwerken nach Stalino überführt, um weiter verschickt zu werden. Die in der deutschen Presse und Literatur im letzten Jahre über den Leidensweg der Deutschen mitgeteilten Einzelheiten werden durch die hier bekannt gewordenen Nachrichten durchaus bestätigt. Es ist oft schwer anzunehmen, dass diese Massnahmen und ihre brutale Durchführung notwendig sind, um das wirtschaftliche und politische Ziel der Entkulakung zu erreichen. Die geräumten Häuser und Höfe, soweit sie nicht nach der Aussiedlung leer stehen bleiben, werden von russischen Bauern besetzt, sodass bisher rein deutsche Dörfer ihren deutschen Charakter nicht bewahren können, oder es entstehen russische Siedlungen zwischen den deutschen Kolonien. Die Kollektivierung, d.h. in diesem Zusammenhange die Vereinigung der deutschen und russischen Bauern zu gemeinsamer Arbeit, die in den Kolonien früher streng vermiedenen Mischehen zwischen Deutschen und Russen, die kommunistische Beeinflussung der Jugend und die durch die Abschaffung

des

des Sonntags geförderte Unterdrückung kultureller und religiöser Bedürfnisse beschleunigen den Prozess. Was noch an Deutschtum besteht, wird mit dem Niedergang der evangelischen Kirche, der stärksten Stütze, weiter an Boden verlieren. Ausser der Verurteilung des eingebürgerten Pfarrers Föll hat dieses Jahr zwar keine offene Verfolgung der Geistlichen oder zwangsweise Schliessungen von Kirchen gebracht, doch sind jederzeit neue Massnahmen zu erwarten. Wenn den Pfarrern kein Wohnrecht in der Gemeinde gewährt wird und die Steuerlasten untragbar werden, wird auch ohne Aufsehen erregende Massregeln die Arbeit unmöglich und so kann auch vor einem Aufhebungsdekret die evangelische Kirche in der Ukraine in diesem harten aufreibenden Kampfe erliegen. Die Gemeinde in Poltawa hat, um unerfüllbaren Steuerforderungen zu entgehen, die Kirche den Behörden zur Verfügung gestellt und in diesen Tagen zu bestehen aufgehört. Die Entkulakung der deutschen Kolonien ist der Kampf und ein schwerer Schlag gegen die Kirche und gegen das Deutschtum. Die kulturell höher stehenden deutschen Bauern sind zum grössten Teil verschwunden, die früheren Notrufe sind weniger und leiser geworden, die übrig gebliebenen Kolonisten sind verarmt und dürften, mit russischen Bauern durchsetzt, unter dem Drucke der Kollektivierung, der Religionsverfolgung und der dauernden Propaganda der Presse und der Klubs kaum mehr die Kraft finden, auf längere Zeit ihr Deutschtum zu bewahren. Ebenso wird es den Deutschen in den Städten immer schwerer, bei der allgemeinen Proletarisierung ihre eigene Kultur zu pflegen, zumal da jeder Zusammenschluss zu Vereinen, die nicht die kommunistische Weltanschauung vertreten, verboten ist und viele die Zugehörigkeit zu der Kirche als gefährlich ansehen

ansehen müssen.

Der auf der deutschen Landbevölkerung lastende Druck zeigt sich darin, dass nach der Ernte wieder in verstärktem Masse beim Generalkonsulat Anträge auf Einbürgerung eingehen, ohne dass bestimmungsgemäss solchen Wünschen entsprochen werden kann, und dass die Abwanderung der reichsdeutschen Bauern wiedereingesetzt hat; als Erlös ihres liquidierten Eigentums sind beim Generalkonsulat zur Zeit etwa 200 000 Rubel hinterlegt.

Reichs-deutsche.

Ob die zurückbleibenden R e i c h s d e u t s c h e r sich als Einzelwirte werden halten können, ist zweifelhaft. Nachdem die Kollektivierung im wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet worden ist, ist weniger mit einem weiteren allgemeinen Druck als mit Erschwerungen im Einzelfalle zu rechnen, je nachdem den örtlichen Instanzen die Einbeziehung in das Kollektiv wünschenswert erscheint oder nicht. Den Berdjansker Weingartenbesitzern wird, nachdem im letzten Jahre ihre Eigentumsrechte anerkannt sind und von einer Zwangskollektivierung abgesehen ist, durch hohe Steuern, die in manchen Fällen das behördlich festgesetzte Einkommen übersteigen und etwa ein Drittel der für den Weingarten angebotenen Kaufsumme betragen, die Weiterexistenz unmöglich gemacht, sodass sie voraussichtlich ebenfalls auswandern werden, da bei weiterem Abwarten ihr Vermögen sich nur noch verringern wird. Der Abzug der Reichsdeutschen bedeutet einen Verlust für das Deutschtum im allgemeinen, da mit ihnen eine Stütze der deutschstämmigen Sowjetbürger fortfällt. Aus den Städten sind die Reichsdeutschen bereits früher in der

Mehrzahl

Mehrzahl abgewandert, auch Handwerker und kleine Gewerbetreibende haben einsehen müssen, dass sie, ohne Sonderrechte gegenüber den Sowjetbürgern, in ihren bisherigen Berufen eine annehmbare Existenz nicht mehr finden. Nur solche Reichsdeutsche können weiter hier ansässig bleiben, die bereit sind, sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen, d.h., da freier Handel und gewerbliche Betätigung nicht mehr möglich sind und ihnen als Ausländern der Zugang zu den höheren Schulen und zu den staatlichen Beamtenstellen versagt ist, als kollektivierte Bauern oder als Fabrikarbeiter zu leben. Einige wenige ansässige Deutsche verdienen ihren Lebensunterhalt als Angestellte oder durch Erteilung von Unterricht. Die reichsdeutsche Kolonie in der Ukraine wird mehr und mehr durch die vorübergehend in der Ukraine weilenden Fachleute dargestellt.

Fachleute.

Die Lage der in der Sowjetindustrie tätigen d e u t s c h e n F a c h l e u t e und ihr Verhältnis zu den Werksverwaltungen sind im allgemeinen als zufriedenstellend zu bezeichnen, doch wird auch über die ablehnende Haltung russischer Kollegen geklagt. Nachdem ich bei einem Besuche einiger Industriezentren eine grössere Zahl der Fachleute kennen gelernt habe, ist insbesondere festzustellen, dass die für die Verbindung mit der Heimat und den Unterhalt der in Deutschland lebenden Familien wichtige Frage der Valutaüberweisung z.Zt. noch nicht unbedingt kritisch ist. Noch in letzter Zeit sind Verträge mit ansehnlichen Valutabeträgen abgeschlossen worden. Ohne Valutarechte arbeiten nur wenige Ingenieure, in grösserer Zahl Meister und Arbeiter, die z.T. in Unkenntnis der bestehenden Verhältnisse sich haben anwerben lassen. Das Bestreben geht allerdings dahin,

dahin, bei neuen oder zu erneuernden Verträgen den Valutateil herabzudrücken. Fälle, in denen offenbar unbillig Verträge vorzeitig aufgelöst worden sind, sind in letzter Zeit hier nicht bekannt geworden. Die Auswahl der Fachleute ist leider nicht durchweg gut. Manche, auch solche, die anscheinend auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit angenommen sind, haben sich nicht immer in ihrem Fache bewährt, sodass sie für den Werkbetrieb eine Belastung darstellen und andererseits den Zusammenhalt der reichsdeutschen Gruppen stören, die in ihrer überwiegenden Mehrheit sich von politischen und persönlichen Streitigkeiten fernzuhalten wünschen. Welche bedenkliche Formen das Bestreben, den Sowjetregime gefällig zu sein, annehmen kann, zeigt, noch über die bekannten Erklärungen über die Zwangsarbeit hinaus, ein dieser Tage in einer Charkower Zeitung faksimiliert wiedergegebener Aufruf einiger hiesiger Ingenieure „Für den Ernstfall einer kriegerischen Verwicklung, in welche man die Sowjetunion hineinziehen würde, werden wir unterzeichneten ausländischen Spezialisten von Giprostahl uns als Aktive sofort zur Verfügung der militärischen Sowjetbehörden stellen. Wir fordern alle ausländischen Spezialisten auf, nach unseren Beispiel sich bereits jetzt hierfür zu melden". In einem orte haben die kommunistischen Reichsdeutschen den Aufruf zur Winterhilfe in den absprechendsten Ausdrücken den Sowjetstellen zur Kenntnis gebracht. Solche Differenzen sind bedauerlich und da die Deutschen unter den ausländischen Fachleuten bei weiten überwiegen, dem deutschen Ansehen abträglich, aber nach Lage der Verhältnisse kaum zu vermeiden, zumal da die Sowjetstellen, soweit hier bekannt, in Deutschland für die Auswahl die Vermittlung deutscher Stellen, wie etwa des Vereins deutscher Ingenieure, nicht in Anspruch zu nehmen beabsichtigen.

Die

Die deutschen Fachleute fühlen sich z.Zt.in erster Linie dadurch beschwert, dass die Lebenshaltung immer teurer wird - in einigen Ausländerkooperativen sollen die Preise für Lebensmittel in einigen Monaten um 70% gestiegen sein - und sie daher mit ihren Rubelgehältern sich einschränken müssen. Die Wünsche nach einer allgemeinen Gehaltserhöhung sind rechtlich auch dann nicht begründet, wenn auf diese gegenüber der Zeit des Vertragsabschlusses veränderten Verhältnisse hingewiesen wird; sie haben auch wohl trotz der jetzigen Erhöhung der Arbeiterlöhne und Ingenieurgehälter in der Berg-und Hüttenindustrie keine Aussicht auf Erfüllung, eine Besserstellung durch Rubelzuschüsse wird nur in jedem einzelnen Falle bei Erneuerung des Vertrages oder während der Vertragsdauer bei einem Entgegenkommen der Trustverwaltung zu erreichen sein. Nicht nur die verschiedenen Trusts und Konzerne verhalten sich in dieser Beziehung sehr verschieden, die Gehälter innerhalb der einzelnen Trusts und Werke selbst weisen auffällig grosse Verschiedenheiten auf. Ausser über die erhöhten Preise, die der allgemeinen Teuerung entsprechen und die erheblich unter denen des offenen privaten und staatlichen Handels liegen, wird über das Fehlen vieler Bedarfsartikel geklagt; aus den Verhandlungen mit den die Kooperative beliefernden Stellen habe ich den Eindruck, dass es weniger an guten Willen als an der Möglichkeit fehlt, unter den bestehenden allgemeinen Verhältnissen allen Wünschen gerecht zu werden. Dasselbe gilt vielfach für die Wünsche nach besseren Wohnverhältnissen und nach einer pünktlicheren und zuverlässigeren Zustellung der Postsendungen.

Die

Die übrigen ausländischen Fachleute, ausser einigen Oesterreichern und Luxemburgern meist Amerikaner, treten der Zahl nach in der Ukraine erheblich hinter den Deutschen zurück. Nach Auflösung des Vertrages auf technische Hilfeleistung sind mit den hier bisher tätigen Ingenieuren der Chicagoer Firma Allan & Garcia keine Verträge auf Uebernahme in Sowjetdienste geschlossen worden, wohl im Hinblick auf die hohen Valutabeträge, die den Amerikanern gezahlt werden.

rtschafts-
gen.

Die Bedeutung der Ukraine im Wirtschaftsleben der Sowjetunion, das prozentual berechnete sog.spezifische Gewicht der Ukraine (der Anteil des Nationalvermögens der Ukraine ist von 23% vor dem Kriege auf 21% heruntergegangen und soll 1933 auf 19% sinken),

ndwirt-
haft.

entspricht in der Landwirtschaft mit etwa 20% dem

bauflache.

Verhältnis der Bevölkerung, insbesondere was die Anbaufläche anlangt (wie vor dem Kriege 21%). Für den gewichtsmässig erfassten Ernteertrag werden die Ziffern angegeben auf 23% für die Jahre 1925/27, 17,6% (6 Mill.t) für 1927/8 und 25,3% für das Wirtschaftsjahr 1928/9 (die Zahlen für die späteren Jahre sind noch nicht veröffentlicht). Weizen und Roggen liegen unter dem Durchschnitt der Sowjetunion, darüber Gerste, Mais und vor allem die für die industrielle Verarbeitung bestimmten Pflanzen, die sog.technischen Kulturen wie Zucker, Sonnenblumen, Tabak, deren Anbau in erster Linie gefördert wird, während die Getreidesaatfläche in den letzten Jahren sich nur wenig verändert hat. Im Hinblick hierauf und da die Gesamtanbaufläche der Sowjetunion schneller wächst, und je mehr die mittelasiatischen

Gebiete zur Getreideerzeugung herangezogen werden, dürfte das spezifische Gewicht der Anbaufläche allmählich sinken. Die Anbaufläche für Baumwolle beträgt in diesem Jahre 114 500 ha gegenüber 15 000 ha im Vorjahre, die durchschnittliche Ertragsfähigkeit 3,5 gegenüber den vorjährigen 0,9 Zentner, die Gesamternte 51 000 gegenüber den vorjährigen 1350 t.

Die Anbaufläche der Ukraine verteilt sich auf die verschiedenen Kulturen folgendermassen (in Mill. ha):

	1915/6	1922/3	1927/8	1928/9	1929/30	1930/1	Spezif. Gew. 1927/28.
Roggen	3,5	5,3	3,5	4,3	5,6	5,2	12,5%
Winterweizen	2,4	1,6	4,6	1,4	3,9	5,6)	16,4%
Sommerweizen	2,3	1,8		2,9	3,2	2,3)	
Gerste	4,2	3,1	3,6	3,9	3,3	3,1	51%
Hafer	1,5	1,3	2,1	2,4	2,2	1,8	12%
Buchweizen	0,7	0,9	0,9	–	0,7	0,4	33,5%
Hirse	0,4	0,8	–	–	0,6	0,3	
Mais	0,57	0,8	2,35	1,5	1,4	1,6	52,8%
Getreidefläche	15,5	15,5	19,4	20,4	21,6	21,6	20,6%
Zuckerrüben	0,51		0,67	0,7	0,92	1,19	87,2%
Baumwolle					0,02	0,16	
Kenaf, Hanf				0,14	0,12	0,17	
Ölpflanzen	0,2		1,4		1,08	1,5	
davon Sonnenblumen			1,08		0,9	1,07	80%
Sojabohnen					0,082	0,2	
Tabak	0,027		0,031		0,029	0,05	70%
Techn. Kulturen				2,1	2,4	3,25	
Futterpflanzen					1,4	2,7	
Gesamtanbaufläche	22,8		23,4	24,7	27,6	28,8	
der Sowjetunion	105		115,6	120,3	127	137,5	
Spez. Gewicht d. Ukraine	21,6%		20,3%	20,6%	21,7%	20,9%.	

In diesem Herbst sollen 11 Mill.ha für die Sommersaat gepflügt und 11,2 (in der Sowjetunion 43) Mill.ha als Wintersaat, davon 7 Mill.ha mit Weizen und 3,7 Mill.ha mit Roggen, bestellt werden und zwar 8,4 Mill.ha von den Kollektivwirtschaften, 1,9 von den Einzelwirtschaften und 0,9 von den Staatsgütern. Mitte Oktober waren 82% der Wintergetreidefläche besät, während nur 14% des vorgesehenen Landes für die Sommersaat vorbereitet waren.

Ernte.

Die E r n t e dieses Jahres war in der Ukraine als mittel zu bezeichnen, im ganzen etwas schlechter als im Vorjahre, da der Sommerweizen bei der verspäteten Aussaat zurück - blieb. Das Ergebnis befriedigte umsomehr, als auch dieses Jahr eine Missernte, mit der erfahrungsgemäss nach einer bestimmten Reihe von Jahren zu rechnen ist, ausgeblieben ist und dadurch die Voranschläge nicht gestört sind. Die Erträge würden, wie im Vorjahre, grösser gewesen sein, wenn nicht die forcierte Kollektivierung und Entkulakung Verluste gebracht hätten. Die Vertreibung der erfahrenen und wirtschaftlich fortgeschrittenen Einzelwirte hat der Landwirtschaft Kräfte entzogen, die neugebildeten Kolchose gebrauchen Zeit, um sich zu organisieren und an die neuen Arbeitsmethoden zu gewöhnen.

Getreide-aufkauf.

Die G e t r e i d e a u f b r i n g u n g wird in diesen Jahre mit noch grösserer Rücksichtslosigkeit durchgeführt als im Vorjahre. Grundsatz ist wie bisher, dass der Bauer alle Ueberschüsse an den Staat zu den von den Getreideaufkaufstellen gezahlten Preisen, die mit etwa 1,40 Rbl. für das Pud Weizen erheblich unter den Preisen des freien Handels (etwa

(etwa 15 Rbl.) liegen, abzuliefern hat und dass der Verkauf auf den Markte als Spekulation strafbar ist. Während aber im Vorjahre eine, wenn auch in den einzelnen Bezirken verschiedene Norm zur Ernährung der Familie, als Viehfutter und als Saatgut belassen wurde, scheint es, dass in diesem Jahre grundsätzlich der ganze Ernteertrag den Bauern fortgenommen werden soll. In manchen Fällen wurde die Ablieferung grösserer Getreidemengen verlangt als die Ernte ergeben hatte; selbst wenn eine Kommission den Ernteertrag nachgeprüft oder für den Bezirk Durchschnittszahlen festgesetzt hatte, wurde dies damit begründet, dass die Bauern erfahrungsgemäss Getreidemengen verheimlichen. Es wird nur gestattet, eine bestimmte gering bemessene Menge Getreide monatlich mahlen zu lassen, sodass durch die notwendigen Fahrten Zeitverlust und Kosten entstehen. Es soll also dem Bauer die Verfügung über grössere Getreide-und Mehlvorräte genommen werden. Der Staat bringt die Landbevölkerung dadurch immer mehr in seine Gewalt; er macht sie und ihre Ernährung von sich abhängig, kann durch Vorenthaltung des Saatgutes einen Druck auf die Kontraktierung und Kollektivierung ausüben und erhält für die Ausfuhr und die Versorgung der Städte frühzeitig einen grossen Teil der Ernte. Am 1.November d.J. befanden sich bereits 64% der diesjährigen Ernte in öffentlicher Hand. Den Jahresplan sollen ausgeführt haben die Kollektive zu 74,7, die Einzelwirte zu 61,2 (darunter, bezeichnend für die Zwangsmittel, die sog.Grossbauern zu 75,8), die Staatsgüter dagegen zu einem unbefriedigenden erheblich geringeren Prozentsatz. Das Ergebnis entspricht nicht den auf die Kollektive gesetzten Erwartungen; es

es wird festgestellt, dass in vielen Kollektiven den Getreideablieferungsbeschluss gegenüber Widerstand geleistet und Getreide versteckt und gestohlen worden ist. Ziffern über die geernteten und abgelieferten Mengen werden nicht veröffentlicht.

Viehabgabe. Aehnlich ist die Verpflichtung zur Abgabe von V i e h geregelt. Die staatlichen Organe haben ein Vorkaufsrecht, zu erheblich geringeren Preisen als sie, etwa das Zehnfache, im freien Handel gezahlt werden. Ein Dorfrat schätzte z.B. für ein Pferd den Wert auf 10 bis 15 Rubel, ein Preis, der jetzt für eine grössere Droschkenfahrt verlangt wird. Der freie Verkauf des Viehs und das Schlachten über den eigenen Gebrauch hinaus können strafrechtlich verfolgt werden. Bei dem grossen Fleischbedarf (in einigen Bezirken wurden letzthin junge arbeitsfähige Pferde in grossen Mengen zum Schlachten bestimmt) und da das Vieh als Gesellschaftseigentum in den Kollektiven und besonderen Viehzuchtfarmen zusammengefasst werden soll, befürchten die Einzelbirte bereits, dass ihnen das letzte Stück fortgenommen wird. Manche Existenzen sind schon dadurch vernichtet worden, dass die zweite Kuh abgegeben werden musste und mit dem Milchverkauf die Haupteinnahmequelle fortfiel. Die Vergemeinschaftlichung der Viehbestände ist noch vielfach mangelhaft organisiert. Es fehlt an grossen Stallungen und sachgemässer Wartung und Wirtschaftsführung, sodass über die hohen Selbstkosten und geringe Produktivität geklagt wird.

Kollektivierung. Die K o l l e k t i v i e r u n g in der Ukraine umfasst etwa 3,3 Mill. Einzelwirtschaften, also zwei Drittel, und über 70% der Anbaufläche, gegenüber 34,7% der Wirtschaften und 41,4%

41,4% des Ackerlandes am 1.Januar d.J. Sie hat damit den Durchschnitt der Kollektivierungszahlen der Sowjetunion überholt und ungefähr wieder den Stand des vorigen Frühjahrs vor der rückläufigen Bewegung erreicht. Die geschlossene Kollektivierung ist in der Moldaurepublik , der Steppe und einem grossen Teile des Waldsteppengebiets durchgeführt und bei dem jetzigen Stande ist die Kollektivierung in der Ukraine für abgeschlossen erklärt worden. Mit der schnellen Durchführung der Kollektivierung ist das Sowjetregime nicht nur in der Verwirklichung seiner Ideen gegenüber dem grössten noch nicht sozialisierten Teile der Bevölkerung einen grossen Schritt vorwärts gekommen, sondern es hat durch die Möglichkeit, die Getreidevorräte besser und rascher zu erfassen, eine wirtschaftliche Kommandohöhe gewonnen. Es hat damit aber auch die Aufgabe übernommen, anstelle der vernichteten landwirtschaftlichen Intelligenz, die z.B. in den Genossenschaften der deutschen Kolonien beste Leistungen erzielt hatte, von Staats wegen die verbliebene Bauernschicht zu heben und sie für den neuen Weg zu erziehen. Diese Aufgabe wird mit aller Energie und mit noch grosszügigeren Plänen durchgeführt, die jetzt, wo der Staat ohne Rücksicht auf Grundeigentum und Individualrechte schnell und durchgreifend umgestalten kann, eine gewisse Aussicht auf Verwirklichung haben. Wo der Boden es zulässt, werden hochwertigere Pflanzen, in erster Linie die technischen Kulturen, angebaut; ausser der Baumwollzucht werden Versuche mit Reis, Faser- und Gummipflanzen gemacht. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Zweige der Landwirtschaft und Viehzucht in bestimmte Wirtschaftsbezirke wird angestrebt. Mechanisierung der Landwirtschaft und Traktorisierung sind die bekannten

bekannten Schlagworte. Landwirtschaftliche Institute, Lehranstalten und Versuchsstationen entstehen in grosser Zahl, bei Charkow werden z.Zt. Institute für das Forstwesen und die Elektrifizierung der Landwirtschaft gebaut, fachlich vorgebildete Agronomen werden zur Leitung der Kolchose bestellt. Nachdem in der Kollektivierungsfrage die Entscheidung gefallen ist und der Zwang über den freiwilligen Beitritt gesiegt hat, ist der Landbevölkerung nur zu wünschen, dass sie mit der Zeit auch an den materiellen Früchten dieses Umbaus teil hat und dass sie in ihren eigenen Interesse sich auch innerlich dem Zwange fügt, um selbst an der Besserung ihrer drückenden und beengten Lage mitarbeiten zu können. Nach allem, was aus den verschiedensten Kreisen verlautet, ist die Bauernbevölkerung von dieser inneren Umstellung mindestens so weit entfernt wie in den letzten Jahren. Der bislang selbständige Bauer ging nur höchst widerwillig in die Kollektive, dem ungewohnten Zwang setzte er seine Indolenz entgegen; da niemand ein unmittelbares Interesse an einer raschen Bestellung und Aberntung der Felder hatte, gingen viel Zeit und Ernteerträgnisse verloren. Die Leiter waren nicht immer sachverständig und es fehlte oft nicht nur an dem nötigen Inventar (während mangels einer Dreschmaschine der Einzelbauer sich mit einer Steinwalze behalf, liess das Kollektiv das Getreide verfaulen), sondern auch an einer ausreichenden Versorgung und Ernährung der Kollektivmitglieder. Dass diese zunächst kein bares Geld in die Hand bekamen, sondern ihnen bis zur Jahresabrechnung nur die geleisteten Arbeitseinheiten gutgeschrieben wurden, steigerte die allgemeine Unzufriedenheit.

Der

Der kollektivierte Bauer steht, um für den Zusammenschluß einen Anreiz zu schaffen, nicht unter demselben Steuerdruck wie der Einzelwirt, von dem durch die landwirtschaftliche Einheitssteuer, Selbstbesteuerung, Expert-,Kultur-und Konjunktursteuer auf gesetzlichem Wege Beträge verlangt werden, die in manchen Fällen das Einkommen übersteigen und die selbständige Existenz vernichten müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Landbevölkerung, wie sie dies von jeher gewohnt ist, auch nach der Kollektivierung ein wehrloses Objekt der Ausbeutung sein wird. Wenn der Staat die Kollektive fest in der Hand hat, durch zuverlässige Verwaltungsbeamte, durch das Spitzelsystem und durch Ausmerzung unerwünschter Elemente, wird er für seinen Haushalt die bisher von den Einzelwirten erhobenen Steuern nicht entbehren können und für den Ausfall in gleicher Höhe die Kollektive heranziehen müssen. Der Bauer hat im letzten Jahre noch keineswegs die Vorteile der Kollektivierung geniessen können;abgesehen von dem Opfer persönlicher Freiheit hat sich auch seine wirtschaftliche Lage nicht gebessert und er schaut ohne grosse Hoffnung in die Zukunft. Er hat sich äusserlich in die Neuordnung gefunden, weil er die Nutzlosigkeit des Widerstandes und das von unerschwinglichen Steuern, Aussiedlung und Verschikkung bedrohte Schicksal des Einzelwirtes oder als weitere Möglichkeit nur die Arbeit in den Fabriken sieht. Aber um innerlich dem System gewonnen zu werden und durch Arbeitswilligkeit materielle Werte zu schaffen und die verlustbringende Indolenz zu überwinden, bedarf es einer sichtbaren Besserung der Lage oder mindestens einer längeren Zeit der Gewöhnung. Die Kollektivierungsfrage

Kollektivierungsfrage wird daher, wenn sie auch in diesem Jahre gelöst zu sein scheint, noch weiterhin ihre Bedeutung behalten. Die Sowjetmacht hat die Bedeutung dieser inneren Umstellung erkannt, wenn sie glaubte, die sog.Kulaken, an sich wirtschaftlich durchaus nützliche und den Bestande des Regimes nicht mehr gefährliche Elemente, mit so grausamen Mitteln ausrotten zu müssen. Dafür ist weiter bezeichnend, dass Artels jetzt veranlaßt werden, aus ihren Mitgliedern 30 Personen zu wählen,die für jede Opposition als Geiseln verantwortlich sind. Während der Zwang gegen die bereits in die Kollektive eingetretene Bauernschaft immer grösser wird und unter der Parole „wer mehr arbeitet,erhält mehr" die Verteilung des Einkommens unter die Kollektivmitglieder nach der Arbeitsleistung bessere Produktionsergebnisse und eine Steigerung der Arbeitsintensität erzielen soll,werden die noch ausserhalb der Kollektive stehenden Einzelwirte für den Eintritt geworben,indem sie z.B. zu den Versammlungen der Kollektive zur Besprechung allgemein interessierender Fragen hinzugezogen und in die Musterkollektive Delegationen der Einzelbauern entsandt werden sollen. Nach der Anschauung leitender Parteikreise hängt von der Ausführung des Kollektivierungsplanes der Bau des Fundamentes der sozialistischen Wirtschaft ab, dessen bisheriger erfolgreicher Verlauf noch keine Aufhebung der NEP bedeute, da ein Teil der armen und mittleren Wirtschaften noch nicht kollektiviert sei. Da ferner Privathandel, kapitalistische Elemente, Warenumsatz und Geldwirtschaft noch bestehen, wird die gegenwärtige Periode als letztes Stadium der NEP und erstes Stadium des Sozialismus bezeichnet. Obwohl in

in der Praxis mit allen Zwangsmitteln die Einzelbauern in die Kollektive getrieben werden und bisher keine eigenen Vorteile des Tausches festzustellen waren, bleibt es immerhin eine große Leistung des Sowjetregimes, dass es diese Umformung des größten Teiles der 5 Mill.ukrainischenBauernwirtschaften über die Forderungen des Fünfjahrplans hinaus in so kurzer Zeit durchgeführt und während des Umbaues und bei der allgemeinen Unzufriedenheit derartige Ernteergebnisse erzielt hat. Wenn von der Opferung einer wertvollen zum grossen Teil über die Grenzen der Ukraine hinaus vertriebenen Volksschicht abgesehen wird,kann dieses Jahr für die ukrainische Landwirtschaft vom Sowjetstandpunkte aus als erfolgreich bezeichnet werden. Da neben dem staatseigenen Grund und Boden und den grossen Plänen die 25 Mill Bauern das wertvollste Aktivum der ukrainischen Landwirtschaft darstellen,bleibt abzuwarten, wie diese sich weiter anpassen, ob und wieweit Arbeitsintensität und Arbeitswille durch den jetzt eingeführten Akkordlohn gesteigert werden und wie sich dann der sich bereits vorbereitende allgemeine Uebergang von den bisherigen Formen der Gesellschaften für die gemeinsame Landbearbeitung und der Artels zu der Kommune (bis jetzt erst 3%) mit weiteren einschneidenden Veränderungen vollzieht und auswirkt. Es hat den Anschein,dass diese Umstellung,nachdem der erste entscheidende Schritt getan ist, sich verhältnismässig reibungsloser vollziehen wird, ähnlich wie mehr unter dem Zwange der Verhältnisse (Frauenarbeit,Massenspeisung,Wohnungsmangel) als unter fühlbarem staatlichen Druck die Fabrikarbeiter zu dieser Gemeinschaftsform übergehen. Wenn dann die

Bauern

Bauern als Getreidefabrikarbeiter und das städtische Industrieproletariat in ihrer Lebensweise und nach und nach in ihren Anschauungen mehr sich einander angleichen, wird sich vielleicht auch der jetzt noch von den Bauern gefühlte Unterschied gegenüber der herrschenden Arbeiterklasse verwischen.

ndustrie.

Die ukrainische I n d u s t r i e zeigt in ihrem Gesamtergebnis nicht ein ebenso günstiges Bild, wenigstens nicht gemessen an den Voranschlägen des Fünfjahrplans. Die bekanntgegebenen Ziffern lassen bestimmte Vergleiche und eine genaue Beurteilung der Leistungen nicht zu, da in der Hauptsache nur Prozentzahlen veröffentlicht werden zur Feststellung, inwieweit die Kontrollziffern erreicht sind.

teil an r Unions-ustrie.

Das s p e z i f i s c h e G e w i c h t der ukrainischen Industrie, das Verhältnis zur Industrie der Sowjetunion, betrug nach den in diesem Jahre veröffentlichten Angaben für das Wirtschaftsjahr 1928/9 19,3%, wird aber nach den Ergebnissen der beiden letzten Jahre jetzt mindestens dem Anteile der Bevölkerung und der Landwirtschaft entsprechen. In vielen Industriezweigen liegen die Prozentziffern erheblich über diesem Durchschnitt.

	1926/7 Mill.Rbl.	%	1928/9 %
Kohle	276	77,5	75,9
Manganerz	7,5		47
Eisen und Stahl	356	55	52,4
Buntmetalle		1,7	
Koks und Benzol			89,1
Kunstdünger			55,8

Chemische

	1926/7 Mill.Rbl.	%	1928/9 %
Chemische Industrie	32	41	43,6
Landmaschinen	78	59	62,2
Schiffbau			32,9
Salz	6	35	
Zucker	354	79,8	83,4
Mehl			23,6
Brauereien			27,8
Gesamtindustrie		19	19,8
Produktionswert in Milliarden Rubel		2,26	3,3

Der Maschinenbau der Ukraine hat seine Produktion im Werte von 414 Mill.Rubel im Jahre 1928/9 auf 789 im Jahre 1929/30 und 1484 Mill.Rbl. im Jahre 1931 gesteigert, die Erzeugung des laufenden Jahres beträgt also fast das Doppelte der vorjährigen und mehr als das Dreifache der des Jahres 1929; der Maschinenbau, der in den letzten Jahren u.a.46% sämtlicher in der Sowjetunion gebauten Lokomotiven und 22% sämtlicher Waggons lieferte, hat damit seinen Anteil an diesen Industriezweige der Sowjetunion von 23% im Jahre 1929 auf 33% gebracht.

Produktion.

Die Industrie erreicht im allgemeinen nur etwa 70% der Planziffern und hat trotz aller Rügen, Ermahnungen und Massregeln schon seit längerer Zeit bessere Ergebnisse nicht erzielen können. Ueber die A u s f ü h r u n g d e r P r o d u k t i o n s p l ä n e sowie die S e n k u n g d e r S e l b s t k o s t e n in der ukrainischen Industrie werden für die ersten sieben Monate dieses Jahres folgende Prozentziffern veröffentlicht:

Bundes-

Bundesvereinigungen und Industriezweige	Planausführung Januar/Juni	Juli	Januar bis Juni Arbeitsintensität	Senkung d. Selbstkost. gegenüber 1980. Plan	erreicht
„Ugol" Kohle	63,8	65,9	72,5	10,3	+19,2
„Sojuskoks" Koks	84,0	75,4	81,0	4,9	2,0
Kohlenderivate	76,0	-		9,2	+ 8,1
„Ertrust" Eisenerz	78,5	72,3	86,7	3,1	+10,6
„Stal" Gusseisen	70,6	69,0			
Stahl	65,8	61,0	67,0	9,0	+13,9
Walzeisen	63,6	57,0			
Bergbauanlagen	74,0	58,0	67,8	22,1	7,7
Landwirtschaftl. Maschinen	55,2	50,0	75,0	18,0	7,0
Bearbeitende Metallindustrie	73,5	50,0	73,7	12,5	0,3
Charkower Lokomotivfabrik	93,6	73,4	96,1	-	2,6
Luganskaer "	77,6	86,0	84,4	-	-
Chark. Elektrotechn. Fabr.	71,0	48,0	70,2	16,7 19,2	7,9
Zement u. feuerfeste Steine	60,8 - 71,8	69,6 - 83,3	64,2	17,0	+15,6
Bauxaterialien	48,6	46,0	67,0	14,5	+12,9
Glas- und Porzellan	89,3	83,3	90,7	-	-
Textilindustrie	94,6	95,0	88,1	5,0 - 11,6	5,3 +7,3
Lederindustrie	80,9	86,0	84,4	9,0	4,8
Salzwerke	62,4	94,0	73,3	4,9	1,3
Druckereigewerbe	81,6	77,0	83,0	11,5	6,9
Chemische Industrie	57,4	59,0	63,8	8,0 - 16,0	3,7 +29,2

Industrie

	Planausführung Januar/Juni	Juli	Arbeitsintensität Januar/Juni	Senkung d. Selbstkosten gegenüber 1930 Plan	erreicht
Industrie des Obersten Volkswirtschaftsrats	71,0	65,3	74,4	11,0	+8,0
davon: Bundesindustrie	67,0	72,8	63,8	11,0	+11,0
ukr. Staatsindustrie	79,3	72,2	79,4	9,4	-0,7

Kohlenbau.

Die Kohlenförderung der Bundesvereinigung „Ugol" hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres eine Fehlleistung von 12,5 Mill.t aufzuweisen, in den neuen Monaten dieses Jahres ist das Programm mit 35,6% nicht ausgeführt. Die Mechanisierung der Kohlenförderung wurde zwar im ersten Halbjahr um 64% gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres gesteigert, erreichte aber nur 57,4%, in den neun Monaten sogar nur 42,8% des Plans. Die Septemberförderung belief sich auf 3,2 Mill.t. Es mangelte durchschnittlich an 32 500 Arbeitern, hauptsächlich für die Untertagearbeit. Von den im ersten Jahresviertel zugezogenen 15 000 Arbeitern sind nur 3000, im zweiten Viertel von 21 000 nur 10 000 an ihrer Arbeitsstelle geblieben; schlechte Wohnverhältnisse und Lebensmittelversorgung sind die Gründe der Abwanderung. Von den zehn grossen Gruben mit einer Jahresförderung von 7,6 Mill.t, die im Bau sind, sollen acht mit 4,4 Mill.t Jahresförderung noch in diesem Jahre in Betrieb genommen werden, doch bestehen hieran Zweifel, hauptsächlich dahin, ob die Belegschaften bereitgestellt werden können.

Für

Für diese grossen und einige mittleren Bergwerke war der Bedarf an 387 Ingenieuren, 1000 Steigern und 7250 Arbeitern fast gedeckt, doch soll die Qualität nicht befriedigen.

Die Fehlleistung der K o k e r e i e n, die sich kaum auf dem vorjährigen Niveau halten konnten, beträgt in 7 Monaten 663 000 t, verursacht durch den Rückstand der Kohlenförderung (im ersten Halbjahr wurden 80%, in letzter Zeit nur 2/3 des Kohlenbedarfs gedeckt) und die mangelhaften Leistungen der Eisenbahnen. Als weitere Gründe für die Nichtausführung des Planes werden angegeben, dass die Anlagen bei unerfahrener und nachlässiger Behandlung häufig beschädigt und ausbesserungsbedürftig waren und neue Koksöfen nicht rechtzeitig in Betrieb genommen werden konnten.

Die E i s e n e r z industrie ist in dem gleichen Zeitabschnitt mit 1,3 Mill.t im Rückstand. Auch hier werden technische Mängel und Beschädigung der mechanischen Anlagen, fehlende Arbeitskräfte, Arbeitsversäumnisse, Arbeiterabwanderung (über 10% des Bestandes) und geringe Arbeitsdisziplin festgestellt.

Hüttenwerke. Die H ü t t e n w e r k e der Vereinigung „Stal" haben in den 8 Monaten des Jahres ihr Gusseisenprogramm mit 69,6% und das Stahlprogramm mit 64,4% ausgeführt, im letzten Monat wurden in Roheisen 71, Stahl 68 und Walzeisen 63% erzielt. Im September wurden 313 000 t Gusseisen oder 73% des Planes, 240 000 t Stahl oder 61% und das Walzeisenprogramm nur mit 60% erreicht. Die Fehlleistung betrug in 7 Monaten 763 000 t Gusseisen, 850 000 t Stahl und 733 000 t Walzeisen. Der durch die unzureichende Senkung der Selbstkosten verursachte Verlust

Verlust wird auf 46 Mill.Rbl. berechnet. Die Arbeiterzahl belief sich auf 96% des Plans, der durchschnittliche Arbeitslohn erreichte fast 100%, die Arbeitsintensität nur 67% der veranschlagten Ziffern.

Maschinenbau.

Die M a s c h i n e n b a u industrie hatte in sieben Monaten eine Fehlleistung von 170 Mill.Rbl.; auf einigen Fabriken wurden 30% Ausschuss produziert. Die Arbeitsversäumnisse betrugen 2-3%, auf der Charkower Lokomotivfabrik durchschnittlich 4,5 und auf der Charkower Elektrotechnischen Fabrik sogar 9%.

Bisherige Gesamtproduktion.

Insgesamt hat die Industrie des ukrainischen Obersten Volkswirtschaftsrates in 7 Monaten dieses Jahres eine G e s a m t p r o d u k t i o n für 1,8 Milliarden Rubel geliefert. Die Aufgaben des letzten Jahres des Fünfjahrplans sollen in einzelnen Industriezweigen, in der Lederindustrie um 33, in Druckereigewerbe um 50% überschritten sein. Die Senkung der Selbstkosten wurde neben der Steigerung der Produktion als eine Grundforderung für die Erreichung der Ziffern des Fünfjahrplans bezeichnet, ihr scheint aber bei der wachsenden Teuerung und der sinkenden Kaufkraft nicht mehr die frühere Bedeutung beigemessen werden zu können. Der Zentralvollzugsausschuss und der Volkswirtschaftsrat der Ukraine haben als H a u p t g r ü n d e für d i e F e h l l e i s t u n g e n festgestellt die nicht rechtzeitige Vorbereitung und mangelhafte Ausführung der Pläne, die ungenügende Ausnutzung der Anlagen, nicht sparsame Verwendung der Rohstoffe und des Heizmaterials, Arbeiterabwanderung und unzureichende Arbeitsdisziplin, sowie die noch nicht erreichte Durchführung der neuen Wirtschaftsverrechnung. Die Rückstände sollen

Engel.

sollen bis Ende dieses Jahres mit allen Mitteln eingeholt werden; den mechanischen Anlagen sollen bestimmte Arbeiter zugeteilt werden, die für die volle Ausnutzung und den Zustand der Anlagen persönlich verantwortlich sind. Statt des ausgleichenden Systems des Arbeitslohnes soll ein progressives Prämiensystem, das von der Steigerung der Arbeitsintensität und der Besserung der Produktion abhängig ist, eingeführt werden. Der Arbeitsprozess soll weiter mechanisiert, zur Ersparung der Donezkohle möglichst Torf und Braunkohle verwandt werden. Zur Bekämpfung der Arbeiterabwanderung werden bessere Wohn-und Lebensmittelverhältnisse und Versorgung der Arbeiterschaft mit Waren des allgemeinen Bedarfs angestrebt. Als wichtigste Bedingung für die weitere Entwicklung der Industrie wird aber die Bereitstellung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte bezeichnet. Es werden also überall und wie bisher in den Vorjahren dieselben Mängel festgestellt und im allgemeinen dieselben Mittel zu ihrer Abstellung angewandt. Auch die allgemeine O r g a n i s a t i o n kann noch als verbesserungsbedürftig bezeichnet werden (Bürokratie, verzögerte Entscheidungen, wenig Verantwortungsfreudigkeit). Die Zusammenfassung der Werke zu Trusts und Bündesvereinigungen unterliegt vielen Abänderungen, in der Leitung werden die Posten häufig neu besetzt. Die Verwaltung des Kohlenkonzerns „Donugol" in Charkow wurde in den letzten Jahren als „Sojusugol" nach Moskau überführt mit Untertrusts im Donezgebiet, kehrte dann als „Ugol" nach Charkow zurück, um vor kurzem mit dem grossen Verwaltungsapparat nach Artemowsk überzusiedeln. Weiter soll geplant sein, im kommenden Frühjahr die Verwaltung des Stahltrusts nach Stalino zu verlegen. Um den M a n g e l a n A r b e i t s k r ä f t e n

zu

zu beseitigen, sollen die Arbeiter sich für längere Zeit zur Arbeit in ihrem Werke verpflichten. Soweit sie sich freiwillig hierzu nicht verstehen, werden den kündigenden Arbeitern der Lohn oder die Ausweispapiere vorenthalten. Unter der Landbevölkerung werden Fabrikarbeiter angeworben, andererseits müssen aber Industriearbeiter aufs Land geschickt werden, um bei der rechtzeitigen Bestellung und Aberntung zu helfen und eine engere Verbindung mit den Kolchosen auch für die Belieferung mit Lebensmitteln herzustellen. Der die Freizügigkeit gewohnte Russe ist, wenn er nicht bereits zu der Klasse des städtischen Industrieproletariats gehört, ebenso wie der Landarbeiter noch nicht geneigt, sich allen Wünschen der Machthaber anzupassen. Da der Industriebezirk auf Zuzug von Arbeitern aus anderen Teilen des Landes angewiesen ist, ist auch die Einführung der ukrainischen Sprache in den Industriewerken nicht in dem angestrebten Masse gelungen. Die neue Generation dürfte in dieser Beziehung gefügiger sein und insbesondere werden die bei den neuen grossen Werken z.T. vorzüglich eingerichteten Fabrikschulen einen bleibenden Arbeiterstamm und die dringend benötigten qualifizierten Arbeiter heranbilden können, zumal wenn sich die Bestrebungen verwirklichen lassen, die Arbeiter materiell besser zu stellen. In der V e r s o r g u n g d e r A r b e i t e r m i t W o h n u n g e n, L e b e n s m i t t e l n und W a r e n sind auch in diesem Jahre gegenüber den wachsenden Anforderungen Fortschritte kaum zu verzeichnen.

Das Missverhältnis zwischen dem B e v ö l k e r u n g s z u w a c h s und dem W o h n u n g s b a u ergibt

ergibt sich daraus, dass in den vier Jahren 1927 bis 1930 in der Ukraine die Bevölkerung um 16%, die Wohnfläche nur um 8% zugenommen hat und die durchschnittlich auf eine Person entfallende Wohnfläche von 5,5 auf 5,3 (in Charkow von 5,7 auf 5,6)qm gefallen ist, während im Donezbezirk bei einem Bevölkerungszuwachs von 38% und einer Zunahme der Wohnfläche um 25% die Wohnflächennorm von 4,6 auf 4,3 qm gesunken und in einigen Industriezentren noch erheblich geringer ist, so in Gorlowka 2,04qm, in Stalino 2,38qm und in Artemowsk 3,76qm. Für den Wohnungsbau sollen 1931 in der ganzen Ukraine vom Verband der Wohnungsbaukooperative 71 Mill.Rubel, davon im Donezbezirk 36 Mill.Rubel, aufgewandt werden; bei dem Mangel an Baumaterialien konnten im ersten Halbjahr die Arbeiten nur zu 14% ausgeführt werden.

Bei der allgemeinen Unzufriedenheit und als weiteres Mittel die Produktion zu heben, sind vor kurzem die Löhne der Schwerarbeiter nicht unbeträchtlich erhöht worden, ein Schritt, der der Regierung nicht leicht gefallen sein wird, da zugegeben wird, dass die Steigerung des Reallohns trotz aller Vergünstigungen der Arbeiterschaft bei der fortschreitenden Teuerung nicht zu erreichen gewesen und damit zu rechnen ist, dass auch die anderen Arbeiterkategorien ähnliche Forderungen erheben werden.

Neue Werke.

An 1.Oktober wurde in Charkow das grosse F r a k t o r e n w e r k mit einer Verspätung von drei Monaten in Betrieb genommen, das nach Ordshonikidse benannt ist und eine Jahresproduktion von 50 000 Traktoren(nach der Bauart des amerikanischen Traktors International, die durch die mit eigenen Typen und Fordschleppern gemachten Erfahrungen verbessert ist, mit 15/30 Pferdekräften) leisten soll. Das Werk ist nach dem Muster der

der Stalingrader Traktorenfabrik mit einem Kostenaufwand von 119 Mill.Rbl. gebaut. Ausser einer Anzahl deutscher Werkzeugmaschinen sind die im Auslande bestellten Teile der Ausrüstung, insbesondere die grossen Dampfhämmer, aus den Vereinigten Staaten bezogen. Das Werk soll 11 000 Arbeiter beschäftigen, für 5000 sind bis jetzt Wohnungen fertiggestellt. Obwohl ein Teil der Arbeiter und Meister vorher in dem Stalingrader Werk ausgebildet war, sind die verwandten Arbeitskräfte noch so mangelhaft ausgebildet, dass die Produktion z.Zt.noch 60% Ausschuss ergibt. (Vertraulich: Die Charkower Lokomotivfabrik stellt Traktoren grösseren Formats und in einer besonderen Abteilung Tanks her und auch das Traktorenwerk soll im Kriegsfalle auf den Bau von Tanks für Heereszwecke umgestellt werden.)

Im Oktober wurde in S c h t e r o w k a im Donezgebiet das dortige Kraftwerk fertiggestellt, das zur Kesselfeuerung Anthrazitstaub aus den Abfällen der nahegelegenen Anthrazitgruben verwendet.

Das Kraftwerk D n e p r o s t r o j hofft bestimmt im kommenden Frühjahr vor dem festgesetzten Termine den Betrieb eröffnen zu können. An dem grossen Staudamm werden die einzelnen Durchlässe aufgefüllt und geschlossen, die Turbinen werden z.Zt.montiert, sodass bereits der Dnepspiegel sich hebt. Das grossartige Bauwerk, für dessen Fertigstellung mehr als 200 Mill.Rbl. aufgewendet werden und auf das die Sowjetwirtschaft mit Recht stolz sein kann, ist grösstenteils nach amerikanischen Plänen konstruiert, die zehn Turbinen und Generatoren sind aus den Vereinigten Staaten bezogen. Auf der dem Kraftwerk gegenüberliegenden Seite des Dnepr sind die mit dem Kraftwerk zu

dem

den D n e p r k o m b i n a t verbundenen grossen Werke im Bau, u.a. die 6 Hochöfen, die Edelstahlwerke, Aluminiumfabrik, die Walzwerke und die Fabriklehranstalten. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass diese Bauten, deren Kosten auf 600 Mill.Rbl. veranschlagt sind, so rechtzeitig beendet werden, dass bei der Inbetriebnahme des Kraftwerks ein grosser Teil des zur Verfügung stehenden Stromes von ihnen verwendet werden kann.

Der allukrainische Zentralvollzugsausschuss hat festgesetzt, dass von den grösseren Industriebauten fertigzustellen sind die Charkower Turbinenfabrik (für die Herstellung von Dampfturbinen und Generatoren von 50-160 000 Kilowatt) bis zum 1.Mai 1932, die Luganskor Lokomotivfabrik (Neu-und Umbauten der früheren Fabrik von Hartmann) bis zum Oktober 1932, die Metallfabrik in Krivoi-Rog bis Ende 1932 und die grosse Maschinenfabrik in Kramatorskaja im ersten Viertel 1932.

Handel. Der private H a n d e l im Lande ist weiter zurückgedrängt und besteht fast nur noch auf dem Markte, auf dem die Bauern landwirtschaftliche Erzeugnisse feilbieten. Es verlautet bereits, dass auch dieser freie Handel verboten werden soll, um den Bauern diese Verdienstmöglichkeit zu nehmen und sie zum Eintritt in die Kollektive zu zwingen. Der Staat kann daher selbständig die Preise für die Erzeugnisse und Bedürfnisse der sozialistischen Wirtschaft festsetzen. Es stehen sich kaum noch wie früher der private und der staatliche Handel gegenüber, sondern es sind zu unterscheiden die Kooperative (Konsumgenossenschaften), die nur der werktätigen Bevölkerung und den Ausländern (in besonderen Läden, soweit in den einzelnen Orten Bedarf vorhanden ist) offen stehen, und die allgemein zugäng-

lichen

zugänglichen staatlichen Verkaufsstellen, deren erheblich höheren Preisen der freie Handel sich angleicht. Diese verschiedenen Preise und ihre Bewegung in letzten Jahre ergeben sich aus der nachstehenden Uebersicht (für 1 kg und Rubel):

Warengattung	Freihandel Nov.1930	Freihandel Nov.1931	Kooperativ Nov.1930	Kooperativ Nov.1931
Schwarzbrot	0.68	1.50	0.13	0.15
Graubrot	1,00	2,00	0,15	0,20
Mehl (75%)	1,25	4,00	0,20	0,35
Milch 1 lt.	1,00	1,60	0,22	0,50
Sahne	6,25	10,00	1,13	5,00
Zucker	2,50	6,00	0,60	0,60
Butter	20,00	25,00	3,75	5,22
Schmalz	20,00	25,00	3,63	3,85
Käse	-	15,00	1,75	3,85
weicher Käse	3,75	6,00	0,88	-
Wurst II.Sorte	10,00	20,00	-	2,50
Rindfleisch	5,00	6,25	0,75	0,75
Schweinefleisch	7,00	8,00	1,00	1,30
Hammelfleisch	7,00	9,00	0,80	0,92
1 Huhn (Stück)	6,00	12,00	3,50	6,00
Fisch	7,50	8,00	1,00	3,00
Kartoffeln	0,50	1,00	0,05	0,08
Mohrrüben	0,63	0,80	0,10	0,08
Gries	3,75	4,00	0,45	0,40
Reis	5,00	6,00	-	0,70
Kartoffelmehl	3,75	7,00	0,80	0,75

Tee

Warengattung	Freihandel Nov.1930	Nov.1931	Kooperativ Nov.1930	Nov.1931
Tee	-	70,00	20,00	14,00 (geringe Sorte)
Eier 10 Stück	3,30	4,00	0,70	1,00
Speck		25,00	-	2,27
Brennspiritus 1 lt.	-	7,00	-	1,32
Speiseöl(Sonnenblumen)	14,00	20,00	0,60	1,00
Aepfel	3,00	6,00	0,88	2,00
Holz 1 Pud=16kg	-	3,50	-	-
Kohlen "	-	6,00	-	-

In diesem Jahre ist in Charkow eine staatliche Verkaufsstelle eröffnet worden, in der gegen ausländische Währung oder Gold nicht nur an Ausländer, sondern auch an Sowjetbürger Waren, die s.T.gegen Rubelwährung nicht erhältlich sind, abgegeben werden,um auf diese Weise Valutabeträge zu erfassen, die bisher zurückbehalten waren oder die aus dem Auslande eingehen.

Aussenhandel.

Ueber den Aussenhandel der Ukraine liegen folgende Ziffern vor(neuere Daten sind noch nicht veröffentlicht): Anteil des Aussenhandels der Ukraine an dem der Sowjetunion:

Jahr	Ausfuhr Millionen Rubel USSR	Ukraine	%	Einfuhr Millionen Rubel USSR	Ukraine	%
Vorkriegsdurchschnitt	1501,4	368,5	24,5	1139	106,2	9,3
1924/5	558,6	79,5	14,2	723,5	78,6	10,9
1925/6	676,6	119,8	17,7	733,3	84,3 ~~78,6~~	11,1
1926/7	770,5	162,5	21,1	712,7	82,2	11,5

Die Ukraine führte aus (in 1000 Tonnen):

	1924/5	1925/6	1926/7	1927/8 (Mißernte)
Weizen	60,6	231,9	312,9	43,2
Roggen	58,0	89,7	292,3	65,3
Gerste	65,2	246,0	128,6	1,8
Mais	41,4	848,6	81,1	-
Zucker	26,1	45,4	121,9	134,5
Eisenerz	194,1	148,4	413,5	434,6
Manganerz	134,5	213,9	205,6	218,0
Steinkohle und Anthrazit	229,5	242,5	272,2	208,7

Die Getreideausfuhr der Ukraine hatte an dem gesamten Getreideexport der Sowjetunion folgenden Anteil (in Prozenten):

	1924/5	1925/6	1926/7	1927/8
Weizen	36,2	32,1	26,2	40,0
Roggen	80,5	56,7	70,1	59,9
Gerste	32,8	29,5	49,0	37,7
Mais	35,0	37,0	52,9	0,0

Als Hauptabnehmer für ukrainische Erzeugnisse kamen die nachstehend genannten Länder in Betracht (in Millionen Rubel):

	1924/5	1925/6	1926/7	1927/8
England	18,9	29,5	38,0	13,1
Deutschland	18,5	16,7	26,5	29,5
Persien	14,2	16,5	21,7	24,2
Italien	2,5	6,9	7,9	6,0
Frankreich	0,9	5,3	13,0	5,0
Ver.Staaten	0,08	0,4	0,5	1,1

Nach

Nach Deutschland führte die Ukraine in der Hauptsache nachbenannte Waren aus (in 1000 Tonnen):

	1924/5	1925/6	1926/7	1927/8
Weizen	5,7	0,5	3,0	8,1
Roggen	-	-	15,0	18,3
Gerste	6,1	15,7	29,3	-
Eisenerze	124,9	49,1	235,1	57,0
Manganerze	27,3	37,9	54,6	26,8
Eier (1000 Waggons)	1,4	1,49	2,4	3,4

- - - - - -

Schlussbemerkung.

Alles in allem hat das zu Ende gehende Jahr bedeutsame Veränderungen nicht gebracht, insbesondere nicht solche, die eine neue Beurteilung oder Einstellung veranlassen könnten. Es scheint, dass der Fünfjahrplan etwas von seiner Zugkraft verloren hat, nachdem die Bevölkerung Zeit und Gelegenheit genug gehabt hat, sich an diese neue Art der vorwärtstreibenden Anpeitschung zu gewöhnen, und da diesem Fünfjahrplan weitere folgen werden, sodass mit einer Atempause nicht zu rechnen ist. Der Fünfjahrplan erfüllt seine Aufgabe, aus dem Volke möglichst grosse Opfer und Leistungen herauszuholen, mit bestem Erfolge. Dieser Hauptzweck ergibt sich auch daraus, dass die einzelnen Programmziffern je nach der Lage abgeändert werden. Die Anforderungen werden heraufgesetzt, wenn eine Steigerung möglich erscheint; sie werden, wie in den Voranschlägen eines Industriezweiges für das laufende letzte Vierteljahr, herabgesetzt, wenn befürchtet werden kann, dass bei unerfüllbaren Ansprüchen die

Energie

Energie nachlässt. Erst wenn die Ergebnisse des ganzen Fünfjahrprogramms vorliegen und ausser den Prozentziffern wichtigere Angaben über die Produktionsmengen der Landwirtschaft und Industrie veröffentlicht werden, wird das Erreichte mit dem früheren Stande zu vergleichen und zu beurteilen sein. Ueber die Zukunft der Sowjetindustrie wird häufig geurteilt, dass der Bau der neuen grossen Fabriken an sich keine besondere Leistung darstelle, dass aber solche Werke bei der mangelhaften Organisation und unsachlichen Behandlung, der Nachlässigkeit und Unerfahrenheit der Arbeiter und Sowjetingenieure nie die erhofften Ergebnisse erreichen würden, insbesondere nicht ohne ausländische Mitarbeit. Die derzeitigen Erfahrungen mögen diese Ansicht rechtfertigen, aber es ist keineswegs ausgeschlossen, dass auch in dieser Beziehung die Arbeiter, Ingenieure und leitenden Stellen noch vieles lernen werden. Das Bestreben der Sowjetwirtschaft, Werke von Riesenausmassen zu schaffen, kann vielfach vom Standpunkte sparsamer und zweckmässiger Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel kritisiert werden. Die Bedeutung des Dnepr-Kraftwerks dürfte mehr darin liegen, dass es das grösste seiner Art in Europa ist als dass es einen dringenden Bedürfnis entspricht; eine vollkommene Kraftausnutzung ist noch nicht gesichert und die zum Dnepr-Kombinat gehörenden Hochöfen und Fabriken konnten wohl ebenso zweckentsprechend in dem Kohlengebiet errichtet werden. Aehnliche grosse Kraftwerke sind für Sibirien vorgesehen, andererseits zeigt aber die Aufteilung der Industriekonzerne und die Verkleinerung der grossen landwirtschaftlichen Staatsgüter die Einsicht, dass in mancher Beziehung weniger mehr ist. Die Sowjetindustrie bedarf gerade bei der ihr beige-

gegebenen

beigemessenen Bedeutung in erster Linie einer Konzentrierung aller Kräfte und Festigung des Vorhandenen, um nicht nur Planziffern prozentual zu erreichen, sondern auch um früher oder später sich der Weltwirtschaft einfügen und den Weltmarktpreisen anpassen zu können. Dass die Hauptprobleme in der Landwirtschaft die Kollektivierung als sozialistische Umformung der Bauernschaft und in der Industrie der Mangel an Arbeitsintensität, Disziplin und an qualifizierten Arbeitern sind, weist die Sowjetwirtschaft auf die entscheidende Frage, ob es gelingt, arbeitswillige Menschen für die Ziele zu gewinnen. Es mag für das Sowjetregime eine Belastung sein, dass die zur Umsetzung in die Praxis für reif gehaltene kommunistische Lehre gerade in Russland mit der ungeheuren Ausdehnung, den verschiedensten Völkern und ihrer Indolenz verwirklicht wurde. Der Sowjetstaat muss sich aber mit der gegebenen Bevölkerung, die es an Geduld und Opfern nicht fehlen lässt, abfinden, und allmählich zu der Einsicht kommen, dass die Untertanen nicht nur durch Versprechungen für die Zukunft für das System gewonnen werden, sondern dass sie endlich nach jahrelangen Entbehrungen eine bessere Lebenshaltung und Sicherung der persönlichen und materiellen Existenz erhoffen und in dieser Beziehung ein anderes Programm von den zweiten Fünfjahrplan erwarten. Das Sowjetregime hat bei seiner Energie und unbeschränkten Machtvollkommenheit die Verantwortung und die Bahn frei für jede Politik, die es für richtig hält. Wenn morgen der 14.Jahrestag der Revolution begangen und von der kommunistischen Partei als der bisher einzigen Nutzniesserin mit grösserer oder geringerer inneren Anteilnahme

des

des Volkes gefeiert wird, wird wie bisher auf den Sieg des Kommunismus hingewiesen und zu weiteren Anstrengungen zur Erreichung der Ziele aufgerufen werden, mit den derzeitigen Forderungen der Erfassung der Getreidevorräte, erhöhten Kohlenförderung, Produktionssteigerung, vermehrten Arbeit, für den Staat und für die Massen. Aber diese selbst sind von der Diktatur des Proletariats noch weit entfernt, die Kritik der deutschen hier lebenden Kommunisten an den Erreichten zeigt nur Enttäuschung. Sollte wirklich die kommunistische Idee gesiegt haben, so hat im ganzen genommen der Sowjetbürger, der Arbeiter sowohl wie der Bauer und erst recht die gebildete Schicht, materiell nichts gewonnen. Mit einer GPU, ihren Machtmitteln und Methoden, mit Terror und Verschickungen, mit einem Volke, von dem bei steigenden Preisen und unzulänglicher Versorgung mit Lebensmitteln, Waren und Brennmaterial in diesem Winter wieder äusserste Opfer verlangt werden, und bei einem steten Druck der Unfreiheit, dem sich der Sowjetangehörige und der Ausländer nicht entziehen können, lässt sich jede Staatsidee durchsetzen, die Ueberlegenheit der kommunistischen Lehre ist noch zu beweisen.

warum

Deutsches Generalkonsulat

Charkow, den 12. März 1932.

Tgb.Nr.70.

Zur allgemeinen Lage.

2 Durchschläge.

Das neue Jahr hat kaum auf irgendeinen Gebiete Fortschritte gezeigt, es muss sogar gesagt werden, dass nach dem allgemeinen Eindruck die Lage eher schlechter als besser geworden ist. Die Ziffern des Fünfjahrplans steigen zwar, sie werden aber von der Bevölkerung, die in keiner Weise irgendwelche günstige Auswirkung spürt, skeptisch aufgenommen und sie besagen selbst wenig, da die Pläne den jeweiligen Zuständen angepasst und verändert werden und nur absolute Zahlen statt der Prozentziffern ein richtiges Bild geben könnten. Die Masse des Volkes wird sich damit abfinden müssen, dass das Ende der unerhörten Entbehrungen noch nicht abzusehen und dass bis zu der verheissenen Besserung zu Ende des zweiten Fünfjahrplans der Weg noch lang und beschwerlich ist. Die Regierung weiss, was sie dem Volke an Geduld und Opfern zumuten kann, und sorgt durch neue Anforderungen dafür, dass jede Hoffnung auf Besserung im Keime erstickt wird.

Die erhebliche Herabsetzung der Brotration bringt den breiten Massen des Volkes eine fühlbare Verschlechterung. Der Kreis derjenigen, die nicht mehr Anspruch auf Brotkarten haben, ist grösser geworden. Die rücksichtslose

An die

Deutsche Botschaft

in M o s k a u.

rücksichtslose Eintreibung des Getreides auf den Lande hat die Bauern ihrer Vorräte beraubt, selbst das für den Eigenbedarf benötigte Getreide und das Saatgut ist ihnen genommen. Mit den härtesten Strafen wie Zwangsarbeit von 1-2 Jahren werden Bauern belegt, auch reichsdeutsche, die das geforderte Getreide nicht abliefern konnten. In zwei Dörfern z.B. besitzt keine einzige der 1000 Wirtschaften eine Kuh, der Viehbestand des Kollektivs beläuft sich nur auf 40 halbverhungerte Kühe und 60 Schweine. Die noch dauernd eingehenden Anträge auf Anerkennung als Reichsdeutsche oder Einbürgerung und die Hilferufe der Verschickten zeigen die Verzweiflung der Deutschstämmigen. Es mangelt an Brot, die Bauern sind auf ungeniessbaren Ersatz angewiesen und kommen in die Stadt, um Brot zu kaufen oder es für andere Sachen, Tücher usw. einzutauschen. Auf den Markte wird 1 kg Brot mit etwa 10 Rbl. bewertet. Um Brot betteln die Bauern, die in den Kollektiven nicht ausreichend ernährt werden, und Arbeiter, die mit ihren Rationen nicht auskommen. Die Preise steigen im freien Handel und in den Kooperativläden und auch in den Verkaufsstellen des Torgsin sind die Preise erhöht worden. Der Andrang der russischen Bevölkerung zu diesen Torgsinläden ist gross, in erster Linie wird Mehl gekauft und da neuerdings ausser Valuta auch Gold in Zahlung genommen wird, wird mit Goldsachen, Ringen, Kreuzen

und

und Bruchgold bezahlt. Das hiesige Torgsingeschäft soll auf diese Weise täglich 2 kg Gold einziehen.

Die Einstellung des Getreideankaufs deutet darauf hin, dass weitere Getreidevorräte aus der Bevölkerung nicht mehr herauszuholen sind. Da aber mindestens dieselben Mengen wie im Vorjahre eingegangen sein müssen, wird die Regierung grössere Vorräte angesammelt haben, und zwar, wie angenommen wird, für den Heeresbedarf und den Fall eines Krieges. Mit kriegerischen Verwicklungen wird bereits für die nächste Zeit gerechnet. Es wird von Truppentransporten auf der sibirischen Bahn gesprochen, Gestellungsbefehle für die Mobilmachung sind ausgegeben und die Miliz auf dem Lande erhält neue Felduniformen. Das im Oktober v.J. in Betrieb genommene Charkower Traktorenwerk ist zum zwölfstündigen Arbeitstag übergegangen und stellt Kriegsmaterial her, insbesondere Werkzeuge für Kriegsmaterial, die Bestellungen tragen die Bezeichnung „U" (Kriegsmaterial). Die Konstruktionsabteilung bereitet die Anfertigung von Raupenschleppern vor, nachdem die Lieferung von Tanks aufgenommen ist; die Motore werden um 10-12 PS verstärkt. Auch andere Fabriken sind ausschliesslich mit der Herstellung von Heeresbedarf beschäftigt. Die Charkower Lokomotivfabrik ist „im Ausnahmezustand" erklärt worden und für jeden Besuch gesperrt. Aus dem Radiotechnischen und Röntgen-Institut wurden sämtliche in diesen Fache ausgebildeten Schwestern nach dem Fernen Osten entsandt.

Die

Die Nachrichten aus dem Industriegebiet lauten ungünstig, die Arbeiter wandern bereits, früher als sonst, in grosser Zahl ab, obwohl ihnen durch Vorenthalten der Abrechnung und der Papiere und durch die Abnahme der Lebensmittelbücher Schwierigkeiten gemacht werden. Die Unzufriedenheit über die Wohnverhältnisse und die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Waren ist gross. Auch die Fachleute klagen, dass die Versorgung schlechter und knapper geworden ist. Von den Arbeitern und Angestellten werden zum zweiten Male Zeichnungen in Höhe des Monatsgehalts für die Anleihe „Das dritte entscheidende Jahr" verlangt; die Raten müssen von Anfang des Jahres an gezahlt werden. Dass hiesige Fabriken zum 1.d.M. in grösserer Zahl Arbeiter entlassen sollten, die Lokomotivfabrik z.B. 8000, ist auf Mangel an Rohmaterial, also auf unzureichende Belieferung durch andere Sowjetwerke zurückzuführen, es zeigt aber auch Fehler der Organisation, zumal da stets auf den Mangel an qualifizierten Arbeitern hingewiesen wird. Die Produktionsziffern lassen nach den amtlichen Angaben sehr zu wünschen übrig, darüber hinaus scheinen in manchen Industriezweigen die Ergebnisse, insbesondere was die Qualität anlangt, immer unbefriedigender zu werden.

Die rücksichtslose Entlassung der ausländischen Ingenieure kann trotz des in dieser Beziehung zur Schau getragenen Optimismus keineswegs damit begründet werden,

werden, dass die Sowjetindustrie nun selbst fertig werden könnte; sie bedeutet einen bewussten Verzicht auf diese bisher für notwendig gehaltene Hilfe bei der Erreichung der Ziele des Fünfjahrplans. Da die Weiterbeschäftigung wenigstens eines Teiles der Ingenieure bis zur Beendigung gröseerer angefangener Arbeiten im Vergleich zu den sonstigen Valutaverpflichtungen nicht sehr erhebliche Beträge beansprucht hätte, sind ausser der Knappheit an ausländischen Zahlungsmitteln vielleicht noch andere Gründe massgebend gewesen, wie etwa die Erwartung eines bevorstehenden Krieges, der die Zusammenfassung aller Kräfte und Zahlungsmittel erfordern und an sich die Nichterfüllung des Fünfjahrplans begründen würde. Während die Art und Weise, in der die Ausländer abgeschoben werden, deutlich erkennen lässt, wie ungern in Grunde genommen die Sowjetstellen diese ausländische Hilfe in Anspruch genommen haben, zeigt folgende Stelle aus einer Zuschrift die Auffassung breiter Schichten der Bevölkerung, der unterdrückten Sowjetbürger: „Uebermittelt unseren Fluch den Ländern und Leuten, die als Fachleute zu uns kommen und Fabrikanlagen und Maschinen bringen. Sie sind die Helfer unseres Untergangs und gleichzeitig ihres eigenen, und die Gewinne, die sie von uns holen, sind die letzten Brocken Brot, unsere Tränen und Blut." Die aus dem Donezbezirk kommenden Fachleute weisen auf den steigenden Hass gegen die Ausländer hin, der mit sinkendem Lebensstandard der Arbeiter zu wachsen scheint.

Jede

Jede Abweichung von der Generallinie wird nach wie vor in kleinlicher Weise verfolgt. Die Redaktion der Zeitung „Ukrainische Wirtschaft" erhielt von der Partei einen Verweis, weil sie Artikel trotzkistischen, rechtsoppositionellen und gegenrevolutionären Inhalts gebracht habe. Ein Artikel enthalte unrichtige Anschauungen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Stadt und Land, ein anderer Artikel behaupte die Schädlichkeit der Konservenernährung und wende sich damit gegen die Weisungen der Regierung und Partei über den Ausbau der Konservenindustrie, und ein dritter Aufsatz identifiziere die Sowjetunion mit dem fascistischen Italien, während der Verfasser lediglich die Entwicklung der Industrieen der beiden Länder verglichen hatte. Mehrere den hiesigen gebildeten Kreisen angehörende Kommunisten haben aus Enttäuschung über den Lauf der Dinge Selbstmord verübt. Die Verschickungen gehen weiter, mit einem der letzten Transporte sollen 300 Nonnen abgefahren sein. Im Januar starb, wie verlautet, im hiesigen Gefängnis der Bischof Pawel, auch der nach dem Norden verschickte Bischof Warlaam soll auf der Reise dorthin gestorben sein.

Da die Arbeiter zum überwiegenden Teile schlecht versorgt sind und den Bauern fast das Letzte fortgenommen ist, sind grosse Schichten der Bevölkerung unzufrieden und erwarten in der Ueberzeugung, dass es so nicht weiter gehen könne, von einem Kriege, den die

Sowjetregierung

Sowjetregierung in Erkenntnis ihrer Schwächen wohl so lange wie irgend möglich vermeiden wird, eine Aenderung wenigstens nicht zum Schlechteren. Bei merklich ungünstiger gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen deutet die allgemeine Stimmung auf eine kritischer gewordene politische Lage.

Warburg

Deutsches Generalkonsulat
Charkow

Charkow, den 30. September 1932.

Deutsche Botschaft
Eingl.
Tgb. Nr. A 2000
Anl.

Tgb.Nr. 282.

Jahresbericht
(Die allgemeine Lage in der Ukraine)

3 Durchschläge

In einem Agrarlande wie der Sowjetukraine ist die Ernte der natürliche Jahresabschluss. Mit der Feststellung des Ernteergebnisses lässt sich übersehen, inwieweit die Erwartungen des zu Ende gegangenen landwirtschaftlichen Jahres in Erfüllung gegangen sind und wie sich die Wirtschaft bis zur nächsten Ernte einrichten muss. Die Sowjetstatistik gibt keine genauen und eindeutigen Ziffern, aus den Prozentzahlen und den Teilmengen lassen sich ein klares Bild und Vergleiche mit den Vorjahren immer schwieriger darstellen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass die Ernte dieses Jahres erheblich schlechter ausgefallen ist als in den Vorjahren und dass damit die wichtigste Grundlage der ukrainischen Wirtschaft bis zur neuen Ernte sehr schwach ist. Den Witterungseinflüssen, insbesondere zu reichlichen Niederschlägen im Frühsommer, und Schädlingen kann nicht allein die Schuld zugeschoben werden; in hohem Masse ist der unbefriedigende Ernteausfall auf unzureichendes Saatgut, dadurch bedingtes Unkraut und schlechte

An die
Deutsche Botschaft
in M o s k a u.

schlechte Bearbeitung des Bodens und damit auf Organisationsmängel zurückzuführen.

Wie wenig das Ernteergebnis den Erwartungen entsprochen hat, zeigt sich darin, dass die staatlichen Getreideankaufstellen oft die Ablieferung von mehr Getreide verlangen als geerntet ist. Ein Kollektiv z.B., das im vorigen Jahre 12 000 Pud abgab, sollte in diesem Jahre bei einer tatsächlichen Ernte von 5000 Pud planmässig 24 000 Pud abliefern. Ernteergebnisse bis zu 250 Pud Winterweizen auf den Hektar, wie sie vor der Revolution die Kornkammer Ukraine auf ihren besten und gut bestellten Boden lieferte, kommen nicht mehr vor und Erträge von 6-12 Pud in diesem Jahre (30 Pud werden als gutes Ergebnis angesehen), bei der amtlichen Bezeichnung als Mittelernte, also keineswegs als Missernte, beweisen, wie tief die Landwirtschaft gesunken ist. Sie zeigt noch alle Schwierigkeiten des Uebergangsstadiums und die Fehler und Mängel der zum Schaden des Bodenertrages vorzeitig durchgeführten Umschichtung. Während früher eine normale Wirtschaft 60 ha umfasste und mit wenig Hilfskräften nicht nur den Lebensunterhalt bot, sondern auch den Verkauf von Getreide lohnte, stellt die é erheblich verkleinerte Hofstelle von normal 16 ha und oft noch weniger auch im Verhältnis nicht denselben wirtschaftlichen Wert dar, da sie nicht rationell arbeiten kann.
Die Zerschlagung der grösseren Landstellen in kleinere Wirtschaften, die nicht viel mehr als den Eigenbedarf des Besitzers decken, die Vertreibung der früher wohlhabenden und intelligenten Bauern, Umsiedlungen und die zwangsweise

durchgeführte

durchgeführte Kollektivierung haben Unruhe und Unsicherheit in die Besitzverhältnisse gebracht, sodass die Bauern nicht mehr die frühere enge Beziehung zu ihrer Scholle haben. Das Gefühl der Verantwortung gegen den Staat und die Volksgesamtheit, ein Grundgedanke der Sozialisierung und Kollektivierung, ist noch keineswegs in das Bewusstsein der Massen gedrungen. Bei den bisherigen trüben Erfahrungen und ebensolchen Aussichten für den Winter bemühen sich die Kolchosvorstände, also halbstaatliche Organe, ebenso wie die Einzelbauern, für den eigenen Bedarf ausreichend Getreide zurückzulegen. Da die Bauern in ihrer grossen Not um das tägliche Brot sich fremdes Getreide vom Acker aneignen, wurden im August durch ein Dekret schwerste Strafen, selbst die Todesstrafe, angedroht und diese werden tatsächlich vollstreckt. So wurde nach glaubwürdiger Nachricht ein Bauer, der einen Arm voll Hirse vom Felde genommen hatte, für diese nach deutschem Recht etwa als Mundraub anzusehende Uebertretung öffentlich nach vorheriger Ankündigung auf dem Hauptplatze der Stadt erschossen, und in einem deutschen Bezirk sollen 34 Todesurteile vollstreckt und für die Fortnahme von einem Maiskolben 1 Jahr Gefängnis angedroht sein. Während die Kolchose grundsätzlich 85% ihrer ausgedroschenen Weizenernte abliefern müssen und nur 15% behalten dürfen, sollen vielfach die Einzelbauern Getreidemengen abliefern, die den tatsächlichen Ernteertrag übersteigen, ohne Rücksicht auf den Bedarf des Bauern, seiner Familie, seines Viehbestandes und des Saatguts. Dabei gehen häufig bis zu 30% von dem Getreide ab als Verunreinigungen und Unkraut. Trotz aller

aller rigorosen Massnahmen verläuft die Getreideaufbringung unbefriedigend, die Planziffern werden nicht erreicht. Der Getreideaufkaufplan der Ukraine, der in den letzten Jahren steigende Ziffern aufwies (197 - 261 - 300 - 372 - 434 Mill.Pud), ist erheblich auf 356 Mill.Pud (5,9 Millionen t) herabgesetzt und bis zum 26.September zu 81,1% ausgeführt, sodass bei diesem besonders schlechten Ergebnis der Ukraine bereits der Plan für gefährdet erklärt wird. Als Herbstaussaat sind 37% des Voranschlages (10,6 Mill.ha) bestellt.

Die Kollektivierung scheint keine weiteren Fortschritte gemacht zu haben, wenigstens verlautet nichts über höhere Prozentziffern. Die Anstrengungen werden daher mit Recht darauf verwandt, die bisher zu Kollektiven zusammengefassten 70% der Bauernwirtschaften zu festigen; solange es noch möglich ist, auf Kosten der Einzelwirtschaften, die z.B. nach einer jetzt erlassenen Dekret ihre Pferde den Kolchosen für die Erntearbeiten überlassen müssen und, da sie sie während der Ernte selbst dringend benötigen, bei der niedrigen Vergütung von einem Rubel täglich für die Nutzung sehr geschädigt werden. Durch die Auflagen an Getreide und Steuern wird auf die Einzelbauern ein starker Druck ausgeübt, der sie über kurz oder lang zum Eintritt in die Kolchose zwingen soll. Da sie ausserdem stets befürchten müssen, dass ihnen ihr Land zugunsten eines Kollektivs, Staatsgutes oder einer Traktorenstation genommen wird, ist eine intensive Bearbeitung nicht zu erwarten. Der Handel der Kollektivwirtschaften hat den erhofften Umfang nicht erreicht und kann den geschlossenen Handel noch nicht

fühlbar

fühlbar entlasten; es fragt sich auch, ob bei den hohen Preisen des freien Marktes eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter die Folge sein wird. Die von den Kollektiven angebotenen Erzeugnisse sind der Menge nach gering, die in Betracht kommenden Getreidemengen werden erst im Januar nach Abschluss des staatlichen Getreideaufkaufs frei, für den Anbau von Gemüsen fehlte der Anreiz, es wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob die geplante Anzahl von freien Märkten erreicht wird. Die Preise schwanken, liegen aber etwa zehn Mal höher als die des geschlossenen Handels.

Der Viehbestand hat sich von den Folgen der Kollektivierung noch nicht erholt. Bezeichnend für die verringerte Zahl und die Inflation sind die hohen, gegen das Vorjahr ungefähr auf das 8-10fache gestiegenen Preise, eine Kuh kostet 1200-1500 Rubel, ein Pferd nicht viel weniger, gegenüber den bei der Ablieferung an den Staat gezahlten etwa 80 Rubel, für ein Ferkel von drei Wochen werden 110 Rubel gezahlt. Die Wiederauffüllung des Viehbestandes hängt wesentlich davon ab, dass die Viehfarmen sich besser organisieren, dass die einzelnen Bauern und die Kollektivmitglieder wieder Vertrauen und die Sicherheit bekommen, ihren Bestand selbst verwerten zu können, ohne dauernd zwangsweise Fortnahme befürchten zu müssen, und dass vor allem genügend Futtermittel bereitgestellt werden. Im vorigen Winter sind in einem deutschen Rayon 1800 Pferde eingegangen, auch in den Bergwerken gehen dauernd an Unterernährung viel Pferde verloren. Auf dem Lande mangelt es an Fleisch mehr als zuvor, 1 kg Butter kostet 25 Rubel, ein Pud Kartoffel 32Rubel (vor dem Kriege 20-25 Kopeken), ein

Pud

Pud Hirsegrütze 150 Rubel (früher 1 Rubel), ein Pud Mehl 180 Rubel. Es wird allgemein mit grösster Besorgnis dem Winter entgegengesehen und eine Hungersnot befürchtet.

Als einziger Fortschritt vom Standpunkte des Sowjetregimes aus ist festzustellen, dass die Landwirtschaft nunmehr sozialisiert und in den vergesellschafteten Sektor einbezogen, also einer Forderung der Theorie Genüge getan ist. Auf diesen einmal eingeschlagenen Wege kann es kein Zurück geben. Abgesehen davon, dass die Durchführung der Kollektivierung zu den Aufgaben des Fünfjahrplans gehört, müssen sich die Eigentumsverhältnisse der in die Kolchose und Viehfarmen eingebrachten Werte immer mehr verwischen, sodass ebenso wie bei dem städtischen Hausbesitz eine Rückkehr zum Privateigentum nicht mehr möglich ist. Die Zeit arbeitet für diese neue Wirtschaftsform und die Zwangsmassnahmen gegen die Einzelwirtschaften mindern die Bedeutung der alten Wirtschaftsform. Insofern ist die Frage der Kollektivierung an sich entschieden und es handelt sich nur darum, nach diesem reichlich kostspieligen und opfervollen Umbau die erhofften Ueberschüsse zu erzielen. Darüber werden noch Jahre vergehen, zumal dieses letzte Jahr mit seinem Ernteertrage und den dabei aufgezeigten Fehlern und Mängeln eher einen Rückschritt als einen Fortschritt bedeutet. Noch mehr als die Industriearbeiter müssen die Bauern für den sozialistischen Aufbau gewonnen werden. Die Aufgabe ist schwieriger, weil die Landbevölkerung grosse Opfer bringen muss; die Wandlung vom Einzelwirt, der glaubte, durch die Revolution Eigentümer, nicht nur Besitzer seines

Grund

Grund und Bodens geworden zu sein, zum unselbständigen Kollektivmitgliede und Getreidefabrikarbeiter ohne eigenes Land wird als Abstieg aufgefasst, während der Industriearbeiter sich als Herr der Fabrik fühlen und mit Stolz sich Proletarier nennen darf, ohne ähnliche Werte opfern zu müssen. Die Masse der jetzigen Landbevölkerung wird diese Wandlung kaum verwinden, sie fühlt sich entwurzelt und kann in der Zuteilung von Arbeit und Rationen keinen Grund zur Begeisterung finden. Die Kolchosmitglieder erhalten nur den notdürftigen Lebensunterhalt, die aus der gemeinsamen Bewirtschaftung am Jahresschluss unter sie verteilten Beträge sind sehr gering. Dass die Arbeitsunfähigen und Alten keinen Anspruch auf Brotnorm und Versorgung haben, macht bei den ohnehin schwierigen Lebensverhältnissen und der Lockerung der Familienbande ihre Lage oft trostlos und lässt sie zu Bettlern werden. Nur diejenigen Schichten, die von dem Umbau unmittelbar greifbaren Nutzen gezogen haben, die ärmsten Bauern und die leitenden Stellen, sind Träger der neuen Ordnung und können mit der in den jetzigen Anschauungen heranwachsenden Jugend in der Zukunft auf die Früchte hoffen. Die Sozialisierung der Landwirtschaft mag als notwendiger Ersatz der ertraglosen kleinen Wirtschaften nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch gerechtfertigt sein, durch landwirtschaftliche Institute, Stationen und Maschinen, durch die geplante Ausnutzung der Elektrizität und des Flugzeugs wird viel Augenfälliges für die Landwirtschaft getan und in der Anbau der technischen Kulturen - Baumwolle

Baumwolle, Reis, Hanf, Kenaf, Kautschukpflanzen - werden neue Wege beschritten. Aber die geringen Ernteergebnisse und die grossen Verluste zeugen davon, dass die Landbevölkerung in ihrem überwiegenden Teile noch nicht den vorgezeichneten Weg geht, sondern abseits steht und dass die für die Erzielung besserer Ergebnisse notwendige innere Wandlung noch nicht vollzogen ist. Da der weitaus grösste Teil der Bevölkerung diese Einstellung hat und die Bauern etwa 80% der Bevölkerung darstellen, ist die Frage, wie die bisher ungünstigen Folgen behoben werden können, ein Hauptproblem der Ukraine. Nur die Zeit, eingehende Aufklärung und Arbeit können helfen. Soweit die Lage jetzt beurteilt werden kann, scheint die Regierung nicht umhin zu können, unter Verzicht auf die restlose Erfüllung ihrer Getreideaufbringungspläne der Landbevölkerung für ihren notdürftigen Lebensunterhalt Zugeständnisse zu machen. Während die massgebenden Instanzen der Ukraine vor einigen Monaten noch der Ansicht waren, dass die Entwicklung der Landwirtschaft zu Besorgnissen keinen Anlass gebe und dass die Anstrengungen in erster Linie auf den Ausbau der Industrie zu legen seien, scheint jetzt die vordringliche Bedeutung der Landwirtschaft für die Ukraine anerkannt zu werden und Partei und Regierung in Charkow haben in dieser Hinsicht herbe Rügen der Moskauer obersten Stellen hören müssen. Es verlautet sogar, dass die Stellung Kossiors, des Generalsekretärs der kommunistischen Partei der Ukraine, wegen nicht genügender Initiative und Energie erschüttert sei und dass er nach den Revolutionsfeiertagen im November abgehen und durch den Volksbildungskommissar der Sowjetunion Bubnow, der Ukrainer sein soll,

soll, ersetzt werde.

Die Lage der ukrainischen Industrie hat sich im laufenden Jahre wenig verändert. Die Organisation lässt nach wie vor sehr zu wünschen übrig, dauernd werden die Werke zu neuen Trusts zusammengefasst und neu eingeteilt. Nachdem die Bundesvereinigung „Ugol" (Kohlenkonzern) in verschiedene kleinere Trusts aufgeteilt ist, sollen die Auslandsabteilungen von Artjomowsk wieder nach Charkow verlegt werden. Der Plan, den Sitz der Bundesvereinigung „Stal" von Charkow nach Stalino zu legen, ist vorläufig nicht ausgeführt, statt dessen sind einzelne Werke zu kleineren Stahltrusts zusammengefasst, die Werke in Dnepropetrowsk und Kamenskoje zum „Dneprostal", die Werke des Dneprokombinats zum „Saporoshstal". Es heisst jedoch, dass eine neue Umorganisation bevorsteht und dass die genannten beiden ukrainischen Trusts mit den Werken in Taganrog und Kertsch zu einem neuen grossen Konzern „Jushgurp" (Hauptverwaltung der Schwerindustrie des Südens), vereinigt werden sollen, der also über die Ukraine hin us greifen und die ukrainische Schwerindustrie weiter in enge Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale bringen würde, zumal nachdem anstelle des aufgelösten ukrainischen Obersten Volkswirtschaftsrats der Bevollmächtigte des Volkskommissariats der Schwerindustrie der Sowjetunion in der Ukraine getreten ist. Die im Bau befindliche Bahnlinie wird den Donezbezirk unmittelbar mit Moskau verbinden.

Mit der Beendigung des Dneprostroj in diesem Jahre verfügt die Sowjetwirtschaft über ein Kraftwerk grössten

grössten Ausmasses, das allerdings erst nach der Fertigstellung des Dneprokombinats voll nutzbar gemacht werden kann. Nach einer vertraulichen Mitteilung soll der Bau der grossen Werke dieses Kombinats zunächst „konserviert" werden, da im Falle eines Krieges die Lage nahe der Grenze als gefährlich anzusehen sei; ob die Bauarbeiten wirklich eingestellt werden, wird die Zukunft zeigen. Der zweite Fünfjahrplan scheint erhebliche Produktionssteigerungen vorzusehen; so soll die Donezkohlenförderung auf das Drei-bis Vierfache, die Roheisenerzeugung auf das Vier-bis Fünffache gebracht werden. Im allgemeinen aber ist anzunehmen, dass die Aufwendungen für die ukrainische Industrie mehr den Zweck haben, die vorhandenen Anlagen zu erhalten und den jetzigen Anforderungen der Technik entsprechend umzubauen als neue Werke zu schaffen. Die der Industrie zur Verfügung stehenden Kapitalien dürften in der Hauptsache für die neuen Kombinate im Ural und in Sibirien verwandt werden und das „spezifische Gewicht" der Ukraine, die z.Zt. 70% der Kohle, 89% Koks und 77% Erz der Gesamterzeugung der Sowjetunion liefert, wird dann weiter heruntergehen.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Produktion zu kämpfen hat, zeigen sich bereits in den sinkenden Förderungsziffern des Bergbaus. Wenn im ersten Halbjahre 1932 gegenüber den planmässigen fast 17 Mill.t eine Fehlleistung von 3-4 Mill. t festgestellt wird und die durchschnittliche Tagesförderung des Donezbezirks ohne das Nordkaukasusgebiet statt der verlangten 140 000 t von 135.000 t im Januar jetzt auf 82-95 000 t gefallen ist, so muss trotz aller Anstrengungen, Einwirkung auf die Arbeitersohaft und kostspielige Neubauten der Rückstand dieses grundlegenden Industriezweiges

Industriezweiges sich besonders nachteilig auf die übrige Industrie und die gesamte Wirtschaft auswirken. Die Hüttenwerke erzielen mit etwa 85-95% der Planziffern z.Zt. bessere Ergebnisse, während die Erzförderung nur etwa zwei Drittel der veranschlagten Menge erreicht.

Die nicht befriedigenden Leistungen der Industrie werden wie bisher in erster Linie darauf zurückgeführt, dass die Arbeiter nicht in der erwünschten Weise alle Kräfte in den Dienst des sozialistischen Aufbaus stellen. Es kehren ständig die Klagen wieder über die mangelhafte Arbeitsdisziplin, zahlreiche Arbeitsversäumnisse, nicht sorgfältige Behandlung der Maschinen. Die Bindung der Arbeiter an die Betriebe ist nicht wie gehofft, freiwillig erfolgt, sondern kann nur durch die Einbehaltung der Ausweispapiere und des Lohns, durch das Brotkartensystem und ähnliche Mittel durchgeführt werden. Die in der Presse ständig erwähnten Arbeiterabwanderungen lassen erkennen, dass die Arbeiter unzufrieden sind und bessere Lebensverhältnisse suchen. Die Wichtigkeit der Frage, wie sie ausreichend mit Lebensmitteln und Bedarfswaren, Kleidung und Wohnung versorgt werden können, wird nicht verkannt, die Pläne in dieser Beziehung haben jedoch nicht durchgeführt werden können. Da mit allen Kräften und Mitteln die Industrie selbst aufgebaut werden soll, müssen mit der übrigen Bevölkerung auch die Arbeiter ein reiches Mass an Opfern tragen. Das Ingenieurpersonal scheint nicht immer den grossen Anforderungen des forcierten Industrieaufbaus zu genügen. Die jungen, auf den Sowjetschulen ausgebildeten

Ingenieure

Ingenieure verfügen nicht über Erfahrung, gründliche Fachkenntnisse und allgemeine Bildung. Der Druck der Lebenshaltung mindert das Interesse für den Dienst an sich und zwingt zu Ueberstunden und Nebenbeschäftigung.

Der Abbau der deutschen Fachleute im Frühjahr dieses Jahres hat über den Grund, Einsparung von Valuta, hinaus durch die Form der Entlassung und die zutage getretene vertragswidrige Rechtsverweigerung grosse Erbitterung in den deutschen Ingenieurkreisen hervorgerufen. Die Lebensmittelnormen sind stark gekürzt und die Preise erheblich gestiegen, sodass es schwierig ist, mit dem Rubelgehalt auszukommen. Nachdem die Sowjetindustrie bei der Arbeitslosigkeit in Deutschland auch ohne Valutazahlung ausreichend Ersatz erhält, zeigen sich die vom deutschen Standpunkte aus bedenklichen Folgen dieser valutalosen Verträge. Die Urlaubsreisen werden erschwert, Unterhaltszahlungen in Deutschland unmöglich gemacht, eine verstärkte Propaganda - Ausländerklubs, Urlaubsreisen in die russischen Kurorte - , die Bildung eines internationalen Bataillons, die unter kommunistischer Leitung veranstaltete Konferenz ausländischer Fachleute - sorgt dafür, dass die Ausländer immer mehr der Heimat entfremdet und in den kommunistischen Ideenkreis gezogen werden.

Auch das eingesessene reichsdeutsche Element verliert weiter an Einfluss und Bedeutung. Anfang des Jahres wanderte wieder eine grössere Zahl reichsdeutscher Bauern aus und für die noch Zurückbleibenden rückt die Entscheidung

Entscheidung immer näher, ob sie sich in den Sozialisierungsprozess einbeziehen lassen oder das Land verlassen wollen. Für die Deutschstämmigen ist diese Frage entschieden, da ihnen die sehnlichst gewünschte Ausreise verwehrt ist. Die Bedrückung der fleissigen und intelligenten Einzelwirte, die Kollektivierung, die Verbindung der bisher gesondert gehaltenen deutschen Siedlungen mit ukrainischen, die kommunistische Propaganda und die Verfolgung der evangelischen Kirche gefährden auf die Dauer das Deutschtum in höchstem Masse; da jede Verbindung mit der Heimat abgeschnitten ist, kann ein kulturelles Leben nicht gedeihen. Die sowjetische Minderheitenpolitik kennt nur die Verwendung der Muttersprache für die Erziehung zum Kommunisten und Proletarier des Klassenstaates.

Mit dem Ende dieses Jahres läuft die Periode des ersten Fünfjahrplans ab. Die Leistungen sind im allgemeinen durchaus anzuerkennen, auf allen Gebieten sind wichtige Ziele erreicht. Die Landwirtschaft ist sozialisiert und in der Hand des Staates, z.Zt. allerdings ohne materielle Erfolge. Die Industrie ist durch Um- und Neubau erheblich leistungsfähiger geworden und verbürgt in manchen Produktionszweigen wo die so heiss ersehnte Unabhängigkeit vom Auslande, sogar Ausfuhrmöglichkeiten. Die mehr oder weniger erreichten Planziffern besagen wenig, da sie aus erzieherischen Gründen den jeweiligen Möglichkeiten angepasst sind. Erst wenn die Leistungen mit den Voranschlägen in den einzelnen Produktionszweigen genau verglichen werden können, lässt sich sagen, inwieweit der Aufbau der Industrie,

eine

eine der wichtigsten Aufgaben des Plans, durchgeführt werden konnte. Die oft schlechte Qualität der durch die Mengen an Ausschussware vertauerten Produktion wird kaum durch Ziffern erfasst werden können; sie ist aber von grosser Bedeutung für die Beurteilung der Leistungen und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Vieles ist in diesen fünf Jahren nicht erreicht, manche Werke sind nicht fertig geworden und noch mehr Projekte sind nicht verwirklicht, weil es an Geld und Baumaterialien mangelte und die Organisation im grossen und kleinen versagte. Auf kulturellem Gebiet ist das Analphabetentum mit Erfolg bekämpft, das Schulwesen wird, wie die Reformbestrebungen zeigen, mit grossen Anstrengungen ausgebaut und auf die technische Ausbildung abgestellt, auf möglichst breiter Grundlage, sodass bei dem vorhandenen Material an Lehrern und Lernenden das Niveau meist sehr niedrig ist. Es wird kaum der abschliessenden Ziffern und des Vergleichs mit früheren Jahren bedürfen, um festzustellen, dass im grossen Ganzen der Fünfjahrplan seine Aufgabe erfüllt hat, zumal wenn diese statt in der Erreichung der Kontrollziffern darin bestehen sollte (im Hinblick auf die nichtbefriedigenden Zahlen des Industrieplans scheint dies die offizielle Version werden zu sollen), die Massen des Volkes zur Arbeit heranzuziehen. Dies ist vollauf gelungen, und weit bewundernswerter als die erzielten Leistungen sind die Opfer und die Geduld des Volkes. In einem Lande von den Ausmassen der Sowjetunion, mit ihren vielerlei Völkerschaften und verschiedenen Lebens- und Bildungsverhältnissen muss eine Idee besonders

schwierig

schwierig zu verwirklichen sein. Vielleicht sollte der Fünfjahrplan mit seinen für jede Werkstatt und jeden Tag vorgeschriebenen Planziffern eine leichter verständliche Fassung der kommunistischen Lehre geben, die das Volk eher einigen und zusammenfassen konnte, als es die sonstige marxistische Propaganda vermag und die dabei den Einzelnen in engste Abhängigkeit vom System brachte und als materiellen Nutzen alles aus dem Volke herausholte und der Gesamtheit dienstbar machte. Der Gedanke und Zweck der eigentlichen Planwirtschaft traten dabei zurück, schon insofern, weil ja die Ueberschreitung der Planziffern und die Aufstellung von weitergehenden Gegenplänen den verschiedenen Einheiten als besonderes Verdienst angerechnet wird und die Kontrollziffern nach den vorhergehenden tatsächlichen Ergebnissen vielfach herauf-oder heruntergesetzt werden. Die Räder der ganzen wirtschaftlichen Maschinerie greifen noch keineswegs reibungslos ineinander ein. Vorausgesetzt, dass die Endziffern des Plans für eine wirkliche Planwirtschaft berechnet sind, wird es zunächst Aufgabe des zweiten Fünfjahrplans sein, die Rückstände aufzuholen und die Leistungen auf den verschiedenen Gebieten auf einander abzustimmen. In erster Linie gilt dieses für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfswaren. Trotz aller Gewöhnung kann nicht jahraus jahrein das gleiche Mass von Opferfreudigkeit und Entsagung, ja Hunger gefordert werden. Das bevorstehende fünfzehnte Revolutionsjubiläum und das Ende dieses Fünfjahrplans werden dem Volke mit

besonderer

besonderer Eindringlichkeit die Errungenschaften des Sowjetregimes vor Augen führen, aber der Einzelne wird dabei mit Skepsis seine eigene Bilanz ziehen. Die Leiden und Opfer des einzelnen Sowjetbürgers und seiner Familie treten nicht an die Oeffentlichkeit in demselben Masse wie das in anderen Ländern möglich wäre, die Presse ist ihm verschlossen, kein Parlament und keine Interessenorganisation bringen seine Beschwerden vor, wenigstens nicht mehr als es die massgebenden Parteiinstanzen als Resonanzboden für ihre Politik wünschen. Die Gewöhnung an Leiden und Bedrükkung aller Art zeigt ein gestern hier zum Abschluss gebrachter Strafprozess gegen eine Bande von 20 jungen Leuten, die als angebliche GPU-Beamte mit gefälschten Ausweisen Privatwohnungen nachts durchsuchten, die Einwohner brandschatzten und in unmenschlicher Weise folterten; es ist bezeichnend, dass die Betroffenen dies als wirkliche Handlungen der GPU hinnahmen und zunächst keine Anzeige erstatteten. Die Unzufriedenheit, zumal auf dem Lande, ist sehr gross. Die Machtmittel des Staates, die GPU, Miliz, rote Armee, Partei, sind als ausreichend anzusehen, jede gefährliche Bewegung aufzufangen und im Keime zu ersticken, doch durch die übergrossen Anforderungen beraubt sich der Staat in weiten Masse der verständnisvollen freudigen Mitarbeit der müde und hoffnungslos gewordenen breiten Schichten und nach den obigen Darlegungen zeigen sich in der Landwirtschaft die verhängnisvollen Folgen. Je mehr die Zeit vergeht und in strenger Abgeschlossenheit vom Auslande und sonstigen

sonstigen Einflüssen die Jugend in reinkommunistischer Erziehung und ohne Vergleichsmöglichkeiten heranwächst, desto geringer werden die Aussichten einer politischen Gegenrevolution. Weite Kreise wünschen noch eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und machen dabei die derzeitige Lage das kommunistische System verantwortlich. Für eine gerechte Beurteilung wäre im Einzelnen zu untersuchen, inwieweit die marxistische Lehre als solche oder andere Umstände und Erwägungen massgebend waren. Schon die aussenpolitische Lage bedingt, dass der Sowjetstaat ausser seinen internationalen nötigenfalls auch den nationalen Charakter hervorkehrt. Der Fünfjahrplan kann anstatt als sozialistisches Experiment auch aus der Notwendigkeit heraus verstanden werden, alle Kräfte des Volkes mit grössten Opfern zur Arbeit und damit zur Unabhängigkeit und Verteidigung zusammenzufassen; eine solche Parole wird auch den das System selbst ablehnenden Staatsbürger zusagen. Das Gefühl, dass die Bürger des Sowjetstaates als des Rechtsnachfolgers des Russischen Reichs doch noch ein durch Geschichte und Schicksal verbundenes Volk sind, bedingt einen Nationalstolz und hilft mit, die mit dem Plan verbundenen Entbehrungen erträglich zu machen. Würde es dem Sowjetregime gelingen, in nicht zu ferner Zeit diesen Druck der persönlichen Lebenshaltung zu beheben, so würde weiteren Schichten der Anlass zur Unzufriedenheit genommen werden und der Sowjetstaat als das Bestehende und ein erträgliches und nationales Leben Garantierende auch von vielen jetzt abseits Stehenden anerkannt werden und sich festigen. Damit würde gleichzeitig den

dem ukrainischen Nationalbewusstsein der Boden entzogen werden. Soweit ein solches in der Sowjetukraine besteht, gründet es sich weniger auf den Wunsch nach der Schaffung eines selbständigen ukrainischen Nationalstaates als auf das aus der allgemeinen Unzufriedenheit sich ergebende Bestreben einer Loslösung von der Sowjetherrschaft. Irgendeine ernsthafte Betätigung war im laufenden Jahre weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin festzustellen. Noch weniger kommen nationalistische Bestrebungen der jetzigen ukrainischen Sowjetregierung in Frage. Zu der von zwei deutschen Zeitschriften gebrachten Meldung, daß die Charkower Regierung offiziell gegen die Ratifizierung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes Widerspruch erhoben habe, ist hier eine Bestätigung nicht festzustellen; es wird im Gegenteil betont, dass die Sowjetukraine selbst an diesem Vertrage das grösste Interesse habe. Bei der rechtlichen und tatsächlichen Struktur der Sowjetverfassung dürfte für derartige Proteste, noch dazu ausserhalb des massgebenden Gremiums, des Politbüros, kein Raum sein.

Die unbefriedigende Lage der Landwirtschaft, das Ernteergebnis und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung stellen für das neue Jahr und den neuen Fünfjahrplan der Leitung der Sowjetukraine ernste Aufgaben, deren Lösung eine weitere Festigung des Regimes zur Folge haben kann, da deren grösstes Aktivum doch immer der arbeitswillige Staatsbürger, in der Ukraine insbesondere der genügsame Bauer, sein wird; es handelt sich darum, bei gleichbleibendem Arbeitstempo sozusagen das Tempo der Entbehrungen zu verlangsamen.

Die

Die Sorgen des Sowjetstaates brauchen keine deutschen Sorgen zu sein; für die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind nur das eigene Interesse und das, was der Vertragspartner bietet, massgebend. Das Sowjetregime ist auch in diesem Jahre als solches nicht erschüttert und mit einer ernstlichen Bedrohung ist nicht zu rechnen. Schnellere Fortschritte sind erst von der Zukunft zu erwarten, wenn die Landwirtschaft den Umwandlungsprozess beendet hat, die neuen Werke den Warenhunger befriedigen können und die Lebenshaltung gebessert wird. In der regen Bautätigkeit, wie sie in Charkow und anderen Orten auf den Besucher ihren Eindruck nicht verfehlt, und vielen anderen, mehr oder weniger in die Augen springenden Erscheinungen sind ein fester Wille und die Ansätze zur Besserung zu erkennen. Die Geduld des einzelnen Staatsbürgers, der jetzt eher eine Verschlechterung als eine Besserung seiner Lage feststellen wird, wird vorläufig wohl noch länger angespannt werden. Wie grosse Getreidemengen der Bevölkerung vorenthalten und ausgeführt werden, soll auf Kosten der Volksmassen die Industrie möglichst für die Ausfuhr arbeiten; wenn auch aus dieser vorerst noch nicht beträchtliche Valutamengen zu erwarten sind. Das Ernteergebnis und die geringer gewordene Aufnahmebereitschaft der anderen Länder dürften im laufenden und folgenden Jahre ebenfalls keine grosse Möglichkeiten bieten, aus der Getreideausfuhr viel Valuta hereinzubekommen und die Zahlungsbilanz zu verbessern. Damit scheinen auch die Aussichten für die Abnahme deutscher Industrieerzeugnisse zunächst nicht besser zu werden, zumal da bei dem Aussenhandelsmonopol der Warenhunger allein nicht massgebend ist.

ist. Der einheitliche über alle Machtmittel verfügende Staatswille, der jetzt noch, wo es ihm notwendig erscheint, die Wünsche und die bereitwillige Mitarbeit der Bevölkerung gering achtet, ist der Faktor, mit dem das Ausland in erster Linie zu rechnen hat. Dass dieser Wille sich nur von dem eigenen Interesse leiten lässt und kaum ein Entgegenkommen kennt, zeigen die Interventionen zu Gunsten deutscher Ansprüche. Auf die Hilfe des seit Anfang d.J. hier tätigen neuen Bevollmächtigten des Aussenkommissariats ist nach den bisherigen Erfahrungen wenig zu rechnen, da er anscheinend nicht wie sein Vorgänger über gute Beziehungen zu den massgebenden Partei-und Regierungskreisen verfügt. Die Abschiebung der deutschen Fachleute und die den Sowjetstellen durchaus erwünschte Abwanderung der reichsdeutschen Landwirte lassen den Eindruck aufkommen, dass ein aufrichtiger Wunsch nach deutscher Betätigung nicht besteht und daß Ausländer nur geduldet werden, soweit sie sich widerspruchslos in das Sowjetregime einfügen. Die Reichsdeutschen und ihre Arbeit werden mit nicht mehr Entgegenkommen behandelt als die Angehörigen solcher Staaten, mit denen die Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen unterhält, wie etwa die Amerikaner, Tschechen und Niederländer. Soweit vertragliche Bindungen von praktischer Bedeutung bestehen, werden sie meist ungern oder garnicht beachtet. Die Verpflichtung, dass die Verhaftung eines Reichsdeutschen innerhalb einer bestimmten Frist mitzuteilen ist, ist in keinem Falle eingehalten. Die bei der Valutaknappheit allerdings unangenehme Pflicht, den Liquidationserlös der abwandernden Reichsdeutschen nach Deutschland zu überweisen, hat viel

von

von ihrem Werte verloren, nachdem der Erlös aus Häusern und gewerblichen Unternehmungen nicht überführt wird, andere grosse Abzüge von den nachgewiesenen Verkaufserlöse gemacht und Entscheidungen bis zu einem Jahre hinausgezögert werden. Dass mehrjährige Gefängnisstrafen für die Unmöglichkeit, die geforderten Getreidemengen abzuliefern, erst nach eindringlichen Vorstellungen auf 4 einhalb Jahr Zwangsarbeit herabgesetzt wurden, dass Steuern das amtlich festgesetzte Einkommen überstiegen und bis aufs Letzte ausgepfändete Reichsdeutsche mittellos die Sowjetunion verlassen mussten, zeigt wenig Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Beziehungen, ebenso wie die jedem Rechtsgefühl hohnsprechende Behandlung der Ansprüche der vielen deutschen Ingenieure und Arbeiter. Es ist auf die Sowjetstellen ohne ersichtlichen Eindruck geblieben, dass diese voll berechtigter Erbitterung der Sowjetunion den Rücken gekehrt haben, insbesondere auch viele Kommunisten, die jahrelang hier gearbeitet hatten. Es scheint nach den Erfahrungen dieses Jahres, dass derartige Beschwerden einer allgemeinen grundsätzlichen Aussprache und die deutsch-sowjetischen Beziehungen einer Klärung bedürfen, damit diese beiden Teilen grösseren Nutzen bringen.

Im Hinblick auf einige Mitteilungen und Ausführungen dieses Berichts darf um vertrauliche Behandlung gebeten werden.

Walther

Deutsches Generalkonsulat
Charkow

Tgb.Nr. 316.

Charkow, den 24.November 1932.

2 Durchschläge.

A 3221

Den Beispiele der Vorjahre folgend, beehre ich mich, in aller Kürze über einige interessantere laufende Fragen zu berichten.

Statistisch wird die H e r b s t a u s s a a t in der Ukraine wohl planmässig ausgeführt werden. Am 5.d.M. waren nach den Angaben des Landwirtschaftskommissariats bereits 10.097.300 ha (95,3% des Plans) bestellt. Der Hauptanteil dieser Bestellung entfällt mit 7,6 Mill.ha auf Kollektivwirtschaften. Darüber, w i e die Felder bestellt worden sind, schweigen Presse und Statistik. Die rücksichtslos betriebene Getreidebeschaffungskampagne, die trotz äusserster Anspannung in der Ukraine bisher nur etwa die Hälfte des Jahressolls ergeben hat, erfasste vielfach auch das Saatgetreide der Wirtschaften, sodass bei den Kollektiven eine zur Aussaat gelangte Saatmenge von 2 statt 4-6 Pud Getreide auf den ha nicht zu den Seltenheiten gehören soll. Von Landwirten, die die ukrainischen Bodenverhältnisse gut kennen, wird im Hinblick auf die diesjährige starke Verunreinigung der Felder durch Unkrautsamen das nächstjährige Ernteergebnis auf solchen Feldern als sehr gefährdet betrachtet.

Um die Jahresquote der G e t r e i d e b e - r e i t s t e l l u n g e n bis zum 31.Dezember d.J. zu verbessern,

An die
Deutsche Botschaft
in M o s k a u.

gez. Charkow.

verbessern, (zum 1.Januar soll die Kampagne beendet sein und ab 15.1.33 wird der Handel mit Getreide den Kollektiven freigegeben) werden Parteifunktionäre vornehmlich aus den Bezirkshauptstädten in grosser Zahl aufs Land kommandiert. Charkow ist, soweit beobachtet werden konnte, mit solchen Dienstreisen besonders belastet.

Der Umstand, dass die Ukraine ihre landwirtschaftlichen Sorgen nicht beheben kann, der Nahrungsmittelschwierigkeiten nicht Herr wird und die Pferde- und Viehwirtschaft hier ihren Fortgang nehmen, soll die Unzufriedenheit Moskaus mit dem ukrainischen Parteiapparat ständig wachsen lassen. Hierzu kommen noch die unbefriedigenden Kohlenförderungsziffern, die zunehmende Lockerung der Arbeitsdisziplin und die ungenügenden Leistungen der ukrainischen Metallindustrie. Im Zusammenhang damit will das Gerücht nicht verstummen, dass der Generalsekretär der Ukrainischen Partei Kossior abgehen soll. Als sein Nachfolger wird neuerdings nicht mehr Bubnow (Narkompros in Moskau), sondern Mikojan genannt. Auch die Stellung des Ukrainers Tschubar, Vorsitzenden des hiesigen Rates der Volkskommissare, soll erschüttert sein. Als künftigen Posten für ihn nannte man den des Leiters eines neueinzurichtenden Volkskommissariats für Brennmaterial (Narkomtop). Die Bindung der Ukraine an Moskau scheint zwangsläufig ihren Fortgang nehmen und immer enger werden zu sollen. Zum ersten Mal seit ich hier bin, wurden die Reden bei der offiziellen Festsitzung am 6.d.M. sowohl als auch die Eröffnungsansprache zur Parade am 7.d.M. auf der Regierungstribüne russisch gehalten.

Die

Die hiesige Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen „Serp i Molot" (früher Helfferich-Sadet), die bisher 18 000 Arbeiter beschäftigte, soll im Laufe der letzten Monate 6000 Arbeiter entlassen haben, angeblich wegen unzulänglicher Belieferung mit Rohstoffen und damit verbundener mangelhafter Qualität der Erzeugnisse, namentlich der Dreschmaschinen. Ungekürzt soll nur die Geheimabteilung der Fabrik, die hier, wie bei den meisten hiesigen grossen Werken, besteht, weiterarbeiten.

Das C h a r k o w e r T r a k t o r e n w e r k lieferte in letzter Zeit etwa 60 Traktoren statt 120 täglich. Der Rückstand in den Leistungen wird in erster Linie auf den hohen Prozentsatz der Ausschussware und mangelhafte Metallbelieferung zurückgeführt. Der Vorsitzende des Allukrainischen Zentralvollzugsausschusses richtete kürzlich nach Rückkehr vom Lande ein Schreiben an das Werk, in dem er diesem die vielen Klagen über schlechte Leistungen der Traktoren bei der Feldarbeit vorhält. Der Betrieb des Werkes war ab 1.d.M. wegen angeblich notwendiger gewordener Reparaturen für einige Zeit eingestellt.

Das Dekret vom 11.September d.J. (Berichte vom 26.9.32 Tgb.278 und 13.10.32 Tgb.278/2) wegen A b g a b e v o n P f e r d e n für die Feldarbeit der Kollektive, dessen Ursprung wohl in der erkannten Unzulänglichkeit der Motorstationen und der ständigen Reparaturbedürftigkeit der Traktoren zu suchen ist, hat hier wenig erfreuliche Folgen gehabt. Viele Einzelbauern haben ihre Pferde, um sie nicht abgeben zu müssen, eingehen lassen; in den Kolchosen wurden die Tiere über ihre Kräfte angestrengt, nicht

gepflegt

gepflegt und kaum gefüttert. Auf diese Weise soll annähernd die Hälfte des Pferdebestandes der Ukraine verloren bzw. verdorben worden sein. Den reichsdeutschen Einzelbauern scheint das der Botschaft bekannt gegebene russische Schutzschreiben geholfen zu haben.

Allgemein fiel das schlechte Pferdematerial der Artilleriebespannungen bei der letzten Parade auf.

Auffallend und vielsagend im Hinblick auf das sonst geübte Stillschweigen über solche Dinge ist eine in der hiesigen Presse erschienene an die Kommunal-und Sanitätsverwaltungen der Ukraine gerichtete Aufforderung zur Verstärkung des Kampfes gegen die E p i d e m i e n. Ein Artikel beginnt mit dem Satz: „In der letzten Zeit ist ein Anwachsen epidemischer Krankheiten in der Ukraine zu verzeichnen." Es handelt sich um Unterleibs-und Flecktyphus, die ausser in Charkow und den umliegenden grösseren Städten insbesondere im Donbezirk um sich greifen. Erzählungen deutscher Fachleute zufolge sind dort hauptsächlich die Rayons Stalino, Makejewka, Mariupol, Konstantinowka, Rykowo und Gorlowka verseucht. Im letztgenannten Ort allein sollen über 370 Typhusfälle registriert worden sein.

Wie ich aus sonst zuverlässiger Quelle erfahre, soll das hiesige Geschäft für die Versorgung der Ausländer, der „Insnab", zu Beginn des nächsten Jahres geschlossen werden. Die Versorgung der Fachleute würden dann die inneren Verteilungsstellen der Trusts und der Organisationen, der freie Markt und Torgsin übernehmen.

Gestern

Gestern ist die Brotration in Charkow allgemein um 100 Gramm täglich herabgesetzt worden, was grosse Beunruhigung in die Bevölkerung getragen hat.

I.V. Ehrt

Deutsches Konsulat
II.4.

Kiew, den 5. Januar 1933.

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 14. JAN. 1933
Tgb. Nr. A 93
Anl.

Inhalt: Politischer Jahresbericht für 1932.

1 Durchdruck.

Innerpolitische Lage: Abgesehen von den Hungerkrawallen, die die rücksichtslose, den Eigenbedarf der Bauernhöfe oft ausser Acht lassende Erfassung der Getreide- und Fleischvorräte im Frühjahr in Wolhynien und später auch im Norden des Amtsbezirks auslöste, die aber unter dem energischen Zugriff der Sicherheitsorgane sehr bald kraftlos in sich zusammenbrachen, blieb der Amtsbezirk von innerpolitischen Unruhen verschont. Unverkennbar hat aber der Zusammenbruch der Landwirtschaft und die dadurch bedingten Erschöpfungszustände der gesamten Volkswirtschaft innerpolitische Spannungen geschaffen und unter einer kaum bewegten Oberfläche Kräfte in Bewegung gesetzt, die, ohne noch das System ernstlich zu bedrohen, der Regierung Anlass gegeben haben, ihre Machtposition zu untermauern und möglichen Ueberraschungen vorzubeugen. Nur in diesem Sinne wird das gegen Jahresende erlassene Dekret zu deuten sein, das den allgemeinen Passzwang einführt, unter der nur allzu durchsichtigen Begründung besserer Versorgung und Unterbringung der Arbeiterschaft die grossen

Städte

An
die Deutsche Botschaft
in
Moskau

739 Kiew

Deutsches Konsulat

Städte und Industriezentren,mit anderen Worten die Herde innerpolitischer Unruhe von unerwünschten Elementen gesäubert sehen will,und schliesslich die Machtfülle der Staatspolizei dadurch noch um ein Beträchtliches steigert,dass es ihr die Miliz unterstellt. Im Stadtproletariat sind es namentlich die Ernährungslage,die andauernd verspätete Lohnzahlung,die im Verhältnis zu der wachsenden Teuerung meist unzulänglichen Löhne,die neuen scharfen Bestimmungen gegen die Arbeitsversäumnisse und das Bewusstsein völliger Hilflosigkeit gegenüber der von oben diktierten Arbeits- und Lohnpolitik der Gewerkschaften,die die Unzufriedenheit vertiefen, kaum mehr verhaltene Kritik an dem System und seinen Vertretern auslösen,hier und da,namentlich in der Provinz auch zu Arbeitverweigerungen führen. Der Unzufriedenheit und der der Regierung feindlichen Stimmung,wie sie als Folge des radikalen agrarpolitischen Kurses der letzten Jahre sich der überwiegenden Mehrzahl der Bauern bemächtigt haben, suchten Partei und Regierung durch eine ganze Reihe wirtschaftlicher Zugeständnisse beizukommen. Dies ist nicht gelungen. Die Zugeständnisse haben vielmehr,da sie in der Praxis keine Aenderung des seitherigen

herigen Zustandes brachten, mehr aufreizend als beruhigend gewirkt, und auch die letzten Verordnungen über die Ablieferung von Fleisch, Milch und Milchprodukten, die, wenn vernünftig gehandhabt, sich durchaus im Rahmen des für die Landwirtschaft Möglichen halten, wurden mit ebenso starkem, wie allgemeinem Misstrauen aufgenommen. Auf dem flachen Lande tätige Partei- und Sowjetfunktionäre fühlen denn auch die sie umgebende feindliche Atmosphäre deutlich heraus, empfinden sich in ihrer Person und Stellung bedroht und entziehen sich in gleicher Weise wie Jungkommunisten --selbst auf die Gefahr des Verlustes ihrer Parteikarte hin-- nicht selten der Aufträge, die sie zur Tätigkeit im Dorfe bestimmen. Als Begleiterscheinung der Versteifung der Wirtschaftslage ist Zunahme der verwahrlosten Kinder, die eine Zeit lang ganz aus dem Strassenbilde nahezu verschwunden waren, Zunahme der Strassen- und Hausbettelei sowie starkes Anwachsen der Eigentumsvergehen zu bemerken. Die Verhaftungen, die die Staatspolizei auch im Berichtsjahre in grosser Anzahl vornahm, trugen vorwiegend finanzpolitischen Charakter und dienten dazu aus der Bevölkerung zurückgehaltene Kostbarkeiten und wertbeständiges

Geld

Geld herauszupressen und damit dem wachsenden Valuta- und Edelmetallbedürfnisse des Staates zusetzliche Deckung zu verschaffen.

P a r t e i: Der alte,immer wieder von neuem auflebende Kampf um die wirtschaftspolitischen Richtlinien der Partei,der Kampf,der sich gegen das forcierte Industrialisierungstempo und gegen den radikalen Kurs der Agrarpolitik richtet,hat,nachdem die Parteispitze sich einige agrarpolitische Postulate der Opposition zu eigen gemacht hatte,mit dem Ausschluss einer ganzen Reihe prominenter Kommunisten aus der Partei und damit wieder einmal mit einem vollen Siege des Zentralkomitees geendet. Dieser Kampf hat hier keinen nach aussen hin vernehmbaren Widerhall gefunden,und nichts ist darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen,was darauf schliessen liesse,dass auch Mitglieder der Parteiorganisationen des Amtsbezirks daran aktiv beteiligt waren. Gleichwohl kann angenommen werden,dass auch hier die Opposition in den Reihen der Parteimitglieder und auch der Jungkommunisten zahlreiche Anhänger zählt. Die greifbaren,von keiner noch so geschickten Propaganda fortzutäuschenden Irrtümer,Fehlschläge

schläge und Misserfolge der Wirtschaftspolitik der Parteispitze haben das blinde Vertrauen in deren Führung von Grund aus erschüttert und den Enthusiasmus zerschlagen, mit dem um das von ihr gesetzte Ziel gekämpft wurde. Müde Resignation ist an ihre Stelle getreten, und mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, dass die gegen alle Mahnungen und Warnungen taube Wirtschaftspolitik des Zentralkomitees das Land in eine Sackgasse geführt hat, aus der es ohne einen organischen Umbau des Ganzen kein Zurück ins Freie gibt. Zu einer solchen Zäsur zwischen ihrem Heute und Gestern, so meint man, könne sich die Parteispitze aber noch nicht durchringen, da sie Rückwirkungen auf die kommunistische Bewegung in Westeuropa, einen Zusammenbruch der revolutionären Situation befürchte, wie sie namentlich in Deutschland und auch in Polen durch die Weltwirtschaftskrisis geschaffen worden sei. Dass aber das Zentralkomitee selbst eine neue Festigung seiner Stellung für nötig hält, dafür spricht die für 1933 verfügte Generalreinigung der Partei. Bei ihr, so heisst es, würden mit eisernem Besen alle die lauen Elemente, alle die des Liebäugelns mit dem Rechtsopportunismus in Theorie und Praxis, alle die Verteidiger

diger eines »faulen Liberalismus« hinweggefegt werden. Tatsächlich hat man den für die Säuberung festgesetzten Termin gar nicht abgewartet. Auch im Amtsbezirk bot der unbefriedigende Verlauf der Ernteerfassung Anlass,damit verzeitig zu beginnen. Eine »Kulakenriecherei« sondergleichen setzte ein, und von den Bezirken,die mit Ablieferung der Getreidevorräte besonders stark im Rückstande waren,hiess es nicht selten --ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt--,die lokalen Partei- und Sowjetfunktionäre entstammten der Klasse der Kulaken,hätten sich durch allerlei Schiebungen die Aufnahme in die Partei oder den Sowjetapparat erschlichen und durch Paktieren mit den Kulaken,durch allerlei unlautere und verbrecherische Machenschaften die Erfassung der Ernte sabotiert. Dass bei der Säuberung der Parteizellen solcher Bezirke von oben kräftig durchgegriffen wurde,zeigen Berichte aus dem Winnitzaer Gebiet,wo 15% der Mitglieder der gesäuberten Parteizellen ausgestossen,20% mit Disziplinarstrafen belegt wurden. Die Säuberung ist anscheinend nicht überall ohne Widerstand der Zellen selbst vor sich gegangen,da diese von Massregelung ihrer Mitglieder

eine

eine Minderung des Ansehens der Partei und ihres eigenen Einflusses befürchteten. Was schliesslich die Organisation der Jungkommunisten anlangt, so hat diese als Folge des radikalen agrarpolitischen Kurses der Partei strichweise eine starke Mitgliedereinbusse der ländlichen Zellen erlitten. Aus den vereinzelten Berichten, die die Presse über die Zustände gerade in solchen Zellen bringt, ist zu schliessen, dass es vielfach gerade Jungkommunisten sind, die durch Trägheit, Disziplinlosigkeit usw. die Kollektivwirtschaften desorganisieren. Was endlich die Propagandamethoden der Partei anlangt, so ist man von dem noch vor wenigen Jahren als vorbildlich hingestellten Masseneintritt ganzer Arbeitergruppen einzelner Betriebe zurückgekommen. Es hätte sich, so heisst es, gezeigt, dass dabei viele neue Gefolgsleute, nicht aber nur überzeugte Kommunisten den Weg in die Partei gefunden hätten.

Landesverwaltung: Das zweiteilige Verwaltungssystem, das etwa 1½ Jahre bestanden hat und bei seiner Einführung als das geeignetste Mittel gepriesen wurde, die Sowjetherrschaft der Masse der Werktätigen näher zu bringen, hat sich nicht bewährt. Die Papierflut, die aus den

den kleinen Verwaltungszentren über die Zentralstellen hereinbrach, raubte diesen die Zeit für wichtigere Aufgaben, und in der gleichen Weise wie bei der Industrie erwies es sich als technisch unmöglich, von einer einzigen Zentrale aus Hunderte von Stellen zu leiten und auf eine, den Intentionen von Partei und Regierung entsprechende Durchführung der Gesetze und Verordnungen zu kontrollieren. Es erfolgte denn auch eine Rückbildung auf frühere Verwaltungsformen in der Weise, dass zwischen Rayon und Zentrale ein Gebietsvollzugsausschuss eingeschaltet wurde. Der Amtsbezirk wurde zunächst in zwei, später in drei Gebietsverwaltungen zergliedert. Eine gewisse Erleichterung der konsularischen Tätigkeit trat durch diese Neuerung insofern ein, als eine leichter als die Charkower Zentrale erreichbare Beschwerdeinstanz geschaffen wurde, die von säumigen Ortsbehörden eine schnellere und sachgemässe Erledigung diesseitiger Vorstellungen zu erzwingen in der Lage ist. An der Schwerfälligkeit und dem oft kaum zu übersteigerndem Formalismus, mit denen der oft stark übersetzte Apparat arbeitet, hat sich im Berichtsjahre nichts geändert. Dass der von finanzpolitischen Erwägungen diktierte Beamtenabbau, der jetzt

Deutsches Konsulat

jetzt durchgeführt wird, dazu beitragen wird, den Geschäftsgang der Behörden zu beleben und zu vereinfachen, kaum anzunehmen.

Unterrichtswesen: Als grundlegende Neuerung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens ist zu nennen der Uebergang zum neunstufigen Schulsystem. Mit dem entsprechenden Ausbau der Schulen, auch der Deutschen Schule in Kiew wurde bereits begonnen. Die August-Erlasse über das Lehrprogramm und Regime der Elementar- und Mittelschulen sowie höheren Lehranstalten, die mit dem bisherigen Experimentieren in den Unterrichtsmethoden aufgeräumt, die allgemeine Bildung mehr als bisher in den Vordergrund gerückt, den Lehrkörper in den Mittelpunkt des Unterrichts gesetzt und seine Stellung gehoben, die Schuldisziplin gefestigt, und Prüfungen wieder eingeführt sehen wollen, sind noch zu neuen Datums, als dass sie sich voll hätten auswirken können. Ganz ohne Reibungen und Widerstände der örtlichen Behörden und Parteiorganisationen, die an dem bisherigen Stande der Dinge trotz des unzulänglichen Unterrichtsergebnisses nicht rütteln lassen wollen, scheint die von der Zentrale gewollte Rückbildung des Schul- und Unterrichtswesens auf frühere, erprobte Methoden

Deutsches Konsulat

sich
den/aber nicht zu vollziehen. Die wachsende Teuerung in den Städten und daraus für die Hörer mittlerer und höherer Lehranstalten folgende Unmöglichkeit,mit den ihnen zugewiesenen Geldmitteln auszukommen,hatte zur Folge,dass diese auch nicht annähernd voll besetzt sind,und dauernd Schüler in wachsender Zahl auf das flache Land und in die Industrie abwandern. Der Unterricht litt nach wie vor unter ungleichmässiger,lückenhafter Vorbildung. Die Entkräftung der Schüler,wie sie unzureichende Ernährung und unhygienische Unterkunftsverhältnisse mit sich bringen,wirkte nachteilig auf ihre Leistungen. Mängel an Schulbüchern,Heften und Schreibmaterial erschwerte Unterricht und Heimarbeit der Schüler ungemein. Die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht wird namentlich auf dem flachen Lande dadurch aufgehalten,dass es den Gemeinden oft an Schulgebäuden,den Kindern an den für den Schulbesuch nötigen Kleidern und Schuhen fehlt. —Die Deutsche Schule in Kiew soll durch Angliederung eines Lehrerseminars (Pädagogisches Technikum),wie es hier auch für die Polnische Minderheit besteht, ausgebaut werden. Die Klagen über die unzulänglichen Kenntnisse der Kinder in der deutschen Sprache wollen

wollen nicht verstummen. Die Verbindung des Konsulats mit der Schule, wie sie zu deren Nutzen in den ersten Jahren meiner Kieler Tätigkeit bestand, dann aber auf Parteibefehl aufhörte, hat nicht wieder hergestellt werden können.-- Ueber die Fortschritte, die in dem Kampfe gegen das Analphabetentum haben gemacht werden können, liegen keine zuverlässigen Nachrichten vor. Auf dem flachen Lande aber dürfte dieser Kampf völlig in den Hintergrund getreten sein, da die Lehrer und Parteifunktionäre, die dazu in erster Linie herangezogen werden, in dieser Zeit des Umbaus der Landwirtschaft mit anderen Aufgaben mehr als beschäftigt waren.

Rechtspflege: Das materielle Zivil- und Strafrecht ist im wesentlichen unverändert geblieben. Das im Mai 1931 erlassene Gesetz, das die Streitigkeiten zwischen Staatlichen und Genossenschaftlichen Organisationen mit einem Objekt von mehr als 1000 Rubel Arbitragekommissionen zur Entscheidung übertrug, fand im Berichtsjahre weitest/gehende Anwendung und trug dazu bei, den an sich schon engen Rahmen der zivilrechtlichen Tätigkeit der Gerichte noch mehr einzuengen. Bei der Urteilsfindung lassen sich diese Kommissionen mehr von Gesichtspunkten sogenannter

sogenannter »volkswirtschaftlicher Zweckmässigkeit« leiten als von den Bestimmungen des Zivilkodexes, der unter der fortschreitenden Sozialisierung der Volkswirtschaft mehr und mehr veraltet. --Eine ausserordentliche Zunahme erfuhr die strafrichterliche Tätigkeit durch das Gesetz vom 7.August 1932, das Eigentumsvergehen zum Schaden des sogenannten »sozialistischen Sektors« unter ganz besonders harte Strafen stellt. Unter solche Vergehen fallen beispielsweise Diebstähle an Eisenbahn- und Schiffsfrachten, von Getreide, Vieh und sonstigem Eigentum der Kollektivwirtschaften, Unterschlagungen bei Staatlichen und Genossenschaftlichen Kassen und Betrieben usw. Bei der Urteilsfindung hielten sich die Gerichte streng an das »Klassenprinzip«, was unter anderem beispielsweise dazu führte, dass ein »Kulak«, ein »Klassenfeind«, der vom Felde einer Kollektivwirtschaft unbedeutende Mengen Getreide stahl, dieses Verbrechen mit dem Tode oder mit jahrelanger Freiheitsstrafe büssen musste, und eine ehemalige »Grossbäuerin«, die auf dem Felde einer Kollektivwirtschaft Aehren gelesen hatte, zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Wie schwer sich das Gesetz unter der zunehmenden Versteifung

steifung der Ernährungslage auf dem flachen Lande auswirken musste, bedarf hiernach nicht näherer Ausführung. Besonders scharf schritten die Gerichte auch gegen solche Bauern ein, die die ihnen im Wege der »Kontrahtierung« gewordenen Naturalienauflagen nicht erfüllten. Auch hier war für das Strafmass das »Klassenprinzip« ausschlaggebend, und »Kulaken«, bei denen diese Auflagen in gar keinem Verhältnis zur Ernte standen, mussten die »böswillige« Nichterfüllung mit langjähriger Freiheitstrafe oder Verschickung zur Zwangsarbeit büssen. Je schwerer es angesichts des dürftigen Ernteausfalls den mit der Getreideerfassung beauftragten Organen wurde, die planmässig von ihnen geforderten Mengen hereinzubekommen, mit desto drakonischer Strenge arbeitete der Strafrichter mit dem Ergebnis, dass die Gefängnisse sich weit über ihre normale Belegungsziffer hinaus mit Bauern füllten. Zu einer weniger auf Terrorwirkung eingestellten Handhabung der Gesetze, wie sie aus innerpolitischen Erwägungen heraus im Herbst von der Charkower Zentrale anempfohlen worden sein soll, konnten sich die Gerichte angesichts der regierungsseitig immer nachdrücklicher geforderten vollen »quantitativen und qualitativen« Erfüllung

Deutsches Konsulat

lung des Plans wohl nicht durchringen. -- Mehrere grössere Prozesse,die sich gegen Diebes- und Räuberbanden richteten,beschäftigten hier die Oeffentlichkeit; sie trugen,soweit bekannt geworden,keinen politischen Charakter. Von den Fällen,wo Kommunisten von Bauern erschossen,totgeschlagen oder verprügelt wurden,fanden wohl nur wenige ihre Sühne. Eigentumsvergehen haben in der Stadt als Folge der verschlechterten Wirtschaftslage beträchtlich zugenommen. Abgesehen davon aber dürfte eine nennenswerte Zunahme der Kriminalität der Bevölkerung nicht eingetreten sein.

Gesundheitswesen: Dysenterie,Unterleibs- und Flecktyphus traten das ganze Jahr über bald stärker,bald schwächer auf. Zu wirklichen Epidemien ist es aber nicht gekommen. Als Folge anhaltender Unterernährung und dadurch bedingter geringer Widerstandskraft nehmen,wie aus Fachkreisen verlautet,Krankheiten oft einen auffallend bösartigen,zu schnellem Ende führenden Verlauf. Zunahme tuberkulöser Erkrankungen der Jugend wurde ebenso wie erhebliche Sterblichkeit,namentlich unter Kindern und Säuglingen als Folge kritischer Ernährungslage in Dorf und Stadt beobachtet.

Kirche:

K i r c h e: In der Haltung der Regierungs- und Parteiorgane der Kirche gegenüber, wie sie in dem Vorberichte (S.13) dargelegt wurde, hat sich nichts geändert. Als äusseres Zeichen der dort erwähnten Duldsamkeit in kirchlichen Dingen wird es zu deuten sein, wenn die Behörden der Fertigstellung eines vor Jahren in Wolhynien begonnenen katholischen Gotteshauses keine Hindernisse in den Weg legten. Die Bemühungen des Konsulats dagegen, die Rückgabe eines bereits mehrere Jahre hindurch Schulzwecken dienenden evangelischen Kirchengebäudes (Nowograd-Wolhynsk) an die Gemeinde zu erlangen, blieben erfolglos.-- Ueber die Entwicklung des Sektantenwesens waren, nachdem der mit dem Konsulat ständig Fühlung haltende reichsdeutsche Baptistenprediger auf einen Wink der Staatspolizei hin das Land verlassen hat, keine zuverlässigen Nachrichten mehr zu erhalten.

Kulturelle Verbindung mit dem Auslande. Theater und Kino: Kulturelle Verbindung des Amtsbezirks mit Deutschland, die auch bisher fast nur auf musikalischen Gebiete bestanden, sind, nachdem Dr. Heinz Unger und der Pianist Franz Osborn im Winter und Frühjahr einige Male hier konzertiert hatten, sowjetischerseits

jetischerseits nicht wieder aufgenommen worden. Da ein französischer,italienischer und polnischer Künstler hier seither konzertierten,liegt die Vermutung nahe,dass für die Nichtverpflichtung deutscher Musiker nicht lediglich finanzielle Erwägungen für die Sowjetseite ausschlaggebend gewesen sind.-- Was Schau- und Lichtspielbühne anlangt,so gelangten ausser »Kabale und Liebe»,die seit Jahren zu dem Repertoir der Kiewer Bühnen gehört,Werke deutscher Dichtkunst nicht zur Aufführung; auch neuere Erzeugnisse der deutschen Kinoindustrie wurden nicht gezeigt. Wenn anderwärts die Tendenz bemerkt werden konnte,dass die Schaubühne dem Umstande,dass das Theaterpublikum der reinen Agitationsstücke müde geworden ist,Rechnung trägt und sich dessen seelischem und Zerstreuungsbedürfnis anzupassen beginnt, so war von dieser Tendenz hier nichts zu bemerken. --Die anfängliche Annahme,der Reiseverkehr nach der Sowjetunion werde unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrisis eine beträchtliche Einschränkung erfahren,hat sich nicht im vollen Umfange bestätigt. Zahlreiche vom Inturist betreute Reichsdeutsche und, wohl als Folge der Aufnahme der Nichtangriffspaktverhandlungen zwischen Paris und Moskau,auch Franzosen

zosen sowie andere Ausländer passierten einzeln und in Gruppen Kiew als Endpunkt ihrer Erkundungsfahrt.

Ukrainische Bewegung: Momente,die auf eine politische Betätigung ukrainischer Nationalisten schliessen liessen,sind im Berichtsjahr nicht zu erkennen gewesen. Merklich abgeflaut ist auch das Interesse,das die Kiewer Presse sonst der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien entgegen zu bringen pflegte. Ob dabei Rücksichten auf Polen und die über den Abschluss des Nichtangriffspakts zwischen Moskau,Paris und Warschau schwebenden Verhandlungen den Ausschlag gegeben haben,sei dahingestellt. Dass der grossrussisch-ukrainische Gegensatz nach wie vor weiter besteht, dafür sprach unter anderem die Verstimmung,die die differenzierte Behandlung der ukrainischen Minderheit in verschiedenen Landesteilen der RSFSR in ukrainische Kreise getragen hatte(Ber.II.6 vom 29. 11.1932).----Grotesk mutet es an,wenn dem Bauer, dessen wirtschaftliche Kräfte zur Erfüllung der ihm gewordenen Naturalienauflagen nicht ausreichen, oder der aus anderer Veranlassung mit der Sowjetbehörde in Konflikt geraten ist,der Dienst in Petljura- oder Hetmannformationen,dem er sich bei damaliger Konstellation schlechthin nicht entziehen konnte.

konnte,heute im 16.Jahre der Revolution noch öffentlich angekreidet und bei seiner Aburteilung erschwerend in die Wagschale geworfen wird.

Nationale Minderheiten: Die von der Sowjetregierung weiter vorwärtsgetriebene Vergesellschaftung der Landwirtschaft und der administrative und wirtschaftliche Druck,unter den sie die,diese Wirtschaftsform ablehnenden Bauern setzt, liess die reichsdeutschen Landwirte,und zwar auch solche,die kleine und kleinste Höfe ihr eigen nannten,nach wie vor nach Deutschland abwandern,obwhl sie sich der Schwierigkeiten bewusst waren,die ihrer der Haltung der Sowjetregierung in der Transferfrage halber in der Heimat harrten. Fälle,dass einmal abgewanderte Bauern hierher zurückgekehrt wären,waren nicht zu verzeichnen. In den Städten dagegen ist die Abwanderungsbewegung unter den Reichsdeutschen nahezu zum Stillstand gekommen,nicht etwa,weil es ihnen wirtschaftlich erträglicher ginge als früher, sondern weil sie die Lage des deutschen Arbeitsmarkts zurückhält. Der Zuzug reichsdeutscher Ingenieure und sonstiger Facharbeiter nach dem Amtsbezirk war zahlenmässig völlig unbedeutend. Enttäuschungen,die sie bei längerem Aufenthalt im Arbeitsprozesse

beitsprozesse,mit ihrer Bezahlung,Verpflegung und Unterkunft erleben,verleiden ihnen,auch wenn sie der Partei nahestehen,vielfach sehr bald den Aufenthalt und veranlassen sie zur Rückkehr.--- Wiederholt haben sich in den Grenzgebieten ansässige fremdstämmige,auch deutsche Bauern einzeln und in Gruppen, selbst auf die Gefahr hin,das Wagnis mit dem Tode zu bezahlen,zur Flucht über die Grenze entschlossen, um den ihnen unerträglichen Druck sowjetischer Agrarpolitik loszuwerden.--- Der Antagonismus,wie er zwischen Juden und der sonstigen Bevölkerung besteht,hat während des Berichtsjahres unverkennbar dadurch eine recht beträchtliche Vertiefung erfahren,dass die Juden--sei es,dass ihnen aus dem Auslande Geld zufliesst,sei es,dass sie andere Mittel und Wege dafür finden-- vielfach mit Nahrung und Kleidung ungleich besser versorgt sind,als ihre russische Umgebung. Zu antisemitischen Ausschreitungen ernsteren Charakters ist es,soweit bekannt, aber nicht gekommen.

Verhältnis zu
a. Deutschland
b. Polen:

Auf höhere Weisung ist es wohl zurückzuführen, dass die Lokalpresse sich seit längerer Zeit schon jeder eigenen Stellungnahme in ausserpolitischen Fragen enthält und sich in besonders wichtigen dar-

auf

auf beschränkt,die Leitaufsätze des Moskauer Parteiorgans mehr oder minder wörtlich wiederzugeben. Das sooft betonte freundschaftliche Verhältnis zwischem dem Rätebunde und Deutschland hat es ~~aber~~ nicht verhindert,dass auch hier während der Feier,die die Kiewer Akademie der Wissenschaften aus Anlass des 100-jährigen Todestags Goethe's veranstaltete,die Festredner sich Entgleisungen zu Schulden kommen liessen,die,da die Feier in meiner und des Polnischen Konsuls Anwesenheit stattfand,besser unterblieben wären. In dem Verhalten der Behörden den Vorstellungen des Konsulats gegenüber,wie es in dem Vorbericht (S.30) geschildert wurde,hat sich wenig geändert. Wie die zahlreichen Verstösse gegen zugestandene Vertragsrechte,wie Heranziehung zu Spanndiensten,Verschleppung von Ausreiseerlaubnissen und das Aufzwingen von Obligationen der Staatsanleihen zeigen,ist auch heute das Vertragswerk vom 12.Oktober 1925 den Ortsbehörden selbst in den wenigen,sie unmittelbar angehenden Abmachungen noch immer nicht vertraut genug,um ihnen im Verkehr mit Reichsdeutschen als Richtschnur zu dienen. Ob und inwieweit die Fälle,wo die Mitteilung über Verhaftung von Reichsdeutschen unterlassen oder verzögert

gert,und der Besuch inhaftierter Reichsdeutscher unmöglich gemacht wird,auf Indolenz oder absichtliche Ignorierung der Vertragsbestimmungen zurückzuführen ist,sei dahingestellt. Im allgemeinen fassen in der letzten Zeit die Ortsbehörden gegen solche Reichsdeutsche,die mit Ablieferung von Getreide oder mit Steuern in Verzug geraten,ungleich schärfer zu,als es die ganzen Jahre über der Fall war.

Was das Verhältnis zu Polen anlangt,so beschränkte sich die Presse im wesentlichen darauf, ihre Leser durch Wiedergabe der Tass-Telegramme oder Berichte eigener Korrespondenten (?) über die Behandlung der ukrainischen Minderheit in Ostgalizien zu unterrichten. Abgesehen vielleicht von der Zeitspanne,die zwischen dem Anschlage auf Botschaftsrat von Twardowski und der Aburteilung der Schuldigen lag,und in der sich wieder eine gewisse Spannung zwischen Moskau und Warschau zeigte,wurde alles vermieden,was die Atmosphäre zwischen den beiden Staaten hätte trüben oder die zwischen Moskau und Paris laufenden Verhandlungen stören können.

IV

Deutsche Botschaft

Moskau, den 20. Januar 1933.

A/136

3 Durchschläge

Im Anschluß an Bericht A/70 vom 11. Januar 1933.

Auswärtiges Amt
IV Ru 377
Eing. 27 JAN 1933

Vertraulich.

Politischer Bericht.

Inhalt: Plenum des ZK und der ZKK der Partei vom 7. - 12. Januar 1933.

Tagesordnung. Enttäuschung trotz offizieller Zustimmungserklärungen. Peitsche statt Zuckerbrot. Rede Molotoffs. Einschränkung der industriellen Tempi nur in bezug auf Neuinvestierungen. Bescheidene Zielsetzung hinsichtlich der Ernteerträge. Ziele und Aufgaben der politischen Abteilungen in den Maschinentraktorenstationen und Sowchosen. Belagerungszustand in der Landwirtschaft. Zweite Rede Stalins: Sicherstellung des Einflusses der Parteiorgane auf die Kolchosen. Stalins Selbstvertrauen genährt durch den Umfall der Vertreter der Opposition.

Im Büro R. 27/4
28 JAN 1933

Das Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Partei wurde am 7. Januar 1933 durch die aus meinem Vorbericht bereits bekannte Rede Stalins eröffnet und nach Absolvierung der Tagesordnung am 12. Januar geschlossen. In dieser waren außer dem Bericht Stalins über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes Berichte von Molotoff und Kuibyscheff über den volkswirtschaftlichen Plan für 1933, ein Bericht Kaganowitschs über die Errichtung von politischen Abteilungen bei den Maschinentraktorenstationen und Sowjetgütern und ein Bericht Rudsutaks über innerparteiliche Fragen vorgesehen. Davon ist nachstehendes veröffentlicht

An das

Auswärtige Amt

Berlin

H118313

W. 1 Ru Gef

veröffentlicht worden: die Eröffnungsrede S t a l i n s (vgl. Bericht A/70 vom 11.I.33), die Reden von M o l o t o f f und K u i b y s c h e f f, drei umfangreiche Reuebekenntnisse von B u c h a r i n, R y k o f f und T o m s k i, sodann die zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung gefassten Resolutionen und schließlich eine Rede von S t a l i n „Über die Arbeit in Dorfe". Die Berichte K a g a n o w i t s c h s und R u d s u t a k s blieben der Öffentlichkeit vorenthalten, jedoch lassen sich aus den umfangreichen Resolutionen, die in Verbindung mit diesen Reden gefasst wurden, Schlüsse auf ihren Inhalt ziehen.

Alles in allem muß gesagt werden, daß die Enttäuschung, die die Rede S t a l i n s im Lande ausgelöst hatte, durch die nachfolgenden Veröffentlichungen nicht behoben, sondern vielleicht noch verstärkt wurde. Dies darf jedoch nicht etwa in dem Sinne verstanden werden, daß in den Ton der Presse oder in sonstigen Verlautbarungen Anzeichen hierfür vorhanden wären: im Gegenteil, der wohldisziplinierte Chor der Regierungs- und Parteizeitungen überbietet sich in begeisterten Zustimmungserklärungen und überschwenglichen Lobeshymnen über die Weisheit S t a l i n s, des „Führers der Partei <u>u n d</u> des Weltproletariats", wie er neuerdings mit Vorliebe genannt wird. Auch werden die örtlichen Parteiorgane dafür Sorge tragen, daß auf zahllosen Versammlungen Resolutionen „einstimmig gefasst" werden, die in wohlvorbereiteten Redewendungen restlose Zustimmung und ein flammendes Treuegelöbnis enthalten. Daneben wird aber ein an Leiden gewöhntes und zum Schweigen verurteiltes

H118314

verurteiltes Volk sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Grenzen seiner Entbehrungsfähigkeit vorderhand noch weiter gesteckt werden sollen; denn weder ist die angekündigte Einschränkung der Tempi des industriellen Aufbaues ausreichend, um Erleichterungen zu schaffen, noch dürfte die proklamierte „Politisierung" der Landwirtschaft ein geeignetes Mittel darstellen, um die Arbeitslust des Bauern zu heben oder den Boden höhere Erträge abzuringen. Statt des von weiten Schichten der Bevölkerung sehnsüchtig erwarteten „Zuckerbrots", ist es im wesentlichen die Peitsche, die von der Partei in ihren Entschließungen rücksichtslos, aber wie immer sehr zielbewusst angekündigt wird.

Die Bedeutung der Rede M o l o t o f f s, die der Kennzeichnung der Aufgaben des ersten Jahres des zweiten F ü n f j a h r e s p l a n e s gewidmet ist, sich aber streng auf das Jahr 1933 beschränkt und nichts über weitergehende Pläne verlauten lässt, liegt in der Feststellung, daß auf industriellen Gebiete im Jahre 1933 das Hauptaugenmerk nicht auf eine quantitative Steigerung der Produktion, sondern auf eine Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse und eine Erhöhung der Arbeitsintensität gerichtet werden soll. Zahlenmäßig soll dieser Beschluß der Partei zum Ausdruck bringen, daß sich die Gesamtsteigerung der Produktion im Jahre 1933 gegenüber dem Vorjahre auf 16,5 % beschränken soll. Diese Zahl ist nun zwar bedeutend geringer, als die 36 %, die im Plan für 1932 als Steigerungskoeffizient vorgesehen waren; berücksichtigt man jedoch, daß die tatsächliche Steigerung

H118315

der

der Produktion von 1931 auf 1932 nur 8,5 % betragen hat, so zeigt sich, daß die von M o l o t o f f angekündigte Einschränkung der Tempi sich nur auf Neuinvestierungen bezieht, daß aber der bestehende Produktionsapparat zu noch größeren Leistungen herangezogen werden soll, als sie im Vorjahre nur mit dem Aufgebot ungeheuerer Anstrengungen erreicht werden konnten. Die von M o l o t o f f angekündigten und in einer entsprechenden Entschließung festgelegten Zahlen zeigen ferner, daß die Partei nicht gewillt ist, ihrem bisherigen Grundsatz der Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der Leichtindustrie zugunsten einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung untreu zu werden: während die Steigerung der Produktion in der Schwerindustrie 22 % betragen soll, bleibt sie in der Leichtindustrie auf 10 % beschränkt.

Einen breiten Raum nimmt in der Rede M o l o t o f f s die Feststellung der schlechten Qualität der Industrieerzeugnisse und der unzureichenden Arbeitsintensität ein, Mängel, gegen die mit allen Mitteln, die des Zwanges nicht ausgeschlossen, angegangen werden soll. Dagegen fertigt er die brennendste Frage der Gegenwart, die materielle Lage der breiten Schichten der Bevölkerung, mit einigen nichtssagenden Bemerkungen und der fragwürdigen Behauptung ab, daß das „Fortschreiten" auf dem Wege der „Verbesserung" der Lebensbedingungen des Volkes sichergestellt sei.

In seinen Ausführungen über die Landwirtschaft erklärt M o l o t o f f , was zum Schluß des Plenums ebenfalls

H118316

falls in einer entsprechenden Resolution festgelegt wurde, daß das Augenmerk der Partei in diesem Jahre nicht auf ein Weitertreiben der Kollektivierung, sondern auf die organisatorische Festigung der bestehenden Kollektivwirtschaften, und nicht auf eine Erhöhung der Anbauflächen, sondern auf eine Hebung der Ertragsfähigkeit des Bodens gerichtet sein würde. Die anzustrebende Steigerung des Ertrages an Getreide bezeichnet er dabei mit 13 % gegenüber dem Vorjahre, eine Zahl, die in ihrer absoluten Zielsetzung mehr als bescheiden bezeichnet werden muß, da das Jahr 1932 bei einer Getreideanbaufläche von rund 100 Millionen Hektar einen Ernteertrag von nur etwa 70 Millionen Tonnen ergeben hat, was einen Durchschnitt von 7 Doppelzentner pro Hektar oder 3½ einfache Zentner für den preußischen Morgen entspricht.

Für die Bevölkerung der UdSSR ist somit auch aus M o l o t o f f s Rede keine Hoffnung auf eine baldige Besserung ihrer schweren Lebensbedingungen zu schöpfen, es sei denn, daß durch die von ihm angekündigten Zwangsmittel, wie die Einführung der Naturalsteuer auch für Getreide sowie die Beschränkung der freien Preisbildung auf den Kolchosmärkten, eine geringe Entspannung in der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter erreicht werden wird.

Eine erhebliche innerpolitische Bedeutung kommt der Rede K a g a n o w i t s c h s zu, soweit sie in einer Resolution ihren Niederschlag gefunden hat, die die Ziele und Aufgaben der politischen Abteilungen in den Maschinentraktorenstationen und Sowjetgütern behandelt. Die Resolution besagt,

HI18317

daß

daß von seiten sowjetfeindlicher Elemente gegen die erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft ein erbitterter Widerstand geleistet würde. Sie versteigt sich zu der Behauptung, daß sich diese Elemente, d.h. Kulaken, ehemalige zaristische Offiziere, frühere Geistliche und deren Söhne, Gutsverwalter u.a.m. sich in Gestalt von Rechnungsführern, Wirtschaftsleitern, Lagerverwaltern u.s.w. in die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter eingeschlichen hätten und diese durch Schädlings- und Sabotageakte zu zersetzen versuchten mit dem Ziele, eine Wiederkehr der kapitalistischen Herrschaft herbeizuführen. Diesen Bestrebungen gegenüber ließen es die zuständigen Parteiorganisationen an der erforderlichen Wachsamkeit fehlen, ja an vielen Orten wären sie sogar dem Einfluß der Schädlinge erlegen und hätten gemeinsame Sache mit ihnen gemacht. Um diesem Übelstand abzuhelfen, sei vom Zentralkomitee der Partei beschlossen worden, in allen Maschinentraktorenstationen und Sowjetgütern sogenannte „politische Abteilungen" zu errichten, die die Aufgabe hätten, die betreffenden landwirtschaftlichen Betriebe politisch zu durchsetzen und zu kontrollieren. In erster Linie würden die politischen Abteilungen streng darüber zu wachen haben, daß die Kollektivwirtschaften und deren Mitglieder sowie die Sowjetgüter ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staate voll und pünktlich erfüllten, daß öffentliches und staatliches Eigentum nicht „verschoben" würde und daß die Staatsinteressen nicht hinter die Eigeninteressen eines Sowjetgutes gestellt würden. Zu diesem Zwecke wird den politischen Abteilungen zur Pflicht gemacht, alle internen Angelegenheiten des

H118518

des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes zu beaufsichtigen und zu kontrollieren und um die Schaffung von sogenannten Parteiaktivs aus erprobten und zuverlässigen Parteimitgliedern bemüht zu sein.

Auf diese Weise wird dem verantwortlichen Direktor einer jeden Maschinentraktorenstation und eines jeden Sowjetgutes, dessen Rechte durch die Vorsitzenden des Betriebsrates und der Parteizelle, die mit ihm zusammen das sogenannte „Dreieck" bilden, schon genügend geschmälert sind, noch ein weiteres Organ in der Person des Leiters der politischen Abteilung zur Seite gestellt. Auch wenn es in der Resolution an anderer Stelle heisst, daß die Grundsätze der „Alleinleitung" bestehen bleiben und die Leiter der politischen Abteilungen nicht dazu berufen sind, den Direktor in seinen administrativ-wirtschaftlichen Befugnissen zu ersetzen, so besteht doch kein Zweifel, daß die Neuregelung eine weitere Komplizierung und Bürokratisierung des landwirtschaftlichen Apparates mit allen hieraus resultierenden Folgen haben muß. Es heisst ferner in der Resolution, daß die Leiter der politischen Abteilungen gleichzeitig die „politischen" Stellvertreter des Direktors des betreffenden Betriebes sein müssten, woraus sich in Verbindung mit den Vorhergesagten über das ihnen zustehende Recht der Einmischung in alle internen Angelegenheiten ergibt, daß die Partei darauf ausgeht, den unmittelbaren und entscheidenden Einfluß auf alle Vorgänge in den landwirtschaftlichen Betrieben an sich zu reissen, einen Einfluß, der ihr offenbar mittels der in jeden Betrieb bestehenden Parteizelle noch nicht ausreichend gewährleistet

H118319

gewährleistet scheint. Daß den so ist, beweisen die gleichzeitig erlassenen Statuten, die besagen, daß die Leiter der zu gründenden politischen Abteilungen vom Zentralkomitee der Partei ernannt und abgesetzt werden und daß bei den Volkskommissariaten für Landwirtschaft und für Sowjetgüter politische Verwaltungen errichtet werden sollen, deren Leiter als stellvertretende Volkskommissare fungieren, jedoch neben den Volkskommissar auch dem Zentralkomitee der Partei unterstellt werden.

Mittels der in den Maschinentraktorenstationen gebildeten politischen Abteilungen wird gleichzeitig der unmittelbare Einfluß der Partei auch auf die Kollektivwirtschaften sichergestellt, da von diesen gegenwärtig bereits mehr als die Hälfte an die Maschinentraktorenstationen angeschlossen ist. Für die Kollektivwirtschaften sind aber die Maschinentraktorenstationen gewissermaßen Dachorganisationen, die Befehlsgewalt über alle inneren Vorgänge in den Kolchosen ausüben.

Die Situation, die durch die Errichtung der politischen Abteilungen in den landwirtschaftlichen Betrieben geschaffen wird, kann vielleicht dahin gekennzeichnet werden, daß es auf die Verhängung einer Art von Belagerungszustand von Parteiwegen über die Landwirtschaft hinausläuft. Die Lage wird in dieser Richtung durch die Einführung des Systems der Naturalabgaben, das neuerdings auch auf Getreide ausgedehnt worden ist, noch unterstrichen.

Einen weiteren Beweis dafür, wie groß auf S t a l i n s

H118320

l i n s Wunsch der unmittelbare und entscheidende Einfluß der Partei auf die gesamte Landwirtschaft werden soll, liefert seine kurz vor Schluß des Plenums gehaltene Rede „über die Arbeit im Dorfe". Darin führt er alle Mängel der gegenwärtigen Lage in der Landwirtschaft auf die unzureichende Einflußnahme der Parteiorgane auf die landwirtschaftlichen Vorgänge und auf ihr Unvermögen zurück, diese in richtigen Lichte zu sehen. Nach Stalin ist es Schuld der Kommunisten, daß die Getreidebereitstellungen nicht das erforderliche Ergebnis gezeitigt haben, weil sie die schädlichen Seiten des Kolchoshandels, der den Bauern zu einer Zurückhaltung seines Getreides verleite, nicht rechtzeitig erkannt und - statt zu Anfang der Getreidebereitstellungsperiode mit allen Mitteln auf die Erfüllung des Planes zu dringen - sich auf eine selbsttätige Abwickelung der Vorgänge verlassen hätten. Ferner hätten die Kommunisten das politische Gesicht der Kollektivwirtschaften überschätzt und dabei völlig übersehen, daß die Form noch keine Gewähr für den Inhalt biete: nur so wäre es möglich gewesen, daß viele Kollektivwirtschaften, statt Musterbeispiele für die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsordnung abzugeben, zu Unterschlupfen für konterrevolutionäres Gesindel werden konnten. Dies wäre nicht passiert, wenn die Angehörigen der Partei die Situation richtig erkannt und die Führung der Kollektivwirtschaften fest in die Hand genommen hätten. Dies sei jetzt das dringendste Gebot der Stunde.

Die Form, in die S t a l i n seine Gedanken gekleidet

BERLIN

H118321

gekleidet hat, bildet nur das Mittel zum Zweck, um dem Lande umso deutlicher zu verstehen zu geben, daß er weit davon entfernt ist, den Bauern das ersehnte „Zuckerbrot" zu reichen. Nicht in der Befreiung des russischen Bauern von den staatlichen Fesseln, die seinen Arbeitswillen erstickten, nein, in der verstärkten Zwang, der auf die Bauernschaft ausgeübt werden soll, sieht S t a l i n den Weg, der das Land aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herausführen soll. Um in der gegenwärtigen Wirtschaftslage diesen Weg des Zwanges zu beschreiten, dazu bedarf es seitens der Parteileitung einer Übersteigerung des Selbstvertrauens, die ihren Träger auch über unüberwindlich scheinende Hindernisse hinwegsehen lässt. Genährt wird dieses Selbstvertrauen nicht zuletzt durch die geradezu schrankenlose Machtfülle, über die S t a l i n zur Zeit innerhalb der Partei verfügt. Das pater peccavi des temperamentvollen B u c h a r i n , der vor versammelten Plenum ein umfassendes Geständnis seiner früheren Fehler ablegte und sich vorbehaltlos zur „Generallinie" bekannte, das würdelose Gestammel eines Mannes wie R y k o f f , der zu den ersten Begründern des Sowjetstaates gehörte und sich heute vom Führer wie ein Schuljunge schurigeln lässt, das auf den gleichen Ton gestimmte Eingeständnis T o m s k i s seiner eigenen Unzulänglichkeit und schließlich die Möglichkeit, verdiente Parteimitglieder wie E i s n o n t und T o l m a t s c h e f f aus der Partei zu jagen und S m i r n o f f

n o f f aus dem Zentralkomitee auszuschließen - alles dies muß das Selbstvertrauen S t a l i n s immer von neuem stärken und ihn in den Glauben wiegen, daß sein Weg der allein richtige ist.

Wirksen

*

Die Notlage in der Ukraine.

Weiterer Bericht eines besonderen Vertrauensmannes aus

Charkow

(Ukraine)

vom 18. Mai 1933.

Für die Notlage auf dem Lande ist die stärker einsetzende Abwanderung der reichsdeutschen Bauern bezeichnend. Seit dem 1.Mai 1933 sind über 200 Personen in Charkow eingetroffen, im deutschen Generalkonsulat tagelang untergebracht, verpflegt und weiterbefördert worden. Mit weiteren größeren Gruppen ist zu rechnen. Das reichsdeutsche Element in der Ukraine erfährt also fortgesetzt eine große Schwächung, manche Dörfer zählen überhaupt keine Reichsangehörigen mehr. Die Anerkennung der Reichszugehörigkeit wird mehr und mehr die einzige Möglichkeit, das Leben zu retten. Auch die deutschen Fachleute in Charkow und im Industriegebiet kehren zumeist in die Heimat zurück.

Die Berichte der Bauern aus ihren Bezirken sind in ihren Einzelheiten erschütternd und werden durch ihren körperlichen Zustand bestätigt. Die Rückwanderer können, falls es erwünscht sein sollte, im Flüchtlingslager in Schneidemühl eingehend vernommen werden. Sie stimmen darin überein, daß die Hungersnot immer größeren Umfang annimmt und bereits die der Jahre 1921/22 übertrifft. Gesundheitsschädliche Ersatzstoffe, krepiertes Vieh dienen

als

als Nahrung; immer wieder hört man als verbürgte Tats
daß Menschenfleisch gegessen wird. In manchen Dörfern
es kein Vieh mehr, nicht einmal Geflügel, Katzen und H
de. Reihen von Häusern stehen leer, ganze Familien si
ausgestorben. Es werden kaum mehr die Toten beerdigt.
Bevölkerung ist zur Arbeit zu schwach, die Frühjahrss
ist in manchen Bezirken noch nicht zur Hälfte durchge-
führt. Oft kann nur der zehnte Teil des Arbeitspensums
geleistet werden, dem dann die kärgliche Entlohnung en
spricht. Bei der schlechten und unzureichenden Bearbei-
tung und dem Mangel an Saatgut sind die Aussichten für
die nächste Ernte trostlos, auch wenn bei der bisherig
günstigen Witterung die Wintersaat gut stehen soll. Es
wird bezweifelt, ob im Herbst in manchen Bezirken noch
genügend arbeitsfähige Menschen vorhanden sein werden,
die Ernte hereinzubringen. Den Bauern werden bereits
jetzt die Getreidebeschaffungspläne mitgeteilt und ihn
eröffnet, wieviel Getreide und sonstige Früchte sie v
der diesjährigen Ernte abzuliefern haben. Von einer
Hilfsaktion der Behörden, wenigstens die am meisten be-
drohten Teile der Bevölkerung zu ernähren, verlautet
nichts.

Der bekannte ukrainische Schriftsteller
CHVYLJEVOI, der u.a. verschiedene Artikel aus dem Leb
der Kollektive geschrieben hat, und der aus Galizien
stammende Schriftsteller HIRNJAK (KYVELJUK) waren auf

das

das Land geschickt und haben der Ukraine-Regierung und dem Parteikomitee über die ernste Lage der hungernden Landbevölkerung Bericht erstattet, sie haben jedoch anscheinend keinerlei Verständnis für die große Not gefunden. V o r e i n i g e n T a g e n h a b e n b e i d e S e l b s t m o r d b e g a n g e n. In einer deutschen Kolonie hat sich der Leiter der politischen Abteilung aus dem gleichen Grunde e r s c h o s s e n.

Auch in der Stadt wird die Hungersnot immer mehr sichtbar, obwohl die Behörden sich bemühen, den Zuzug vom Lande nach Möglichkeit fernzuhalten. Überall sind Hungerkranke zu sehen, viele sterben auf der Straße; die Behörden scheinen höchstens für die Kinder eine gewisse Fürsorge zu übernehmen, doch sind diese nicht mehr unterzubringen. In manchen Sammelstellen soll der Abgang an Toten dem Zugang entsprechen. Banden von jungen Leuten terrorisieren die Bevölkerung, indem sie auf dem Markte und in der Straßenbahn in frechster Weise stehlen, Ohrringe abreissen, Verletzungen und Vergiftungen beibringen, ohne daß die Umstehenden oder die Polizei einzuschreiten wagen, weil sie die Rache dieser Banditen fürchten.

Was die Ernährungsplage, allgemeine Stimmung der Bevölkerung und Versagen des Regierungsapparates anlangt, haben die letzten fünf Jahre nie einen solchen Tiefstand gezeigt wie er in diesen letzten Monaten erreicht ist. Ein großer Teil des Volkes sieht den s i c h e r e n U n t e r-

t e r g a n g vor Augen, wenn nicht irgendeine Hilfe kommt.

Doppel für P

pr IV Rü 2755

Bericht

über die Hungersnot in der Westukraine eines an besonderer Stelle stehenden Vertrauensmannes aus Kiew vom 26. Mai 1933.

Die Hungersnot in der Westukraine hat sich in den letzten Wochen weiter in einem Ausmaße verschärft, das die landläufigen Vorstellungen von derartigen Katastrophen weit übertrifft. Persönlich erlebe ich es fast bei jedem Ausgang in die Stadt, daß Menschen vor Hunger zusammenbrechen und auf der Straße liegen bleiben, ohne daß die daran gewöhnte Bevölkerung viel Aufsehen davon macht. Charakteristisch für die Lage ist eine mir zugegangene vertrauenswürdige Nachricht, daß allein im hiesigen Frauengefängnis 140 Insassinnen wegen bewiesener oder vermuteter Verzehrung von Menschenfleisch inhaftiert sind.

Inzwischen hat die Hungersnot in vollem Umfange auch die Reichsdeutschen des Bezirks und zwar besonders auf dem Lande, erfaßt. Das deutsche Konsulat erhält täglich zahlreiche Unterstützungsgesuche von Reichsangehörigen, die einen einzigen Notschrei um Hilfe zur Errettung vor dem nackten Hungertode darstellen. Man mag vielleicht auf den ersten Blick geneigt sein, die Schilderungen von den Hungerschwellungen, an denen die Familienmitglieder - Erwachsene wie Kinder - darniederliegen für übertrieben zu halten; - man begegnet anfangs auch vielleicht den schriftlichen Berichten über

Art

Preis 2

Art und Zustand der „Nahrungsmittel", die diese unglücklichen Menschen zu sich nehmen müssen, um das ... noch etwas hinauszuschieben, mit einiger Skepsis. - Durch den Augenschein bei den persönlichen Besuchen durch die erschütternden Eindrücke von den mündlichen Unterhaltungen wird man aber bald eines besseren belehrt. Unsere Landsleute sehen so elend-verhungert aus, ... Äußerungen zeugen von einer solchen Verzweiflung, daß ihnen auch ohne die mitgebrachten „Brotproben" zu glauben ist, wie sie sich ihre Nahrung ... gemahlenen Eicheln, aus Getreidespreu und anderen Getreideabfällen, aus Kartoffeln, die auf den Feldern nachlesen, Futterrüben, Brennesseln und Bauernzusammensuchen müssen. Manche reichsdeutschen Bauern haben noch eine Kuh und haben daher vielleicht noch etwas Milch. Das meiste müssen sie aber abliefern und oft droht ihnen außerdem die Beschlagnahme der Kuh für alte Steuerschulden und dgl.

Mehl und Fleisch haben unsere Landsleute auf den Dörfern - ebenso wie ihre russischen Leidensgenossen in ihrer großen Mehrheit seit Monaten nicht mehr gesehen. Es sind einzelne besonders „Reiche", die sich hin und wieder dieser Kostbarkeiten erfreuen können.

Daß unter diesen Umständen die reichsdeutschen Bauern fast ausnahmslos nur den einen Wunsch haben, nach Deutschland überzusiedeln, um sich dort - gleichgültig wie - eine neue Existenz zu gründen, ist nur verständlich. Bis zur Erreichung dieses Zieles ver...

aber stets gerauue zeit, die - wenn die Reichsangehörigkeit von der Sowjetregierung nicht überhaupt bestritten wird -, hauptsächlich durch das langwierige administrative Verfahren bei der Entlassung ihrer Ehefrauen und Kinder aus der Sowjetstaatsangehörigkeit beansprucht wird. Viele dieser Bauern sind einfach nicht in der Lage, sich während dieser Monate über Wasser zu halten, wenn ihnen nicht von außen Hilfe zuteil wird. Die Unterstützungen von Verwandten in Deutschland fließen, angesichts der eigenen Not spärlich, kommen auch, - wie Beispiele lehren - oft zu spät, um die Verhungernden zu erretten. Es muß angesichts ihrer katastrophalen Lage in zahlreichen Fällen sofort geholfen werden, wenn Hilfe überhaupt noch einen Zweck haben soll.

2809

Deutsche Gesandtschaft

Nr. A - 675.

Auswärtiges Amt
IV Ru 2809
Eing. 21. JUNI 1933
Durchschl.
1 Anl.

Riga, den 15. Juni 1933.

Inhalt: Zustände in Sowjetrussland

1 Anlage.

Ganz geheim!

Aus bekannter Quelle ist mir heute der anliegende, gestern hier eingegangene Bericht des Lettischen Gesandten in Moskau zugegangen.

St. S.

St. S.
21 JUN 1933

Moskau
Warschau

An das

Auswärtige Amt

Berlin.

H118522

Eg/ T/v. St. Br. Wi / Ru Gef.

Anlage zum Bericht vom 15.6.33 - A 675 -

Der Italienische Geschäftsträger (?) in Moskau, Atoliko, kehrte soeben von einer Reise durch den Kaukasus zurück, wo er in Batum die italienische Marine erwartete. Er erzählt folgendes:

"Auf dem Wege habe er die schrecklichsten und fürchterlichsten Hungerszenen gesehen, Gruppen von verhungerten Menschen bestürmen die Züge und bitten um ein Stückchen Brot. Auf allen Stationen ist die GPU-Abteilung verstärkt; diese ist beauftragt, die Bahnstationen von den hungernden Massen zu reinigen.

Im Nordkaukasus, wie auch in der Ukraine ist kein Brot und keinerlei Viehfutter vorhanden. Die Zuckerrübenkultur bricht vollständig zusammen, weil der Landarbeiter aus Hunger derartig geschwächt ist, dass er nicht mehr arbeiten kann. Die Todesfälle auf dem Lande nehmen fürchterliche Dimensionen an, und es sind keine Menschen mehr vorhanden, die die Leichen beerdigen können.

In einem Dorfe sterben täglich 30-40 Menschen an Hunger. Man findet Leichen, bei denen die Weichteile ausgeschnitten sind, und diese werden als Nahrung gebraucht.

Leichen von gestorbenen Kindern findet man nicht; wie die Bauern selbst gestehen, wird das Fleisch der Kinderleichen gekocht und gegessen. Nur die rote Armee und die Fabrikarbeiter werden noch "einigermassen" mit Nahrung versorgt, aber die tägliche Ration ist auch hier sehr stark verkleinert. Dieselben Nachrichten kommen auch aus Pensa und anderen früheren reichen Distrikten des "Schwarzen-Erde-Gebiets".

Pferde werden alle geschlachtet und aufgegessen. Hunde und andere Haustiere sieht man überhaupt nicht mehr."

Der Lettische Gesandte in Moskau ergänzt diesen Bericht wie folgt:

In Moskau sieht man derartige Szenen noch nicht. Offene Hungerunruhen hat man noch nicht konstatiert, weil diese sofort im Keime erstickt werden. In allen Gebieten, wo die Kolchosen und die Sowchosen bestehen, sind spezielle politische Abteilungen eingerichtet, die weitgehendste Vollmachten besitzen (d.h. einfach = abschiessen).

H118323

De facto besteht überall "die rote Sklavenzeit"; die grossen Herren, wie Stalin, Kalinin, Kaganowitsch etc. fahren jetzt viel hinaus und halten Meetings ab, versprechen alles, nur das Beste ....

In den Fabriken und Bergwerken wird mit aller Energie verhindert, dass der Arbeiter von einer Stelle zur andern zieht,

IVRm 2779

und der Arbeiter ist jetzt so gebunden, dass er drei Jahre auf seiner Arbeitsstelle zu bleiben hat. Der Arbeiter aber versucht nicht wegzugehen, um eine andere Arbeitsstelle zu finden, sondern einzig undallein dahin zu gehen, wo er hofft, etwas Lebensmittel zu finden, um sein Leben zu erhalten.

Charakteristisch sei folgendes:

Der Garten der Gesandtschaft soll etwas in Ordnung gebracht werden. Dazu werden die sogenannten grünen Trustarbeiter verwandt; diese gelten als Schwerarbeiter, und sie erhalten pro Tag 3 Tscherwonzrubel. Brot erhalten sie täglich auf Karten 2 Kilo à 40 Kopeken Mittagessen in spezieller Küche zu 1 Rbl.20 Kop., sodass für das Essen am Tage schon 2 Tscherwonzrubel draufgehen. Ein Rubel verbleibt für Wohnung, Kleidung und Familie. Die Arbeiter leben hier in Moskau tatsächlich in Halbhunger und sie sind derartig kraftlos, für schwerere Arbeit, dass wir unsere Gartenarbeiter erst füttern mussten, um mit dem Gartenaufbau überhaupt fertig zu werden.

H118324

kau, den 29. August 1933. Tgb. A/1780.

as

A.A.

rschschläge.

lt: Die Sowjetpresse zum Besuche
Herriot's.

Die gesamte Sowjetpresse brachte eingehende Nachrichten über die Ankunft H e r r i o t ' s und seiner Begleiter in Odessa sowie über den bisherigen Verlauf seiner Reise durch die Sowjetunion. Am 27. veröffentlichten fast sämtliche Zeitungen einen kurzen Lebenslauf Herriot's, in dem vor allem sein lebhaftes Interesse für die Sowjetunion und seine Bemühungen, die sowjetisch-französischen Beziehungen auszubauen, besonders hervorgehoben werden. Die ‚Iswestija' vom gleichen Datum begrüßen Herriot als einen Freund der Sowjetunion und rühmen ihn als einen weitblickenden Staatsmann, der die Bedeutung der Sowjetunion bereits frühzeitig erkannt habe.

In Odessa wurde H e r r i o t vom stellvertretenden Leiter der Westlichen Abteilung des NARKOMINDEL, H e l f a n d, im Namen des Außenkommissariats und der Sowjetregierung willkommen geheißen. Dem Empfange wohnten die örtlichen Behörden Odessas bei. Der französische Botschafter traf im Laufe des Vormittags in Odessa ein.

Während

Während seines Aufenthalts in Odessa besichtigte Herriot einige Kolchosen, ~~die~~ eine MTS-Station und die Brotfabrik Stalin. Abends gab der Vorsitzende des Gebietsvollzugsausschusses ein Essen zu Ehren der französischen Gäste. In Odessa hielt Herriot eine kurze Radio-Ansprache, in der er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß die Zukunft der Völker der Sowjetunion eine glänzende Entwicklung nehmen werde.

Um 10 Uhr abends erfolgte die Abfahrt der Gäste nach Kiew im Salonwagen. In Kiew besuchte Herriot die All-Ukrainische Akademie der Wissenschaften, die Sophien-Kathedrale und das Lawra ~~Religionsgeschichtliche Museum.~~

Nachmittags fand eine Dampferfahrt auf dem Dnepr statt. In einem Presseinterview erklärte Herriot, daß auf ihn die erzieherische Arbeit in der Bauernschaft großen Eindruck gemacht habe. Er, als Demokrat, sei überrascht gewesen, über welche Autorität die Arbeiter in den örtlichen Sowjet-Behörden verfügten.

Am 28. traf H e r r i o t in Charkow ein und besichtigte dort die Arbeiterkommune Dsershinski, das Literaturmuseum und die Traktorenfabrik. Abends gab der Vorsitzende des Ukrainischen Rates der Volkskommissare T s c h u b a r j ein Esssen. Im Verlaufe des Abends unterhielt sich Herriot eingehend über die Kollektivierung der Landwirtschaft und äußerte sich dahin, daß weder die Reform von 1861 noch die Stolypin'sche Reform der Bauernschaft wirk-

liche

Erleichterung gebracht hätten. Das Agrarproblem hätte erst nach der Oktoberrevolution praktisch gelöst werden können. - Abends erfolgte die Abfahrt der französischen Gäste zum Dneproges. Der Sonderberichterstatter der ‚Isvestija' betonte, daß das gute Aussehen der Straßen Odessas und Kievs auf die Gäste einen besonders starken Eindruck gemacht hätten. Einer der Gäste hätte erklärt, er könne nur wünschen, daß viele Provinzstädte Frankreichs einen ebenso sauberen Eindruck machten.

Ebenso beeindruckt seien die französischen Gäste von der reichen Ernte gewesen. Im Gegensatz zu den in Frankreich erschienenen Schilderungen über den Verfall der Sowjetstädte und die Notlage der Sowjetbauern hätten die Gäste sich überzeugen können, daß die französische Öffentlichkeit über die Lage in der Sowjetunion und besonders der Ukraine irregeführt worden sei.

In allen Berichten wurde erwähnt, daß H e r r i o t von der Bevölkerung durch Beifallskundgebungen begrüßt worden sei. Die französischen Gäste hätten Gelegenheit gehabt, sich eingehend mit Bauern, Arbeitern und Ingenieuren zu unterhalten.

utsches Konsulat
Odessa.

Odessa, den 31. August 1933.

Po 1

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 4. SEP. 1933
Tgb. Nr. A 1852
Anl:

ifft: Herriot in Odessa.

Am 26.8. traf Herr Herriot morgens mit dem Sowjetdampfer Tschitscherin von Konstantinopel her in Odessa ein und reiste am Abend desselben Tage nach Kiew weiter. Aus Moskau waren aus diesem Anlass der Leiter der Westabteilung des Aussenkommissariats Helfand und der französische Botschafter nach Odessa gekommen. Stadt, Bahnhof und Hotel waren in der bei prominenten Besuch üblichen Weise gesäubert und hergerichtet. Bei seinem Aufenthalt in Odessa besichtigte Herr Herriot ein Kolchos und eine Brotfabrik. Das Kolchos war vorher von G.P.U. und Miliz entsprechend präpariert, auch mit Kleidung und Nahrungsmitteln ausgestattet worden. In seinen Ansprachen, soweit sie durch die Presse wiedergegeben wurden, sprach Herriot wiederholt den Wunsch und die Erwartung aus, dass sein Besuch in der Sowjetunion der Sache des Friedens und beiden Ländern von Nutzen sein möge.

Außer der Berichterstattung über die Einzelheiten des Besuchs und einer Biographie publizierte die

n die

Deutsche Botschaft

Odessaer

Botschaft.

rschläge für das Auswärtige Amt Berlin)

A 3 Frankreich

Odessaer Tschornomorska Komuna in ihrer Nummer v
26.8. einen Begrüßungsartikel. Der Artikel geht
davon aus, dass Herriot bereits bei seiner erste
Reise nach der Sowjetunion im Jahre 1922 sich m
Erfolg um die Annäherung zwischen Frankreich und
der Sowjetunion bemüht habe und spricht die Geb
zeugung aus, dass seine neuerliche Reise in dem
gleichen Sinne wirken werde. Mit Befriedigung w
die Besserung der Beziehungen zwischen Frankrei
und der Sowjetunion „ auf dem Hintergrund der a
gemeinen Stärkung der internationalen Stellung
Sowjetunion " festgestellt, und der Erwartung A
druck gegeben, dass der „ hervorragende französ
Staatsmann " sich mit den Erfolgen des sozial
schen Aufbaus in der Sowjetunion als Folge der
lung des Fünfjahrplans bekannt machen werde.

Roth

bes Konsulat
II.5.

Kiew, den 31.August 1933.

1/aa

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 6. [illegible] 1933
Tgb. Nr. A 1851
2 Anl.

lt: Besuch des ehemaligen
zösischen Ministerpräsi-
en Herriot in Kiew.

2 Anlagen.
1 Durchdruck.

Auf ihrer Reise von Odessa nach Charkow haben sich am Sonntag den 27.d.Mts. der ehemalige französische Ministerpräsident Herriot sowie der französische Botschafter in Moskau mit verschiedenen Herren ihrer Begleitung einen Tag in Kiew aufgehalten. Nach den Presseveröffentlichungen trug dieser Besuch einen ausserordentlich herzlichen Charakter. Den französischen Gästen wurden die Lawra, die Sophienkathedrale, die Ukrainische Akademie der Wissenschaften sowie ein in der Nähe der Stadt gelegenes Sowchosgut gezeigt. Ausserdem hatten sie Gelegenheit zu einer Dampferfahrt auf dem Dnjepr und waren sowohl zum Frühstück als auch zum Abendessen Gäste der Sowjetbehörden in der Wohnung des Agenten des Aussenkommissariats.

Herr Herriot hat sich über seine bisherigen russischen Reiseeindrücke in einem Interview mit dem Vertreter der Kiewer "Proletarskaja Prawda" geäussert, das anliegend in Uebersetzung ergebenst beigefügt wird.

Ausser diesen offiziellen Mitteilungen habe ich

die Deutsche Botschaft
Moskau.

A 3 Frankreich

ich über die Anwesenheit der französischen Herren in Kiew aus privaten Quellen (ich selbst befand mich auf einer Dienstreise) -u.a. auch von meinem polnischen Kollegen-noch folgende Informationen erhalten:

Nach dem Muster des Fürsten Potjemkin haben die hiesigen Behörden alles daran gesetzt,um Herrn Heriot und seinen Begleitern möglichst günstige Eindrücke von Kiew zu vermitteln. Zum Beispiel waren die Dworniks in den Strassen,die von den Gästen passiert werden mussten,angewiesen,in weissen Schürzen vor den Haustoren zu stehen.Wo solche Schürzen nicht mehr vorhanden waren,mussten dafür Arztkittel herhalten (z.B.in dem Hause,in dem zwei Mitarbeiter des Konsulats wohnen).In auffälliger Weise wurde gerade in diesen Strassen Brot spazieren getragen.Eine Generalprobe mit Dworniks,Brottragen und polizeilichen Absperrungen hat bereits am Tage vorher stattgefunden.Es waren auch Massnahmen getroffen,um die jetzt wieder stärker sichtbaren Elendsgestalten und Besprisornis von den Strassen verschwinden zu lassen. Während der Generalprobe schien das auch geglückt zu sein.Am Besuchstage selbst störte Herr Heriot aber selbst das Programm,indem er es vorzog,den etwa 5 Minuten langen Weg von seinem Hotel zu der Wohnung des Agenten des Aussenkommissariats zu Fuss zurückzulegen.Die zu den Absperrungsmassnahmen kommandierten

starken

starken Milizkräfte,die neue weisse Uniformen trugen,konnten es dabei nicht verhindern,dass im entscheidenden Moment eine Anzahl der in sicherem Gewahrsam geglaubten Bespriscrnis auftrat und die Franzosen anbettelte.Herr Herriot verteilte darauf Geld und Zigaretten.

Auch auf dem Sowchosgut ist der Besuch sehr sorgfältig vorbereitet worden.Auf die Frage nach den täglichen Brotrationen erhielten die französischen Gäste von den Sowchosbauern die Antwort: pro Kopf 9 Pfund (etwa der 10.Teil dürfte richtig sein).

In der Akademie der Wissenschaften hatte man die Angestellten,die intellektuellen Kreisen angehören und in der Regel Fremdsprachen beherrschen,für den Besuchstag zwangsweise beurlaubt.Es blieben nur einige zur Führung bestimmte Professoren zurück.

Inzwischen ist das Festtagskleid von Kiew verschwunden.Die Dworniks tragen wieder ihre zerlumpten Kleider und die Bespriscrnis treten erneut in so grosser Anzahl,wie selten bisher,auf.

Weder dem polnischen noch diesem Konsulat war eine Mitteilung über das Programm,ja überhaupt über die Herkunft Herriot' gemacht worden.Auch zu den gesellschaftlichen Veranstaltungen waren Einladungen an die konsularischen Vertretungen nicht ergangen, was im übrigen von meinem polnischen Kollegen sehr übel genommen worden ist.

Das

Das Publikum brachte dem Besuch lebhaftes Interesse entgegen und hatte sich zu Tausenden an den Strassen gesammelt. Die hiesige Presse hat über den hiesigen Aufenthalt sehr eingehend und mit besonders freundlichen Worten berichtet. Es fällt daher um so mehr auf, dass in der gleichen Nummer der "Proletarska Prawda" vom 28. August, die den französischen Besuch feierte, wieder einmal eine gehässige Karikatur gegen Deutschland veröffentlicht wurde, die ich mich in der Anlage einzusenden beehre. Ich werde -wie auch bei ähnlichen früheren Fällen- den Agenten des Aussenkommissariats persönlich darauf aufmerksam machen.

Abschrift für das Auswärtige Amt wird ergebenst beigefügt.

Krebs

Anlage 1 zum Bericht II.5.vom 31.8.33

Uebersetzung aus dem Ukrainischen.

Gespräch mit Herrn Eduard Herriot.

In einem Gespräch mit dem Mitarbeiter der "Proletarska Prawda" beantwortete Herr Herriot die Fragen über seine ersten Eindrücke bei der Ankunft in der U.d.S.S.R. sowie über den Besuch der Städte Kiew und Odessa wie folgt:

Am 26.morgens traf ich in Odessa ein,nachdem ich eine herrliche Fahrt auf dem Sowjetdampfer "Tschitscherin" hatte. In der zweiten Hälfte des Tages besichtigten wir zusammen mit den Vertretern des Odessaer Gebiets-Vollzugsausschusses und des Stadtrats das Staatsgut im Dorfe Beljajewka,das 2500 ha Land umfasst.Das Staatsgut sät Weizen,Mais;gleichzeitig beschäftigt es sich mit Weinbau.

Das Staatsgut hat mich sehr interessiert.Das grösste Interesse erweckte bei mir die starke Verwendung der landwirtschaftlichen Maschinen und die Höhe der wissenschaftlichen Organisation aller landwirtschaftlicher Arbeiten.Ich überzeugte mich davon,dass die Kolchosarbeiter zu privater Benutzung Vieh sowie Gemüse-und Obstgärten unterhalten dürfen. Nachhaltigen Eindruck machte auf mich die erzieherische Arbeit,die innerhalb der Dorfbevölkerung durchgeführt wird.Im Zusammenhang damit habe ich den Wunsch,die Volksaufklärung in der U.d.S.S.R. genau kennenzulernen.

Ich besuchte ferner die Odessaer Brotfabrik,wo ich mit den Arbeitern sprach.Die Bevölkerung empfing mich überall freundlich,sogar Kinder,die mich sehr ergriffen.Ich hatte

die

zu St. 1851/33

die Möglichkeit,unmittelbar mit dem Volke in Berührung zu kommen,mit Männern,Frauen und Kindern zu sprechen.Für diese Kinder sind wir verpflichtet zu arbeiten,damit sie nicht so leiden,wie wir zu leiden hatten.

In Odessa wie in Kiew setzte mich die Autorität in Erstaunen,die diejenigen Arbeiter geniessen,die die örtlichen Organisationen der Sowjetregierung leiten.Ich schätze dies umsomehr,als ich selbst Demokrat bin.

Für jeden,der einigermassen die Geschichte gelernt hat, ist Kiew die Stadt der alten Denkmäler,eine Stadt,die viel durchgemacht hat.Kiew war seit dem Mittelalter und in späteren Zeiten ein grosses Kulturzentrum.Ich war sehr überrascht, wie Ihr es versteht,die Ehrung des sozialistischen Geistes mit der Ehrung des ukrainischen nationalen Gefühls zu vereinigen.

Vor 11 Jahren schrieb ich ein Buch über Russland,in dem ich auf die zukünftige Entwicklung des Sowjetstaates hinwies.Es wäre überflüssig,Ihnen zu sagen,dass man mir damals nicht glaubte.

tsche Botschaft. Moskau, den 12. September 1933.

A / 1925.

t: Besuch Herriot's in der
Sowjetunion.

chsohläge.

ge dreifach.

1219

In der Anlage wird in Anschluß an die Berichte v. 22. August ds.Js. A / 1736, vom 29.8. A / 1718 und vom 5. Sept. A / 1840 eine Notiz des Attaché von Herwarth über den Aufenthalt H e r r i o t ' s in Moskau vorgelegt.

gez. von Twardowski

An

Auswärtige Amt.

B e r l i n.

A 3 Frankreich

...u, den 12. Sept. 1933.

...s

A.A.

...phschläge.

...lt: Besuch Herriots in der S.U.

Hoty.

Während seines Moskauer Aufenthalts erledigte H e r r i o t folgendes Besichtigungsprogramm:

Am 5. September besuchte er das Marx-Engels-Lenin-Institut, und das Haus der Roten Armee;

am 6. Sept. die Filmgesellschaft Sojuskino, das Oktober-Lager der Roten Armee und die Fabrikküche Nr.1;

am 7. Sept. das Exportmuseum der Sowjethandelskammer und das Museum der Westlichen Kunst;

am 8. Sept. den Kreml;

am 9. Sept. das Elektrizitätswerk MOGES und die Kugellagerfabrik Kaganowitsch.

Fast an jedem Abend wohnte H e r r i o t mehrte einer Theatervorstellung bei. Im großen Theater sah er das Ballett „Flamme von Paris", das Szenen aus der französischen Revolution darstellt und eine willkommene Gelegenheit bot durch reiche Verwendung der Trikolore/ den französischen republikanischen Empfindungen entgegenzukommen. Eine ähnliche Wirkung sollten die bei den Massenszenen herumgefahrenen Transparente mit der patriotischen Aufschrift „La patrie est en danger" auslösen.

Unter den weiteren gesellschaftlichen Veranstaltungen sind ein Frühstück bei Maxim Gorki und ein von der Redaktion der ‚Iswestija' gegebenes Essen zu erwähnen. Ferner gab der Vorsitzende des Moskauer Sowjets für Herriot als Maire von Lyon einen Empfang.

Nach Beendigung der Besichtigungen machte Herriot regelmäßig eine Eintragung in das Gästebuch, das üblicherweise an allen sowjetischen Kunststätten und industriellen Unternehmungen, die zum Besuch freigegeben sind, geführt wird. Am darauffolgenden Tage pflegten die ‚Iswestija' diese durchweg lobenden Äußerungen zu veröffentlichen.

So trug sich Herriot z.B. ins das Besuchsbuch einer Fabrikküche: „Ich kann mich überzeugen, daß das Essen vorzüglich ist. Wenn alles hier ebenso gut ist, so würde dieses Restaurant auch der Stadt Lyon würdig sein, die für ihre Feinschmecker bekannt ist." Ebenso überschwänglich äußerte sich Herriot auch in seinen Reden, so z.B. vor dem Moskauer Sowjet. ~~In seiner Ansprache~~ erklärte er, er wolle allen Bewohnern der Sowjetunion zu ihren großartigen Erfolgen gratulieren. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich werde er seinen Landsleuten über die geleistete Aufbauarbeit und den außerordentlich herzlichen Empfang in der Sowjetunion berichten. Die Seele des französischen Volkes sei gut und es würde bis in die tiefste Seele gerührt sein".

Am 9. Sept. abends reiste Herriot von Moskau nach Riga ab. Von der Grenzstation Bigossowo richtete er ein Danktelegramm an Litwinow, in dem er nochmals seinen Entzücken über die Herzlichkeit des Empfanges, die großartige Aufbauarbeit und die Friedensliebe der Sowjet-Union Ausdruck gab.

Am 5. September gab Maxim Gorki ein Frühstück zu Ehren Herriot's und seiner Reisebegleiter. Ferner veranstaltete die Redaktion der ‚Isvestija' einen Empfang für die französischen Gäste, an den alle prominenten Sowjetjournalisten teilnahmen. ~~Ausser~~ Außer den französischen Journalisten war nur der Vertreter der PAT, Berson, geladen.

Am 9.Sept. abends reiste Herriot von Moskau nach Riga ab. Von der Grenzstation Bigossowo richtete ~~Herriot~~ er ein Danktelegramm an Litwinow, in dem er nochmals seinen Entzücken über die Herzlichkeit des Empfanges, die großartige Aufbauarbeit und die Friedensliebe der Sowjetunion Ausdruck gab.

Die Sowjetunion kann den Besuch Herriots als einen großen Erfolg für sich buchen. Herriot und seine Begleiter haben die denkbar günstigtsne Eindrücke gewonnen und werden den auch nach ihrer Rückkehr nach Frankreich ~~ganz~~ ungute Kritik Ausdruck geben. Die begeisterten Äußerungen Herriots über all das, was er gesehen hat, dürften seiner inneren Überzeugung entsprechen und sind nicht etwa nur als die üblichen Höflichkeitsformeln zu bewerten. In Gesprächen wies Herriot vor allem auf die große Begeisterung der jungen Generation für das Sowjetsystem hin. In ähnlichem Sinne äußerte sich mir ~~gegenüber~~ auch einer der Begleiter Herriots, Marcel Ray, der bereits mehrmals und auch vor dem Kriege in Rußland gewesen ist. Seiner Meinung nach ist es dem

Sowjetsystem gelungen, den russischen Menschen von Grund aus zu revolutionieren und umzuformen.

Wenn man den französischen Besuchern von der schweren landwirtschaftlichen Krise zu erzählen versuchte, so stieß man nur auf ein ungläubiges Lächeln. Daß von Sowjetseite selbstverständlich nur das Allerbeste und nach gründlicher Vorbereitung gezeigt wurde und alle schlechten Eindrücke künstlich ferngehalten wurden, werden Herriot und seine Begleiter ebenso wie alle ausländischen Reisenden, die zu nur kurzem Aufenthalt in die Sowjetunion kommen, nicht begreifen können.

In wie weit gehendem Maße zu dem altbewährten Mittel, Potemkinsche Dörfer aufzubauen, gegriffen worden ist, geht auch aus den Berichten der Konsulate Kiew und Odessa v. 31.Aug. ds.Js. (Bericht der Botschaft v.11.9.d.J. A / 1851 und 1852) hervor. Daß Das von Herriot in der Nähe von Odessa besichtigte Kolchos war vorher von der GPU und der Miliz entsprechend hergerichtet worden. Kleider und Nahrungsmittel waren in entsprechenden Mengen verteilt worden. Die Straßen Odessas wurden zum Empfange Herriots besonders gereinigt, der Miliz weiße Uniformen angezogen, die schlecht angezogene Bevölkerung rücksichtslos von allen Straßen vertrieben, durch die Herriot und die übrigen französischen Gäste passieren mußten. Die Absperrungsmaßnahmen der Polizei sollen sogar so weit gegangen sein,

daß den schlecht gekleideten Bewohnern der in den abgesperrten Straßen gelegenen Häuser der Zutritt in ihre Wohnungen kurzerhand verwehrt wurde. In Kiew erhielten die Dworniks weiße Schürzen. Brot wurde durch die Straßen spazierengetragen, die Besprisornije waren zwangsweise entfernt worden. Bereits einige Tage vor der Ankunft Herriots wurden diese Beschönigungsmaßnahmen „geprobt".

In Kiew wurde allerdings von den französischen Gästen einmal die geschickt angelegte Tarnung durchbrochen. Bei einem nicht im Programm vorgesehenen Spaziergange stieß Herriot auf Besprisornije.

In Rostow am Don wurden aus der Umgebung eigens Automobile zusammengezogen, um anläßlich der Anwesenheit Herriots einen lebhaften Automobilverkehr darzustellen.

Die Sowchos- und Kolchosbauern, mit denen Herriot ins Gespräch kam, waren selbstverständlich vorher auf das genaueste instruiert worden. Daß die französischen Herren die Unrichtigkeit der gegebenen Antworten nicht erkannten, war vor allem auf ihre Unkenntnis der landwirtschaftlichen Fragen zurückzuführen. Bezeichnend hierfür ist, daß Herriot im Gespräch mit Molotow erzählte, auf einem Sowjetgute seien nach Angaben des Direktors 40 dz/ha Getreide geerntet worden. Dagegen halte er die Auskunft des Direktors, daß an einer anderen Stelle dieses Gutes nur 6 dz/ha geerntet worden seien, für unglaubwürdig, da in Frankreich 12 dz/ha geerntet würden.

[für Kanzlei: zu W IV Ru 4233 Aug I]

Berlin, den 29. September 1933. zu W IV Ru 4233

zu I u. II: Geheim!

Nicht zur Veröffentlichung bestimmt!

I)

An

die Deutsche Botschaft

Paris 3/10. K.

D. i.V.

Deutsche Botschaft London " "

" " Washington 3/10. Br.

" " Rom 2/10. K.

" " Ankara 5/10. K.

" " Tokio 5/10. Sk. 18 A abgesandt

" Gesandtschaft Warschau 3/10. K. 5. f. d. Akten

" " Bukarest 12/10. K. 23

" " Reval 29/9. K.

" " Riga

" " Kowno 2/10. K. 23 Lage sind zu trotzigen.

" " Helsingfors 29/9. Sk.

" " Peking 4/10. Br. Tl. 3952

- je besonders -

Anl. 1: St 96

u. 2: Sg 22.9.

II) An

das Reichswirtschaftsministerium I) Sobeu

das Reichsministerium des Innern II) " " 29/9.

das Reichswehrministerium

das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda - je 2 Anl. -

das Preuss. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit. III) vrb 3/10. K. 1 Anl.

H118362

bzfg. je 1 Abdruck der Anlagen 1 und 2.

Zwei Berichte des Landwirtschaftlichen Sachverständigen bei der Deutschen Botschaft in Moskau über die Hungersnot und die Getreidebereitstellung in der Sowjetunion werden zur gefl. streng vertraulichen Kenntnisnahme erg. übersandt.

Nach Abgang bei VI-K W Abt. I u. II

z.g.K.

Wvl. b. Hrn. v. Tippelskirch.

Im Auftrag i.R. faks. Hey. W. i. Ru

Landwirtschaftlicher
Sachverständiger bei der
Deutschen Botschaft.

Moskau, den 19. September 1933.

Durchschlag für das Auswärtige Amt, Berlin
" " die Deutsche Botschaft, Moskau.

In der Anlage beehre ich mich in vierfacher Ausfertigung zwei Berichte über

1) Die Hungersnot in der U.d.SSR
2) Die Getreidebereitstellung in der U.d.SSR

und eine Aufzeichnung über

die Exkursion von französischen Landwirtschaftsstudenten nach der Sowjetunion

vorzulegen.

gez. Schiller.

An das
Reichsministerium
für Ernährung und Landwirtschaft
Berlin W 8
Wilhelmstrasse 72.

H118327

I Rer 42 33 33

Lieber Tippelskirch!

Bei den Ihnen mit diesem Kurier unter D/1137 zugehenden Berichten von Herrn Schiller, die speziell die Hungersnot in der Sowjetunion behandeln, dürfte es sich nach den letzten Erfahrungen empfehlen, noch besonders darauf hinzuwirken, dass eine Veröffentlichung oder Weiterverwendung unterbleibt. In file Ihr

Mirandorski

H. Bräuffigam

zust. halb, erf.

28/9

H118328

G e h e i m !

Nicht zur Veröffentlichung .

Die Hungersnot in der Sowjetunion.

Die Ausdehnung des Hungergebiets-Gründe der geographischen Begrenzung - Ursachen der Hungerkatastrophe - Umfang des Hungersterbens - organisatorische Festigung der Kolchose - die neue Ernte - Hunger wird, vielleicht gemildert, fortdauern- andere geographische Verteilung - Hauptdruck auf Einzelbauern und "Klementen" - parteiamtliche Erklärung des Hungers - Legalisierung der Hungersnot - gefährliche Krisis der Landwirtschaft noch nicht überwunden.

H118329

Auf mehreren Reisen, die durch fast alle landwirtschaftlich wichtigen Gebiete des europäischen Rußlands führten, und bei denen insgesamt etwa 10 000 km im Auto zurückgelegt wurden, konnten die Grenzen des eigentlichen Hungergebiets und die schlimmsten Hungerzentren mit einiger Sicherheit festgestellt werden. Es ergibt sich dabei das Bild, daß die Grenze des eigentlichen Hungergebietes ungefähr zusammenfällt mit der Nordgrenze des Waldsteppengebietes, also einer Linie, die im östlichen Teil des europäischen Rußlands etwa auf dem 54., im westlichen Teil etwa auf dem 52. Breitengrad verläuft. Nach Süden erstreckt sich das Hungergebiet bis in den südlichen Teil des Nordkaukasus, d.h. bis an die Grenzen der autonomen nordkaukasischen Republiken der Bergvölker. Für den asiatischen

Teil

Teil der Sowjetunion konnten genauere Feststellungen nicht gemacht werden. Aus den vorhandenen Nachrichten geht aber hervor, daß ein großer Teil von Kasakstan , Teile von Westsibirien und größere Gebiete in den zentralasiatischen Republiken zum Hungergebiet zu rechnen sind.

Auch in den übrigen Teilen der Sowjetunion war der Hunger in diesem Jahre keine unbekannte Erscheinung. Er trat aber dort in milderen Formen auf, ohne ein großes Massensterben im Gefolge zu haben, wenn auch vereinzelte Fäll vom Hungersterben wohl in allen Gebieten vorgekommen sind. Als Hungergebiete werden hier diejenigen Gegenden bezeichn in denen im Laufe des Winters bezw. des Frühjahrs das Brot für den größten Teil der Bevölkerung aus der Ernährung verschwunden ist, durch den Genuß von Gräsern und anderen Surrogaten in großem Umfange Hungerschwellungen eintraten und ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung dem Hunger tode anheimfiel.

Bezeichnenderweise fallen die Grenzen des Hungergebiets ziemlich genau zusammen mit den Grenzen der sogenannten landwirtschaftlichen Überschußgebiete. Gerade die wichtigsten Getreidegebiete, die Kornkammern des alten Rußl sind von der Hungersnot am schwersten betroffen, während die sogenannten landwirtschaftlichen Zuschußgebiete im Nord- und Mittel-Rußland, die früher auf die Zufuhr von Getreide aus den anderen Gebieten angewiesen waren, in diesem Jahre mit Brot besser versorgt waren als jene. Die Ursache dieser paradoxen Erscheinung ist nicht in einer des Normalen gerade entgegengesetzten geographischen Verteilu der vorjährigen Ernte zu suchen, sondern darin, daß

H118330

die

die eigentlichen Getreideproduktionsgebiete, die die besten Voraussetzungen für die Kollektivierung boten, am schwersten unter den groben Fehlern der Kollektivierungspolitik zu leiden hatten. Hinzukommt, daß bei der bisherigen willkürlichen Handhabung der Getreideaufbringung, die darauf abzielte, alle Getreideüberschüsse des Dorfes zentralistisch zu erfassen, der Druck sehr ungleichmäßig verteilt war und in den Überschußgebieten, in denen durch die forcierte Kollektivierung der Kampf zwischen Regierung und Bauer am heftigsten tobte, am größten war.

In den Getreidegebieten ist schließlich der Wohlstand der Bauernschaft durch die Kollektivierung in viel stärkerem Maße vernichtet worden als in den nördlicheren Gebieten. Der einseitige Getreidebau und das Vorhandensein großer landwirtschaftlich nutzbarer Flächen hatten hier eine größere soziale Differenzierung im Gefolge. Tüchtige Wirte hatten durch das Vorhandensein größerer Landreserven die Möglichkeit, ihre Wirtschaft und auch ihre Viehhaltung weit über das Normale hinaus auszudehnen. Das Kulakentum war daher hier eine besonders verbreitete Erscheinung und mit seiner Vernichtung auch der bäuerliche Wohlstand in diesen Gebieten fast restlos vernichtet. In den nördlicheren Gebieten waren durch die natürlichen Verhältnisse nicht die gleichen Ausdehnungsmöglichkeiten für die bäuerliche Wirtschaft vorhanden, und der bäuerliche Wohlstand, der gleichmäßiger verteilt war, wurde durch den Feldzug gegen die Kulaken nicht in demselben Maße betroffen. Außerdem spielte die Viehhaltung in diesen Gebieten für die Bauernwirtschaft eine

H118331

eine relativ größere Rolle und war durch die Kollektivierung, die hier erst zu durchschnittlich 50 % durchgeführt ist, noch nicht in so starkem Maße zusammengebrochen wie im Süden. An Brot fehlte es auch in den nördlicheren Gebieten in sehr vielen Fällen. Gewöhnlich hatten aber die Bauern hier durch die Viehhaltung oder durch den Verkauf ihrer letzten Habe die Möglichkeit, sich vor dem Ärgsten zu bewahren.

Die Ursachen der Hungerkatastrophe sind nicht in einem Naturereignis, also einer schlechten Ernte, zu suchen. Auch wenn man ohne Berücksichtigung aller offiziellen oder sonstigen Ernteschätzungen die Ernte ganz niedrig annimmt, hätte sie bei zweckmäßiger Verteilung, wenn auch nicht zu einer ausreichenden Ernährung, so doch so weit reichen müssen, daß ein großes Hungersterben vermieden wurde. Die Getreideausfuhr, der von den Bauern häufig die Schuld an der Hungersnot beigemessen wird, ist im Verhältnis zur Gesamternte nicht so groß, um damit die Ernährungskatastrophe zu erklären. Sie betrug im letzten Jahr 1,3 Mill. t bei einer Gesamternte von wahrscheinlich 60 Millionen t. Daß im letzten Jahre staatliche Vorräte für Heereszwecke usw. in außergewöhnlich großem Umfange gebildet worden sind, ist schon aus dem Grunde nicht anzunehmen, weil das Fassungsvermögen der staatlichen Speicher sich nicht so schnell vergrößert haben kann.

Die letzten Gründe der Hungersnot sind in Dunkel gehüllt. Sie sind nur zu erklären durch ganz große Organisations- und Verteilungsfehler und durch die Überspannung d

Getreide

H118332

Getreideaufbringungsmaßnahmen. In den Hungergebieten kann man überall von den Bauern die Ansicht vertreten hören, daß die Ernte an sich zur Ernährung ausgereicht hätte und nur durch die brutalen Methoden der Getreidebeitreibung die Hungersnot hervorgerufen wurde. Es mag dahingestellt sein, ob es sich dabei nur um die im letzten Jahr immer gröbere Formen annehmenden Übergriffe der örtlichen Organe und um die Folgen örtlicher Willkür gehandelt hat, oder ob man auf Anweisung von oben systematisch das letzte Korn aus dem Dorfe herausholte, um durch den Hunger den Bauern auf die Knie zu zwingen und zur Arbeit im Kolchos zu bewegen, wie das in dem Bericht vom 18.7.33 näher ausgeführt wurde.

Über den Umfang des Hungersterbens sind auch ungefähre Angaben sehr schwer zu machen. Auch den Sowjetbehörden dürften hierüber keine genauen Zahlen bekannt sein, da ja viele der Hungernden unterwegs gestorben sind und ohne Identifizierung oder Registrierung des Todesfalles verscharrt wurden. In vielen Fällen ist es schwer zu entscheiden, ob die Todesursache Hunger oder Krankheit gewesen ist. Eine ungefähre Vorstellung von dem Umfang des Hungersterbens gibt aber die Tatsache, daß das obenbezeichnete Hungergebiet seiner territorialen Ausdehnung nach fast ein Drittel und seine Bevölkerungszahl fast die Hälfte des europäischen Rußlands darstellt. In diesem Gebiet sind fast in jedem einzelnen Dorf Fälle von Hungersterben vorgekommen, wobei in den schlimmsten Gegenden 25 - 50 % der Bevölkerung umkamen, während in anderen Dörfern nur ganz vereinzelte Fälle von Hungersterben zu verzeichnen sind. Wenn man die in

einzelnen

H118333

einzelnen Dörfern möglich gewesenen Feststellungen der prozentualen Bevölkerungsverminderung auf die betreffenden Gebiete umrechnet, so kommt man immerhin zu dem Ergebnis, daß die Opfer der Hungerkatastrophe in die Millionen gehen. Ich würde die von anderer Seite genannte Ziffer von 10 Mill. Todesopfern nicht für übertrieben halten. Hinzu kommt, daß auch die übrige Bevölkerung in den Hungergebieten durch die ausgestandenen Entbehrungen zum großen Teil schwere gesundheitliche Schädigungen erlitten hat. Das gilt besonders von den Kindern, von denen ein erheblicher Teil, durch Hunger verkrüppelt, nicht mehr die Aussicht hat, sich zu normalen Menschen zu entwickeln.

Innerhalb des Hungergebiets sind zwar die Erscheinungsformen des Hungers überall die gleichen, aber die Graduierung doch örtlich sehr verschieden. Besonders schwer gelitten haben Teile der Westukraine, große Teile des Nordkaukasus und einige Gegenden des Niederwolgagebiets (die linke Seite und ein Streifen auf der Bergseite). In diesen am schwersten betroffenen Gebieten hat die Hungersnot durch weitgehendes Aussterben der Bevölkerung und durch den Verfall der Dörfer so große Schädigungen der Landwirtschaft im Gefolge gehabt, daß deren normale Weiterentwicklung, auch wenn der Hunger einmal verschwinden sollte, ohne eine Neuansiedlung und ohne einen neuen Aufbau der Dörfer nicht möglich erscheint. Diese Gebiete sind jedoch an Ausdehnung nicht bedeutend.

Im übrigen hat jedoch der Hunger in den davon betroffenen Gebieten wider Erwarten die Landwirtschaft im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren nicht in dem Maße geschädigt,

H118334

geschädigt, daß man von einem Zusammenbruch sprechen könnte. Im Gegenteil, ist in vielen Gegenden eine Besserung der landwirtschaftlichen Situation unverkennbar. Auf die Ursachen dieser erstaunlichen Erscheinung ist bereits in den Berichten vom 18. Juli 33 hingewiesen worden. Infolge der agrarischen Überbevölkerung, die durch die Kollektivierung und Mechanisierung erst recht in die Erscheinung trat, bedeutet eine Bevölkerungsverminderung um 10 % in den meisten russischen Dörfern noch keine Gefahr für die landwirtschaftliche Produktion. Das Zuviel an Menschen, das bei fortschreitender Mechanisierung einmal zu einem ernsten Problem für die russische Landwirtschaft werden mußte, ist vielerorts beseitigt worden. Durch die systematische Ausnutzung des Hungers als Antriebsmittel zur Arbeit, durch die sogenannte Hungerpeitsche , und durch die gleichzeitige Verstärkung des administrativen Arbeitsdruckes, der einer durch Hunger widerstandslos und gefügig gewordenen Bevölkerung gegenüber besonders wirksam war, hat die Hungerkrise nicht zu einer Auflösung, sondern in vielen Fällen zur Konsolidierung der Kolchose geführt. Dazu kam, daß man erst jetzt, im vierten Jahre der Kollektivierung, nach einem wilden Herumexperimentieren im Riesenmaßstab, das unendliche Opfer an Gut und im letzten Jahre auch an Blut gefordert hat, schließlich diejenigen Formen der Arbeitsorganisation und Betriebsführung gefunden hat, die wenigstens die Möglichkeit eines Funktionierens der Kolchose unter russischen Verhältnissen geben. Eine organisatorische Festigung der Kolchose ist unverkennbar. Sehr bedeutungsvoll hierfür war die erst in diesem Jahre überall durch-

H118335

durchgeführte Einteilung der Kolchose in ständige Feldbrigaden, denen ein bestimmtes Feldstück für mehrere Jahre zugeteilt wird und die Unterteilung dieser Brigaden in feste Arbeitsgruppen (sog. Glieder).

So ist die Bilanz dieses kritischen Jahres nicht so ungünstig, wie man nach dem Umfang der Hungerkatastrophe hätte erwarten sollen. Die weitere Entwicklung ist abhängig von dem Ausfall der diesjährigen Ernte. Irgendwelche authentischen Angaben über den tatsächlichen Ausfall der Ernte werden ebenso wie im Vorjahre auch in diesem Jahre von Sowjetseite nicht zu erwarten sein. Wie die Erfahrung lehrt, sind aus diesen Angaben auch keine sicheren Rückschlüsse auf die Ernährungslage zu ziehen. Es wird daher weniger darauf ankommen, die absolute Höhe der diesjährigen Ernte zu ermitteln, als vielmehr diese mit der Ernte des Vorjahres in Vergleich zu setzen, wozu die eigenen Beobachtungen einige Anhaltspunkte bieten. Zweifellos war in diesem Jahre der Stand der Felder im großen und ganzen erheblich besser als im Vorjahre. Insbesondere gilt dies von den wichtigsten Brotgetreidearten Weizen und Roggen. Die Ernteverluste waren schon im vorigen Jahre außergewöhnlich groß. Sie müßten in diesem Jahr einen ganz gewaltigen Umfang annehmen, um das an sich bessere Ernteresultat auf das vorjährige Niveau oder unter dieses herabzudrücken. Wie in dem Bericht vom 12.9.33 über die Getreideernte in der Sowjetunion ausgeführt wurde, kann angenommen werden, daß die Ernte zum mindesten nicht kleiner, vielleicht sogar etwas größer sein wird als im Vorjahre. Allerdings wird die Kartoffelernte erheblich kleiner. Berücksichtigt man aber, daß

H118336

daß sich die Bevölkerung gleichzeitig durch das Hungersterben um einige Millionen Menschen verringert hat, so ergibt sich eine ganz wesentliche Verbesserung der Ernährungs - bilanz.

Bei einer zweckentsprechenden Verteilung der neuen Ernte wäre zweifellos die Möglichkeit gegeben, die Hungersnot bis zur nächsten Ernte nicht in Erscheinung treten zu lassen. Es hat sich aber schon in den früheren Jahren gezeigt, daß die Ernährungslage der Landbevölkerung weniger von dem Ernteausfall, als von der Verteilung der Ernte abhängig ist, die in stärkstem Maße von der staatlichen Getreidepolitik, von örtlicher Willkür und den verschiedensten Unzulänglichkeiten beeinflußt wird. Die staatliche Getreidepolitik basiert in diesem Jahre zum ersten Male auf dem neuen Gesetz über die festen Naturalsteuern. Um über die Ernährungslage der ländlichen Bevölkerung im kommenden Jahre ein Bild zu gewinnen, muß man daher die Aus - wirkung dieses Gesetzes auf die einzelnen Landwirtschaftsbetriebe untersuchen. Darüber werden in dem gleichzeitigen Bericht über die Getreidebereitstellung in der Sowjetunion nähere Ausführungen gemacht.

Danach ergibt sich, daß der Hunger mit der neuen Ernte voraussichtlich nicht beseitigt wird, aber möglicher - weise der Umfang des Hungersterbens zahlenmäßig geringer sein wird als in diesem Jahr. Erschwerend kommt aller - dings hinzu, daß die durch die diesjährige Hungersnot zermürbte Bevölkerung neuen Entbehrungen und den üblichen Infektionskrankheiten, wie Malaria und Typhus, gegenüber

weniger

H118337

weniger widerstandsfähig ist. Der Hunger wird sich geographisch und sozial ganz anders verteilen. Es ist anzunehmen, daß das schlimmste Hungergebiet im kommenden Jahr die Mißerntezone an der Wolga sein wird. Auch der Nordkaukasus und die Westukraine werden noch stark zu leiden haben. Dagegen dürften in der Südukraine und dem rechtsseitigen Mittelwolgagau die Ernährungsverhältnisse sich wesentlich bessern. Im Zentralschwarzerdegebiet, das in diesem Jahr nicht so stark gelitten hat wie die Ukraine, dürften sich die Ernährungsverhältnisse nicht günstiger, bei einem Teil der Einzelbauern sogar schlechter als im Vorjahre gestalten. Da der Hunger in erster Linie die Einzelbauern treffen wird, wird er auch in denjenigen Gebieten, die im vorigen Jahr nicht in der eigentlichen Hungerzone lagen, überall dort auftreten, wo, wie in Teilen des Moskauer, des Nishninowgoroder und des Westgebietes die Ernte schlecht ist oder durch den Regen vernichtet wurde. Die Verarmung der Bauernschaft, die in diesen Gebieten noch nicht so ausgepowert war wie in der Ukraine, wird damit rasche Fortschritte machen.

Schon im letzten Winter beim Beginn der eigentlichen Hungersnot hat die Regierung einzelne Maßnahmen ergriffen die den Hunger zwar nicht zu lindern, aber doch in gewisser Weise zu planieren und nach Möglichkeit in einem der Regierung erwünschten Sinne zu verteilen geeignet waren. Diese Maßnahmen (Paßsystem, Ausschluß aus den Kolchosen, Aufdecken von "Elementen") sind in dem Bericht vom 18.7.33 näher geschildert worden. Die Hungersnot setzte aber

im

H118338

im letzten Winter so plötzlich und in so riesenhaftem Umfange ein, daß diese Maßnahmen, die erst im letzten Moment ergriffen wurden, sich noch nicht voll auswirken konnten. Die Verteilung des Hungers innerhalb der Bevölkerung war daher in diesem Jahre durchaus unplanmäßig und größtenteils nicht in Übereinstimmung mit den Linien der Sowjetpolitik. Auch in den Kolchosen und selbst in solchen, die gut gearbeitet hatten, wurde gehungert. Viele Kolchosbauern, die "Freunde der Sowjetmacht", sind Hungers gestorben, in einzelnen Fällen sogar Arbeiter von Staatsgütern. In manchen Gegenden war die Lage der Einzelbauern besser als die der Kolchosbauern. Die Kolchose wurden dadurch einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Eine tiefe Mißstimmung und Unzufriedenheit machte sich überall unter den Kolchosbauern geltend.

Im kommenden Winter ist die Sowjetregierung der Hungersnot gegenüber in einer günstigeren Lage. Nachdem sie die schwere Belastungsprobe dieses Jahres ohne merkliche Erschütterungen überstanden hat, dürfte sie einer neuerlichen Hungersnot, um die Erfahrungen dieses Jahres bereichert, leichter begegnen. Die Maßnahmen zur Planierung der Hungersnot werden sich bereits in verstärktem Maße ausgewirkt haben, und damit wird der Hunger zu einem großen Teil diejenigen Bevölkerungsteile treffen, die als unerwünscht oder weniger wichtig gelten.

Man wird bestrebt sein, den Hunger nach Möglichkeit wenigstens von den Kolchosen fernzuhalten. Die Einzelbauern dagegen werden stark zu leiden haben. Durch weitere Ausschlüsse aus den Kolchosen, durch wirtschaftliche

Ab-

H118339

Abdrosselung von Einzelbauern, die nicht in die Kolchose aufgenommen werden, durch "Entlarvung" und Ausschaltung der Reste "gewesener" Leute, durch Rückstrom Abgebauter und Entlassener aus der Stadt wird in den Dörfern eine größere Schicht von Menschen gebildet, die nicht die Möglichkeit haben, zu arbeiten und ihrem allmählichen Hungertode entgegensehen.

Diese planmäßige Verteilung des Hungers würde, wenn sie in genügendem Umfange durchgeführt werden kann, für die Sowjetregierung eine große Erleichterung bedeuten. In diesem Jahr befand man sich in größter Verlegenheit, wie man den Hunger parteiamtlich erklären sollte. Bisher war es stets üblich gewesen, für alle wichtigen Erscheinungen wirtschaftlicher und politischer Art auf dem Wege über die Parteiinstanzen sofort allen Parteifunktionären die parteiamtliche Formulierung zu geben, die dann von diesen bei allen notwendigen Gelegenheiten stereotyp wiederholt wurde. So wurde im vorigen Jahre überall im genau derselben Formulierung von den Schwierigkeiten als den "Schwierigkeiten des Wachstums" gesprochen oder der passive Widerstand der Bauernschaft als "Kulakensabotage" erklärt. Solange der Hunger unplanmäßig auftrat, konnte für ihn keine entsprechende Formel gefunden werden. Man scheint sich daher darauf beschränkt zu haben, den Funktionären die Parole auszugeben, den Hunger nach außen überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen und, darauf angesprochen, mit absolutem Stillschweigen zu reagieren. In allen Fällen ist mir bestätigt worden, daß beispielsweise die Dorfratsvorsitzenden, wenn

H118340

sich

sich Hungernde an sie um Hilfe wandten, den Hunger einfach fortleugneten oder überhaupt nicht antworteten. Manche von ihnen haben sich während der kritischen Zeit möglichst wenig in den Büros gezeigt, um lästigen Anfragen zu entgehen.

Die Sowjetregierung hat sich durch die jahrelange, auf übertriebene Siegesnachrichten eingestellte Fünfjahrplanpropaganda soweit festgerannt, daß das Eingeständnis einer solchen Wirtschaftskatastrophe, wie der Hungersnot einer absoluten Bankrotterklärung mit allem daraus resultierenden Gefahren gleichkommen würde. Um sich selbst zu erhalten, muß die Sowjetregierung aufs Äußerste bemüht sein, den Schein zu wahren. Das Auffinden einer wirksamen propagandistischen Phrase ist von größter innerpolitischer Bedeutung. Sobald der Hunger einigermaßen planiert ist, kann eine solche Phrase leicht gefunden werden. Schon jetzt konnte man in einzelnen Fällen die Erklärung hören, daß nur diejenigen hungern, die nicht arbeiten wollen. In der Sowjetverfassung stünde aber, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Der Sowjetstaat habe durchaus nicht den Ehrgeiz, ein Wohlfahrtsstaat zu sein, sondern jener wichtige Grundsatz der Sowjetverfassung sei dahin zu verstehen, daß wer nicht arbeiten wolle, nicht nur sterben könne, sondern letzten Endes auch sterben müsse. Es wird sich freilich schwer beweisen lassen, ob jemand nicht arbeiten **w i l l** , oder ob er keine Arbeit finden **k a n n** .

Während der Hunger in diesem Jahre Staatsgeheimnis war, könnte die Möglichkeit bestehen, ihn im nächsten Jahre als gerechte Strafe für sog. "Elemente", d.h. für nicht-

arbeitende

H118341

arbeitende Elemente zu erklären und ihn auf diese Weise zu legalisieren. Diese Legalisierung der Hungersnot würde den Sowjetfunktionären, die in diesem Jahre schon sehr schwankend und nachdenklich geworden waren, einen neuen Halt geben können, und der Sowjetregierung die Möglichkeit bieten, den Schein zu wahren und ihre Bemühungen um die endgültige Sozialisierung der Landwirtschaft unbeirrt fortzusetzen.

Wenn sich auch die Sowjetregierung im nächsten Jahre der Hungersnot gegenüber in einer günstigeren Situation befinden dürfte, und wenn auch eine gewisse Konsolidierung der Kolchose eingetreten ist, so ist doch die Ernte nicht groß genug, um eine endgültige Stabilisierung der ländlichen Verhältnisse herbeizuführen. Der kritische und labile Zustand der russischen Landwirtschaft wird voraussichtlich in ähnlichen Formen wie in diesem Jahr auch im nächsten Jahr andauern. Das Jahr 1933 war aber den natürlichen Verhältnissen nach ein sehr günstiges Jahr, wie es in Rußland selten vorkommt. Nur den anormalen Verhältnissen auf dem Lande ist es zuzuschreiben, daß keine Rekordernte erzielt wurde. Es ist wenig wahrscheinlich, daß das Jahr 1934 wieder ein so günstiges Jahr sein wird. Eine Mißernte im kommenden Jahre würde die schlimmsten Folgen haben und die Ansätze zu einer Stabilisierung der russischen Landwirtschaft wieder zunichte machen. Das Jahr 1933 hat noch keine Entscheidung im positiven Sinne gebracht, sondern nur eine Entscheidung im negativen Sinne vorerst verhindert.

Moskau, den 18. September 1933.

gez. Schiller.

H118342

Moskau
6/4

185

23/46

Politisches Archiv
des Auswärtigen Amtes

A 2 I Kiew

Kurze Meldungen wirtschaftlichen und sonstigen Inhalts

A 2 I

Politisches Archiv
des Auswärtigen Amtes

Im Oktober 1933

eutsches Konsulat
II.9.b.

Kiew, den 2. November 1933.

Inhalt: Kurze Nachrichten.

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. –
Tgb. Nr.
Anl.

9

1. In Kiew hat sich in den letzten Wochen der Flecktyphus wieder sehr ausgebreitet. Die Durchschnittszahl der täglich in die Krankenhäuser eingelieferten Personen betrug in der letzten Woche 109. Hierin sind jedoch nur Bürger der Stadt Kiew enthalten. Mit zugewanderten und auswärtigen Personen erhöht sich die Anzahl der jeden Tag den Hospitälen zugeführten Flecktyphuskranken auf rund 200.

Die Tatsache, dass die Krankheit bereits in der jetzigen Jahreszeit in einem so starken Masse und in einer im allgemeinen sehr ernsten Form auftritt, bereitet den städtischen Behörden ernste Sorgen. Es sind gewisse Absperrungsmassnahmen der Stadt von der Landbevölkerung getroffen worden, die jedoch bisher ohne sichtbarem Erfolg geblieben sind.

Auch vom Lande wird die starke Verbreitung der Epidemie gemeldet. Dabei treten bei den durch den Hunger geschwächten Kranken unverhältnismässig viel Todesfälle ein.

2.

An
die Deutsche Botschaft
in Moskau.

A 2 I Kiew

2. Die Ernährungslage der Stadt Kiew hat sich in den letzten Wochen gebessert. Brot und Fleisch sind zu billigeren Preisen erhältlich als in der gleichen Zeit des Vorjahres. An anderen Produkten, wie Kartoffeln,Gemüse,Zucker,Grützen und dergl.besteht dagegen starker Mangel. Die hierfür geforderten Preise sind im Vergleich zum Vorjahr erheblich höher.

Im Gegensatz zu der verhältnismässig günstigen Versorgung der Stadt,kommen aus dem Lande sehr ernste Nachrichten über die Ernährungslage. Die Brotgetreideerfassung ist mit grösster Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden und hat, -besonders in den von einer schlechten Ernte betroffenen wolhynischen Rayons-,schon heute sehr schwierige Verhältnisse geschaffen. Aus Wolhynien liegen dem Konsulat konkrete Angaben vor,nach denen der Hunger bereits wieder Todesopfer fordert.

3. In zahlreichen industriellen Betrieben des Amtsbezirks konnten aus Mangel an flüssigen Mitteln den Arbeitern längere Zeit keine Löhne ausgezahlt werden. Dem Konsulat sind Fälle bekannt,in denen die Arbeiter seit drei Monaten keinen kopeken Lohn erhalten haben. Es steht sogar fest,dass bei

einzelnen

einzelnen Truppenteilen der Roten Armee die Gehaltszahlungen an den Kommandobestand unpünktlich erfolgt. Zur Zeit sind Bemühungen im Gange, um aus Charkow und Moskau die notwendigen Geldmittel zu erhalten, um vor den Oktoberfeiertagen wenigstens einen Teil der rückständigen Lohnzahlungen leisten zu können. Die Lage ist derart, dass die Arbeiter und Angestellten vielfach nicht über die Mittel verfügen, um den Oktober-Pajok einlösen zu können.

hes Konsulat
I.9.b.

Kiew, den 11.November 1933.

halt:Kurze Nachrichten.

a

1. In der Stadt Kiew herrscht zur Zeit starker Brennstoffmangel.Holz und Petroleum ist nur zu aussergewöhnlichen Preisen und auf Grund besonderer Beziehungen erhältlich.In den Behörden wird,obwohl die Aussentemperatur unter 0° liegt,nicht geheizt. Selbst die Schulen werden einstweilen nicht mit Brennmaterial versehen.

2. Es besteht auch Mangel an Elektrizität,der dazu führt,dass fast täglich einzelne Stadtteile für mehrere Stunden auf die Lichtversorgung verzichten müssen. Als Grund wird angegeben,dass die veraltete Ausrüstung des hiesigen Elektrizitätswerks den Anforderungen nicht mehr gewachsen ist.

3. Die als "Russischer Sprachunterricht" am 8.November d.J. aus Heilsberg übertragene Sendung in russischer und deutscher Sprache,die sich mit den Verhältnissen in der Sowjetunion beschäftigte, ist in Kiew ausgezeichnet gehört worden.

Henke

e Deutsche Botschaft
Moskau.

A 8 I Kiew

Deutsches Generalkonsulat
Charkow
Tgb. 212

Charkow, den 11. Dezember 1933

Jahresbericht

(Die allgemeine Lage)
(in der Ukraine.)

3 Durchschläge

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 29. DEZ. 1933
Tgb. Nr. A. 9789
Anl:

Landwirtschaft

Die Ukraine stand in diesem Jahre unter dem Zeichen der großen H u n g e r n o t oder, von der Sowjetseite aus gesehen, des Sieges der S o z i a l i s i e r u n g d e r L a n d w i r t s c h a f t. Für die Bauernbevölkerung und bei der Bedeutung der ukrainischen Landwirtschaft auch für die Republik selbst und den Rätebund war dieses Jahr besonders kritisch. Es handelte sich um die Entscheidung der Frage, ob die seit 1929 durchgeführte Kollektivierung endlich bessere Ergebnisse zeitigen und wenigstens die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen oder ob die Sozialisierung der Landwirtschaft trotz ihrer grundsätzlichen Bedeutung und gewisser praktischen Vorteile an der ablehnenden Haltung der Bauern scheitern würde. Wenn die Sowjetmacht die Frage in ihrem Sinne bejaht, so muß gleichzeitig auf die unerhört großen Opfer hingewiesen werden.

Es wird im Auslande oft nicht verstanden, daß in der Ukraine mit ihren fruchtbaren Boden und ohne eine ausgesprochene

An die
Deutsche Botschaft
in M o s k a u

A 39 b (Landwirt)

ausgesprochene Mißernte eine Hungersnot in solchem Ausmaße möglich war. Die Verantwortlichkeit liegt bei dem System, das mit unzulänglichen Mitteln, zu früh und zu überstürzt, die Kollektivierung durchführen wollte, die Landwirtschaft in größte Unordnung brachte und dabei neben anderen Faktoren vor allem außer Acht ließ, daß nach einem Worte Stalins „die Menschen die Sache entscheiden" und daß die Frage von ausschlaggebender Bedeutung war, ob die 22 Millionen ukrainischer Bauernbevölkerung mitgehen und statt der eingewurzelten individualistischen Anschauungen für die neue kommunistische Wirtschaftsform das notwendige Verständnis und Arbeitswilligkeit aufbringen würden. Die Jahre der Kollektivierung zeigten unbefriedigende Ergebnisse und ließen annehmen, daß nur allmählich, um nicht die Ernährung der ganzen Bevölkerung und andere große Werte zu gefährden, die Sozialisierung durchzuführen war, wenn etwa die neue marxistisch erzogene Generation herangewachsen sein würde oder augenscheinliche materielle Vorteile und eine genügende Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen den Nutzen der neuen Großbetriebe aufzeigen würden. Es gab jedes Jahr immer dasselbe Bild. Die Ernte reichte nicht aus, den Bedarf des Staates und des Bauern gleichzeitig zu befriedigen. Der Staat hatte die mit dem Tempo des Fünfjahrplans rasch wachsende Zahl der bei guter Stimmung zu haltenden Industriearbeiter, die übrige städtische Bevölkerung und bei der Spannung im fernen Osten das Heer mit Vorräten zu versorgen, und außerdem für die Valutabeschaffung

Ausfuhrgetreide

Ausfuhrgetreide bereit zu stellen. Er nahm auf der Linie des geringsten Widerstandes jedes Jahr in rücksichtsloserer Weise den Bauern mehr Getreide ab als dieser entbehren konnte. Es fehlte der Landwirtschaft daher an Brotgetreide, Futter und Saatgut, die Ackerfläche wurde nicht genügend ausgenutzt und besät, die erbitterte Landbevölkerung suchte die knappen Ernteerträgnisse dem Zugriff der Regierungsstellen zu entziehen und sah kein Interesse, mehr als dringend nötig den Boden zu bestellen und ordnungsmäßig zu bearbeiten. Die Folge waren wiederum unbefriedigende Ernten, Verkleinerung der planmäßigen Anbaufläche, Einschränkung der technischen Kulturen und nachsende Not, in den Einzelwirtschaften wie in den Kollektiven; obwohl letztere in mancher Beziehung bevorzugt waren, entwickelten sie sich nicht in der gewünschten Weise, die Organisation und der Zusammenhalt waren mangelhaft und die Kollektivmitglieder konnten sich nicht so schnell auf das Arbeiten „einer für alle" umstellen.

Als die Notlage zu Beginn d.J. offenbar wurde und der „Durchbruch in der ukrainischen Landwirtschaft" festzustellen war, hätte es nahe gelegen, daß die Regierung als Hauptaufgabe sich bemüht hätte, die hungernde, aller Mittel entblößte Landbevölkerung zu ernähren, zunächst mit den vorhandenen Getreidevorräten und soweit diese nicht ausreichten, sie durch Ankäufe im Auslande zu ergänzen, ohne Rücksicht auf die aufzuwendenden Valutabeträge, eine etwaige Gefährdung der Heeresvorräte

und

und sonstige Bedenken; die Kollektivierung selbst rückgängig zu machen, war sowohl grundsätzlich unmöglich als auch praktisch schwer durchführbar. Die Regierung hat hiervon abgesehen und unter Führung der Partei, die die volle Verantwortung übernahm, es vorgezogen, auf dem bisherigen Wege weiter zu gehen. Der Ernst der Lage wurde voll erkannt; Partei und Regierung, deren Hauptsorge bisher die Erfüllung des Fünfjahrplans auf dem Gebiete der Schwerindustrie gewesen war, machten die größten Anstrengungen, die Landwirtschaft aus der Katastrophe herauszubringen, maßgebende Mitglieder bereisten das Land, um an Ort und Stelle über den Stand der Dinge sich persönlich zu unterrichten und einzugreifen.

Nach den jetzigen Verlautbarungen der Partei spielte die größte Rolle in diesem Kampfe die Zertrümmerung der kulakischen, weißgardistischen und nationalistischen Elemente, die sich in den Kollektiven, Staatsgütern, Maschinen-Traktoren-Stationen, in der landwirtschaftlichen Akademie und in der Allukrainischen Akademie der Wissenschaften eingenistet und im Bunde mit ausländischen Imperialisten und Kapitalisten versucht haben sollen, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Ukraine zu sprengen. Wenn solche Bestrebungen wirklich bestanden haben, so beweisen sie jedenfalls, daß in weiten Schichten der Bevölkerung, nicht nur bei den Bauern, sondern auch in gebildeten Bürger- und Beamtenkreisen und selbst in der Partei sehr ernste B e d e n k e n g e g e n d i e b i s h e r i g e A g r a r p o l i t i k

l i t i k , die Kollektivierung und ihre Auswirkungen auf das ganze Land, bestanden haben. Daß die über keinerlei Organisationen verfügende Landbevölkerung allein für einen aktiven Widerstand zu schwach und durch die Verfolgungen und Kulakenverschickungen eingeschüchtert und zermürbt war, hatten bereits die letzten Jahre gezeigt.

In erster Linie war das Bestreben, durch i n t e n s i v s t e A r b e i t s m e t h o d e n in den Kollektiven Aussaat und Einbringung der Ernte sicher zu stellen und auch die Einzelwirtschaften, nötigenfalls durch Hungerzwang, an die Arbeit heranzubringen. Zur Durchführung aller Maßnahmen und zur Arbeitskontrolle entsandte die Partei im Laufe der letzten zehn Monate 1340 Mitglieder auf leitende Posten in die Provinz, 640 bisherige Parteisekretäre und Rayonleiter wurden abgesetzt. 12 500 weitere Parteimitglieder zu zeitweiliger Dienstleistung auf das Land abkommandiert. Besonders erfolgreich haben die Maschinen-Traktoren-Stationen sich betätigt; sie erleichtern nicht nur durch die bei ihnen konzentrierten landwirtschaftlichen Maschinen technisch die Bodenbearbeitung und Aberntung, sondern sie entfalten vor allem durch ihre politischen Abteilungen eine eindringliche Propaganda im Sinne der Parteianordnungen, erziehen die Bauern durch Zwangsmaßnahmen für die neue Wirtschaftsform und überwachen als eine den Kollektiven übergeordnete Instanz die Personalverhältnisse und die Arbeiten. 643 dieser politischen Abteilungen und 208

politische

politische Abteilungen der Staatsgüter wurden mit 3 000 Parteifunktionären besetzt. Industriearbeiter wurden aufs Land geschickt, um die landwirtschaftlichen Maschinen auszubessern. Für die Bodenbearbeitung und Einbringung der Ernte wurden zur Unterstützung der durch die Hungersnot geschwächten und dezimierten Bauernschaft in großer Zahl wochenlang Städter jeden Berufs mobilisiert. Die von den Regierungsstellen gesammelten Getreidevorräte blieben weiterhin der Ernährung der Bevölkerung vorenthalten. Auf Veranlassung der Partei bekam die Ukraine aus Bundesbeständen 555.000 t Saatgut, die den Kollektiven, nicht aber den Einzelwirtschaften überlassen wurden und zuzüglich 10% Naturalzinsen zurückzugeben sind, ferner 15.000 neue Traktoren, 2400 Mähdrescher und 3 000 Lastkraftwagen.

Zu den auf die Landbevölkerung ausgeübten D r u c k e d e s P a r t e i a p p a r a t e s und der mit der Ernte fälligen Abgabeverpflichtungen kam der H u n g e r . Die Bauern sahen ein, daß sie für ihren eigenen Unterhalt von der Regierung keine Hilfe zu erwarten hatten, und so wurde erreicht, daß sie mit den Aufgebot der letzten Kräfte sich auf die Felder schleppten und sie so gut es ging, bestellten und aberntenten. Die strengsten Strafen wurden gegen den Diebstahl staatlichen Eigentums angedroht und vollstreckt, wenn die Bauern sich Getreide auf den Felde aneigneten. Keine noch so geringe Hilfsaktion wurde im Lande unternommen; erbarmungs- und unterschiedslos hieß es, daß wer arbeite

auch

auch zu essen bekomme, nur die Faulen müßten hungern. Die E i n z e l b a u e r n , denen das letzte Getreide weggenommen war, suchten in den Kolchosen Arbeit, die ihnen jedoch nur zeitweilig gegen geringen Lohn gewährt wurde, sodaß sie nach Abschluß der Ernte ohne Existenz waren, ohne wie die Industriearbeiter Anspruch auf Brotration zu haben. Soweit die Einzelbauern noch über einzubringende Werte verfügten, bewarben sie sich um die Aufnahme in die Kollektive. Sie besassen zum großen Teil nicht mehr das nötige Saatgut, um die ganze ihnen zur Bearbeitung überlassene Ackerfläche zu bestellen, und haben daher wegen der zu entrichtenden Getreidenaturalabgabe Schwierigkeiten zu erwarten. Der Widerstand gegen die Kollektivierung schwindet unter solchen Zwange immer mehr. Im Laufe der letzten zehn Monate sind weiterhin 80.000 Einzelwirtschaften kollektiviert worden, und wenn Postyschew unlängst in einer Rede ausführte, der Einzelbauer dürfe nicht unterschätzt werden und sei bei den Acker- und Erntearbeiten zu unterstützen, so ergibt sich doch aus den diesjährigen Kampfe auf dem Lande, daß der Einzelwirt dem größeren Drucke unterliegt, und die Kollektivierung weitere Fortschritte machen wird.

In der Ukraine bestehen jetzt 24.600 K o l l e k t i v w i r t s c h a f t e n mit 85% der gesamten Ackerfläche und 70% aller Wirtschaften, gegenüber 31.867 Kollektiven mit 58,7% der Ackerfläche im Jahre 1931. Von der diesjährigen Frühjahrsanbaufläche von 17.18 Mill. ha

(18,5 im Jahre 1931)

(18,5 im Jahre 1931) entfallen auf die Kollektivwirtschaften 11,86 (11,48), auf die Staatsgüter 2,13 (1,67) und auf die Einzelwirtschaften 3,14 (5,35). Insgesamt haben die Kollektivwirtschaften in diesem Jahre (Frühjahrs- und Wintersaat) 19,5 Mill. ha gegen 17 Mill. i.J. 1931 bestellt.

Der G e t r e i d e a u f b r i n g u n g s - plan wurde von der Ukraine in d.J. zum ersten Male noch vor der Frist, Anfang November, voll erfüllt. Über das Gesamtergebnis sowie über den Ernteertrag liegen noch keine bestimmten Angaben vor. Die Ukraine gehört, wenn sie auch nur eine Mittelernte aufweisen kann, in diesem Jahre zu den Gebieten, die am günstigsten abgeschnitten haben. Dies dürfte auf drei Faktoren zurückzuführen sein: die oben erwähnten tatkräftigen A n s t r e n g u n g e n d e r P a r t e i , die das Wort Stalins beherzigt hat „die Ursachen für die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung soll man nicht bei den Bauern suchen, sondern in den eigenen Reihen, denn wir haben die Macht." Sodann die Tatsache, daß der Bauer unter härtestem Zwang und Hunger seinen W i d e r s t a n d a u f g e g e b e n und alle Kräfte angespannt hat, was Postyschew dahin zusammenfasste, daß die bolschewistische Leitung und die ehrliche Arbeit des Kollektivisten gesiegt hätten. Schließlich ist das an sich gute Wachstum auch auf die sehr g ü n s t i g e W i t t e r u n g d.J. zurückzuführen, die Wintersaat hatte nicht wie in früheren Jahren unter zu geringem Schneefall und zu starken Frost zu

leiden,

leiden, das Frühjahr brachte reichliche Niederschläge und der Sommer genügende Wärme. Die Ernte wäre noch besser ausgefallen, wenn die rücksichtslose Getreideaufbringung den Bauern mehr Saatgut gelassen hätte, und eine größere Ackerfläche bestellt und sorgfältiger bearbeitet worden wäre. Die vorhandenen Arbeits- und Zugkräfte reichten auch nicht aus, die gesamte Ernte rechtzeitig hereinzubringen. Die Dreschmaschinen der Maschinen-Traktoren-Stationen wurden nur für das an den Staat abzuliefernde Getreide zur Verfügung gestellt; für den eigenen Bedarf das Getreide herzurichten waren die Bauern meist noch auf die alten Methoden angewiesen. Daß „nicht wenig von der Ernte verlorengegangen ist", wird von der Partei zugegeben. Welcher Teil der Ernte auf den Feldern liegen geblieben und verloren ist, ist schwer zu schätzen, stellenweise sollen es bis zu 25% sein. Der D u r c h s c h n i t t s e r t r a g wird für dieses Jahr regierungsseitig auf 12 dz/ha (1902: 9,1 - 1910: 9,3 - 1930: 10,5 - 1932: 7 dz)angegeben, sodaß bei einer Anbaufläche von 17,5 Mill. ha der Ernteertrag 21 Mill. t (im Vorjahre 11,2)betragen würde, was auch gegenüber der für die Gesamtunion erwarteten Ernte von etwa 65 Mill. t zu hoch gegriffen sein dürfte, ebenso wie die Angabe Postyschews, daß der Gesamtertrag an Getreide fast zwei Mal so groß sei als im Vorjahre. Die besten Ergebnisse in der Ukraine, wie im Gebiet Dnepropetrowsk, belaufen sich auf 11 dz/ha, die Staatsgüter haben von fast 3 Mill. ha an Getreide 6 dz/ha gegen 2,7dz

6 dz/ha gegen 2,7 dz im Vorjahre abgeliefert. Bis genauere Angaben vorliegen, werden der Durchschnittsertrag nur auf 7-8 dz/ha, die Getreideaufbringung auf etwa 6 Mill. t gegenüber 4 Mill. t im Vorjahre und der Gesamternteertrag auf 12-13 Mill. t zu schätzen sein.

Daß die staatliche Getreideabgabe dies Jahr nicht mehr im Umlageverfahren und je nach Willkür der Getreideaufbringungsorgane erhoben wurde, sondern daß eine bestimmte Menge (je nach den Gebieten 3-4 dz/ha, von den Einzelwirten 10-15% mehr) von der zur Bestellung aufgegebenen Ackerfläche abzuliefern war, gab einen besonderen Anreiz für die Bodenbearbeitung und die Ernte. In wiederholten Kundgebungen hat die Regierung betont, daß nach Leistung dieser Naturalabgabe und sonstiger Verpflichtungen die Überschüsse für den eigenen Bedarf und freihändigen Verkauf zur Verfügung stehen sollen. Wie sich nun nach beendeter Getreideaufbringung dies auswirkt, ist noch nicht klar zu übersehen, da der freie Handel vorerst als Spekulation untersagt war, bis die Saatgutfonds und sonstige Rücklagen gebildet sind. Erst jetzt ist für einige Gebiete, (Dnepropetrowsk, Charkow, Winnitza, Tschernigow und Moldaurepublik) der Handel freigegeben worden. Immerhin haben die Kollektivmitglieder stellenweise bereits größere Getreidemengen zur freien Verfügung erhalten. Für den als Einheit gerechneten Arbeitstag sollen in der ganzen

Ukraine

Ukraine durchschnittlich 4 – 6 kg, drei bis vier mal mehr als im Vorjahre, gezahlt werden, im Charkower Gebiet mit 4,7 kg drei mal mehr als im Vorjahre, in Kollektiven anderer Gebiete mit zunächst errechneten 12 – 14 kg auch acht bis zehn mal mehr als im Vorjahre. Als Ergebnis dieses Kampfjahres wird allseitig der beginnende „Wohlstand" der Kollektivmitglieder betont, in der Presse erscheinen Bilder einzelner Familien und Aufzählungen der ihnen durch die Kollektivarbeit zugeflossenen Beträge.

Da die Hauptarbeit in diesem Jahr auf die Getreideernte konzentriert wurde, haben die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse weniger gute Ergebnisse gehabt. Bis zum 1. Oktober waren an Heu nur 75% des Planes und weniger als im Vorjahre bereit gestellt. An Gemüse wurden zwar 74% mehr als im Vorjahre eingebracht, aber der diesjährige Plan nur zu 70% erreicht. Von der Kartoffelanbaufläche blieben 300.000 ha unbestellt und Mitte November war der Ablieferungsplan nur zu 50% erfüllt. Die Bearbeitung der Sonnenblumen war mangelhaft und die Voranschläge dürften nicht erreicht werden. Mit Sojabohnen wurde nur die Hälfte der planmäßigen Anbaufläche von 400.000 ha bestellt. Die Zuckerrübenanbaufläche war auf 855.000 ha herabgesetzt, bis Anfang Dezember sollen 98,1% der Zuckerrüben ausgegraben, hiervon jedoch nur 80% von den Feldern eingebracht sein.

Um das mit so vielen Mühen Erreichte zu erhalten und die E r n t e d e s n ä c h s t e n J a h r e s

zu

zu sichern, erläßt die Partei schon jetzt eingehende Weisungen. Die großen Kollektivwirtschaften, die bis zu 900 Höfe und 3.000 ha umfassen, sollen in kleinere Kolchose aufgelöst und die Verwaltungskosten, die bis zu 30% des Einkommens der Kollektivmitglieder beanspruchen, herabgesetzt werden. Die Maschinen-Traktoren-Stationen, die bis zu 80.000 ha bedienen, sollen sich auf 25 - 30.000 ha und 20 - 25 Kollektivwirtschaften beschränken. Zur Zeit bestehen 4650 solcher Stationen in der Ukraine mit 48.500 Traktoren, 4 200 Mähdreschern, 30.000 Dreschmaschinen und 8.000 Lastkraftwagen. Die Traktoren werden nur zu 60% ausgenutzt und sollen mit der nötigen Sorgfalt rechtzeitig ausgebessert werden, das technische Personal ist zu vergrößern und besonderes Gewicht auf die Qualität des Arbeiters zu legen. Der Pflege und Fütterung der Pferde soll besondere Aufmerksamkeit zugewandt und die Verunkrautung der Felder energisch bekämpft werden. Die Arbeitsdisziplin wird mit Recht als entscheidend bezeichnet, zu ihrer Hebung sind daher alle Kräfte anzusetzen; in einen Kollektiv von 750 Mitgliedern sollen täglich 100 die Arbeit versäumt haben.

Die O p f e r , mit denen die größeren Getreidemengen aufgebracht sind, sind furchtbar. Selbst wenn der „Sieg über den Durchbruch in der Landwirtschaft" für die Sicherung der diesjährigen Volksernährung und für die Durchführung des Systems noch so hoch bewertet wird, stehen sie vom allgemeinen menschlichen Standpunkt aus

gesehen

gesehen in keinem Verhältnis zu den Erreichten. Die Hungersnot hat in der Ukraine unter der Bauernschaft Millionen Todesopfer gefordert. Sieben Millionen(nach einer vertraulich mitgeteilten amtlichen Feststellung) dürften nicht zu hoch geschätzt sein und das bedeutet, daß ein Viertel der Bauernbevölkerung vernichtet ist, auch in Vergleich zu den Opfern des Weltkrieges eine erschreckende Zahl. Die Überlebenden sind zum Teil noch ausgehungert und geschwächt für die notwendige harte Arbeit. In der Landbevölkerung herrscht die Überzeugung, daß die Sowjetmacht die Hungersnot zwar nicht absichtlich herbeigeführt, aber doch bewußt als Mittel für die Durchführung ihrer Pläne benutzt hat, um die Widerstände gegen das System und die Abneigung gegen die kollektivistischen Arbeitsmethoden zu brechen. Eine Hungersnot wurde amtlich überhaupt abgeleugnet, selbst den am meisten bedrohten Rayons wurde nicht geholfen und die Hilfeleistung des Auslandes als unnötig bezeichnet oder widerstrebend geduldet. Die Partei trägt eine schwere Verantwortung. Die neben der technischen Durchführung der Getreidekampagne einhergehenden innerpolitischen Kämpfe zeigen, wie ernst die Lage war und wie das verzweifelte Volk in seinen besten Schichten Ausswege aus der Not, aus der immer schlechter gewordenen materiellen Lage und den als deren tiefere Ursache erkannten Fehlern des Systems, suchte. Der Ausgang dieses Kampfes zwischen der Partei und dem Volke hat wiederum die große Überlegenheit der über die Machtmittel

des

des Staates verfügenden Parteiorganisation gezeigt, der auch die Millionen Todesopfer kein zu hoher Preis waren, um die Bauern endgültig in das kommunistische System einzubeziehen. Ob sie dieses Ziel wirklich erreicht hat, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Selbst wenn die E r n t e u m e t w a 20% b e s s e r als die vorjährige sein sollte, s o w i r d d i e s k a u m d e r B e v ö l k e r u n g f o r t a n e i n a u s k ö m m l i c h e s o d e r g a r w o h l h a b e n d e s L e b e n s i c h e r g e w ä h r l e i s t e n, zumal doch die Ansprüche des Staates an den Ernteertrag keineswegs geringer werden. Wenn weiter von der niedergerungenen Bauernschaft kein Widerstand zu erwarten ist und sogar angenommen wird, daß sie arbeitswillig sich dem System angepasst hat und die Kollektivwirtschaften mit besseren Arbeitsmethoden und ausreichender Maschinenversorgung sich festigen, so können doch andere Gefahrmomente, wie etwa eine Mißernte, das jetzige Bild ändern. Schon jetzt sind bei den geringen Schneefall und starken Frost die Aussichten für das Durchkommen der Wintersaat nicht günstig. Jetzt kann nur festgestellt werden, daß die ukrainische Ernte besser als die vorjährige und eine Mittelernte war. Die Lebensmittelversorgung der Bauern, wenigstens soweit sie als Kollektivmitglieder oder Einzelwirte mit genügend großer Landzuteilung unmittelbar Anteil an den Ernteertrag haben, ist besser geworden und auch die Versorgung der Städte mit Erzeugnissen der

Landwirtschaft

Landwirtschaft, wenn auch zu hohen Preisen, zeigt eine merkliche Entspannung. Ob und inwieweit die Ernte genügen wird, weiterhin die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen, hängt davon ab, wie groß die Überschüsse sind, wie sie versandt werden und ob auch die nicht kaufkräftigen, durch rigorose Fortnahme von Land und Getreide, Abbau der Industrie und sonstige Maßnahmen entwurzelten Schichten der Bevölkerung durch Arbeitsbeschaffung an ihnen teilhaben werden.

Industrie

Die I n d u s t r i e in der Ukraine zeigt in diesem Jahre ein verhältnismäßig ruhiges Bild, da die Landwirtschaft alle Kräfte in Anspruch nahm und die Peitsche des Fünfjahrplans fehlt. Die Ergebnisse sind nicht klar zu übersehen, da meist nur die erreichten Prozentziffern der Voranschläge, weniger die erfüllten Mengen, mitgeteilt werden und die Planziffern selbst nicht immer genau festzustellen sind. Da die Ergebnisse des ganzen Jahres noch nicht vorliegen, darf hierüber später berichtet werden. Das Tempo des Baues oder Umbaues der Werke hat nachgelassen, hauptsächlich bedingt durch den Mangel an Geld, Valuta und Baumaterialien. Die Arbeitsergebnisse und Arbeitsdisziplin lassen noch immer sehr zu wünschen übrig, wirkliche Fortschritte sind erst zu erwarten, wenn die Lebensverhältnisse der Arbeiter durchgreifend gebessert werden können, nicht nur die Ernährung, die von der diesjährigen Notlage nicht unberührt bleiben konnte, sondern auch die Unterbringung und die Versorgung mit Kleidung

dung und Waren des täglichen Bedarfs. Erst höhere Leistungen der Leichtindustrie werden der Arbeiterschaft wie der Bauernbevölkerung das Vertrauen geben können, daß nach allen Opfern und Entbehrungen des ersten Fünfjahrplans wenigstens die notwendigsten Lebensbedürfnisse von der Sowjetstaat befriedigt werden. Wenn die Regierung glaubt, die Krise in der Landwirtschaft überwunden zu haben und demnächst mit der Feststellung des zweiten Fünfjahrplans das Tempo der Industrie wieder beschleunigt werden sollte, ergeben sich jedenfalls auf diesen Gebiete dringende und dankbare Aufgaben. Die Gesamtproduktion der ukrainischen Industrie ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um 3,8 mal und in den letzten fünf Jahren um 2,5 mal gestiegen. Die Erzeugung der Schwerindustrie, deren Anteil an der Gesamtindustrie jetzt 57,8% beträgt, hat sich gegen die Vorkriegszeit um vier mal, die der Leichtindustrie um drei mal vergrößert. Im Laufe des ersten Fünfjahrplans wurden in die ukrainische Industrie 5,3 Milliarden Rubel, davon über 4 Milliarden in die Schwerindustrie, investiert.

Der Kohlenbergbau des Donezbeckens hat in den ersten zehn Monaten d.J. den Voranschlag zu 94,4% erreicht und die Monatsförderung von 3.455.300 t auf 3.754.655 t, davon 2.895.488 t mechanisierter Förderung, gebracht, bei einer durchschnittlichen Monatsleistung eines Bergarbeiters in Oktober von 41.8 t. Die ukrainische

Kohlenförderung

Kohlenförderung ist von 18% der deutschen im Jahre 1913 auf jetzt 40% gestiegen. Im Vergleich zu den Leistungen des Vorjahres beträgt die diesjährige Förderung des Donezbeckens nach amtlichen Angaben im ersten Viertel 95,4%, im zweiten Viertel 108,2%, im Juli 124,8%, im August 132,9% und im September 134,5%, zeigt also steigende Ziffern.

Die H ü t t e n w e r k e , für die in diesem Jahre 700 Mill. Rubel aufgewandt sind, zeigen folgende Produktion in Tonnen:

	1931	1932	1933 (Plan)
Roheisen	3.253.000	3.937.000	5.432.000
Stahl	2.720.000	2.870.000	4.037.000
Walzeisen	2.181.000	2.280.000	3.087.000

In letzter Zeit sollen die Planziffern im allgemeinen erreicht worden sein.

Von größeren F a b r i k e n wurde in Charkow das Turbinenwerk erbaut, dagegen konnten die Lokomotivfabrik in Lugansk, die Maschinenbauwerke in Kramatorskaja und das Industriekombinat in Saporoshje bisher nicht beendet werden. Die Charkower Werkzeugmaschinenfabrik ist noch nicht fertiggestellt, hat aber teilweise mit der Produktion begonnen. In überraschend kurzer Zeit ist in der Nähe Charkows eine sehr große Flugzeugfabrik errichtet, die, anscheinend mit allen technischen Hilfsmitteln wohl ausgerüstet, Zivil- und Militärflugzeuge baut; das kürzlich verunglückte Großflugzeug war ein Erzeugnis dieses Werkes.

Werkes.

Die A r b e i t e r z a h l der ukrainischen Industrie ist von 642.000 i.J. 1914 auf 1.218.000 Arbeiter in d.J. angewachsen.

In den verflossenen neun Monaten d.J. stieg die Produktion der Schwerindustrie um 6,2% gegenüber dem Vorjahr, die des Maschinenbaus um 24,1%, blieb jedoch unter den Planziffern erheblich zurück. Es ist gelungen, einen Rückgang in den Leistungen der Schwerindustrie durch Bekämpfung der Arbeiterabwanderung und durch verbesserte Arbeitsorganisation zu verhindern. Die diesjährige Abwanderung im Kohlenbergbau beträgt Zeitungsmeldungen zufolge 10,6% gegen 15,1% im Vorjahr und in der Eisenerzindustrie 12,5% gegen die vorjährigen 16,1%. Ein Hauptmittel zur Bekämpfung der Arbeiterabwanderung im Donezgebiet, die Schaffung besserer Lebensverhältnisse, ist jedoch bisher vernachlässigt worden. Von den für diese Zwecke bewilligten Mitteln in Höhe von 220 Mill. Rbl. wurden nur 44 Mill. ausgegeben und in neun Monaten d.J. wurde nur die Hälfte der geplanten Wohnungsbauten ausgeführt.

Groß sind die Verluste der Industrie durch die häufigen Stillstände der Anlagen. In acht Monaten d.J. haben die Martinöfen 30,3% der für sie vorgesehenen Betriebszeit stillgestanden, die Öfen des Bessemerverfahrens 27,3% und die Hochöfen 5%, die Hauptwerkstätten des Charkower Traktorenwerks im ersten Halbjahr 23%. Der Grund liegt in den häufigen Beschädigungen der Anlagen, die durch mangelhafte Kenntnisse und Nachlässigkeit des Personals verursacht sind.

Die

Die gesamte Industrie soll in den acht Monaten d.J. die S e l b s t k o s t e n um 2,2% gesenkt haben. Auf einer Reihe von Unternehmen sind jedoch die Selbstkosten gestiegen, so im Trust der Bergbauanlagen um 3,8%, in der Vereinigung „Stahl" sind sie gleichfalls höher als im Vorjahr. Auch im Bergbau sind die Selbstkosten noch sehr hoch geblieben.

Die ukrainische L e i c h t i n d u s t r i e arbeitet im Vergleich zum Vorjahr besser, und hat in den letzten neun Monaten d.J. ihren Plan zu 83,7% ausgeführt, doch wird die Qualität der Erzeugung noch sehr bemängelt. Der Prozentsatz der Ausschußware, bei deren Feststellung durchaus nicht rigoros verfahren wird, erreicht auf manchen Fabriken sehr hohe Ziffern, z.B. Konfektionsfabrik in Dnepropetrowsk im September 92,5%, Charkower Textilfabrik im Juli 10,3% und im September 18%.

erpolitisches Die Lage in der Ukraine zu Anfang dieses Jahres, die unbefriedigenden Ergebnisse der vorjährigen Getreidekampagne und die wachsende Mißstimmung der notleidenden Bevölkerung beunruhigten die Moskauer Zentralstellen, die für diese Krise die „ungenügende bolschewistische Wachsamkeit" der ukrainischen Parteiorganisation verant-

wortlich

wortlich machten, derart, daß zur Stärkung des Parteiapparates und um die Ukraine fest in der Moskauer Generallinie zu halten, Postyschew von Moskau nach Charkow als Sekretär des ukrainischen Parteikomitees entsandt wurde. Neben den immer mehr zurücktretenden Generalsekretär der ukrainischen Partei Kossior und unter Mitwirkung des bewährten GPU-Leiters Balitzki, dessen Verdienste um die Aufdeckung staatsfeindlicher Umtriebe noch kürzlich in der Presse betont wurden, entfaltet Postyschew eine sehr rege Tätigkeit, um im Sinne der Parteizentrale mit eisernem Besen in Stadt und Land Ordnung zu schaffen. Er ist im Laufe d.J. zur Zentralfigur des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens geworden und hat einen derartigen Einfluß gewonnen, daß er unbestritten der mächtigste Mann ist, als Vertrauensmann Stalins der Stalin der Ukraine. Überall steht er im Vordergrunde mit seinen richtunggebenden Reden, seine Stimme ist ausschlaggebend und wird in allen Fragen gehört bei ihm liegt die Initiative und Entscheidung, ob es sich um wichtige Parteifragen, Richtlinien für die Landwirtschaft und Industrie oder um Fragen der Veränderung und Verschönerung des Stadtbildes handelt. Hierdurch und weil er bei verschiedenen Gelegenheiten zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung diktatorisch eingreift, ist er schnell bekannt geworden. Bezeichnend ist daß zum Jahrestage der Oktoberrevolution aufgetauchte Gerücht,

Gerücht, die Hauptstadt Charkow solle in „Postyschew" umbenannt werden.

Der jetzt gefeierte „Sieg der Sozialisierung der Landwirtschaft" wird zum großen Teil mit Recht Postyschew und seiner rücksichtslosen Tatkraft zugeschrieben und so konnte er dies letzthin mit den in diesem Jahre auf landwirtschaftlichem Gebiete Erreichten sich für befriedigt erklären, wobei er es nicht unterließ, auf die bedeutende Hilfe der Moskauer Parteileitung bei der Überwindung der Schwierigkeiten hinzuweisen.

Als weitere besonders wichtige Aufgabe dieses Jahres wurde die Bekämpfung der ukrainischen n a t i o n a l i s t i s c h e n S e l b s t ä n d i g k e i t s b e s t r e b u n g e n angesehen. Unter Berufung auf die verfassungsmäßigen Rechte der Ukraine, als Bundesrepublik ihre eigene Sprache und Kultur zu pflegen, hatte unter dem früheren Volkbildungskommissar Skrypnik die ukrainische Sprache immer mehr an Verbreitung gewonnen, insbesondere als Amtssprache und in den Schulen, der Presse und Kunst. Die Moskauer und Charkower Parteileitungen glaubten Anlaß zu der Befürchtung zu haben, daß diese U k r a i n i s i e r u n g sich nicht allein auf das kulturelle Gebiet beschränke, sondern auch Bestrebungen nach größerer Selbstverwaltung oder gar Loslösung vom Rätebund Vorschub leiste. In rücksichtsloser Weise und nach einer Kesseltreiben gegen den um die kommunistische Partei hochverdienten Skrypnik, der schließlich

freiwillig

freiwillig aus dem Leben schied, wurde zunächst der bisherige Kurs der Ukrainisierung geändert mit der Begründung, durch die Verbreitung der ukrainischen Sprache sei die russische als Sprache einer nationalen Minderheit in der Ukraine ungebührlich zurückgedrängt worden. Die russische Sprache gewinnt wieder an Boden und bei der diesjährigen Revolutionsfeier hielten die Vorsitzenden des Stadtrats und des Allukrainischen Vollzugsausschusses ihre Reden in russischer Sprache.

Immer deutlicher werden die Darstellungen der Partei und Regierung, insbesondere die Ausführungen Kossiors und Postyschews auf der Novembertagung der ukrainischen Partei, daß hinter der Ukrainisierung auf sprachlichem Gebiete weitergehende L o s l ö s u n g s b e s t r e b u n g e n gestanden haben. Wenn Skrypnik bei seinem Tode als ein Opfer der Machenschaften seiner gegenrevolutionären nationalistischen Umgebung hingestellt wurde, so wird er jetzt als Spitze der nationalen Bewegung bezeichnet unter Hinweis darauf, daß er bereits im Jahre 1923 sich gegen die Bildung eines Bundes der Sowjetrepubliken ausgesprochen habe. Skrypnik und seinen Anhängern wird insbesondere eine galizisch-westukrainische Orientierung vorgeworfen mit dem Ziele „los von Moskau", das auch der ukrainische Schriftsteller Chwylewoi verfolgte. Die Mehrzahl der Nationalisten sei aus Prag und Galizien nach der Ukraine gekommen; auch Parteimitglieder, wie der bisherige hiesige stellvertretende Bevollmächtigte des Außenkommissariats, hätten sich unter ihnen befunden.

Das

Das weitere Ziel der Nationalisten soll die Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion mit deutscher und polnischer Hilfe gewesen sein und bereits eine vollständige Mitgliederliste der Regierung einer selbständigen Ukraine vorgelegen haben. Mit diesem Programm seien tätig gewesen das sog. ukrainische Nationalzentrum mit dem früheren Vorsitzenden der Zentralrada Professor Hruschewsky an der Spitze sowie die zu Beginn d.J. aufgedeckte, aus dem Auslande von Konovalez geleitete gegenrevolutionäre nationalistische Organisation unter Maximowitsch, einem früheren Beamten des Außenkommissariats, dem ehemaligen Warschauer Gesandten und ukrainischen Volksbildungskommissar Schumski und dem Leiter der ukrainischen Sowjetenzyklopädie Belenjki. Prof. Losinski wurde auf das Geständnis, dieser mit russischen Sozialrevolutionären, grusinischen Menschewisten und weißrussischen Nationalisten auf den Sturz der Sowjetregierung hinarbeitenden Organisation angehört zu haben, auf zehn Jahre verbannt. Kosoris, ein Mitglied dieser Organisation, soll ausgesagt haben, Deutschland beteiligt sich zusammen mit Frankreich und Polen an einem Feldzuge gegen die Sowjetunion und erhalte dafür von Polen die deutschen abgetrennten Gebiete und den Korridor zurück, wogegen Polen nach der Eroberung der Sowjetukraine einen Teil von Litauen und als Einflußsphäre die Ukraine rechts des Dnepr mit einem Ausgang zum Schwarzen Meer bekommen solle, die Ukraine

links

links des Dnepr gerate unter den Einfluß Deutschlands, das dann die Reichtümer des Donezbeckens ausbeuten könne. Die verhafteten Galizier werden angeschuldigt, einer geheimen Zweigstelle der west-ukrainischen UVO (ukrainische Militärorganisation) angehört zu haben, die bereits militärische Kaders und terroristische Gruppen gegründet habe. Der verhaftete Professor Wassilkovsky gab unter den Druck der GPU zu, von dieser Oraganisation 20.000 Rubel zur Beschaffung von Dynamit erhalten zu haben, wonach er auf fünf Jahre verbannt wurde. Der Leiter des ukrainischen Staatsverlages Oserski, der an der Spitze der ukrainischen Hauptverwaltung der Wissenschaften die Beziehungen zu der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gepflegt hatte, wurde seines Postens als Kollegiumsmitglied des Volksbildungskommissariats enthoben und wegen angeblicher Beziehungen zu der UVO kürzlich verhaftet. Weiter soll eine Organisation der ukrainischen linken Sozialrevolutionäre aufgedeckt sein, die ihre Kräfte in der Zeitschrift „Tschernowy Schljach", im Landwirtschaftskommissariat und anderen Behörden sowie in den staatlichen Kursen der Ukrainisierung untergebracht habe. Ein kürzlich verhafteter Tschernigower Parteifunktionär habe gestanden, im Auftrage einer polnischen Militärorganisation in die Partei eingetreten zu sein, um unter der polnischen Bevölkerung der Ukraine zu agitieren. Der Historiker Jaworski, früherer österreichischer Heeresangehöriger, Professor an der Charkower Marx-Lenin-Institut, soll als Agent des polnischen Nachrichtendienstes

die

die Lostrennung der Ukraine mit Hilfe des deutschen und polnischen Fascismus theoretisch vorbereitet haben und bei einem Fluchtversuch an der finnländischen Grenze erschossen worden sein. Es verlautet, daß auch der seit 1921 dem auswärtigen Dienst angehörende ehemaliger Prager Sowjetgesandte Kaljushny erschossen sei, wogegen die beiden als Hauptverschwörer geltenden früheren Sekretäre Skrypniks Erstenjuk und Badan noch am Leben sind. Der langjährige Direktor des hiesigen ukrainischen Schauspielhauses Kurbas mußte wegen nationalistischer Tendenzen zurücktreten und das Schauspielhaus seinen Spielplan umstellen, während das vor einigen Wochen in Charkow neu eröffnete russische dramatische Theater, das künstlerisch noch nichts geleistet hat, bereits durch besondere Verordnung des Volksbildungskommissariats belobigt wurde und die Aufgabe erhielt, ein Mustertheater für die gesamte Ukraine zu werden. Sämtliche Posten des Volksbildungskommissariats sind mit zuverlässigen Anhängern Moskaus besetzt worden, die eine scharfe Entukrainisierungs- und Russifizierungspolitik durchführen. Nach Postyschews Angaben wurden im Laufe d.J. allein über 2 000 Personen im Bereiche des Volksbildungskommissariats, über 300 Wissenschaftler und Schriftleiter, 1000 Funktionäre in den Kooperativen und Getreideaufbringungsstellen und über 200 Staatsangestellte in acht Zentralbehörden als nationalistische weißgardistische Elemente ihres Postens enthoben.

hoben. Die Verfolgungen scheinen anzudauern. Wie verlautet, wurden in den letzten Tagen verhaftet der ehemalige Volkskommissar der Justiz Poraiko und der frühere Stellvertreter des Bildungskommissars und danach des Justizkommissars Prichodko, der in dem Prozesse gegen den Bund zur Befreiung der Ukraine Vorsitzender des Gerichts gewesen war.

Die Regierung soll es vorgezogen haben, auf den allgemein erwarteten großen Schauprozeß gegen die ukrainischen Nationalisten zu verzichten und die Bewegung im Administrativverfahren der GPU unschädlich zu machen, da sie von einem Prozeß, der das Bestehen einer weitverzweigten antisowjetischen nationalen Organisation, drei Jahre nach der Vernichtung des Bundes zur Befreiung der Ukraine, hätte offenkundig werden lassen, einen ungünstigen Eindruck auf die Öffentlichkeit des In- und Auslandes erwartete. Weiteren Zweifeln an der Beständigkeit der Sowjetmacht in der Ukraine soll auch mit Rücksicht auf die angeblichen Interventionspläne Deutschlands nicht noch mehr Vorschub geleistet werden. Ohnehin werden Stimmen der Verwunderung laut, daß die Selbständigkeitsbewegung in der Presse so breit besprochen wird, längst begrabene Hoffnungen auf größere Freiheit werden wieder wach, besonders auch auf dem Lande.

Selbstverständlich wird die S ä u b e r u n g d e r P a r t e i , die Mitte Dezember beendet sein soll, benutzt werden, den jetzigen Kurs zu sichern; umsomehr

sowehr, als angenommen wird, daß die ukrainische Partei, deren Mitgliederzahl von 231.360 Mitgliedern Anfang 1929 auf 550.433 zu Beginn d.J. gestiegen ist, hauptsächlich durch die bei politischen Anlässen erfolgten Massenaufnahmen, viele überflüssige Elemente umfasst. Bisher wurden von 120.000 Mitgliedern 27.500 aus der Partei ausgeschlossen.

Die Charkower Parteitagung hat am 22. v.M. in einer spaltenlangen Entschließung zu der Frage der ukrainischen N a t i o n a l p o l i t i k Stellung genommen und u.a. ausgeführt: für die Nationalpolitik des Kommunismus seien Stalins Worte maßgebend, daß die Revolution nicht unter der Flagge des Nationalhasses, sondern unter der brüderlichen Annäherung der Arbeiter und Bauern der Nationalitäten der Sowjetunion nicht im Namen des Nationalismus, sondern im Namen des Internationalismus durchgeführt sei. Die bolschewistische Ukrainisierung müsse sich sowohl gegen den großrussischen Chauvinismus wie gegen den ukrainischen Nationalismus richten. Der großrussische Chauvinismus bleibe nach wie vor die Hauptgefahr; dies widerspreche in keiner Weise der Tatsache, daß in einigen Republiken der Sowjetunion und besonders in der Ukraine im gegebenen Moment der örtliche, ukrainische Nationalismus, der sich mit der imperialistischen Intervention zusammenschließe, die Hauptgefahr darstelle. Beide würden von der gesamten Gegenrevolution, auch von den Trotzkisten, unterstützt und fänden sich in den Bestreben

streben zusammen, die Ukraine von der Sowjetunion loszutrennen. Jeder, der die Verbindung der Ukraine mit der Sowjetunion selbst im geringsten Maße zu schwächen versuche, „werfe das ukrainische Volk den polnischen und deutschen Gutsbesitzern und Kapitalisten zum Fraße vor". Diese neueste Verlautbarung scheint in gewisser Weise das Steuer wiederum etwas umzulegen, durch die betonte Ablehnung des „großrussischen Chauvinismus" und u.a. durch die Anordnung, daß die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin möglichst bald in ukrainischer Sprache herausgegeben werden sollen.

Die Beziehungen des Rätebundes zur Ukraine zeigen also nicht unbedingte Folgerichtigkeit und Vertrauen und die Art und Weise, wie die Sowjetzentralstellen das ukrainische Volk behandeln, ist von den Zarenregime nicht sehr verschieden. Die Bundesverfassung und die Sowjetgrundsätze versprechen eine gewisse Selbständigkeit, von der diese zweitgrößte Bundesrepublik, mit einem Gebiet nicht viel geringer als das Deutschlands und einer Einwohnerzahl fast wie die Preußens, selbst nur auf kulturellen Gebiet einen bescheidenen Gebrauch gemacht hat. Die Verfügung über die natürlichen Reichtümer des Landes ging frühzeitig verloren, in den bisher wichtigsten Industriegebiet des Rätebundes, den Donezbezirk, lag von Anfang an die Leitung der Industrie als Bundesangelegenheit in der Hand Moskaus, mit den durch den neuen Bau der neuen Bahn-

linie

linie, unmittelbare Fernsprechverbindungen usw. noch festere Verbindungen hergestellt werden; mit der Einbeziehung der ukrainischen Bauern in die Kollektivierung wird der besonderen Besitzverteilung des Landes nicht Rechnung getragen. Die meisten und wichtigsten Volkskommissariate sind nacheinander in Verwaltungen der Bevollmächtigten der Bundeskommissariate umgewandelt, die maßgebenden Verwaltungsposten werden von Moskau aus oder in dessen Einverständnis besetzt, das also alle Kommandohöhen in der Hand hat. Selbständigkeitsbestrebungen, die sich gegen diese jedes Jahr größer werdende Abhängigkeit richten, sind verständlich und ihr Bestehen ist nicht zu leugnen, aber außer den reichlich allgemein gehaltenen Darstellungen der Parteispitzen liegen, solange das Material nicht im einzelnen bekannt gegeben wird, keine Anhaltspunkte vor, die auf wirklich ernst zu nehmende gegenrevolutionäre separatistische Absichten in nennenswertem Umfange schließen lassen. Maßgebende ukrainische Politiker wie Skrypnik und andere Spitzen der ukrainischen Regierung haben nicht immer die Moskauer Richtlinien gebilligt, insbesondere gegen die Agrarpolitik Bedenken gehabt und aus ihrer Beurteilung der besonderen Verhältnisse des Landes mehr freie Hand gewünscht. Sie sind und waren jedoch alle überzeugte und erprobte Kommunisten und es ist nicht anzunehmen, daß sie den Gedanken einer Loslösung vom Rätebund näher getreten sind. Viele der jetzt verfolgten Männer des geistigen Lebens, darunter auch aus

den

den polnischen Galizien stammende Ukrainer, die seit Jahren als eifrige Parteianhänger in den hiesigen Kulturleben eine Rolle spielten, haben, soweit sich das bis jetzt übersehen lässt, offenbar in guten Glauben mit Hingabe sich der Aufgabe gewidmet, die ukrainische Muttersprache zu fördern und verschüttete Kulturgüter wieder ans Licht zu bringen. Diese Kreise weisen den Verdacht hochverräterischer separatistischer Bestrebungen weit von sich und sind der Auffassung, daß ihre Kulturarbeit von der Partei als „nichtbolschewistische Ukrainisierung" verfolgt werde und daß der gegen sie geführte Schlag gegen die ukrainische Intelligenz gerichtet sei. Wenn nach einer Parteidefinition die ukrainische Kultur der Form nach national, dem Inhalt nach sozialistisch sein soll, so wird augenscheinlich zur Zeit der größere Wert auf den Inhalt gelegt, nachdem jahrelang ohne Beanstandung die nationale Form gepflegt werden durfte.

Alle Beobachtungen hier lassen kaum ein ausgeprägtes ukrainisches Nationalbewußtsein oder gar eine die Loslösung aus nationaler Überzeugung ernsthaft verfolgende Bewegung im Volke erkennen, dagegen eine allgemeine, besonders im Bauerntum und den gebildeten Bürgerkreisen tief verwurzelte antisowjetische und a n t i k o m m u n i s t i s c h e S t i m m u n g , mangl in letzten Jahre in Zusammenhang mit der Hungersnot im Lande und dem Umschwung in Deutschland. Die große Notlage, unmittelbar nach den mit so großen Opfern und Erwartungen durchgeführten

durchgeführten ersten Fünfjahrplan, war wohl geeignet, in allen Schichten der Bevölkerung tiefe Unzufriedenheit und Enttäuschung hervorzurufen, und das neue Deutschland, das gerade von dem marxistischen System sich entschieden lossagte, zog nicht nur Blicke des Neides auf sich, sondern ließ mit erneuter Kraft ein Ende des Systems herbeisehnen und weckte auch hierzulande Hoffnungen auf einen Umschwung. Soweit Loslösungsbestrebungen überhaupt bestehen mögen, werden sie in erster Linie aus der allgemeinen Mißstimmung und Abneigung gegen das Sowjetregime entspringen und also als Mittel zum Zweck zu verstehen sein, weniger aus dem Wunsche, mit den anderen Teilen des ukrainischen Volkes sich zu vereinigen. Die Zentralstellen der Partei haben sicherlich die aus der Not dieses Jahres erwachsene Unzufriedenheit in der Ukraine wohl erkannt und, um den Sowjetstaat in seinem Gefüge intakt zu erhalten, nach Schuldigen außerhalb des Systems gesucht. Das Judentum insbesondere, das mit 5,4% der Bevölkerung (gegenüber 80% Ukrainern, 9,2% Russen, 1,6% Polen und 1,4% Deutschen) die Ukraine stärker als die anderen Bundesrepubliken durchsetzt, überall in herrschenden Stellen anzutreffen und verhasst ist, muß aus Selbsterhaltungstrieb sich gegen eine nationale Bewegung und gegen eine Loslösung wenden. Es hat den Anschein, daß die rücksichtslose B e k ä m p f u n g d e r L o s l ö s u n g s b e s t r e b u n g e n e i n e A b l e n k u n g war, weniger gegen die Nationalisten und die angeblich hinter ihnen

ihnen stehenden Mächte gerichtet, als gegen einen im Lande gegen das System vielleicht zu erwartenden Rückschlag. In ähnlicher Weise haben ja in den letzten Jahren die längst nicht mehr vorhandenen Kulaken herhalten müssen, die von den Sowjetregime gemachten Fehler der Kollektivierung zu vertuschen. Wie bei anderen Gelegenheiten wurde der Bestand der Sowjetunion als von außen bedroht hingestellt und je nach Bedürfnis das ukrainische Nationalgefühl aufgestachelt durch die Hinweise auf die frühere polnische Herrschaft und die deutsche Besatzungszeit, sowie auf die Gefahr, das Land könne eine „Kolonie" ausländischer Mächte werden, um es danach wieder abzudämpfen, damit es der Festigung der Sowjetmacht nicht gefährlich werden könne. Unter diesen Umständen, wenn die Nationalitätenfrage dieses Jahr anscheinend mehr zwangsweise aus Gründen höherer Politik als aus innerer und tatsächlicher Berechtigung in den Vordergrund geschoben ist, können kein gerader Kurs und, wie die oben erwähnte Entschließung der Charkower Parteitagung zeigt, kein klarer Aufschluß über die nationalen Rechte und die weitere praktische Handhabung der Ukrainisierung erwartet werden. Wenn die Entschließung weiter Maßnahmen für notwendig hält, um unter der deutschen und polnischen Bevölkerung der Ukraine die bolschewistische Arbeit gegenüber den Faschistenelementen sicherzustellen, so erschöpft sich auch hier die Sorge um die nationalen Minderheiten in dem Bestreben, statt eines nationalen

kulturellen

kulturellen Eigenlebens die internationale proletarische Weltanschauung durchzusetzen. Die Nationalitätenfrage ist für die Partei nur von untergeordneter Bedeutung. Die Partei kennt nur das Ziel, ihre Macht zu festigen und dazu ihre Stellung als Bindeglied der verschiedenen Republiken und Völker auszugestalten. Auf diesem Wege ist sie dieses Jahr in der Ukraine durch die Tätigkeit Postyschews, durch die teuer erkaufte wenigstens vorläufige Überwindung der Krise der Landwirtschaft und durch die Behandlung und Auswertung der Nationalitätenfrage einen großen Schritt vorwärts gekommen. Die Ukraine aber muß feststellen, daß sie immer mehr ein Verwaltungsgebiet des Sowjeteinheitsstaates wird und daß(sie)nach der jahrhundertelangen Aufteilung auf Rußland und Polen auch das Sowjetregime etwaige Hoffungen auf ein eigenes nationales Leben mit allen Mitteln zunichte zu machen sucht; sie wird an den alten und neuen Sorgen des Bundes, die Festigung der Rätemacht, Planerfüllung, Sicherung der Volksernährung, Besserung der Lebenshaltung, auch im kommenden Jahre ihren vollen Anteil haben.

ußenpolitisches

Daß im Kampfe gegen die Nationalisten mit großer Bestimmtheit auf polnische Ansprüche hingewiesen wird, ist besonders bemerkenswert im Hinblick auf die sowjetisch-polnische Annäherung in diesem Jahre, und ein kleines Zeichen dafür, daß durch diese der alte Gegensatz zwischen Polen und der Ukraine noch keineswegs überbrückt ist. Es wird hier in amtlichen Kreisen natürlich nicht verkannt,

verkannt, daß der mit Polen geschlossene Nichtangriffspakt auch für den Rätebund, zumal in Hinblick auf die Spannung im fernen Osten, von außenpolitischem Nutzen ist; es scheint aber, daß die neue Freundschaft nicht mit demselben Enthusiasmus begrüßt wird, den Polen u.a. durch den Wechsel einiger amtlicher Vertreter in der Sowjetunion und durch die Fliegerbesuche zu beweisen für nötig hielt. Die Zurückhaltung in dieser Beziehung geht auf geschichtliche Erinnerungen zurück und zeigt wenigstens hierin, daß das ukrainische Nationalbewußtsein weder unter der Zarenherrschaft, die jede Selbständigkeit der Ukrainer grundsätzlich bekämpfte, noch unter dem Sowjetregime, das in ihm nur eine Vorstufe des Internationalismus sieht, ganz verschwunden ist. Eine vorübergehende Verstimmung brachte das Attentat auf das Sowjetkonsulat in Lemberg, aus dessen Anlaß die hiesige Presse die amtlichen polnischen Stellen beschuldigte, die Attentäter begünstigt zu haben, und auch hierbei im Hintergrunde gemeinsame deutsch-polnische Interventionsbestrebungen andeutete.

Das außenpolitische Hauptinteresse der Sowjetukraine richtete sich nach wie vor auf **D e u t s c h l a n d**, da von diesem nunmehr alle ausländischen Interventionspläne gegen den Rätebund und besonders gegen die Ukraine ausgehen sollen. Nicht nur in der Presse, sondern auch in Verlautbarungen der Partei und Regierung wurde

die

bis jetzt immer wieder auf diese angeblichen Angriffsabsichten und Verhandlungen mit ukrainischen Nationalisten und Emigranten, sowie auf Beziehungen zu der Berliner „Osteuropäischen Korrespondenz", den „Prisub" und den westukrainischen Zeitschriften der UNO hingewiesen. Auf der Festsitzung des Charkower Stadtrates anläßlich der Oktoberrevolution erwähnte der Präsident des Allukrainischen Vollzugsausschusses in seiner Rede in scharfen Worten den mittelalterlichen fascistischen Terror in Deutschland und bezeichnete den Reichstagsbrandprozeß, der den Zweck verfolge, die Schuld der kommunistischen Partei zuzuschieben, als eine große Provokation. Für Frankreich und Polen, deren Bourgeoisien ihr Verhalten gegen die Sowjetunion grundsätzlich geändert hätten, fand er freundlichere Worte. In allgemeinen kann jedoch gesagt werden, daß die amtlichen Stellen und die von ihren Weisungen abhängige Presse, weniger dagegen die Parteipresse, in gehässigen Ausfällen gegen Deutschland und insbesondere in der Greuelpropaganda bemerkenswerte Zurückhaltung geübt haben. Es ist das Bestreben unverkennbar, unnötige Verstimmungen zu vermeiden, und nach der Vernichtung der ukrainischen nationalistischen Bewegung liegt die Annahme nahe, daß die Hinweise auf Interventionsabsichten verschwinden und eine ruhigere Beurteilung zum Besten der beiderseitigen Beziehungen wieder Platz greift.

Wagner

Deutsches Konsulat

Kiew, den 15. Januar 1934.

II.4./J.Nr.348.

3 Durchdrucke.

Mit sicherer Gelegenheit!

Deutsche Botschaft Moskau Eing. Tgb. Nr. A 220 Anl.

Inhalt: Politischer Jahresbericht 1933.

I. Aussenpolitischer Teil.

Verhältnis zu Deutschland: Versteifung der offiziellen Atmosphäre. Wachsende Sympathien bei der Bevölkerung. Ablehnung durch Juden. Zwischenfälle. Deutschfeindliche Haltung der Presse. Keine vermehrten Schwierigkeiten in konsularischer Hinsicht. Lage der deutschen Staatsbürger heute noch günstiger als die der polnischen. Zukünftige Stellung Reichsdeutscher und Minderheitenpolitik. Kulturelle Entfremdung.

Verhältnis zu Polen: Misstrauen kaum verändert.

Besuche französischer Staatsmänner: Bei der Bevölkerung kein Gewinn für Frankreich.

Auswirkungen der Spannung im Fernen Osten.

II. Innerpolitischer Teil.

Innerpolitische Lage: Hungersnot bestimmt Haltung Regierung und Stimmung Bevölkerung. Verzweiflung und Erbitterung in Stadt und Land. Energischer Kampf der Regierung um Ernte und Getreidebereitstellung. Passsystem.

Partei: Feststellung von Mängeln. Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit bei Parteimasse. Scharfe Gegenmassregeln. Parteisäuberung. Politische Abteilungen. Krise bei Jungkommunisten.

Ukrainische Frage: Hungersnot vertreitet Kluft zwischen Moskau und Ukraine. Entsendung Postyschews. Kampf gegen Ukrainertum. Grossrussisch-kommunistischer Chauvinismus.

Minderheiten: Unerwünschte Verstärkung der ukrainischen Front. Massnahmen zu ihrer Schwächung. Isolierung von der Heimat. Propagandistische Bearbeitung.

Rechtswesen: Mildere Urteile bei Diebstahl staatlichen Eigentums. Härtere Justizpraxis bei Sabotage landwirtschaftlicher Kampagnen. Rückgang kriminellen Verbrechertums. Bewährung der Arbitragegerichte.

Bildungswesen: Gründung Kiewer Universität. Prüfungen in den Schulen. Deutsche Schule in Kiew versagt in deutscher Sprache.

Kirche

An

die Deutsche Botschaft

in Moskau.

A 39 e (Kiew)

Kirche: Keine Angriffe gegen Institution, aber Verfolgung der Geistlichen.
Gesundheitswesen: Starke Epidemien. Hungerschwellungen. Hygienefeldzug in Kiew. Schlechte Ausbildung der Aerzte. Mangel an Aerzten und Medikamenten.
Schlussbemerkung: Trotz aller Schwierigkeiten keine unmittelbare Gefahr für Sowjetstaat.

I. Aussenpolitischer Teil.

Verhältnis zu Deutschland.

Die führenden Sowjetpolitiker haben vor der Welt als eine der wichtigsten Ursachen für die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1933 die angeblich zweideutige Haltung Deutschlands in der ukrainischen Frage bezeichnet. Rückwirkungen einer so begründeten Lage konnten daher in einem ukrainischen Amtsbezirk einer deutschen Vertretung nicht ausbleiben. Unverkennbar ist die Atmosphäre um das Konsulat steifer geworden. Die Beziehungen mit den amtlichen Stellen sind zwar sehr höflich und korrekt, gehen aber über den üblichen dienstlichen und gesellschaftlichen Rahmen nicht hinaus. Nur in einzelnen Fällen ist es gelungen, mit einflussreichen Persönlichkeiten einen engeren Kontakt herzustellen. Als Folge der gegen Deutschland geführten Pressekampagne, der Verhaftungen Deutschstämmiger und der Ueberwachung durch die G.P.U. ist die Zahl der Sowjetbürger, die es wagen, mit dem Konsulat Beziehungen zu unterhalten, immer geringer geworden. Im Gegensatz hierzu haben in breiten Schichten der Bevölkerung, und zwar nicht nur

der

der ukrainischen und deutschstämmigen, sondern auch der russischen und sogar polnischen, die Sympathien für Deutschland seit dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung stark zugenommen. Wenn es sich hierbei meist auch um solche Kreise handelt, die mit dem Sowjetsystem innerlich nichts gemein haben und daher unter den gegebenen Verhältnissen politisch einflusslos sind, so darf doch nicht verkannt werden, dass sie die absolute Mehrheit des Volkes darstellen. Eine Sonderstellung nimmt die verhältnismässig grosse und -durch ihre zahlreichen Vertreter in Partei und Behörden- einflussreiche jüdische Minderheit ein. Sie steht dem neuen Deutschland mit Hass gegenüber und muss nach der nationalsozialistischen Erhebung mehr denn je als treue Gefolgschaft der Sowjetmacht gelten.

Leider hat es auch im Berichtsjahr nicht an bedauerlichen Zwischenfällen antideutschen Charakters gefehlt, wie sie allerdings -kaum weniger ernst- auch zu Zeiten bester deutsch-russischer Beziehungen vorgekommen sind.

Im einzelnen handelt es sich um folgende, aus der diesseitigen Berichterstattung bekannte Tatbestände:

Verbreitung eines Hetzplakates, durch das die deutschen Reichsfarben und Hoheitszeichen herabgesetzt wurden (Mai 1933);- Verächtlichmachung des Herrn

Reichs-

Reichskanzlers durch eine bösartige, von demonstrierenden Rotarmisten getragene Karrikatur (1.September 1933);-provokatorisch wirkende Anbringung eines deutschfeindlichen Plakates an einem behördlichen Hause gegenüber dem Konsulat (September 1933).-

In den genannten Fällen, die wohl in erster Linie innerpolitischen Bedürfnissen entsprungen sein dürften, haben die deutscherseits unternommenen Protestschritte schliesslich formell und praktisch zu einer Erledigung im Sinne unserer Beschwerden geführt.

Die Haltung der im Amtsbezirk erscheinenden Zeitungen entsprach derjenigen der hauptstädtischen Presse. Sie war ausgesprochen deutschfeindlich. Einer eigenen Stellungnahme haben sich die örtlichen Blätter -abgesehen von verschiedenen gehässigen Karrikaturen- im allgemeinen enthalten. Sie beschränkten sich vielmehr darauf, Auszüge aus Artikeln und Korrespondenzen abzudrucken, die in Moskau oder Charkow redigiert worden sind. Den Höhepunkt erreichte die Hetzkampagne während des Reichstagsbrandprozesses -aber auch hier in genauer Anlehnung an die entsprechenden Veröffentlichungen der grossen offiziellen Presseorgane.

Unbeschadet der oben skizzierten Grundstimmung muss indessen festgestellt werden, dass über das gewohnte Mass hinausgehende besondere Schwierigkeiten für die konsularische Tätigkeit dieser Behörde im Jahre 1933 nicht eingetreten sind. Die Sowjetstellen haben in einer Anzahl von Einzelfällen sogar mehr Verständ-

nis

nis und Entgegenkommen bewiesen,als nach der üblichen Praxis erwartet werden konnte.Dass es schwer und oft unmöglich ist,den Reichsdeutschen die ihnen nach den Verträgen zustehenden Rechte in vollem Umfange zu gewährleisten,ist eine altbekannte Erscheinung.Es ist in dieser Hinsicht aber nicht schlechter geworden als es schon in früheren Jahren gewesen ist.Gewiss will es hier zu Lande nichts bedeuten,dass die Reichsdeutschen von den Sowjetbehörden rücksichtsvoller behandelt werden,als ihre eigenen Staatsangehörigen;- bemerkenswerter ist schon,dass man auch heute noch mit unseren Landsleuten glimpflicher umgeht,als z.B. mit den polnischen Staatsbürgern.Dies mag seine Erklärung zum Teil darin finden,dass anscheinend von den Zentralstellen grundsätzliche Weisungen für eine verschärfte Verwaltungspraxis gegenüber deutschen Reichsangehörigen bisher nicht erlassen worden sind.Ausserdem ist offenbar bei vielen mittleren und unteren Sowjetinstanzen in diesem Grenzbezirk -vorausgesetzt,dass es sich nicht um jüdische Amtsträger handelt- die Erinnerung an die guten deutsch-russischen,ebenso wie an die schlechten polnisch-russischen Beziehungen noch so lebendig,dass sie einstweilen die derzeitige Lage noch für eine vorübergehende Erscheinung halten.

Die vorstehenden Feststellungen sollen nicht die Bedeutung der fortgesetzt notwendigen Beschwerden über die allgemeinen Verwaltungsmethoden der Sowjetbehörden gegenüber Reichsdeutschen,wie z.B. rigorose Steuer-

forderungen

forderungen, die Behandlung der Staatsangehörigkeitsfragen, Heranziehung zu Spanndiensten, Zwang zur Zeichnung von Staatsanleihen usw. entkräften. Sie werden vielmehr nur getroffen, um darzulegen, dass an sich die zahlreichen Uebergriffe unter den hiesigen Verhältnissen nicht als charakteristisch für eine veränderte politische Einstellung angesehen werden können.

Verhaftungen von Reichsdeutschen sind im Jahre 1933 im verhältnismässig geringer Anzahl erfolgt. Bis auf Emil Preuss, der zur Zeit seine Strafe für ein im Jahre 1932 begangenes politisches Vergehen verbüsst, sind innerhalb des Amtsbezirks zur Zeit keine Reichsdeutschen, deren Staatsangehörigkeit einwandfrei feststeht, der Freiheit beraubt. Der Fall Adolf Endert, der allerdings einen ungewöhnlichen Rechts- und Vertragsbruch der Sowjetbehörden darstellt, gehört zur Zeit nicht zur Zuständigkeit des Konsulats.

Wie sich die Lage der Reichsdeutschen des Amtsbezirks weiter gestalten wird, ist heute nicht abzusehen. Sie wird -ganz abgesehen von der allgemeinen Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen- künftig nicht ganz von der Politik zu trennen sein, die jetzt in Bezug auf die deutsche Minderheit betrieben wird. Das Deutschtum im Lande gilt heute als ein unbequemes Element. Mit Beunruhigung verfolgen Partei und Regierung die Wiedererstarkung der Volksverbundenheit zwischen den deutschstämmigen Sowjetbürgern und Deutschland. Ueber die Bedeutung, die hierbei dem Hilfswerk

"Brüder in

»Brüder in Not« zukommt, hat das Konsulat an anderer Stelle berichtet. Die wachsenden Sympathien des infolge seiner individualistischen Einstellung ohnehin »konterrevolutionären« wolhynischen Deutschtums zu dem Nationalsozialismus und seinem Führer müssen den bolschewistischen Machthabern ein Dorn im Auge sein. Sie streben daher danach, die seelischen und materiellen Beziehungen der Deutschstämmigen mit dem Reiche zu lockern. In den letzten Wochen ist im Amtsbezirk deutlich eine Verschärfung der Propaganda gegen das bisher nur widerwillig geduldete, aber immerhin nicht wesentlich behinderte Hilfswerk »Brüder in Not« festzustellen. Massnahmen gegen die geistigen Führer des hiesigen Deutschtums (Geistliche, Küster, Lehrer usw.) und eine hemmungslose Greuelpropaganda gegen unseren nationalsozialistischen Staat gehen Hand in Hand mit der Verteilung von Brotgetreide an solche deutsche Bauern, die freiwillig auf die »Hitlerspende« verzichten. Daneben wird ganz allgemein den notleidenden deutschen Kolonisten für das Frühjahr eine Sonderhilfe in Aussicht gestellt. Wenn diese Zusage eingehalten wird, so wäre dies indirekt ein bedeutender Erfolg der deutschen Hilfsorganisation. Die Sympathien der deutschstämmigen Bevölkerung werden sich die bolschewistischen Führer trotzdem nicht erobern. Sie bleiben bei Deutschland, das ihnen allein in der allerschlimmsten Not geholfen hat.

Die Sowjetstellen sehen die Reichsdeutschen nun vielfach

vielfach -leider keineswegs immer zu Recht- als Stützpunkte des hiesigen Deutschtums und als Verbindungsleute mit der Heimat an und wollen daher offensichtlich ihre Zahl und damit ihre Einflussmöglichkeiten im Lande herabmindern.Eine an sich erfreuliche Folge dieses Wunsches ist eine in letzter Zeit feststellbare Beschleunigung bei der Erteilung der Ausreisevisen. Es werden aber auch andere Methoden angewandt,wie z.B. Ablehnung der Anerkennung als Reichsdeutsche, die strengere Forderung sofortiger Ausreise der aus der Sowjetstaatsangehörigkeit entlassenen Ehefrauen usw.

Folgen der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen machen sich auch in kultureller Hinsicht bemerkbar.Während bisher in der wissenschaftlichen Welt Deutsch die führende Fremdsprache war, wird sie heute planmässig zu Gunsten der französischen und englischen Sprache zurückgedrängt.Zur Verbreitung im Auslande bestimmter Arbeiten der Akademie der Wissenschaften in Kiew,die früher fast ausschliesslich in deutscher Sprache erschienen,werden jetzt in zunehmendem Masse in Englisch und Französisch veröffentlicht. Im Linguistischen Institut,im Landwirtschaftlichen Institut,wie auch innerhalb der Roten Armee wird der Erlernung der deutschen Sprache eine geringere Bedeutung beigemessen als früher.Auch die privaten Deutschlehrer klagen,dass sich die Zahl ihrer Schüler,zumal solcher,die in Sowjetdiensten stehen,im letzten Jahr

stark

stark vermindert hat.

Auf dem Gebiet der Kunst sind ähnliche Erscheinungen bisher nicht festzustellen. Als einziger ausländischer Gastdirigent hat der reichsdeutsche Kapellmeister Sebastian im Mai und Juni v.J. mit beachtlichem Erfolg eine Anzahl von Konzerten in Kiew veranstaltet. Wie in der vorigen Saison so steht auch in der diesjährigen eine durchaus annehmbare Inszenierung von »Lohengrin« auf dem Spielplan der Kiewer Oper. Im übrigen werden -ebenso wie im vorigen Jahr- weder deutsche Theaterstücke noch deutsche Opern, bis auf »Kabale und Liebe« in tendenziöser Aufmachung, aufgeführt.

Verhältnis zu Polen.

Eine Vergleichsmöglichkeit für die Lage anderer Länder und ihre Vertretungen bietet in Kiew nur das Polnische Konsulat. Trotz der Besserung der offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und Warschau ist, wie bereits erwähnt, die allgemeine rechtliche Lage der polnischen Staatsbürger in diesem Amtsbezirk -sehr zum Leidwesen meines polnischen Kollegen- nicht günstiger geworden. Auch wird die polnische Minderheit bestimmt nicht weniger bedrückt als die deutsche. Beispielsweise sind bisher mehr polnische als deutsche Staatsangehörige und auch eine grössere Anzahl Sowjetbürger polnischer Nationalität als solche deutschen Stammes verhaftet worden. Die geographische Lage des Amtsbezirks und seine politische Entwicklung bringen es mit sich, dass bei den örtlichen Behörden immer noch ein besonderes

deres Misstrauen gegen Polen besteht,das in diesem Falle auch von einem nicht geringen Teil der ukrainischen Bevölkerung geteilt wird.

Besuch französischer Staatsmänner.

Der Besuch des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot und des französischen Luftfahrtministers Pierre Cot im August und September v.J. gaben den hiesigen Behörden und der Presse Gelegenheit,die politische Annäherung an Frankreich demonstrativ hervorzuheben.Bei der Bevölkerung hat Frankreich indessen durch das Auftreten seiner beiden Staatsmänner nicht an Sympathien gewonnen.Die begeisterten Worte,die beide Herren für die bolschewistischen Errungenschaften in der Ukraine fanden und die der tatsächlichen Lage Hohn sprachen,hatten vielmehr das Gegenteil zur Folge.

Auswirkungen der Spannung im Fernen Osten.

Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und Japan wirkten sich im Amtsbezirk insofern aus,als im Herbst v.J. Truppenteile der Roten Armee nach dem Fernen Osten abtransportiert worden sind.Die zurückgebliebenen Formationen,die bei der Parade am 7.November in Erscheinung traten,machen einen mässigen Eindruck. Seit November v.J. wird ferner die hiesige Maschinenfabrik "Bolschewik",der in erster Linie die Ausrüstung der Zuckerfabriken obliegt,in grösserem Umfange mit der Herstellung chemischer Apparate für Rüstungszwecke befasst.-Auch haben eine Anzahl Kiewer Aerzte Gestellungsbefehl nach dem Fernen Osten erhalten.

II. Innerpolitischer Teil.

Innerpolitische Lage.

Die innerpolitische Lage im Amtsbezirk stand

im

im Zeichen der Hungersnot, die in den drei Gebieten Kiew, Tschernigew und Winnitza mit rund 12 Millionen Einwohnern nach vorsichtiger Schätzung etwa 2½ Millionen dahingerafft hat. Haltung und Stimmung der Bevölkerung wurden ebenso wie die Massnahmen der Partei- und Verwaltungsstellen entscheidend von der Katastrophe beeinflusst. Für die Sowjetmacht kam es darauf an, eine Wiederholung der folgenschweren Missernte von 1932 und damit die Gefahr ernster Erschütterungen für den Sowjetstaat zu vermeiden. Eine solche Gefahr war -abgesehen von dem dann wohl besiegelten Zusammenbruch der Sozialisierungspolitik auf dem Lande- gegeben, wenn es ein zweites Mal nicht gelang, die Ernährung der Arbeiterschaft einigermassen sicherzustellen. Nicht nur bei den Bauern hatten Hunger und Not einen Zustand der Verzweiflung geschaffen,- auch die der Sowjetmacht politisch wichtigeren Arbeiter waren infolge schlechter Ernährung, verspäteter und unzureichender Bezahlung, überhaupt durch Entbehrungen jeder Art tief erbittert. Auf dem Lande wurden die Zusagen der Regierung, dass die staatlichen Organe über die schon zu Beginn des Jahres fest verordneten Normen hinaus kein Getreide beanspruchen und Gegenpläne der Lokalbehörden nicht dulden würden, nach allen Enttäuschungen nicht mehr geglaubt. Vielfach wünschte die Bevölkerung sogar eine Verschärfung der Katastrophe, von der sie einen baldigen Sturz der Bolschewistenherrschaft

herrschaft erhoffte.

Wenn die Staatsgewalt aus Menschen in dieser Geistesverfassung -physisch und seelisch geschwächt- grösste Arbeitsleistungen herauspressen wollte und musste, um die Ernte zu sichern, so konnte die Lösung dieser Aufgabe nur durch Kampf versucht werden. Auf dem Dorfe hatten ihn in erster Linie die bei den Motoren- und Traktorenstationen eingerichteten "Politischen Abteilungen" zu führen, die sich hierbei unbestreitbare Verdienste um die Sowjetmacht erworben haben. Diese aus G.P.U.-Agenten, Agitatoren und ländlichen Aktivisten zusammengesetzten Abteilungen, zwangen mit aller staatlichen Machtmitteln die Bauern -fast ohne Entschädigung- zur Arbeit und Getreideablieferung. Besonders bedrückt wurden die Einzelbauern, denen es während der Hungersnot verhältnismässig besser ging als den Kolchosbauern, -ein Umstand, der in den zu 40% mit Einzelwirtschaften durchsetzten Gebieten des Amtsbezirks allzudeutlich gegen die Sozialisierungspolitik sprach. Die Einzelbauern mussten neben der Bearbeitung ihres eigenen Landes auch noch mit Pferd und Fuhrwerk auf den Kolchosgütern helfen. Erkennbarer oder auch nur vermuteter Widerstand wurde mit Enteignung, Verschikkung oder Verhaftung, in einzelnen Fällen auch mit Erschiessung geahndet. In den Städten wurden zu Zehntausenden die Arbeiter und die übrige Bevölkerung -ohne Rücksicht auf Berufspflichten und Eignung- genötigt, sich "freiwillig" -unter schlechtesten Unterkunfts- und

Ver-

Verpflegungsbedingungen sowie von den Bauern mit Misstrauen und Ablehnung empfangen- an den Erntearbeiten zu beteiligen.Weigerung hatte Verlust der Arbeitsstelle,bezw. Versagung des Passes und damit Aussiedlung zur Folge.Die bei einem solchen Fronsystem unvermeidliche Verschärfung der antisowjetischen Stimmung musste dabei in Kauf genommen werden.Sie kam neben einem überall anwachsenden Antisimitismus in zahlreichen Gewaltakten der Bauern zum Ausdruck,die soweit gingen, Massenquartiere der städtischen Landhelfer nachts in Brand zu stecken.

Seit dem Abschluss der Bereitstellungskampagne hat der behördliche Druck auf die Landbevölkerung nachgelassen.Die Regierung hat es durch ihr System der Getreideverteilung erreicht,dass es heute dem Kolchosbauern -wenn auch bestimmt nicht gut- so doch immerhin etwas besser geht als den schwer leidenden Einzelbauern.Das bedeutet gerade im Amtsbezirk eine innerpolitische Stärkung der Sowjetmacht.Durch die nach der Ernte möglich gewordene bessere Versorgung der Städte mit Lebensmitteln ist auch dort eine gewisse Beruhigung der Stimmung eingetreten.

Neben dem oben geschilderten Kampf um die Ernte und die Bereitstellung treten im Berichtsjahr die anderen -an sich keineswegs unwichtigen- innerpolitischen Verwaltungsmassnahmen an den zweiten Platz.Hier sind u.a. die Neubesiedlung entvölkerter Ortschaften

im

im Südbezirk des Kiewer Gebiets,die erfolglos versuchte Absperrung der Städte gegen den Zustrom hungernder und sterbender Bauern und Kinder,vor allem aber die Durchführung des Passsystems zu nennen. Letzteres richtete sich vornehmlich gegen kriminelle Verbrecher,Spekulanten,politisch unzuverlässige Elemente und Leute ohne Beruf.Es wurde im übrigen milder gehandhabt als zu erwarten war.Schwierigkeiten konnten durch Bestechung der Beamten -die Preise schwankten zwischen 500 - 700 Rbl. pro Pass- verhältnismässig leicht überwunden werden.

Partei.

Wenn es der Sowjetgewalt schliesslich gelungen ist,trotz der grossen Schwierigkeiten das für ihre Zwecke geforderte Getreide beizutreiben,-allerdings um den Preis der Vernichtung zahlloser Existenzen- so dankt sie dies der Energie,mit der die Partei ihrem Willen in den eigenen Reihen und damit auch in allen staatlichen Stellen Geltung verschafft hat.In den offiziellen Berichten über die gegenwärtig stattfindenden örtlichen Parteikonferenzen,werden die Mängel in der Partei mit den z.Zt. modernen Schlagworten gekennzeichnet.So sollen auch noch im Berichtsjahre zahlreiche "Trotzkisten" in Behörden,kulturellen Instituten und wirtschaftlichen Unternehmungen organisierte Schädlingsarbeit geleistet haben. Entsprechend der Resolution des Novemberplenums des ZKK der ukrainischen kommunistischen Partei wird jetzt auch für

den

den Amtsbezirk das Vorhandensein "deutscher und polnischer faschistischer Agenturen" und "ukrainischer Nationalisten" innerhalb der Partei festgestellt. Letztere hätten sich insbesondere in wissenschaftliche Institute eingeschlichen, wobei neben der Akademie der Wissenschaften auch die Universität in Kiew erwähnt wird. Die Parteiorganisationen bekennen sich schuldig, durch eine ungenügende Kontrolle ihrer Mitglieder konterrevolutionäre Erscheinungen geduldet und dadurch ihre Entwicklung begünstigt zu haben. In Wirklichkeit wird m.E. mit dieser "Selbstkritik" nur ein Zustand allgemeiner Unzufriedenheit, Gleichgültigkeit und bisweilen grotesker Verantwortungsscheu umschrieben, der sich in der Partei breitgemacht hat; - ein Zustand, gleichermassen hervorgerufen durch Enttäuschung und Entbehrungen wie auch durch das berechtigte Gefühl persönlicher Unsicherheit. Es dürfte wohl kaum eine Staatsanwaltschaft in den ländlichen Rayons des Amtsbezirks geben, die nicht mit Anschlägen der Bauern auf das Leben von Sowjetfunktionären befasst war oder ist. Selbst in Kiew sind in den letzten Wochen zwei G.P.U.-Beamte nachts aus dem Hinterhalt von unbekannten Tätern erschossen worden.

Nur ausserordentliche Massnahmen konnten den innerlich geschwächten Partei-und Sowjetapparat für die Getreideschlacht mobilisieren. Dies geschah einmal durch eine weitere Ausgestaltung des Wettbewerbs-und

Stoss-

Stossbrigadensystems, die Entsendung von Tausenden erprobter Parteimitglieder auf das Land, die Einrichtung der schon erwähnten "Politischen Abteilungen", vor allem aber durch rücksichtslose Ausmerzung der als unzuverlässig erkannten Elemente. Für die Masse der Parteimitglieder war dies Durchgreifen eine deutliche Warnung. Furcht vor Strafe und Diffamierung dürften bei vielen Funktionären jedenfalls mehr als Ueberzeugung und Gewissen der Anlass zu einer ernsteren Pflichterfüllung gewesen sein. Auf dem Verwaltungswege wurden zahlreiche Beamte, darunter allein die Vorsitzenden von etwa 130 Rayonexekutivkomitees und Stadträten des Amtsbezirks wegen dienstlicher Verfehlungen oder "opportunistischen" Verhaltens von ihren Posten entfernt und zum Teil verhaftet. Ebenso wurde in der Parteilinie die Säuberung seit dem Frühjahr mit ständig zunehmender Energie durchgeführt. Ihr fielen im Amtsbezirk u.a. etwa 120 Sekretäre von Rayon-Partei-Komitees, d.h. 60% aller vorhandenen, und rund 70 Vorsitzende von Rayon-KontrollKommissionen zum Opfer.

Wenn sich die Parteiführung auch stark genug erwiesen hat, um im entscheidenden Augenblick den passiven Widerstand ihrer Mitglieder zu brechen, so ist damit noch nicht eine Beseitigung des Krisenzustandes erreicht. Sie kann m.E. nur dann erwartet werden, wenn die Früchte des sozialistischen Aufbaus nicht nur in der Statistik, sondern auch in dem Lebensniveau der

breiten

breiten Massen zum Ausdruck kommen, deren Entbehrungen -soweit der Amtsbezirk in Frage kommt- von Jahr zu Jahr grösser geworden sind.

Ein Beweis für das Sinken des Vertrauens zu der kommunistischen Partei ist nicht zuletzt auch der starke Rückgang der Jungkommunistenbewegung, deren Mitgliederzahl z.B. in Kiew von 9600 im Jahre 1928 auf 2600 im Berichtsjahre zurückgegangen ist. Die Jugend beweist immer seltener den Idealismus, die gefährlichen und verantwortungsvollen Pflichten eines Kommunisten auf sich zu nehmen, nadem ihr entsprechende Vorteile nicht mehr geboten werden.

Ukrainische Frage.

Auch die Entwicklung der ukrainischen Frage kann im Berichtsjahr nur im Zusammenhang mit der Hungersnot beurteilt werden. Durch diese Katastrophe, für die das Volk die Moskauer Politik verantwortlich machte, musste die alte Kluft zwischen den nach Selbständigkeit dringenden Ukrainern und dem Moskauer Unitarismus naturgemäss noch grösser werden. Charakteristisch für die Stimmung in der Bevölkerung ist die weit verbreitete Ansicht, die Sowjetregierung habe die Ausbreitung der Hungersnot gefördert, um die Ukrainer auf die Knie zu zwingen. Die von einzelnen Kommunisten häufig gehörte zynische Bemerkung: »Die Hungernden fürchten wir nicht, die Satten sind uns gefährlich!« mag -auch wenn sie der Ansicht der Parteileitung kaum entsprechen dürfte- dazu beigetragen haben, dieses Gefühl zu verstärken.

In

In Moskau hatte man die Spannung der Lage erkannt und sie durch die Behauptung deutscher und polnischer Bestrebungen nach Lostrennung der Ukraine noch künstlich vergrössert.Immerhin war es richtig, dass den Ukrainern seit dem Umschwung in Deutschland die Aussicht auf Befreiung näher gerückt schien.Diese ohne deutsches Zutun neu auflebenden Hoffnungen waren für die Sowjetmacht politisch nicht ungefährlich.Hinzu kam,dass die ukrainische kommunistische Partei nicht nur bei der Durchführung der Agrarpolitik versagt hatte,sondern es auch an der von Moskau verlangten Energie im Kampf gegen die ukrainischen -als chauvinistisch bezeichneten- Neigungen in den eigenen Reihen und im Lande fehlen liess.Nicht mit Unrecht sah die höchste Parteispitze in der schwierigen Wirtschafts-und Ernährungslage einen fruchtbaren Boden für eine nationalukrainische Entwicklung.

Der Mann, der diese Gefahren bannen sollte,war Postyschew,der mit unbeschränkten Vollmachten nach Charkow entsandte Vertrauensmann Stalin's. Durch die bereits erwähnten Massnahmen innerhalb der Partei schuf er auch die Voraussetzungen zum Angriff gegen die ukrainische Front.Das Signal war die Absetzung des Bildungskommissars Skrypnik,der von jeher als Vertreter einer betont ukrainischen kommunistischen Richtung galt.Ihm folgten neben höchsten Beamten der Charkower Zentralstellen auch führende Persönlichkeiten in der Provinz.Im Amtsbezirk verloren Professoren der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Uni-

versität

versität,die Direktoren des Linguistischen Instituts und des Kiewer Kino-Lehrkombinats,Schulleiter,zahlreiche Arbeiter der »Bildungsfront« und Beamte ihre Stellungen und teilweise auch die Freiheit.Ihnen allen wurde der Vorwurf gemacht,durch Züchtung eines ukrainischen Chauvinismus -sei es in Sprache,Wissenschaft und Literatur,sei es durch Verwaltungsanordnungen- der Konterrevolution in die Hände gearbeitet zu haben.Man deckte geheime Organisationen mit angeblichen Verbindungen zu dem »deutschen und polnischen Faschismus« auf,wobei die G.P.U. wieder einmal ihre Begabung für die Konstruktion hochverräterischer Umtriebe beweisen konnte.Soweit der Amtsbezirk in Frage kommt,ist von Kossior in seiner Rede vor dem ZK und der ZKK der ukrainischen kommunistischen Partei namentlich nur der Leiter der Kulturpropaganda im Tschernigower Gebiet,Skarbek,genannt worden,der gestanden haben soll,seit mehr als 10 Jahren Leiter der »Polnischen Militärorganisation« in der Sowjetukraine gewesen zu sein.Man wird den Enthüllungen über die sogenannten Organisationen skeptisch gegenüber stehen müssen.Sie sollen wohl in erster Linie als Abschreckungsmanöver gegen <u>jede</u> ukrainische Tendenz dienen und dem Volk die verschärfte Wachsamkeit der G.P.U. vor Augen führen.Eine neue Phase des Kampfes gegen das Ukrainertum ist mit den bekannten November-Beschlüssen der höchsten Charkower Parteistellen eingeleitet worden.

worden.Wenn hierin neben dem "ukrainischen Chauvinismus" auch die Gefahr des "grossrussischen Chauvinismus" erwähnt wird,so ist dies wohl nur als eine theoretische Konzession an die ukrainischen Massen zu werten.In Wirklichkeit ist ein sich dauernd verstärkender "grossrussisch-kommunistischer Chauvinismus" die gegenwärtige Richtschnur für die Sowjetpolitik in der Ukraine.

Minderheiten. Die Stellung der Minderheiten im Amtsbezirk ist bereits im aussenpolitischen Teil behandelt worden.Hier soll nur noch auf ihre Bedeutung für die ukrainische Frage hingewiesen werden.Mit der überwiegenden Mehrheit der Ukrainer verbindet die deutsche und polnische Minderheit die gemeinsame Sehnsucht nach Befreiung von der Bolschewistenherrschaft.Während bei den Deutschen dieser Wunsch wirtschaftliche,weltanschauliche und im Volkstum liegende kulturelle Gründe hat,kommt bei den Polen noch das Bestreben nach einer politischen Vereinigung mit ihrem Stammlande hinzu. Die von selbst gegebenen Verbindungen der Minderheiten mit ihrer Heimat,bringen es mit sich,dass sie selbstbewusster und zielstrebiger als die Masse des ukrainischen Volkes sind.Schon das Beispiel,das sie in ihrer nationalen Geschlossenheit und -zumal die Deutschen- in ihrem Festhalten an dem wirtschaftlichen Individualismus,den Ukrainern geben,ist für das Sowjetsystem unerwünscht.Ganz abgesehen davon fürchtet man.

man,dass die Minderheiten im Falle einer ernsteren ukrainischen Freiheitsbewegung zum mindesten als eine besonders aktive Hilfstruppe,wenn nicht sogar als Vortruppe in Erscheinung treten werden.Das Ziel der Sowjetpolitik ist daher -wie schon erwähnt- eine Herabminderung ihrer politischen Bedeutung durch eine möglichst weitgehende Isolierung von der Heimat und Beseitigung ihrer geistigen Führung.Daneben soll mit vermehrter Energie versucht werden -nötigenfalls auch durch wirtschaftliche Zugeständnisse- die Minderheiten in marxistisch-internationalem Sinne propagandistisch zu bearbeiten;- Bemühungen,die aber nach meiner Ueberzeugung kaum zu einem Erfolge führen werden.

Rechtswesen. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1933 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der Gerichtsbehörden in der Verfolgung von Verbrechen gegen das Gesetz über den Schutz des staatlichen Eigentums vom 7.August 1932. Die Urteile waren ausserordentlich streng,Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren für Veruntreuungen geringfügiger Art keine Seltenheit. Auf Grund eines von Stalin und Molotow unterzeichneten Geheimdekrets vom 8.Mai v.J. wurde die Rechtsprechung auf diesem Gebiet erheblich milder.Etwa 2/3 der früheren Urteile wurden ganz aufgehoben oder wesentlich revidiert.Dafür beschäftigten sich die Gerichte nunmehr besonders mit Verfehlungen und Sabotageakten im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Kampagnen und der Bereitstellung.

Die

Die Zahl der eigentlichen kriminellen Verbrechen (Diebstahl, Banditentum usw.) ist, angeblich infolge der Einführung des Passsystems, besonders in den Städten stark zurückgegangen.

Im Verwaltungsstreitverfahren sollen sich die im Berichtsjahr neu eingeführten Arbitragegerichte zur Schlichtung von Streitfällen zwischen staatlichen Organisationen sehr bewährt haben. Auch bei schwieriger Rechtslage sei es im allgemeinen gelungen, innerhalb von 12 Tagen die Urteile zu verkünden.

Bildungswesen. Als wichtigstes Ereignis auf dem Gebiet der Bildungsfront ist die neue Gründung der Universität in Kiew zu erwähnen, die aus 6 Fakultäten besteht und ca. 900 Studenten betreut. Ihre Immatrikulierung wird von dem Ergebnis einer wissenschaftlichen Prüfung abhängig gemacht. Obwohl ihre Tätigkeit erst am 1. September v.J. begonnen hat, ist die Universität bereits Gegenstand heftiger kommunistischer Kritik geworden und -wie schon erwähnt- von der Parteisäuberung nicht verschont geblieben. Die Partei hat bei ihren Arbeiten eine strenge marxistische Linie vermisst und ukrainische Tendenzen festgestellt. Erwähnt sei dabei nur, dass die Vorlesungen zum grössten Teil in russischer Sprache und nur vereinzelt in der ukrainischen gehalten werden.

In den Schulen sind im Jahre 1933 zum ersten Male Prüfungen abgehalten worden. Während in den ersten sechs Jahrgängen eine Wiederholung gestattet ist, hat

ein

ein Versagen nach dem Besuch der 7.Klasse Entlassung zur Folge.Angeblich ist geplant,in die 8.Klasse in Zukunft nur noch Kinder von Arbeitern aufzunehmen. Die Einführung einer 9.Klasse in der Deutschen Schule in Kiew,deren Leiter übrigens wegen angeblicher ukrainischer Umtriebe verhaftet ist,soll zu Beginn des nächsten Schuljahres erfolgen. Die mangelhafte Pflege der deutschen Sprache in der genannten Schule hat unlängst Anlass zu einer Protestversammlung der Elternschaft gegeben.Der Grund für diesen Zustand liegt daran,dass die Lehrkräfte nicht nach ihren Kenntnissen,sondern nur nach ihrer Ideologie ausgewählt werden.So ist es auch zu erklären,dass einem reichsdeutschen kommunistischen Schlosser,der selbst kein einwandfreies Deutsch spricht,der Unterricht in wichtigen Fächern anvertraut werden konnte.- Auf dem Lande leidet der Schulbesuch in diesem Winter stark unter dem Mangel an Bekleidung und Schuhzeug für die Kinder.

Kirche. Die antireligiöse Propaganda hat im Berichtsjahre nachgelassen.Auch sind die Kirchen als solche behördlichen Eingriffen im allgemeinen nicht ausgesetzt gewesen.Die Weihnachtsfeiern wurden nicht gestört, sogar der Verkauf von Christbäumen stillschweigend geduldet.Dagegen haben die Verfolgungen von Geistlichen und Kirchenangestellten nicht aufgehört.Von drei evangelischen Geistlichen sind im Amtsbezirk einer, von vier katholischen zwei, darunter der Pfarrer der Kiewer Kirche

che,verhaftet worden.Den in Freiheit befindlichen beiden evangelischen Pastoren liegt zur Zeit die Seelsorge für etwa 60000 Menschen ob.Die sicher nicht geringe Zahl der festgenommenen orthodoxen Priester konnte nicht festgestellt werden.Als erfreuliche Erscheinung muss der grosse Aufschwung erwähnt werden,den die Kiewer evangelische Gemeinde unter ihrem vorbildlichen neuen Geistlichen,dem Pastor Göhring genommen hat.

Gesundheitswesen. Die Hungersnot hatte im Jahre 1933 im Amtsbezirk die Ausbreitung einer Flecktyphusepidemie zur Folge,wie sie hier in einem solchen Ausmass bisher nicht erlebt worden ist.Die Höchstziffer der Krankheitsfälle lag in den Monaten Juni,Juli,August und Oktober.Es gab Tage,an denen bis zu 200 Flecktyphuskranke in die Hospitäler eingeliefert wurden.Durchschnittlich wurden täglich etwa 100 Erkrankungen gemeldet. Todesfälle traten bei 20% der Erkrankten ein,darunter auch bei zwei Reichsdeutschen.Seit November flaut die Epidemie ab.Zur Zeit erkranken in Kiew täglich nur 8 bis 10 Personen.

Wie in jedem Jahre waren im Sommer auch Bauchtyphus und besonders Ruhr stark und in bösartiger Form verbreitet.

Unzählbar waren Hungerschwellungen,die auch jetzt wieder vom Lande geneldet werden.Nur ein geringer Teil der Erkrankten konnte ärztlich versorgt werden.

An die Aerzteschaft und das Sanitätspersonal wurden

wurden in Stadt und Land ungewöhnliche Anforderungen gestellt.In den Sommermonaten reisten Sanitätsexpeditionen von Ort zu Ort,um nach Möglichkeit zu helfen. Auch gegenwärtig wird in Kiew unter der sehr energischen Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrats,der selbst Mediziner ist, eine Kampagne für hygienische Zustände in den Privatwohnungen geführt.

Sehr schlecht ist es nach wie vor mit der Zahl und der Ausbildung der Aerzte bestellt,die trotz besten Willens schweren Epidemien ziemlich machtlos gegenüberstehen.Angesichts der unzureichenden Bezahlung der Aerzte,die weniger als die Hälfte der tarifmässigen Bezahlung eines Ingenieurs erhalten,ist das Interesse für das medizinische Studium sehr gering. Der Bedarf ist dabei so gross,dass seit einigen Wochen in Kiew Schnellkurse zur Ausbildung von Apothekern zu Aerzten abgehalten werden.Erschwerend für die Bekämpfung von Krankheiten ist ferner der Mangel an Medikamenten und Instrumenten und der veraltete Zustand der Krankenhäuser.Als charakteristisch für die "Unsentimentalität" im sozialistischen Staat sei erwähnt, dass einige wichtige ausländische Medikamente hier nur noch in den Torgsingeschäften,die neuerdings eine Apothekerabteilung eingerichtet haben,gekauft werden können.

Schlussbemerkung. Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die Sowjetregierung im Amtsbezirk mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und dass

auch

auch heute noch auf allen innerpolitischen Gebieten ernste Krisenerscheinungen vorhanden sind.Trotzdem gibt es hier zur Zeit keine Anzeichen dafür,dass diese Lage eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Systems bedeutet,wenigstens solange nicht,wie die Arbeiterschaft vor unmittelbarem Hunger geschützt werden kann. Im ganzen steht einer energischen und rücksichtslosen Staatsführung,die im entscheidenden Moment noch immer stark genug ist,ihren Machtwillen durchzusetzen sowie einer intakten G.P.U. eine durch Elend zermürbte,passive und unorganisierte Volksmasse gegenüber,die -sie mag die Bolschewisten noch so sehr ablehnen,ja hassen- weder die Kraft noch den Willen hat,zu kämpfen.Und so scheint es wirklich,dass die kommunistischen Zyniker mit dem oben zitierten Ausspruch:»Die Hungernden fürchten wir nicht,die Satten sind uns gefährlich« dieses Volk -wenigstens auf dem Lande- für die Gegenwart nicht falsch beurteilen.Dass die breite Bevölkerung, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig hat,im Sinne dieses Zitats »satt« wird,ist für den Amtsbezirk des Konsulats -trotz der von der Statistik errechneten Rekordernte- nicht zu erwarten!

Drei Durchschläge für das Auswärtige Amt sind beigefügt.Das Deutsche Generalkonsulat in Charkow erhält unmittelbar Abschrift dieses Berichts.

Heinke

Vertraulich!

Aufzeichnung.

In diesen Tagen habe ich vertraulich von dem Inhalt eines Berichtes Kenntnis erhalten,den ein Sowjetbeamter über eine Dienstreise in den Rayon Talnoje (im Süden des Kiewer Gebiets) an seine vorgesetzte Dienststelle und das Parteikomitee erstattet hat. Zweck dieser Reise war die Kontrolle von Verkaufsstellen der ländlichen Konsumgenossenschaft in den Dörfern des genannten Rayons. Wenn es auch bedenklich wäre, die in diesem Bericht geschilderten Zustände für den Amtsbezirk des Konsulats ohne weiteres zu verallgemeinern,so erscheint es doch lohnend,die Eindrücke,die ein bei der Partei angesehener Sowjetbeamter in einem -nach seinen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen- durchschnittlichen Rayon gesammelt hat,festzulegen.Dabei darf ich vorausschicken,dass die vorjährige Ernte in der Gegend von Talnoje ein mittleres Ergebnis aufwies.Auch sonst kann der Rayon nicht zu den schlechten gehören; denn der Vorsitzende der Motoren-und Traktorenstation in Talnoje,Nagorny,ist noch unlängst mit dem Leninorden ausgezeichnet worden.

Dem Zweck der Reise entsprechend,behandelt der Bericht in erster Linie die Tätigkeit der Verkaufsorganisation der ländlichen Konsumgenossenschaft. Der Beamte hat hier die interessante Feststellung getroffen, dass von dem Gesamtumsatz der örtlichen Verkaufsstellen

len im Rayon Talnoje 25% auf Wodka und 8% auf andere alkoholische Waren entfallen. Sogenannte »Stimulationswaren«,die nach den Weisungen des Zentralkomitees der Partei und der Sowjetregierung während der wichtigen landwirtschaftlichen Kampagnen in verstärktem Masse auf das Dorf geschickt werden sollten (brauchbare Stoffe,Kleidung,Wäsche,Stiefel und dergl.),wären in den seltensten Fällen zu finden.Träfe einmal eine derartige Sendung ein,so erfolge der Verkauf an die Bauern fast in allen Fällen erst dann,nachdem die örtlichen Spitzen (Dorfrat,Leitung des Kollektivs,Leiter der Verkaufsstellen usw.) das Beste für sich genommen haben. Die Bauern selbst erhielten Waren nur unter der Bedingung,dass sie gleichzeitig zu festen Preisen bei der Verkaufsstelle landwirtschaftliche Produkte (Eier,Butter,Korn,Mehl usw.) abliefern. Abgesehen von alkoholischen Getränken bestänben die Lager in der Hauptsache aus Parfums,Puder und anderen Damenartikeln,für die auf dem Dorfe keine Verwendung vorhanden sei. Es wird in dem Bericht als eine normale Erscheinung bezeichnet,dass jährlich ein-bis zweimal die Leiter der Verkaufsstellen ihrer Posten enthoben werden,weil sie für zwei-bis dreitausend Rubel Waren unterschlagen haben (der Gesamtlagerbestand hat im Durchschnitt einen Wert

von

von 7000 - 8000 Rubel). Verkaufsstellen,wo derartige Verfehlungen nicht festzustellen sind,werden als Ausnahme bezeichnet.Eine gerichtliche Verfolgung der Schuldigen trete nur in besonders schwerwiegenden Fällen ein.Im allgemeinen beschränke man sich darauf, den Leiter der Verkaufsstelle zu versetzen,seinen Anteil an der Konsumgenossenschaft einzubehalten -übrigens eine rein theoretische Massnahme,da praktisch niemand seinen Anteil zurückbekommt- und vielleicht noch irgend ein Vermögensstück zu beschlagnahmen.Diese Milde erkläre sich daraus,dass die Leiter der Verkaufsstelle in der Regel nicht nur auf eigene Rechnung zu unterschlagen,sondern ihre Gewinne mit den Mitgliedern des Dorfrats und den Vorsitzenden der Kolchoswirtschaften zu teilen pflegen.

In dem Bericht wird ferner eine ernste Schilderung der Ernährungslage gegeben.Die Mehrzahl der Bauern,und zwar besonders auf den Kolchosen,habe kein normales Brot mehr.Man ernähre sich vielmehr von Surrogaten.Der auf 2½ kg errechnete Trudodenj für das vorige Jahr ist im allgemeinen nur mit 1 kg zur Austeilung gelangt.Trotz dieser traurigen wirtschaftlichen Lage sei -wie auch aus den oben angeführten Zahlen hervorgeht- der Alkoholverbrauch sehr gross. Vom frühen Morgen an sähe man viele Betrunkene. Prozentual stelle hierbei die Klasse der Beamten und Angestellten den Hauptanteil. Der Berichterstatter schildert.

dert,dass er auf grosse Verwunderung gestossen ist,als er es ablehnte,um 12 Uhr Mittags gemeinsam mit den Mitgliedern eines Dorfrats,bei denen er zu Gast war,Wodka aus Wassergläsern zu trinken.

Die Stimmung der Bauern,und zwar sowohl der Kolchos-wie auch der Einzelbauern bezeichnet der Inspektionsbeamte als sehr schlecht. Die Leute seien ausgesprochen sowjet-und kollektivfeindlich. Er selbst hätte Tag für Tag zahlreiche Klagen über Ungerechtigkeiten seitens der Ortsbehörden und Kolchosleitungen entgegennehmen müssen. Immer wieder wäre der Vorwurf der Bestechlichkeit und Trunksucht gegen die führenden Schichten erhoben worden. Das Kollektivsystem werde von der Masse der Bauern -auch solchen,die unter dem Zwange der Verhältnisse Mitglieder geworden sind- abgelehnt. Sie zeigten nicht nur keinerlei Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen der Grosswirtschaft sondern stellten im Gegenteil mit Schadenfreude alle Missstände fest. Hinweise darauf,dass sie schliesslich selbst die Leidtragenden sein würden,beantworteten sie mit der Feststellung,es sei gleichgültig,ob sie etwas früher oder später verhungern würden.Die Arbeitsdisziplin sei schlecht. Vor ½9 Uhr sehe man nur vereinzelt Kolchosbauern auf den Feldern. Bei den noch vorhandenen Einzelbauern -eine Zahl ist nicht angegeben- bestehe keine Neigung zum Eintritt in das Kollektiv,weil es ihnen immer noch etwas besser ginge als den Kolchos-

bauern.

bauern. In dem Bericht wird besonders bemerkt, dass eine Anzahl früherer Kulaken, die einige Jahre nach Zentralasien verschickt waren, nach ihrer Rückkehr hartnäckig jedes Angebot, in das Kollektiv einzutreten, abgelehnt hätten, obwohl sie keinerlei Existenzbasis hätten. In manchen Fällen seien die Frauen während der Verbannung der Männer in das Kolchos gegangen. Sie baten jetzt den Beamten, auf die Männer dahin einzuwirken, dass sie ihrem Beispiel folgen mögen, um wenigstens etwas zum Essen zu erhalten. Die Versuche scheiterten aber und begegneten wieder dem Argument, es sei egal, wann man verhungere.

Die Haltung der Bauern gegenüber den Behörden sei herausfordernd und aufreizend. Kritik werde hemmungslos geäussert. Von der vielfach verbreiteten Ansicht, die Bäuern stünden unter dem Terror der Staats-und Parteistellen könne keine Rede sein. Im Gegenteil, die Beamten und Parteifunktionäre lebten ständig in Furcht um ihre persönliche Sicherheit. Sie seien daher stets schwer bewaffnet. Der Inspektionsbeamte hat selbst erlebt, wie der Vorsitzende der M.T.S. einem Bauern, der sich ihm gegenüber in einer geradezu kontrrevolutionären Weise äusserte, mit seiner Verhaftung drohte, ohne dass dies auf den »Rebellen« auch nur den geringsten Eindruck gemacht hätte. Brandstiftungen und Diebstähle seien an der Tagesordnung.

ordnung.

Der Berichterstatter führt diese Zustände in dem Rayon Talnoje,die ihn,wie er sich ausdrückt,mit Scham erfüllt haben,auf den Mangel an zuverlässigen Parteileuten auf dem Dorfe zurück. Auch die Posten,die eigentlich mit Parteimitgliedern besetzt werden sollten, wie zum Beispiel Kollektiv-Vorsitzender,Vorsitzender der Dorfräte,Leiter der Verkaufsstellen,würden fast ausschliesslich von Parteilosen bekleidet. Er hat beispielsweise in sechs Ortschaften nur einen Parteibeamten gefunden.

Für eine Beurteilung der Ernteaussichten im Rayon Talnoje erklärte sich der Berichterstatter nicht für sachverständig. Er gab jedoch die Ansichten der Bauern zusammenfassend dahin wieder,dass die Ernte im günstigsten Falle ein unter mittel liegendes Ergebnis haben würde.

Abschliessend möchte ich noch bemerken,dass dem Inspektionsbeamten für seine ungeschminkte Darstellung der Verhältnisse die Anerkennung seiner Vorgesetzten ausgesprochen worden ist.

DEUTSCHES KONSULAT
KIEW.
II.4/J.Nr.3879.

Kiew,den 3.Juli 1934.

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 20. JULI 1934
Tgb. Nr. 4188
Anl.

Abschriftlich
der Deutschen Botschaft
in Moskau
zur gefälligen Kenntnisnahme gehorsamst vorgelegt.

Ein

Deutsches Generalkonsulat

Charkow, den 10. Juli 1934

Tgb. 147
Politischer Halbjahresbericht
3 Durchschläge
1 Druckanlage

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 19. JULI 1934
Tgb. Nr. A 1877
Anl.

Nach den durch die Verfolgung der ukrainischen nationalen Bewegung für das politische Leben der Sowjetukraine besonders bedeutsamen und bewegten Jahre 1933 ist das vergangene Halbjahr im allgemeinen ruhiger verlaufen. Immer deutlicher hat es sich gezeigt, daß die Bewegung, in der auch zuverlässige Kommunisten führend waren und die durch die Hungersnot als Folge der überstürzten Sozialisierung der Landwirtschaft Auftrieb erhalten hatte, sich in erster Linie gegen die dem Lande schädlichen Fehler des bolschewistischen Systems richtete und daß wirkliche nationale Bestrebungen meist erst in zweiter Linie standen als Mittel zum Zweck, die Zustände im Lande zu bessern. Um diesen gegen die Generallinie gerichteten und darum als besonders bedrohlich empfundenen Schlag zu parieren, benutzte die Moskauer Zentralstelle ihrerseits zum Zwecke der Niederhaltung und endgültigen Vernichtung der Bewegung das Mittel, diese Bestrebungen als separatistisch und gegen den äußeren Bestand des Rätebundes gerichtet hinzustellen.

Die

An die
Deutsche Botschaft
in Moskau

Die Bedeutung der Bewegung wurde stark aufgebauscht und insbesondere werden ihre angeblichen Beziehungen zum Auslande immer wieder unterstrichen.

Ein großer öffentlicher Prozeß gegen die Verhafteten scheint nicht mehr zu erwarten zu sein, sei es weil das Material alles in allem doch zu dürftig ist, sei es um nicht noch mehr Grund zu geben die Festigkeit der Sowjetmacht zu bezweifeln, nachdem der Selbstmord Skrypniks weithin Aufsehen erregt hatte. Von den verhafteten hervorragenden Parteimitgliedern wurden zum Tode verurteilt der ehemalige Volkskommissar der Finanzen Polos, der frühere stellvertretende Generalstaatsanwalt Prichodjko, der Leiter des Staatsverlags Oserski und der frühere Leiter des Schewtschenko-Instituts Professor Retschitzki. Ob die Urteile vollstreckt oder die Verurteilten begnadigt worden sind, war bisher nicht festzustellen. Die Schriften Skrypniks werden nach nationalistischem Inhalt durchforscht. Nach den nunmehr teilweise veröffentlichten Geständnissen seines Sekretärs Erstenjuk, dessen Anfang vorigen Jahres erfolgte Verhaftung die Ukrainerverfolgungen einleitete, stand Skrypnik unter dem Einflusse der gegenrevolutionären ukrainischen Militärorganisation (UWO), die in ihm den einzigen für die Wiederaufrichtung des Landes in Betracht kommenden Mann sah; in der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften sei angestrebt, im Gegensatz zu Rußland die anders geartete geschichtlich-kulturelle Entwicklung der Ukraine und ihre Verwandtschaft mit dem Westen sowie die

sozialen

sozialen und wirtschaftlichen Besonderheiten als Grundlage einer staatlichen Selbständigkeit darzustellen. Von Wissenschaftlern sind verhaftet und verbannt der Geologe Rudnitzki (Galizier), Volobujew, der eine größere wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine anstrebte, der langjährige Mitarbeiter der ukrainischen Planwirtschaft Professor Dmanstein und der Akademiker Jasnopolski; die beiden letzteren vertraten in dem staatlichen Planausschuß die Ansicht, daß der Ausbau des Ural-Kusnetzk-Kombinats bei den bedeutend höheren Selbstkosten des dortigen Roheisens im Vergleich zum ukrainischen nicht rentabel sei, und setzten sich für den ausschließlichen Ausbau des Bezirks Donez-Kriwoj Rog ein. Verschiedene Schriftsteller wurden als Provokateure und Spione verbannt und als letzter der Vorsitzende des ukrainischen Schriftstellerklubs „Blakitny-Haus", Lebedj, verhaftet. Schewtschenko, den die ukrainischen nationalen Kreise als Vorkämpfer für die Befreiung der Ukraine vom Moskauer Joch für sich beanspruchen, wird jetzt als liberaler Demokrat und revolutionärer Rebell mit internationaler Einstellung hingestellt; sein 120-jähriger Geburtstag wurde festlich begangen und zum Jahrestag der Novemberrevolution soll an einer der Hauptstraßen Charkows sein großes Denkmal enthüllt werden.

Nach der Unterdrückung der nationalistischen Bewegung innerhalb der ukrainischen Parteiorganisation wird versucht, auch die kommunistische Partei der W e s t - u k r a i n e (Galizien) zu beeinflussen und den Antisemitismus der Nationalisten die Parole der internationalen

nalen

nalen Einigkeit des ukrainischen, polnischen und jüdischen Arbeiters gegenüberzustellen. Der westukrainischen Parteiorganisation wird vorgeworfen, sie habe die Gefahr des ukrainischen Nationalismus unterschätzt, nicht genügend auf die Massen eingewirkt und die sowjetfeindliche Stimmung, die besonders nach dem Tode Skrypniks auf dem Lande große Erregung hervorrief, nicht bekämpft; Mitglieder der Ukrainischen Militärorganisation hätten sich in die Partei eingeschlichen und seien dann in Dienste der ausländischen Interventionskreise nach der Sowjetukraine gegangen.

Die Aktion gegen die ukrainische nationale Bewegung dürfte bis auf weiteres abgeschlossen sein, nachdem das Ziel, die unbedingte Sicherung der Autorität Moskaus in erster Linie durch das energische Eingreifen Postyschews in vergangenen Jahre erreicht ist mit dem Ergebnis, daß die Ukraine in ihrer Selbständigkeit als Bundesrepublik erheblich an Boden verloren hat. Der Vorsitzende des ukrainischen Rates der Volkskommissare F s c h u b a r ist, sehr gegen seinen Wunsch, als stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare Ende April nach Moskau versetzt. Er hatte sich selbst keine nationalistischen Verfehlungen zuschulden kommen lassen und sich für die verfassungsmäßigen Rechte der Ukraine den Bundesbehörden gegenüber nicht in dem Maße wie Skrypnik eingesetzt, er galt aber bis zum Eintreffen Postyschews als das tatkräftigste und, nach elfjähriger Tätigkeit auf diesem Posten, erfahrenste Mitglied der ukrainischen Regierung. Sein Nachfolger L j u b t s c h e n k o hat Posten in

Partei-,

Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstellen von untergeordneter Bedeutung bekleidet und war erst im vorigen Jahre stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare geworden. Er soll Jude sein und nach der bisherigen Zusammenarbeit mit Postyschew dürfte er ausreichende Gewähr bieten, daß die von Moskau vorgeschriebenen Richtlinien eingehalten werden.

Die im Januar beschlossene und jetzt teilweise durchgeführte V e r l e g u n g d e r H a u p t s t a d t von Charkow nach Kiew hat in besonders eindrucksvoller und sichtbarer Weise als Schlag gegen die Selbständigkeit der Ukraine dieses Ringen als Folge der Niederwerfung der nationalen Bewegung zu einem gewissen Abschluß gebracht. Nachdem im Laufe des Sommers und des Herbstes die Regierungsstellen in Kiew ihre Tätigkeit aufgenommen haben werden, wird sich zeigen, wieweit von Kiew aus die Ukraine ihr eigenes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben fortführen kann. Von Moskau angeordnet und als Beschluß des 12. allukrainischen Parteikongresses im Januar d.J. verkündet, wird diese Maßnahme amtlich damit begründet, daß Kiew das natürliche geographische Zentrum der Ukraine sei und die wirtschaftliche Lage nach erfolgreich durchgeführter Industrialisierung der Gebiete Donez, Dnepropetrowsk und Charkow erfordere, das Regierungszentrum näher an die wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete des Landes, Kiew, Winniza und Tschernigow heranzubringen. Demgegenüber wurde alsbald allgemein, auch in Parteikreisen, behauptet, der Hauptgrund sei die Absicht der Bundes-

Regierung

regierung, den Industriebezirk aus dem Bestande der Ukraine loszulösen und ihn Moskau zu unterstellen. In Kreisen der ukrainischen Nationalisten neigt man zu der Ansicht, eine solche Lostrennung des wichtigsten Wirtschaftsgebiets der Ukraine sei angesichts der auch im Ausland bekannt gewordenen Ukrainerverfolgungen und Unterdrückungen zur Zeit nicht angängig, und daher sei beabsichtigt, zunächst durch eine systematische Entukrainisierung der Gebiete den Boden für eine spätere Durchführung dieses Planes vorzubereiten. Wirtschaftlich sind die Industriegebiete bereits zum größten Teil Moskau unterstellt, da alle Industrietrusts Zweigstellen der Moskauer Wirtschaftsorganisationen sind. Wenn auch die Verbreitung von Gerüchten, daß Charkow und der Donezbezirk von der Ukraine abgetrennt und als besonderer größerer Verwaltungsbezirk (Krai) der RSFSR angegliedert würden, jetzt unter Strafe gestellt sein soll und der Bevollmächtigte des Außenkommissariats mir erklärte, ihm sei von solchen Gerüchten überhaupt nichts bekannt, so wird doch allgemein damit gerechnet, daß die Entwicklung auf diesem Wege weitergehen wird. Insbesondere wird auf wirtschaftlichem Gebiete der Instanzenweg über die von dem Industriegebiete entfernter als Charkow und Moskau gelegene neue Hauptstadt Kiew sich wohl mehr und mehr als überflüssig und hinderlich erweisen und somit das Industriegebiet mit der Zeit weiter von Moskau abhängig werden. Wenn ferner an Stelle der fortgezogenen Regierungsbehörden nicht nur wissenschaftliche Institute aus Kiew nach Charkow verlegt werden, sondern,

sie

wie es jetzt heißt, auch aus Moskau und der RSFSR derartige Institute, größere wirtschaftliche Unternehmungen und ein Teil der Verwaltungen der Bundesvereinigungen nach Charkow übersiedeln sollen, so werden weitere Fäden mit Moskau sich knüpfen und Bestand und Bedeutung der ukrainischen Sowjetrepublik gefährdet werden.

Bezeichnend ist, daß die russische Sprache wieder an Boden gewinnt. Während in den letzten Jahren bei offiziellen Anlässen die Regierungsvertreter und Parteiführer sich der ukrainischen Sprache bedienten, werden seit einiger Zeit, so auch bei der Abschiedsfeier anläßlich der Übersiedlung der Regierung nach Kiew, alle Reden russisch gehalten. Die Entwicklung der letzten anderthalb Jahre in der Ukraine zeigt, daß der Bolschewismus praktisch auf noch so bescheidene nationale Wünsche und Belange keine Rücksicht nimmt und es nicht versteht, diese mit der kommunistischen Auffassung vom Staat in Einklang zu bringen. Die gekünstelte Formulierung dieses Problems, national die Form, bolschewistisch der Inhalt, versagt und kann nicht gleichzeitig den Interessen des Gliedstaates und des Bundesstaates gerecht werden, zumal da letzterer im Laufe der Zeit immer mehr an die Stelle des eigentlichen Ideals der klassen- und staatenlosen Gesellschaft getreten ist. Das Sowjetregime kann bei dem Mißtrauen gegen selbständige Regungen und Initiative in der N a t i o n a l i t ä t e n f r a g e nicht Jedem das Seine zuteilen, sondern sucht die nationalen Unterschiede zu verwischen. In der Ukraine besteht die führende Schicht

der

der Partei- und Regierungsbeamten nur z.T. aus Ukrainern und sie wird immer mehr von Nichtukrainern, Russen und Juden, durchsetzt. Auch die Verwaltungen der nationalen Minderheiten, sofern ihnen irgendwelche Bedeutung zukommen könnte, zeigt dasselbe Bild, insbesondere was die d e u t s c h e n Rayons und Kolonien anbetrifft. Der Umschwung in Deutschland hat das Mißtrauen noch größer werden lassen, wirtschaftlich haben die Kolonien bei den Kulakenverfolgungen und der Zurückdrängung durch nichtdeutsche Niederlassungen einen schweren Stand, ihr kulturelles Eigenleben ist durch die Verfolgung der Kirche stark bedroht, alle Beziehungen zu der deutschen Heimat müssen herhalten, um diese Verfolgungen zu begründen. Die deutschen Bauern, die mit der Überweisung ihres Vermögens nach Deutschland kaum mehr rechnen können, bleiben so lange wie möglich, doch geht bei allen den Schwierigkeiten und Bedrückungen der Sowjetbehörden die Abwanderung weiter. Ebenso wird die Zahl der in der Sowjetindustrie beschäftigten deutschen Fachleute geringer, wogegen Franzosen, Tschechen und Amerikaner, letztere meist Juden, die aus der Ukraine früher ausgewandert sind und das amerikanische Bürgerrecht erworben haben, eingestellt werden.

Für C h a r k o w als Hauptstadt ist in der Nachrevolutionszeit sehr viel getan, zumal noch in den letzten anderthalb Jahren unter der Führung des für die Verschönerung und den Ausbau der Stadt sich sehr interessierenden Postyschew. Im Norden der Stadt ist der große, für Paraden

den und repräsentative Veranstaltungen benutzte Dserschinskiplatz angelegt, umgeben von den großen Gebäudekomplexen der Industrie, der Kooperative, der Projekte und der Partei sowie den sich daran anschließenden neuen Straßenzügen. Der Bau eines Regierungsgebäudes ist nach der Verlegung der Hauptstadt aufgegeben. Im Osten der Stadt ist das Fabrikviertel ausgebaut; das Turbinenwerk, Traktorenwerk, Werkzeugmaschinenfabrik und Flugzeugfabrik sind neu entstanden. Der frühere Flugplatz im Norden der Stadt dient nur noch militärischen Zwecken und ist durch Hallen und Werkstätten sehr vergrößert, ein zweiter großer Militärflugplatz ist im Osten außerhalb der Stadt mit allen dazugehörigen Werkstätten und Wohnhäusern angelegt. Der Zivilflugplatz im Südosten befindet sich noch im Ausbau. Am Südausgang der Stadt sind in den letzten beiden Jahren ausgedehnte Kasernenbauten entstanden. Eine neue Wasserleitung, die aus den 40 km entfernten Donezfluss Charkow versorgen soll, ist im Bau. Neubauten, Aufstockungen, Straßenbauten und die Anlage von Grünflächen haben für die Bevölkerung, die während der Revolution 170.000 und jetzt 750.000 Einwohner zählt, nach Möglichkeit Raum geschaffen und die Stadt verschönert. Wenn auch die Bautätigkeit im Hinblick auf die Übersiedlung nach Kiew zunächst eingeschränkt werden wird, so wird doch Charkow bei dieser im Zuge befindlichen starken Entwicklung, durch den Zuzug der in Aussicht gestellten Institute und Industrieverwaltungen sowie bei der günstigen Lage zwischen Kiew und Donezgebiet und als einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte für die Linien von Moskau

kau nach der Krim und dem Kaukasus und für die Verbindung Schepetovka-Baku auch weiterhin eine steigende Bedeutung behalten.

Die ukrainische k o m m u n i s t i s c h e P a r t e i hat in den Jahren 1931-33 etwa 75.000 Parteimitglieder und 30.000 Kandidaten zur Verantwortung gezogen und von ihnen 25.000 und 15.000 ausgeschlossen. Auf die eingelegten Berufungen wurden 40% der Ausschlüsse bestätigt, 33% durch andere Strafen ersetzt und 27% rehabilitiert. Bei der früheren Säuberungsaktion wurden bis Januar d.J. in den Gebieten Donez, Kiew, Winniza und Odessa 268.000 Parteimitglieder geprüft und 52.000 ausgeschlossen. Mitte Mai setzte die neue Säuberungsaktion in der gesamten Ukraine ein, die öffentlich durchgeführt wird. Die Presse bringt ausführliche Berichte über die Prüfungen bekannter Regierungs- und Parteimitglieder, auch kann jeder, ohne zur Partei zu gehören, Beschwerden und Beanstandungen gegen jedes Parteimitglied vorbringen. Der Charkover Parteiorganisation wird vorgeworfen, daß die Selbstkritik unterdrückt wird, die Parteiversammlungen wenig besucht werden und das ideologisch-theoretische Niveau in Stadt und Land sehr niedrig ist. Aus Zentralbehörden wie dem Landwirtschaftskommissariat und der amtlichen Radiotelegrafen-Agentur wurden Parteimitglieder als Petljuraelemente und ehemalige weisse Offiziere ausgeschlossen; selbst Parteimitglieder auf leitenden Posten kennen oft nicht die wichtigsten Regierungs- und Parteibeschlüsse. Auf einer Tagung des ukrainischen kommunistischen Jugend-

Verbandes

verbandes forderte Postyschew, daß die theoretische Fortbildung des Jugendverbandes nicht dessen eigenen unzureichenden Kräften überlassen bleiben dürfe und daß die politische Erziehungsarbeit auf den Hochschulen und Techniken, besonders denen der nationalen Minderheiten, gebessert werde, da unter dieser Jugend sich noch viele klassenfeindliche Elemente befänden. Die Verfolgung der unbeliebten Dorfkorrespondenten hat in der letzten Zeit wieder zugenommen, es wird von Überfällen und Ermordungen berichtet und den örtlichen Sowjetbehörden unzureichender Schutz der Dorfkorrespondenten vorgeworfen.

Bei der Durchführung des P a ß s y s t e m s in der Ukraine, das der weiteren Aufdeckung sowjetfeindlicher Elemente in den Behörden und Wirtschaftsorganisationen sowie der Entlastung der größeren Städte dienen soll, haben in den Städten Charkow, Kiew, Odessa, Stalino, Dnepropetrowsk und Winniza nach amtlichen Angaben 150.000 Personen keine Pässe erhalten und mußten somit die Städte verlassen. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Ausgewiesenen bedeutend höher sein. Von der angegebenen Zahl entfallen über 30.000 auf frühere Großbauern, auf sogenannte parasitäre Elemente 40.000 und auf Wanderarbeiter 15.000. Die großen Charkower Werke haben 8.280 Personen entlassen, allein das Traktorenwerk 3.227, davon 936 Großbauern, 108 ehemalige Kaufleute, 19 frühere weisse Offiziere und 27 Fabriks- und Gutsbesitzer.

A u ß e n p o l i t i s c h stehen in der Ukraine im Vordergrund des Interesses noch immer die Befürchtungen, daß

daß vom Auslande, insbesondere auf deutsche Initiative, die Lostrennung der Ukraine betrieben werde. Es wird behauptet, daß mit dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten die Kreise der ukrainischen Emigration, die in Hitler einen neuen Befreier der Ukraine sehen, wieder sehr aktiv geworden seien und der Plan der Lostrennung der Ukraine jetzt mehr denn je den Schlüsselpunkt der internationalen Politik bilde. So heißt es: „Der deutsche Fascismus hat den Gedanken eines Feldzuges nach dem Osten, als Beginn einer imperialistischen Intervention, keinen Augenblick aufgegeben. Die erste Etappe auf diesem Wege sind im Norden Litauen, Lettland, Estland und im Süden die Sowjetukraine. Zur gleichen Zeit, wo die Regierung der Sowjetukraine nach Kiew übersiedelt, bereitet in Berlin eine gewisse politische Gruppe zusammen mit den weißen Emigranten den Plan vor, die Sowjetukraine, ja die gesamte Sowjetunion, zu überfallen." Über die außenpolitischen Besorgnisse der Sowjetukraine äußerte der Parteisekretär Popow auf der Tagung des ukrainischen kommunistischen Jugendverbandes, die polnische Regierung habe zwar erst unlängst der Sowjetregierung feierlich erklärt, daß sie keinerlei gegen die Sowjetunion gerichtete Geheimabkommen eingegangen sei, jedoch gäbe es in Polen zuviel antisowjetische Elemente, die offen für einen Bund mit dem fascistischen Deutschland gegen die Sowjetunion eintreten würden. Mit besonderem Mißtrauen werden neuerdings die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan verfolgt. Das jetzt in Kiew erscheinende Parteiorgan „Kommunist" meint,

trotz

trotz der vielen, auf handelspolitischen und kolonialen Gebiet bestehenden Gegensätze unterstütze Japan Deutschlands Revisionsbestrebungen; die Einigung habe zur Grundlage die gemeinsamen Pläne gegen die Sowjetunion. Weiter wird versucht, andere Staaten von der angeblich auch sie bedrohenden Gefahr der deutschen Expansion zu überzeugen, in erster Linie Frankreich und die Staaten der kleinen Entente; Deutschland bereite sich vor, außer dem Feldzuge gegen die Sowjetunion, das gesamte Versailler System durch einen neuen imperialistischen Krieg zu sprengen. Es sei Deutschland bereits gelungen, in das Bündnissystem Frankreichs einen Keil zu treiben und es seien keine Kräfte vorhanden, die der deutschen Aufrüstung Einhalt gebieten könnten.

Diese Befürchtungen und Behauptungen eines bewaffneten Angriffs Deutschlands sollen nicht zuletzt die tiefe Enttäuschung über den Regierungswechsel in Deutschland verdecken. Da viele der maßgebenden Politiker, Parteifunktionäre, Beamte und Schriftleiter Juden sind, nehmen sie nicht nur als Marxisten, sondern auch aus Rasseninstinkt eine ablehnende, oft auch gehässige Stellung ein. Keine Leistung der nationalen Regierung findet die geringste Anerkennung. Über die Erwerbslosigkeit in Deutschland werden falsche Angaben veröffentlicht, die angebliche weitere Verelendung des Volkes wird in den schwärzesten Farben geschildert. Berichte angeblicher Flüchtlinge aus deutschen Konzentrationslagern über die ausgestandenen

gestandenen Qualen und Foltern sowie andere Greuelmärchen wurden veröffentlicht. In der Anlage sind einige deutschfeindliche Karikaturen, die der Charkower Presse entnommen sind, beigefügt.

Die offensichtliche Besserung der Beziehungen zu dem benachbarten Polen wird zwar mit Genugtuung festgestellt, jedoch ist in der Ukraine das Mißtrauen gegenüber diesem Staat noch sehr groß.

Obwohl seit Jahren die Sowjetukraine ihr Interesse an der Wiedererlangung Bessarabiens, das s.Zt. durch die Errichtung der zur Sowjetukraine gehörigen Moldaurepublik besonders demonstriert wurde, betonte, wurde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien wie in der übrigen Sowjetpresse lediglich als ein Erfolg der Friedenspolitik der Sowjetunion vermerkt.

Die Konsulate in Kiew und Odessa erhalten Durchdruck.

Waesner

Deutsches Generalkonsulat
Charkow

Tgb. 251

Charkow, 4. November 1934

Deutsche Botschaft
Moskau
Eing. 5. DEZ 1934
Tgb. Nr. A 3141
4 Anl.

Politischer Jahresbericht

Verlegung der Hauptstadt.Ukrainer-Verfolgung.Partei. Korruption.Wahlen.Landesverteidigung.Deutschtum.Kirche.Hilfswerk.Ukrainisierung.Ausfälle gegen Deutschland.Lage der Reichsdeutschen.

1 Druckanlage

3 Durchschläge

Innenpolitisches

Für die Ukraine war das Hauptereignis dieses Jahres die Verlegung der Hauptstadt von Charkow nach Kiew, als Ergebnis des Kampfes gegen die ukrainischen Nationalisten nicht nur eine reine Verwaltungsmaßnahme, sondern auch von innerpolitischer Bedeutung. Die Ukrainisierung, die an sich legalen Bemühungen ukrainische Sprache und Kultur gegenüber der russischen zu fördern, und die Hungersnot von 1932/33, die nicht nur die Bevölkerung dezimierte, sondern, was den Machthabern wichtiger erschien, die Sozialisierung der Landbevölkerung und die Bodenbearbeitung gefährdete, waren der Anlaß, angebliche Abtrennungsbestrebungen gewisser kleiner Kreise als ernste Bedrohung der Staatssicherheit hinzustellen und ein für alle Mal mit legalen und illegalen Selbständigkeitsbestrebungen

An die
Deutsche Botschaft
in Moskau.

A 39 b

strebungen dieses zweitgrößten Bundesstaates aufzuräumen. Die Verlegung der Hauptstadt ist ein Schlag, den die Parteizentrale, deren Vertrauensmann Postyschew in der Ukraine diktatorisch regiert, gegen die Ukraine als solche geführt hat. Die Verlegung der Regierung in die mehr landwirtschaftlich orientierte westliche Ukraine gab gleichzeitig den Moskauer Zentralstellen die Möglichkeit, unmittelbar unter Ausschaltung der ukrainischen Instanzen die Donezindustrie zu leiten und zu beeinflussen. Ende Januar, als die Verlegung des Regierungssitzes bekannt wurde, wurden alsbald Gerüchte laut, daß beabsichtigt sei, den Donezbezirk mit Charkow aus dem Bestande der Ukraine zu lösen und hieraus einen selbständigen Verwaltungsbezirk (Krai) als wirtschaftliches Zentrum zu schaffen. Diese Gerüchte sind danach verstummt, doch sind sie in den letzten Wochen wieder aufgetaucht in Verbindung mit den Plane, Swerdlowsk oder, wie neuerdings mit größerer Bestimmtheit verlautet, Charkow zur Hauptstadt der RSFSR zu machen, was dann einer gleichseitigen Verkleinerung der Ukraine einen Teil der Schärfe nehmen könnte. Insbesondere soll Postyschew für eine Teilung sein, der als zukünftiger Leiter eines neuen größeren Charkower Verwaltungsbezirkes und überdies in ihm nahestehenden Kreisen als der spätere Nachfolger Stalins, von diesen selbst dazu bestimmt, angesehen wird. Die Entscheidung über die Zukunft der Ukraine und Charkow

soll

soll in Januar von den alsdann stattfindenden Tagungen der maßgebenden Bundes-und Parteiinstanzen zu erwarten sein. Es wird weiter, wenn die Gerüchte sich verwirklichen sollten, damit gerechnet, daß die als Bundesrepublik verbleibende Ukraine möglichst verkleinert werde, Kiew sei sozusagen für den Fall eines Zusammenstosses mit Polen bereits abgeschrieben, ein Zeichen, daß in weiteren Kreisen ernstlich der Bestand der Ukraine außenpolitisch für gefährdet gehalten wird. Seit der Revolution hat die Selbständigkeit der ukrainischen Republik sich in absteigender Linie bewegt, die dieses Jahr erfolgte Verlegung der Hauptstadt ist vielleicht nur ein vorläufiger Abschluß dieser Entwicklung. Der Umzug ist mit anerkennenswerter Energie und Pünktlichkeit durchgeführt, ohne Rücksicht auf die großen Kosten und mancherlei Schwierigkeiten. Zufrieden scheint niemand der Betroffenen zu sein. Die Regierung und die Beamtenschaft haben Charkow ungern verlassen, da für die Unterbringung in Kiew, zumal für die vorerst zum größten Teile zurückgebliebenen Familien, die nötigen Wohnungen und Gebäude für die Behörden trotz angestrengter Bautätigkeit nicht in kürzester Frist beschafft werden können. Nach Charkow werden weitere Wirtschaftsorganisationen verlegt und vor allem wissenschaftliche Institute; diesen wird u.a. das für die Zentralverwaltung der Korporative bestimmte, noch nicht ganz fertig gestellte große Gebäude zur Verfügung gestellt. Die Bauarbeiten sind nach dem Fortgange der

Regierung

Regierung in den letzten Monaten besonders rege gewesen und die neue Stadtverwaltung wird alles tun, die Stadt weiter zu vergrößern und zu verschönern.

Die Anfang 1933 begonnene Verfolgung der u k r a i n i s c h e n n a t i o n a l e n B e s t r e b u n g e n hatte in der ersten Hälfte d.J. nachgelassen, es machte sich sogar eine versöhnliche Haltung den Ukrainern gegenüber bemerkbar. Unerwartet setzte im Oktober eine neue Welle der Verfolgungen ein. Der Charkower Parteisekretär Sapow führte auf einer Konferenz der Direktoren und Parteisekretäre der Hochschulen aus, die bourgeoisen Nationalisten hätten die Waffen nicht gestreckt, sie hätten sich mit Trotzkisten gegen die Parteimaßnahmen verbunden und die kulturellen Bestrebungen, wie sie selbst in Fabriken zum Ausdruck gekommen seien, seien mehr national als proletarisch. Auch auf dem Lande bei den Feldarbeiten und der Aufbringung des Getreides sollen, sogar unter den Funktionären, trotzkistisch-nationalistische Schädlinge festgestellt sein.

Das Charkower Gebietskomitee der Partei ordnete eine Säuberung der mit trotzkistischen und nationalistischen Elementen durchsetzten Lehrkräfte der Charkower Universität an, 12 Dozenten wurden ausgeschlossen, der Rektor und der Parteisekretär ihrer Posten enthoben und die Parteistelle der Universität aufgelöst. Unter den Gemaßregelten befanden sich mehrere Personen, die

bereits

bereits früher aus der VUAKLIN (Allukrainische Assoziation der Marx-Lenin-Institute) ausgeschlossen worden waren und trotzdem in der Universität Aufnahme gefunden hatten. Die Führer dieser Gruppe Maurow und Winokur und ihre Anhänger sind verhaftet; in der Gruppe sollen sich Trotzkisten, großrussische Chauvinisten und ukrainische Nationalisten zu einem Block zusammengefunden haben, um für eine Demokratisierung der Ukraine zu kämpfen. Die VUAKLIN, die als Herd der ukrainischen nationalen Bestrebungen galt, mußte bei dem nunmehrigen Mangel an geeigneten ukrainischen Lehrkräften solche aus Moskau anfordern; es wurden nicht nur Russen, denen man gleichfalls mißtraut, sondern auch Tataren und Usbeken entsandt, die eine bolschewistische Ukrainisierung kaum werden durchführen können. In dem Institut für Sowjetaufbau und Recht wurden gegenrevolutionäre Betätigung, Antisemitismus und offene nationale Propaganda festgestellt und aus dem Allukrainischen Institut kommunistischer Bildung 16 Personen, die als Nationalisten verdächtigt wurden, entfernt. In Kiew wurden etwa 40 Studenten verhaftet, letzthin auch ein Mitglied der Regierung, der Vorsitzende des ukrainischen Planausschusses Kotzjubinski, und der der Akademie der Wissenschaften angehörende frühere ukrainische Landwirtschaftskommissar Schlichter soll ebenfalls als Trotzkist gemaßregelt worden sein. Der marxistische Kritiker Korjak, Redaktionsmitglied der literarischen Zeitschrift „Für marxistisch-leninsche Kritik" wird beschuldigt Anhänger der Nationalisten zu sein, der aus der Partei auszuschließen sei; er führte

vor

vor kurzem die Säuberung der ukrainischen Sowjetliteratur von den nationalen Elementen durch und bezeichnete sich selbst als den „Tschekisten der ukrainischen Literatur". Desgleichen steht der Schriftsteller Sossjura vor dem Ausschluß aus der Partei, wegen Verherrlichung der ukrainischen Geschichte.

Entsprechend der stets eingehaltenen Doppellinie läuft neben der Verfolgung der Ukrainer eine Aktion für die Belebung der bolschewistischen Ukrainisierung, um das ukrainische Gesicht zu wahren. Es wird gerügt, daß die Ukrainisierung nachgelassen habe und die Schuld kurzerhand dem Block der ukrainischen Nationalisten, Trotzkisten und großrussischen Chauvinisten zugeschoben. Das Charkower Parteikomitee bemängelte, daß eine Reihe von Werkzeitungen zur russischen Sprache übergegangen ist. Getadelt wird ferner, daß in mehreren Instituten und Hochschulen der Unterricht in russischer Sprache erteilt wird. Die ukrainische Sprache soll in den Schulen und Hochschulen mit noch größerer Anstrengung eingebürgert und die weitere Ukrainisierung der Behörden und des Parteiapparates als wichtig für die internationale Erziehung der Massen durchgeführt werden. Trotzdem hielt der Charkower Parteisekretär Deutschenko die Festrede bei der Feier der Oktoberrevolution in russischer Sprache.

Über die Ergebnisse der diesjährigen Säuberung der ukrainischen P a r t e i organisation, deren Mitgliederzahl sich auf etwa 550.000 beläuft, liegen

noch

noch keine abschließenden Angaben vor. Es sollen klassenfremde und nationalistische Elemente entfernt und das politische Niveau der Parteimitglieder gehoben werden. Die vorläufigen Ergebnisse in einigen Gebieten der Ukraine zeigen, daß etwa 10% ausgeschlossen und 8% in die Kategorie der Sympathisierenden versetzt sind, letztere um parteipolitisch besser ausgebildet zu werden. Die Organisierung dieser Schulung ist bisher sehr mangelhaft, die mit dem Unterricht betrauten Parteimitglieder sollen selbst oft nur über ungenügende Kenntnisse verfügen, wie überhaupt der ganze Lehrkörper der Schulen, dessen Hochschulbildung ab 1937 gefordert werden wird. Es wird empfohlen, daß die Parteifunktionäre mehr Interesse für die Nöte und persönlichen Lebensverhältnisse der einzelnen Parteigenossen zeigen und durch Besuche und Meinungsaustausch mit ihnen Fühlung nehmen. Auf einem Charkower Werk war bei 40% der Ausgeschlossenen geringes Interesse für die Partei der Grund. In Saporoshje wurden von 8400 Mitgliedern 1680 ausgeschlossen.

Die K o r r u p t i o n in den Behörden und Organisationen ist ungeachtet des scharfen Kampfes der Partei und Regierung immer noch weit verbreitet, die Unterschlagungen und Veruntreuungen gelangen in den wenigsten Fällen in die Öffentlichkeit. Wie die Kommission der Sowjetkontrolle bekannt gegeben hat, wurde der Tarif für die juristische Beratung und Hilfe in den Anwaltsbüros erhöht und aus den so aufgekommenen Mitteln

teln 1,8 Mill.Rubel für private Zwecke von Beamten des Justizkommissariats verwandt; der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Ukraine und ein Staatsanwaltsinspektor sind zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Bei der Charkower Post wurden Unterschlagungen durch die Zurückhaltung von Geldüberweisungen in Höhe von 8 Mill. Rubeln festgestellt und auf dem Charkower Traktorenwerk Lebensmittel und Waren aus dem für die ausländischen Fachleute bestimmten Geschäft nach den umliegenden Dörfern verschoben. In der Allukrainischen GPU wurde im Frühjahr ein Korruptionsskandal aufgedeckt, bei dem 27 Mill Rubel für private Zwecke ausgegeben sein sollen, der Leiter der Finanzabteilung der GPU wurde verschickt. Zahlungen für kleinere Dienstleistungen sind nahezu wie in Rußland der Vorkriegszeit wieder zur Regel geworden und bei den niedrigen Löhnen und Gehältern anscheinend nicht mit dauerndem Erfolge zu bekämpfen.

In der Ukraine finden die N e u w a h l e n der Dorf- Stadt-und Rayonräte im November und Dezember statt, die Gebietsräte sollen zwischen den 15. und 25. Dezember tagen. Es bestehen in der Ukraine z.Zt über 11.000 Dorfräte, 98 Stadträte und 361 Rayonvollzugsausschüsse. Die nationalen Minderheiten sollen wählen 21 Rayonvollzugsausschüsse (darunter 7 deutsche, 3 jüdische, 2 bulgarische und 1 polnischer) und 1177 Dorfräte (381 russische, 258 deutsche, 170 polnische, 113 jüdische, 94 moldauische, 47 bulgarische, 31 griechische, 3 albanische und 1 schwedischer). Bei den Neuwahlen wird Wert darauf gelegt, daß die Mitglieder der Räte, gleichviel

ob

ob sie der Partei angehören, sich aktiv an dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beteiligen. Um Fehler und bürokratische Mängel zu beseitigen soll die Tätigkeit der Räte bei den Neuwahlen einer scharfen Kritik unterzogen werden. Der Prozentsatz der in die Dorf-und Stadträte zu wählenden Frauen, bei den letzten Wahlen etwas mehr als 20%, wird in diesem Jahre erhöht, auch der der unter der Führung des kommunistischen Jugendverbandes stehenden Jugend, der bisher etwa 5% betrug.

Die Förderung der L a n d e s v e r t e i d i g u n g und die Verbreitung militärischer Kenntnisse wird allen Stadt- und Dorfräten nachdrücklichst zur Pflicht gemacht, da der nächste Krieg nach Auffassung der Regierung nicht nur ein Kampf der uniformierten Armeen sein werde, sondern ein Krieg auf Tod oder Leben aller Völker der Sowjetunion gegen diejenigen kapitalistischen Länder, die den Überfall wagen würden. Stets wird die Bedeutung der Roten Armee und ihre Verbundenheit mit dem Volke betont. Sportliche Übungen haben unter den Truppen weite Verbreitung gefunden. In dem Wettbewerb mit dem weißrussischen Militärbezirk hat der ukrainische Militärbezirk gesiegt. Nach der Verlegung der Hauptstadt von Charkow nach Kiew wurde der Stab des 14. Schützenkorps, der sich bisher in Winniza befand, nach Charkow verlegt, das bisher nur Standort der 28. Schützendivision und einiger besonderer, hauptsächlich

technischer

technischer Truppenteile war.

Auf das D e u t s c h t u m in der Ukraine sind die Sozialisierungsmaßnahmen nicht ohne nachhaltigen Einfluß geblieben. Die deutschstämmigen Siedler haben sich dem Kollektivierungszwange auf die Dauer nicht entziehen können, in den zusammenhängenden größeren Kolonien der Molotschna sind jetzt alle Deutschstämmigen den Kollektiven beigetreten, als Einzelwirte bestehen nur noch Russen und vereinzelte Reichsdeutsche; die Kollektivierung soll in manchen deutschen Rayons nahezu hundertprozentig durchgeführt sein. In diesen fruchtbaren Gegenden war der Druck auf die höher stehenden und früher wohlhabenden Landwirte besonders stark. Auf dem Lande, das durch die Neuverteilung, die Kulakenverschickungen und den Fortfall der Verhungerten freigeworden war, wurden Russen angesiedelt, in den Verwaltungsstellen sitzen deutsche Kommunisten, Russen und Landfremde. Der Einfluß der Kirche schwindet, die Propaganda der Schulen und der Presse ist kommunistisch-proletarisch und auch in ihrer Form der deutschen Kultur abträglich. Ein Blick in die deutschen Zeitungen und Lehrbücher zeigt, wie die deutsche Sprache übel behandelt und gefährdet wird. Auch der mündliche Gebrauch soll zurückgehen und die Deutschen unter einander es vielfach vorziehen, russisch, jedoch nicht ukrainisch, zu sprechen, zumal wenn sie die Mittel- und Fachschulen besucht haben Es wird berichtet, daß auch der Charakter und die Moral

sehr

sehr gelitten haben. Unter den Druck und der Not ist der Zusammenhalt gelockert, jeder denkt nur an sich, gegenseitige Denunzierungen sind an der Tagesordnung.

Das H i l f s w e r k „Brüder in Not" hat nicht nur der materiellen Not gesteuert, sondern auch diesen Verfall gehemmt, durch die Hilfe aus der Heimat wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Umsomehr ist es zu bedauern, daß das Hilfswerk erschwert ist. Die Sowjetregierung wußte, daß sie das Deutschtum tief treffen würde, wenn sie verbot, die Deutschen als solche zu betreuen. Die Einzelspenden können nach Lage der Sache die bisherige Wirkung nicht haben. Die Beziehungen der Kolonisten zu der Heimat waren meist sehr lose, die nach der Revolution einsetzende Abwanderung wandte sich zum großen Teil nach Amerika. Es sind dann einige Tausend Deutschstämmige und Reichsdeutsche nach Deutschland ausgewandert, aber meist ganze Familien. Der jetzige Aufenthaltsort wird schwierig festzustellen sein und sie werden kaum Hilfe leisten können. Auch wenn das Hilfswerk die Übermittlung der Spenden übernehmen würde, bleibt nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Absendern übrig. Das Hilfswerk verliert den Charakter einer allgemeinen deutschen Hilfe und die aus Deutschland eingehenden Spenden werden voraussichtlich weniger zahlreich sein und geringere Bedeutung haben als die seit Jahren regelmäßig, hauptsächlich aus Amerika von den Mennoniten und Juden, an die zurückgebliebenen Verwandten eingehenden

henden Einzelspenden. Bei allen Bemühungen, das Hilfswerk lediglich durch Einzelspenden fortzusetzen, kann unter diesen Umständen kaum erwartet werden, daß der großen Not in der südlichen Ukraine in fühlbarer Weise gesteuert wird. Die Notrufe werden im Laufe des Winters immer dringender werden, das Ausbleiben der bisherigen Hilfe wird den Deutschen das Gefühl geben, daß sie von der Heimat verlassen sind, und so kann leider das Deutschtum einen weiteren ernsten Schlag erhalten.

Besonders bedroht ist die evangelische K i r c h e , die Hauptstütze des Deutschtums, namentlich auf dem Lande. Es haben wieder in diesem Jahr einige Kirchen geschlossen werden müssen, die evangelische Kirche in Poltawa ist niedergerissen, die Charkower Kirche soll von der Arbeiterschaft der Elektromechanischen Fabrik (früher AEG-Konzern) als Klublokal beansprucht werden. Einige weitere Pfarrer sind verhaftet, zuletzt auch Pastor Baumann, der besonders tätige und hochverdiente Propst Birth und Pastor Kithol sind auf 10 Jahre verschickt. Die noch amtierenden Geistlichen haben mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen. Die Gemeinden können nicht mehr ausreichende Gehälter zahlen, sodaß die Pastoren auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sind, ihre Unterbringung und Aufenthaltserlaubnis werden erschwert, sie dürfen nicht mehr die Gemeinden des Kirchspiels außerhalb des Amtssitzes bedienen, die Gottesdienste werden in den Kirchen dieses Amtsbezirks nur noch von einer kleinen Zahl besucht. Die evangelische Kirche

in

in der Ukraine vermißt insbesondere eine Leitung, es fehlt an Fühlung zwischen den Gemeinden und dem Bischof und Oberkirchenrat. Die Lage ist hoffnungslos, zumal da verlautet, daß die Sowjetregierung bis 1937 die Kirchen liquidieren will. Es wird damit gerechnet, daß einer der Pfarrer nach dem anderen durch Verhaftung, Besteuerung, Entziehung der Aufenthaltserlaubnis und sonstige Schwierigkeiten ausscheiden muß und so das kirchliche Leben allmählich zum Erlöschen kommt. Es wird daher gefragt, ob es nicht vorzuziehen ist, die Kirche freiwillig und in möglichst eindrucksvoller Weise zu schliessen, damit, solange noch etwas aufzugeben ist, die Welt von diesem Ende der evangelischen Kirche in Rußland Kenntnis nimmt. Die Pfarrer haben dann den Wunsch, daß für sie und insbesondere die Verschickten und Verhafteten freier Abzug erwirkt wird. Aus diesem Gesichtspunkt haben sie sich um die Einbürgerung bemüht, um die Möglichkeit zu haben das Land zu verlassen; auch für den Fall der Verhaftung erwarten sie ein besseres Los, wenn sie die Ausbürgerung haben beantragen können. Sie sollen und wollen bis zum Äußersten auf ihren Posten bleiben, aber sie sehen keine Möglichkeit mehr, sich angemessen und mit Erfolg zu betätigen und sie sind um die Zukunft ihrer Familien besorgt.

Gegen die orthodoxe Kirche geht der Kampf ebenfalls weiter, nicht mehr mit lauter Propaganda wie vor einigen Jahren, als die Gottlosenbewegung sehr tätig war, aber doch zielbewußt. Immer mehr verfallen auf dem Lande die Kirchen, da sie nicht in Stand gehal-

ten

ten werden, manche werden für die Einlagerung von Getreide oder als sonstige Speicher benutzt. Die Jahre arbeiten für das System, die Propaganda auf allen Gebieten bleibt nicht ohne Wirkung, durch die Schulen wird die Jugend den Auffassungen ~~den Auffassungen~~ der älteren Generation immer mehr entfremdet und der kommunistischen Lehre als der nun einmal herrschenden und als selbstverständlich hingestellten Weltanschauung zugeführt. Das Schulwesen zeigt eine aufsteigende Entwicklung, die Anforderungen und Leistungen werden höher, die Ansprüche an die Disziplin von Schülern und Lehrern schärfer.

Die ukrainische Sprache und Kultur dürfen nur soweit gefördert werden, als sie die allgemeine internationale, proletarisch-kommunistische Denkungsweise nicht gefährden. Die praktische Durchführung zeigt nach den harten Erfahrungen der letzten beiden Jahre eine gewisse Unsicherheit. Die russische Sprache wird wieder häufiger gebraucht, auch amtlich und im schriftlichen Verkehr der Behörden untereinander hat sie an Boden gewonnen. Russische Zeitungen und Theater sollen der sogenannten russischen Minderheit in der Ukraine gerecht werden, ihr Bestehen beweist, daß seit der Bekämpfung des ukrainischen Nationalismus mit der Sicherung der Herrschaft der Moskauer Parteizentrale auch der russische Einfluß größer geworden ist. Die ukrainische Sprache bleibt weiter die Landessprache. Darüber hinaus sind kaum mehr Merkmale einer Selbständigkeit festzustellen. In

den

den Kampfe dieser beiden Jahre wurden nicht nur die Loslösungsbestrebungen zu Boden geworfen, sondern mit derselben Schlage auch die verfassungsmäßig zulässige und in besten Glauben unternommene Ukrainisierung getroffen. In Gegensatze zu anderen Bundesrepubliken mit eigener Sprache und Kultur hält die Sowjetmacht in der Ukraine jede nationale Regung auch für die Zukunft für gefährlich, im Hinblick auf die Größe dieses Landes und Volkes, die Bodenschätze und die Bedeutung der ukrainischen Landwirtschaft. Bei der Lage an der Westgrenze glaubt sie zudem feindliche Absichten des Auslandes befürchten zu müssen. In dem Bestreben, diesen Bundesstaat möglichst fest an die Zentrale und an das System zu binden, hat sie bewußt darauf verzichtet, daß eine der Bundesverfassung und den Grundanschauungen der marxistischen Lehre entsprechend selbständige Ukraine auf die polnische Westukraine anziehend wirken könnte. Mit dieser sehr einseitigen Bekämpfung aller nationalen Regungen ist das Hauptziel erreicht, in der Ukraine und von ihr aus gesehen sind Sowjetmacht und Generallinie wieder ganz gesichert.

Außenpolitisches

Die Bekämpfung der nationalen und Loslösungsbestrebungen war begleitet von dauernden heftigen Ausfällen g e g e n D e u t s c h l a n d, das angeblich diese Bestrebungen gefördert haben soll und mit Japan und Polen als Friedensstörer hingestellt wurde. Mit der Beendigung des Kampfes haben diese Angriffe im allgemeinen etwas nachgelassen, sie haben aber Eindruck gemacht, namentlich auf die Landbevölkerung.

kerung. Immer wieder hört man, daß das Volk durch diese Behauptungen beunruhigt ist, besonders unter den deutschen Siedlern sind Hoffnungen auf eine deutsche Intervention erweckt. Noch vor kurzem äußerte der Vorsitzende des ukrainischen Rates der Volkskommissare in einer Rede sein Bedauern, daß in dem benachbarten Polen, obwohl es mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt geschlossen habe, einflußreiche Persönlichkeiten von dem Erwerb der Ukraine westlich des Dnepr träumten. Man sucht Polen davon zu überzeugen, daß es in der Politik Deutschlands und noch mehr Japans keinesfalls die Rolle eines gleichwertigen Partners spiele, sondern nur das Werkzeug zur Erreichung der egoistischen Ziele des deutschen und japanischen Imperialismus sei. Der Umschwung in Deutschland ist nicht ohne Einwirkung geblieben. Presse und Regierungsstellen sind zum großen Teil in jüdischen Händen und es wird aus der ablehnenden Einstellung gegenüber dem neuen Deutschland kein Hehl gemacht. Es wird behauptet, Deutschland sei dem Ostpakt deshalb nicht beigetreten, um in geeigneten Augenblick zu den Waffen zu greifen. In ausführlichen Darlegungen mit Zahlenmaterial werden die Kriegsvorbereitungen Deutschlands auf industriellen und chemischen Gebiet, der Ausbau der Luftwaffen und die Herstellung von Tanks erörtert. Nach dem Attentat in Marseille wurde der Nachweis versucht, daß die Spur der Mörder nach Deutschland führe und daß die

kroatische

kroatische Terroristenorganisation die Unterstützung maßgebender deutscher Kreise gefunden habe. Über die innerpolitischen, kulturellen und anderen Lebensverhältnisse Deutschlands werden Hetzartikel deutscher Emigranten gebracht. Von den Teilnehmern des Moskauer Schriftstellerkongresses besuchten Charkow Ernst Toller und Oskar Graf, wobei Toller erklärte, es würde die Zeit kommen, in der die ukrainischen Proletarier und Schriftsteller in einer Sowjetdeutschland ebenso freundlich empfangen werden würden. Einige deutschfeindliche Karikaturen der führenden ukrainischen Blätter liegen bei.

Diese merklich kühler gewordenen deutsch-sowjetischen Beziehungen scheinen auch auf die amtliche Einstellung der Sowjetbehörden gegenüber den R e i c h s d e u t s c h e n nicht ohne Einfluß zu sein, obwohl hin und wieder der Wunsch nach einer Wiederherstellung des früheren besseren Verhältnisses laut wird. Die Beschwerden, zu denen sie vor einigen Jahren insbesondere das rücksichtslose Vorgehen gegen die Bauern, die nach der schlechten Ernte ihrer Getreideabgabepflicht nicht nachkommen können, Anlaß gibt, finden weniger wie je auch nur einigermaßen Entgegenkommen und Berücksichtigung. Auch vertragliche Verpflichtungen werden nicht eingehalten, grundsätzlich werden Verhaftungen nicht mitgeteilt und die Steuerbescheide nicht begründet. Die reichsdeutschen Bauern sehen sich daher gezwungen, das Land, das ihnen keine Existenz-

möglichkeit

möglichkeit mehr bietet, zu verlassen, wobei durch Paßschwierigkeiten die Ausreise noch in vielen Fällen ungebührlich verzögert wird. Da nur noch in einigen Städten Reste der früheren reichsdeutschen Kolonien ansässig sind und in der Sowjetindustrie gegenüber den früheren Jahren verhältnismäßig wenige deutsche Fachleute beschäftigt sind, nimmt die Zahl der Reichsdeutschen stetig ab. Andererseits ist keineswegs festzustellen, daß der Einfluß anderer Staaten wächst. Auf kulturellem Gebiete wird im Gegensatz zu früher auf die Heranziehung ausländischer Künstler und Vertreter der Wissenschaften weniger Wert gelegt, was zum großen Teile in Valutaschwierigkeiten begründet sein mag. Im allgemeinen aber scheint es, daß die Sowjetunion eine Berührung der Inländer mit Ausländern fürchtet und mehr und mehr sich bewußt vom Auslande fern hält, um mit den für ausreichend erachteten eigenen Machtmitteln vorerst nach Möglichkeit das Sowjetsystem im Innern zu festigen.

Die Konsulate Kiew und Odessa haben Durchdruck erhalten, drei Durchschläge für das Auswärtige Amt liegen bei.

Hansen

Auswahl weiterführenden Schrifttums

AMMENE, EWALD Human life in Russia. (Reprint edition). Cleveland 1984 (deutsch: Muß Rußland hungern? Menschen und Völkerschicksale in der Sowjetunion. Wien 1935).

CARYNNYK, MARCO Die ukrainische Hungersnot von 1933 aus westlicher Sicht, in: Kontinent. Ost-West-Forum. Heft 3 (1986). S. 37-50.

CONQUEST, ROBERT Harvest of sorrow. Soviet collectivization and the terror-famine. 1986.

The Bleack DEADS of the Kremlin: A White Book. Vol. 2. New York, Toronto 1955.

HENCKE, ANDOR Erinnerungen als deutscher Konsul in Kiew in den Jahren 1933-1936. München 1979 = Ukrainische Freie Universität. Varia Nr. 12.

HOLUB, V. Pryčyny holodu 1932-1933. München 1958.

HRYŠKO, VASYL Ukrainskyj 'holokost' 1933. New York, Toronto 1978.

IVNIZKIJ, N. A. Klassovaja borda v derevne i likvidazija kulačestva kak klassa. Moskva 1972.

JASNEY, N. Socialized agriculture of the USSR. Stanfort 1949.

KRAWCHENKO, B.; SERBYN, R. (Ed.-s) Famine in Ukraine 1932-1933. (Sammelband, dort neueste Literatur, erschienen) 1986.

MUGGERIDGE, MALCOLM Like it was. New York 1982.

Očerki istorii kollektivizacii selskogo chozjastva v sojuznych respublikach. Moskva 1963.

B.X. La recolte en URSS en 1933, in: Le monde slave. Juillet 1933. S. 104-114.

Hans Peter Rullmann

Der Fall Demjanjuk

Mit Beiträgen von Helmut Wild

240 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten, DM 32,--

Israel 1987/88: Der Ukrainer Demjanjuk wurde zu Beginn des Schauprozesses in Jerusalem als das größte sadistische Monster der Weltgeschichte vorverurteilt. Er soll zwischen 800 000 und 1,2 Mio. Menschen ermordet und sich mit den ungeheuerlichsten Grausamkeiten an seinen Opfern vergangen haben.

Inzwischen schweigen unsere Medien — seit die Zeugen der Verteidigung das Wort haben: Nikolai Tolstoy, Avraham Shifrin, Julius Grant und viele andere haben als Zeugen der Verteidigung ausgesagt.

Sind die amerikanische und die israelische Justiz auf eine plumpe KGB-Fälschung hereingefallen? Soll Demjanjuk der „Logik" eines Schauprozesses geopfert werden, obwohl seine Unschuld offensichtlich ist?

Der Autor Hans Peter Rullmann hat den Mut, alle Absonderlichkeiten dieses Prozesses gegen Demjanjuk schonungslos aufzudecken. Sein Buch beweist:

- Demjanjuk war niemals in Treblinka.
- Das vorgelegte dokumentarische Material ist eine Fälschung des KGB.
- Die Aussagen der Belastungszeugen sind falsch, widersprüchlich oder wertlos.
- Amerikanische und israelische Untersuchungsbeamte haben Zeugen selektiert, unter Druck gesetzt und manipuliert.
- Bei wesentlichen Argumenten der Anklage gibt es Brüche in der Logik.
- Die Gegenbeweise blieben bisher unbeachtet.

Die Beiträge von Helmut Wild über die historisch belasteten Beziehungen zwischen Ukrainern und Juden zeigen einerseits, wie die prozeßbegleitende Propaganda darauf abgestimmt ist, diese Beziehungen weiter zu belasten. Andererseits aber werden auch die Argumente jener mutigen Gegenstimmen in Israel wiedergegeben, die diesen Schauprozeß in seinen Fragwürdigkeiten scharf kritisieren und sich als Botschafter der Versöhnung der etablierten Propaganda des Völkerhasses öffentlich entgegenstellen.

Helmut Wild

Macht Bedürfnis Bewußtsein

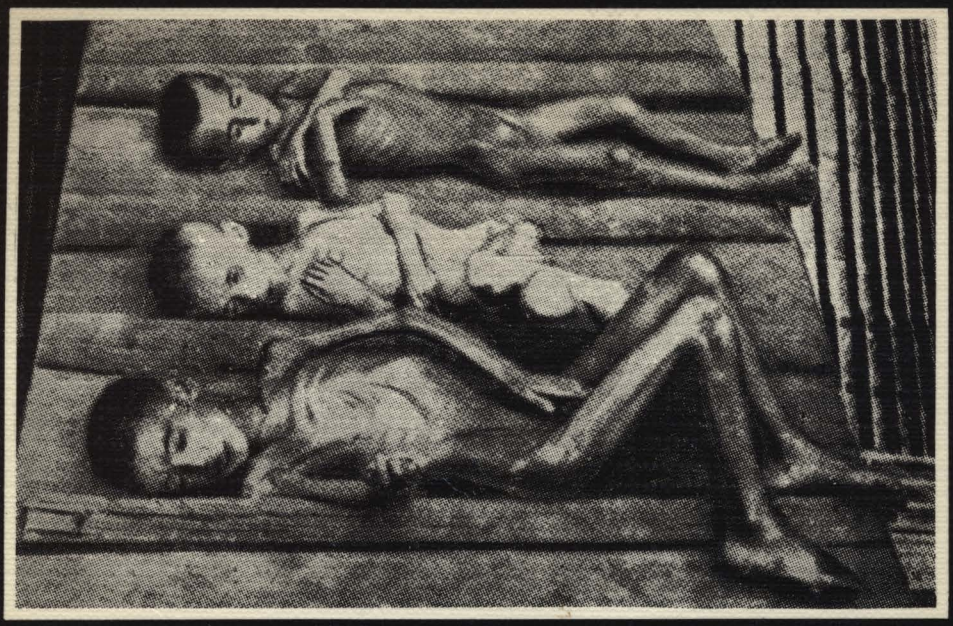
Ein Beitrag zur Säkularisation des Machtwissens

Sonnenbühl 1987, 150 S., kartoniert, DM 28,--

Der Verfasser begründet die prinzipielle Unvermeidbarkeit von Macht. Das Versprechen herrschaftsfreier Bedingungen wird in den Bereich der Ideologien zurückverwiesen, die selbst Herrschaftsmittel sind.

Diese Schrift ist eine Kritik der Machtausübung mittels Ideologie und Religion aus der Perspektive nicht-orientalischer Philosophie.

Dem größten Völkermordverbrechen unseres Jahrhunderts, dem von Stalin inszenierten Hunger-Holocaust in der Ukraine in den Jahren 1932/33, fielen zwischen 7 und 10 Millionen Menschen zum Opfer. 3,5 Millionen davon waren Kinder.



Die gesamte Ukraine wurde damals in ein überdimensionales Todeslager verwandelt. Im Irrsinn des Hungers, den sicheren Tod vor Augen, verzehrten Menschen das Fleisch verhungerter Kinder und die Weichteile von Leichen.

Bezeichnend für das perfekte Zusammenspiel westlicher „Sozialisten" und bolschewistischer Propagandisten ist der Besuch des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot im August 1933 in der Ukraine. Gewissermaßen auf dem Gipfel der höchsten Leichenberge unseres Jahrhunderts erklärte Herriot die Ukraine zum blühenden sozialistischen Paradies.

Anderes berichten die hier vorgelegten Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes aus der Zeit von 1930 bis 1934 — ein historisch unzweifelhafter Bericht über den ukrainischen Hunger-Holocaust, der bis heute auch im Westen nicht zur Kenntnis genommen wird.

Verlag Helmut Wild 7419 Sonnenbühl 3